



Erhard Lucas

MÄRZREVOLUTION 1920

Band 3 Die Niederlage

Erhard Lucas

Märzrevolution 1920

Band 3

*Verhandlungsversuche und deren Scheitern;
Gegenstrategien von Regierung und Militär;
die Niederlage der Aufstandsbewegung;
der weiße Terror*

VERLAG ROTER STERN

Inhalt

Vorbemerkung	5
Die 30 wichtigsten Personen des Geschehens	9
1. Kapitel: Die Bielefelder Konferenz — Voraussetzungen, Zustandekommen und Verlauf	11
1. Auseinandersetzungen um die Ziele der Aufstandsbewegung	11
2. Die Durchsetzung der Verhandlungsidee	35
3. Die Bielefelder Konferenz	60
2. Kapitel: Der Konflikt vor der Entscheidung	92
1. Bedrohliche Ungewißheit im Aufstandsgebiet	92
2. Regierung und Militär	145
3. Kapitel: Aufständische und Militär nach dem Ultimatum der Regierung	162
4. Kapitel: Entscheidung in Berlin	203
5. Kapitel: Der Sieg des Militärs über die letzten Kompromißversuche	234
1. Umstände und Verlauf der Konferenz von Münster	234
2. Annahme und Durchführung des Abkommens von Münster	251
a) Der Zentralrat und die Vollversammlung der Vollzugsräte	251
b) Die einzelnen Vollzugsräte	258
3. Der Vertragsbruch des Militärs	268
4. Die Auswirkungen des militärischen Vertragsbruchs im Ruhrgebiet	293
5. Die amtliche Lüge vom Vertragsbruch der Arbeiter	303
6. Kapitel: Das Ende der Aufstandsbewegung	308
1. Der Triumph des Militärs — Ausmaß und Grenzen	308
2. Die Flucht der Arbeiter ins Bergische Land und in das von den Alliierten besetzte Gebiet	342
7. Kapitel: Terror	353
1. Der weiße Terror von Reichswehr und Sipo	354
2. Die Ausnahmejustiz	384

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Lucas, Erhard:

Märzrevolution 1920 [neunzehnhundertzwanzig] /
Erhard Lucas. — Frankfurt/Main : Verlag Roter
Stern.

Bd. 3. Die Niederlage : Verhandlungsversuche u.
deren Scheitern , Gegenstrategien von
Regierung u. Militär, d. Niederlage d. Auf=
standsbewegung, d. weiße Terror. — 1. Aufl. 1978. —
ISBN 3-87877-085-5

© 1978 Verlag Roter Stern
Postfach 180147, Frankfurt am Main
Alle Rechte vorbehalten.
Gesamtherstellung: Cl. Wittal, Frankfurt

Bitte fordern Sie unseren kostenlosen Almanach an!

8. Kapitel: <i>Nachgeschichte</i>	402
1. Reichstagswahl, Amnestie, Folgeprozesse, Entschädigungen	402
2. Hinfalligwerden der Reformzusagen, Reduzierung der Reichswehr, Ersatz der Reichswehr durch Sipo	420
3. Polemik, Selbstrechtfertigungen, Lernversuche	430
4. Ausblick	455
<i>Anhang: Drei spontane Schöpfungen aus dem Augenblick</i>	469
Zu den Anmerkungen: Abkürzungen und Zitierweise	470
Anmerkungen	472
Quellen- und Literaturverzeichnis	564
Bildnachweis	566
Register	567

Karten am Ende des Bandes

Vorbemerkung

Aus verschiedenen Gründen erscheint der letzte Band der Untersuchung über den Arbeiteraufstand von 1920 später als angekündigt. Ich bedaure dies, konnte aber in den zurückliegenden Jahren und Monaten nichts daran ändern.

Aus dem Inhalt möchte ich folgende Komplexe hervorheben, die in der bisherigen Literatur nicht oder nur ziemlich oberflächlich behandelt worden sind:

1. den Verlauf der Bielefelder Konferenz, die als „Verrat“ zu kennzeichnen durchaus ungenügend ist;
2. den inneren Lokalismus der Aufstandsbewegung, der — das muß gegen die Vorstellungen von Einheitlichkeit und Zentralisierung der Organisationshistoriker betont werden — im wesentlichen unvermeidlich war;
3. die Aufstandsbewegung als Objekt der internationalen Diplomatie, ein Aspekt, der auch dann noch lehrreich bleibt, wenn man die heutigen hochdifferenzierten Methoden der Aufstandsbekämpfung gegen die damalige noch relativ schwerfällige Vorgehensweise hält;
4. die Rolle von Wilhelm Pieck und des Remscheider USP-Funktionärs Gustav Eckardt, die es als Abgesandte des Essener Zentralrats Ende März in der Hand

hatten, einen Generalstreik der Berliner Arbeiterschaft zur Unterstützung der Aufständischen im Ruhrgebiet zustandezubringen und diese Möglichkeit in bewußter Entscheidung fallenließen; die Konsequenzen dieser Entscheidung, sodann ihre Beschönigung und Verteugung — ein äußerst aktuelles Lehrstück.

Vor allem durch die Ausbreitung dieser Komplexe hoffe ich, alle diejenigen ärgerlich und zornig zu machen, die sich als Vertreter einer Partei (welcher Richtung auch immer) fühlen und verhalten. Wir haben übergenug an apologetischen, beschönigenden, heroisierenden und daher glatten und Langeweile hervorrufenden Darstellungen der Arbeiterbewegung. Damit hängt zusammen, daß am Schluß der Untersuchung nicht etwa eine Liste der „gesammelten Fehler“ der Kämpfer von 1920 steht; hierzu ist am Ende des Buches das Nötige gesagt.

Ein fünfter Komplex, der auch in Untersuchungen von DDR-Historikern nicht zureichend dargestellt ist, ist der weiße Terror. Dabei ist dieser Teil überwiegend beschreibend gehalten. Der Grund liegt darin, daß meine Fähigkeiten zu einer tieferen Interpretation — nach der hier alles geradezu schreit — nicht ausreichen, ein schmerzliches Eingeständnis, das ich mir bereits beim Sammeln des Quellenmaterials machen mußte. Die Fragen häufen sich: Wie kommen die zahlreichen Morde *nach* Abschluß des Kampfgeschehens (und um nichts anderes als um Morde handelt es sich) zustande? Unter welchen Zwängen stehen diese Männer? Woher kommt der Eindruck der Besinnungslosigkeit, den man bei den Tatschilderungen gewinnt? Warum gab es fast keine Vergewaltigungen? Warum wurden „stattdessen“ die Frauen und Mädchen der Roten Armee — die Krankenschwestern, die Kartoffelschälerinnen oder die, die „einfach so“ mitgegangen waren — in so großer Zahl erschossen, und zwar fast immer sofort nach ihrer Festnahme, während die Männer vielfach erst vor ein Standgericht (sicherlich die Parce eines Gerichtsverfahrens, aber immerhin) gestellt wurden? Die moralisierenden Begriffe vor allem bei DDR-Historikern („viehisch“, „tierische In-

Karsunke hat den großen Erfolg, den seine „Bauernoper“ — eine Szenenfolge über den deutschen Bauernkrieg — gehabt hat, mit der „Ruhrkampf-Revue“ nicht wiederholen können. Die Zahl der Aufführungen durch das Westfälische Landestheater Castrop-Rauxel blieb klein — der Einfluß der SPD im Ruhrgebiet ist sehr stark, und für die SPD wiederum ist das Thema noch immer zu heiß. Inhaltlich möchte ich ein Unbehagen ausdrücken, das auch mich selbst betrifft: das Pathos des „So wars und nicht anders“, zu dem ich nicht wenig vor allem im ersten Band beigetragen habe, kommt mir zunehmend unfruchtbar vor. Zu Eliasberg mich noch einmal zu äußern fällt mir schwer, aber nach der unerträglichen Art, in der hier ein Toter — Eliasberg ist 1972 gestorben — gegen mich eingesetzt worden ist, ist es leider unvermeidlich.

Richard Löwenthal hat zu Eliasbergs Untersuchung eine Einleitung geschrieben, in der er mir vorwirft, den genannten Aufsatz von 1970 „zum Gegenstand einer tendenziösen und kleinlichen Kritik gemacht“ zu haben, wobei mir allerdings zuzugutehalten sei, daß mir „Eliasbergs persönliche und politische Geschichte offenbar unbekannt“ gewesen sei (was zutrifft). Hierzu teilt Löwenthal mit, daß Eliasberg während des Dritten Reichs ein verdienter Widerstandskämpfer in der „Gruppe Neu Beginnen“ war und dies mit einer viereinhalbjährigen Zuchthausstrafe und schweren gesundheitlichen Schäden bezahlt hat; 1940 nach den USA emigriert, Mitarbeiter der „Stimme Amerikas“ für die folgenden rund 25 Jahre, bis ihm dies während des Vietnamkriegs „als zunehmend unerträglich erschien“; Rückkehr nach Deutschland, halblind und herzleidend, Mitarbeiter und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wahl des Themas von 1920. „Quellenforschung und Redaktion wurden zu einem heroischen Kampf mit seinen körperlichen Gebrechen . . .; in der späteren Zeit, als ihm seine eigenen Notizen vorgelesen werden mußten, war die Weiterarbeit nur dank der aufopfernden Hilfe eines am Thema interessierten jungen Berliner Wissenschaftlers . . . möglich“.

Der Vorwurf der Unmenschlichkeit, der mir hier indirekt gemacht wird, fällt auf Richard Löwenthal bzw. auf die Friedrich-Ebert-Stiftung zurück. Wenn dies alles als Entschuldigung für große Mängel der Untersuchung dienen soll — die übrigens durchaus nicht alle, wie Löwenthal meint, in der Buchfassung korrigiert sind —, dann hätte es bereits 1970 gesagt werden müssen. Daß dies nicht geschehen ist, kann ich jetzt, wo die Informationen in dieser Weise eingesetzt worden sind, nachträglich nur als schmählichen Umgang mit einem schwerkranken alten Mann bezeichnen.

Inhaltlich nur noch ein Satz zum toten Eliasberg, dagegen ein nachdrücklicher Widerspruch gegenüber dem lebenden und höchst einflußreichen Richard Löwenthal. Der vollkommen hilflose politische Umgang mit dem Thema, den Eliasberg nicht nur in seinem Aufsatz, sondern unverändert auch in der Buchfassung zeigt, wirkt kein gutes Licht auf die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“. Ich meine damit vor allem eine zentrale These, die Löwenthal in seiner griffigen und eingängigen Weise so formuliert: die Aufstandsbewegung sei „eine demokratisch-revolutionäre Bewegung“ gewesen, aber auch die Reichsregierung und die SPD-Führer hätten „zweifellos subjektiv gerade die Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie“ angestrebt (objektiv hätten sie allerdings das Gegenteil bewirkt) — 1920 sei also „eine im doppelten Sinne tragische Episode . . ., weil

stinkte“, „entmenschte Bestien“ usw.) konnten natürlich nicht befriedigen. In dieser Situation der Ratlosigkeit habe ich vor Jahren meinen Freund Klaus Theweleit dafür gewinnen können, das gesammelte Quellenmaterial zu analysieren. Der Versuch wuchs sich bald zu einem großen Unternehmen aus, das jetzt — unter dem Titel „Männerphantasien“ — im selben Verlag erscheint. Die Ergebnisse führen weit über Wilhelm Reichs „Massenpsychologie des Faschismus“ hinaus, sind atemberaubend in den aufgedeckten Zusammenhängen, von einer beängstigenden Aktualität, und nicht zuletzt: sie erlauben es niemandem, die Phänomene einfach auf „die Faschisten“ abzuschreiben und sich selbst auszuklammern. Auf diese Untersuchung möchte ich hier hinweisen (und zwar nicht etwa als „Ergänzung“, weil ich mir damit selbst zu viel Ehre antun würde). —

Der vorliegende Band hat, wie die beiden vorangegangenen, in jedem Fall einen schwerwiegenden Mangel: er gibt eine „fertige“ Darstellung. Zu diesem Problem hat kürzlich Gert Zang in einem Reflexionsbericht über ein kooperatives historisches Forschungsprojekt der Universität Konstanz folgendes bemerkt: „Da der Leser Wissenschaft in der Regel immer nur als geglättetes, von allen subjektiven und objektiven Schwierigkeiten bereinigtes End-Produkt erfährt, sieht er sich entweder in eine passiv-staunende, mehr oder weniger ehrfurchtsvolle Haltung gedrängt, also entmutigt und minimiert, oder aber, was heute meist der Fall ist, er gerät in eine passive Konsumentenkritik, die wissenschaftliche Endprodukte taxiert, goutiert und abschätzt wie sonstige Waren des Konsummarktes. Im einen wie im anderen Fall wird er kaum auf den Gedanken kommen, daß er etwas ähnliches selbst machen könnte“. Dieser Mangel ist freilich ein anderer als der, den Heinz Hürten bei mir beanstandet hat („Militärgeschichtliche Mitteilungen“, 1974, Heft 2, S. 245): prüfe man die Fußnoten der ersten beiden Bände nach, so könne es „geschehen, daß die angeführten Belege durchaus nicht alle den Bericht bestätigen, den Lucas von den Ereignissen gibt; es bleibt dann dem Leser überlassen zu klären, auf welche Quelle sich Lucas tatsächlich stützt und warum er sie den anderen von ihm genannten vorzieht“. Dieses Kriterium muß ich zurückweisen. Vermutlich hat Hürten keine Ahnung, welche unendliche Mühe es gerade bei der Darstellung eines Aufstandes kostet — bei dem nicht wenige Personen, sondern Unzählige handelnd auftreten —, Steinen für Steinen gegeneinander abzuwägen und die Unstimmigkeiten und Fehler der Quellen herauszufinden. Hätte ich diesen Prozeß dargelegt, so wäre der Anmerkungsapparat auf ein Vielfaches angeschwollen, ohne daß dadurch für den Leser Transparenz im Sinne von Gert Zang erreicht worden wäre.

Seit Erscheinen des zweiten Bandes ist das Thema zweimal behandelt worden: George Eliasberg hat seinem einführenden Aufsatz von 1970, den ich im 2. Band eingehend kritisiert habe, eine umfassende Abhandlung folgen lassen („Der Ruhrkrieg von 1920“, 1974 in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen), und Yaak Karsunke hat eine Szenenfolge fürs Theater unter dem Titel „Ruhrkampf-Revue“ geschrieben (1976 im Rotbuch Verlag gedruckt).

die Ergebnisse des Handelns beider Seiten ihren Absichten widersprochen“. Demnach war alles letztlich nur ein Mißverständnis? Das ist ebenso unerträglich wie die Legenden Hans Spethmanns. Ich denke, daß gerade das in diesem letzten Band ausgebreitete Material über die Reichsregierung und über Severing und die anderen SPD-Führer ausreichen wird, um eine neue Legende, die Löwenthal-Legende, gar nicht erst entstehen zu lassen.
Doch damit genug.

Zuletzt habe ich Karin Lucas-Bosse und Klaus Theweleit für vielfach entscheidende Hilfe zu danken.

Oldenburg, im Mai 1977

E. L.

Die 30 wichtigsten Personen des Geschehens

Otto Braß, Remscheid, der populärste Arbeiterführer des Bergischen Landes, Abgeordneter der Nationalversammlung (USP)

Otto Braun, Berlin, preußischer Landwirtschaftsminister, seit dem 27. März preußischer Ministerpräsident (SPD)

Friedrich Ebert, Berlin, Reichspräsident (SPD)

Josef Ernst, Hagen, Gewerkschaftsfunktionär, Organisator der Roten Armee im südöstlichen Teil des Industriegebiets (USP)

Otto Geßler, Berlin, Wiederaufbauminister, seit dem 25. März Nachfolger Gustav Noskes als Reichswehrminister (DDDP)

Johann Giesberts, Berlin, Reichspostminister (Zentrum)

Otto Göppert, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, zur Zeit in Paris als Leiter der deutschen Friedensdelegation

Ernst Kabisch, Wesel, General, Kommandeur der in Wesel stationierten und der vor den bewaffneten Arbeitern nach Wesel geflohenen Reichswehr- und Polizei-zeitruppen

Gottfried Karussseit, aus Ostpreußen stammender Bergmann, längere Zeit Reichswehrspitzel, möglicherweise auch noch während des Aufstands, Kampfleiter der Roten Armee zwischen Dorsten und Schermbeck (KPD)

Erich Koch, Berlin, Reichsinnenminister (DDP)

Hubert Koch, Duisburg, Führer des unionistischen Straßenbahnverbandes, seit dem 26. März zusammen mit Anton Wild Vorsitzender eines hyperradikalen Exekutivkomitees, das SPD, USP und den gemäßigten KPD-Flügel von der Macht ausschließt

Kubn, Kampfleiter der Roten Armee in Hünxe, später in Bruckhausen

Carl Legien, Berlin, Vorsitzender des ADGB, des Dachverbandes der freien Gewerkschaften, Abgeordneter der Nationalversammlung (SPD)

Karl Leidner, Mülheim, Dekorationsmaler, Organisator der Roten Armee im nordwestlichen Industriegebiet (KPD)

David Lloyd George, London, englischer Premierminister

Konrad Ludwig, Hagen, Parteisekretär, populärer Arbeiterführer des südöstlichen Industriegebiets, Abgeordneter der Preußischen Landesversammlung (USP)

Wilhelm Mayer, Paris, Geschäftsträger des Deutschen Reiches

Ernst Meiblich, stellvertretender Kommissar der Reichsregierung und der preußischen Regierung beim Wehrkeiskommando Münster (SPD)

Adolf Meinberg, Dortmund, Parteisekretär, der populärste Arbeiterführer des östlichen Industriegebiets (KPD)

Alexandre Millerand, Paris, französischer Ministerpräsident

August Müller, Deckname *Dudo*, Straßenbahner aus Mülheim, Kampfleiter der Roten Armee in Walsum (KPD)

Hermann Müller, Berlin, Reichsaußenminister, seit dem 27. März Reichskanzler (SPD)

Gustav Noske, Berlin, Reichswehrminister, indirekt für den Militärputsch vom 13. März verantwortlich, infolgedessen am 24. März entlassen (SPD)
Wilhelm Pieck, Sekretär der KPD-Zentrale in Berlin, von dieser ins Ruhrgebiet entsandt, Mitglied des Essener Zentralrats
Hans v. Seeckt, Berlin, General, neuer Reichswehrchef seit dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches am 17. März
Carl Severing, Kommissar der Reichsregierung und der preußischen Regierung beim Wehrkreiskommando Münster, seit dem 27. März außerdem preußischer Innenminister (SPD)
Karl Stemmer, Volksschullehrer aus Bommern bei Witten, Kampfleiter der Roten Armee im östlichen Industriegebiet (USP)
Oskar Freiherr v. Watter, Münster, General, Wehrkreiskommandant, Oberbefehlshaber der um das Ruhrgebiet herum aufmarschierenden Truppen
Anton Wild, Duisburg, Redakteur des örtlichen KPD-Blatts, seit dem 26. März zusammen mit Hubert Koch Vorsitzender des Duisburger „Exekutivkomitees“ (s. bei Koch)
Bernhard Würmeling, Münster, Oberpräsident der Provinz Westfalen (Zentrum)

1. Kapitel

Die Bielefelder Konferenz - Voraussetzungen, Zustandekommen und Verlauf

I. Auseinandersetzungen um die Ziele der Aufstandsbewegung

Zehn Tage nach dem Kapp-Putsch Abbruch des Generalstreiks in Berlin ohne nennenswerte Erfolge für die Arbeiterschaft, zum gleichen Zeitpunkt das Militär in allen Regionen außerhalb des Ruhrgebiets wieder Herr der Lage, am Rande des Ruhrgebiets (Wesel) das Militär nach schweren Niederlagen wieder konsolidiert — so lautete das Ergebnis des 2. Bandes. In dieser Situation lag es nahe, daß zumindest Teile der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet den Versuch machen würden, zu *Verhandlungen mit der Regierung* zu kommen. Kam es zu solchen Verhandlungen, so stellte sich die zentrale Frage, wie die Aufstandsbewegung bis dahin ihre Ziele bestimmt hatte.

Aufstandsbewegungen kommen zustande aus dem Entschluß zahlloser Individuen, sich gegen eine elementare Bedrohung radikal zur Wehr zu setzen. Das hat zweierlei zur Folge: erstens daß ihre Ziele nicht schon zu Beginn des Kampfes feststehen, sondern erst in dessen Verlauf formuliert werden, und zweitens daß dabei unterschiedliche Positionen vertreten werden (sobald die ersten Kampfserfolge errungen sind, wird die Situation unterschiedlich eingeschätzt, unterschiedliche Parteiprogramme machen sich geltend usw.), daß es also zu einer *Auseinandersetzung um die Ziele innerhalb der Aufstandsbewegung* kommt. Wie vertief diese Auseinandersetzung beim Aufstand des Ruhrproletariats im März 1920?

Zwei wichtige Momente lassen sich von vornherein aus der bisherigen Untersuchung ableiten. Einmal bedeutete das fast vollständige Fehlen öffentlicher Versammlungen (II, Seite 61), daß die Auseinandersetzung nicht von den großen Arbeitermassen, sondern in kleineren Gremien geführt wurde. Zum zweiten folgt aus der Bündnispolitik, die wir analysiert haben (I, Seite 119-144), daß überall vorrangig versucht wurde, auf örtlicher Ebene eine einheitliche Zielvorstellung der beteiligten Parteien zu erarbeiten.

Die Zusammenarbeit der Parteien im Kampf gegen die Putschisten konkretisierte sich, wie wir sahen, in den *Vollzugsräten*. Es liegt auf der Hand, daß deren Zusammensetzung bereits zum großen Teil darüber entschied, welche Ziele aufgestellt wurden, und daß es umgekehrt von der Formulierung bestimmter Ziele ab-

hängen konnte, welche Parteien in das Bündnis hineingenommen wurden. — Fragt man nach der *Zusammensetzung der Vollzugsräte* im einzelnen, so lassen sich *drei Typen* unterscheiden:

1. Im Vollzugsrat sind die drei Arbeiterparteien vertreten. So ist es in Gelsenkirchen, Bochum, Unna und Aplerbeck, in Elberfeld und Barmen, in Remscheid, Lennep, Ronsdorf und Lütringhausen, in Düsseldorf, in Hamborn, Walsum, Sterkrade und Osterfeld (in Walsum, wo es die USP praktisch nicht mehr gibt, sind nur KPD und SPD im Vollzugsrat vertreten).¹ Die Vertretung der drei Arbeiterparteien ist in der Regel nicht gleich stark, was mit der unterschiedlichen Stärke der Arbeiterparteien am Ort zusammenhängt. In Düsseldorf bildeten zunächst nur USP und SPD mit vier bzw. zwei Vertretern den Vollzugsrat; später traten noch zwei KPD-Vertreter ein, die — wegen früherer Vorkommnisse — im Namen ihrer Partei das Versprechen abgeben mußten, „daß sie gefaßten Beschlüssen sich fügen und keine Gegenaktion unternehmen würden“.² In Bochum wurden am 16. März — also während der ersten bewaffneten Kämpfe — Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen (von den Christen bis zu den Unionisten) hinzugezogen, um die Führung für die weiteren Kämpfe auf eine breitere Basis zu stellen.³

2. Im Vollzugsrat sind die drei Arbeiterparteien und die beiden bürgerlichen Mittelparteien (Zentrum und DDP), evtl. auch noch die diesen nahestehenden Gewerkschaften vertreten. Diesen Typ gibt es nur im westfälischen Teil des Ruhrgebiets. Das wichtigste Beispiel ist Hagen; ferner sind Wattenscheid, Lünen, Castrop, das Amt Rauxel, Hörde und Kamen zu nennen. Dabei ist in Wattenscheid nur das Zentrum, in Castrop und Rauxel die katholische und die polnische Bergarbeitergewerkschaft vertreten, nicht jedoch die DDP, umgekehrt in Hörde nur die DDP, nicht das Zentrum (was eine Aussage über die politisch-soziale Struktur dieser Städte enthält). In Kamen ist die KPD nicht vertreten, anscheinend weil sie am Ort zu schwach ist.⁴ — Aktionsausschüsse* dieses zweiten Typs bildeten sich ferner in Reaktion auf den Kapp-Putsch in Hamm, Recklinghausen, Buer und Dorsten; die Vertreter der bürgerlichen Mittelparteien bzw. die entsprechenden Gewerkschaftsvertreter traten jedoch aus, als die Bewegung sich radikalisierte, konkret: nachdem die Rote Armee in diese Städte eingezogen war (bzw. kurz vorher).⁵ Damit entstanden Ausschüsse des ersten Typs (meist unter Umbenennung in „Vollzugsrat“).

3. Im Vollzugsrat sind (seit dem Sieg der bewaffneten Arbeiter) nur linksradikale Organisationen vertreten. Hier sind vor allem Essen, Mülheim, Oberhausen und Duisburg im rheinischen Teil des Ruhrgebiets zu nennen,⁶ ferner Dinslaken, wo der rote Stadtkommandant Ficks diesen Typ durchsetzte (II, Seite 93).⁷ In Essen trat nach der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee, wie schon mehrmals erwähnt, an die Stelle des „Vollzugsausschusses“ aus SPD und bürgerlicher Mitte ein Vollzugsrat aus USP und KPD.^{**8} In Mülheim bildeten Kommunisten, Syndi-

* Zu den Bezeichnungen „Aktionsausschuß“ und „Vollzugsrat“ vgl. II, Seite 8.

** Im Hinblick auf den unterschiedlichen Grad der Politisierung innerhalb der Arbeiterschaft ist interessant, daß im Essener Vollzugsrat neben den Funktionären von USP, KPD und Gewerkschaften fast nur Metallarbeiter saßen, außerdem ein Maurer und ein Zimmermann, dagegen anscheinend kein einziger Bergmann.

kalisten und Unabhängige nach dem Sieg der Roten Armee einen provisorischen Aktionsausschuß,⁹ dem später noch der in der SPD organisierte Dreher Heinrich Biesgen beitrug. Biesgen unterzeichnete den Aufruf des provisorischen Aktionsausschusses, der die Aufgaben der neuwählenden revolutionären Betriebsräte umriß (II, Seite 48),¹⁰ wofür er vom SPD-Ortsvorstand getadelt wurde;¹¹ daraufhin trat er mit einer öffentlichen Erklärung, in der er die örtliche SPD-Führung Mangel an Bündnisbereitschaft nach links und parlamentarische Kompromißtaktik vorwarf, aus der SPD aus.¹² Inzwischen hatten ihn die revolutionären Betriebsräte in den endgültigen Vollzugsrat gewählt.¹³ — In Oberhausen hatte die SPD wie in Essen die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Mittelparteien der Koalition mit den Linksradikalen vorgezogen (I, Seite 136) und wurde daher nach dem Sieg der Roten Armee ausgeschaltet. Kommunisten, Unabhängige und Syndikalist bildeten den Vollzugsrat.¹⁴ — Einen Sonderfall stellt Duisburg dar. Hier übernahm zunächst ein Vollzugsausschuß aus acht KPD- und fünf USP-Vertretern nach dem Sieg der Roten Armee die öffentliche Gewalt.¹⁵ Bald darauf bot die SPD — nach ihren eigenen Worten „sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellend“ — ihre Mitarbeit an. Daraufhin brachen seit langem in der Duisburger KPD bestehende Gegensätze wieder auf: ein Teil ihrer Vertreter wollte das Angebot annehmen, ein anderer verhielt sich schroff ablehnend. Das vorläufige Ergebnis war, daß sich am folgenden Tag (21. März) die USP aus dem Vollzugsausschuß zurückzog und erklärte, erst wieder mitarbeiten zu wollen, wenn auch die SPD zugelassen werde. Am 22. März verhandelten USP und SPD mit dem Vollzugsausschuß über ihre Mitarbeit auf paritätischer Basis; Koch, ein Kommunist der schärferen Richtung, wollte ihnen jedoch nur je zwei Sitze zugestehen, während er für die KPD fünf beanspruchte.¹⁶ Am folgenden Tag setzten sich jedoch die Gemäßigten in der KPD durch, und es kam zur Bildung eines Vollzugsrats, in der die drei Arbeiterparteien gleich stark vertreten waren.¹⁷ Damit war aus einem Vollzugsrat des dritten Typs einer des ersten Typs geworden.¹⁸ Daß es hierbei nicht blieb, werden wir später sehen.

Im westfälischen Teil des Reviers bildeten sich Vollzugsräte des dritten Typs in Marl (II, Seite 72 f.) und vor allem in Dortmund. In der letzteren Stadt war ausschließlich die SPD, deren extrem rechte Position wir bereits kennengelernt haben, für die Entwicklung verantwortlich. Zunächst war nämlich eine Koalition des zweiten Typs wie in Hörde zustandegekommen (die drei Arbeiterparteien, dazu die DDP);¹⁹ als jedoch im Aktionsausschuß (einem größeren Gremium neben dem kleineren Vollzugsrat) die Syndikalistinnen bzw. Unionisten auf paritätischer Basis zugelassen wurden (sie erhielten 1/6 der Sitze),²⁰ kündigte zunächst die DDP, dann auch die SPD die Koalition.²¹ Wiederholte Versuche der Linksradikalen, sie zur Mitarbeit zurückzugewinnen, scheiterten.²² Nur der Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Otto Bormann, machte den Rückzug seiner Partei, der SPD, nicht mit, sondern blieb Mitglied des Vollzugsrats; Appelle der SPD an seine Parteidisziplin ignorierte er. Bemerkenswerterweise wurde er nicht aus der Partei ausgeschlossen — nach Meinbergs Ansicht weil die SPD für den Fall eines

* Das Umgekehrte vollzog sich in Lennep, als die SPD sich aus dem Vollzugsrat zurückzog.

Sieges der Arbeiter im Bürgerkrieg noch ein Eisen im Feuer haben wollte.²³ Soweit die drei Typen von Koalitionen. Die Übersicht läßt bereits erkennen, daß im Durchschnitt der westliche Teil des Ruhrgebiets radikaler war als der östliche, während das Bergische Land (Elberfeld, Barmen, Remscheid) eine gewisse Mittelstellung einnahm. Das wird sich konkretisieren, wenn wir uns jetzt der *Auseinsetzung um die Ziele der Bewegung* zuwenden. Dabei ist anzuknüpfen an die Analyse der Bündnispolitik, die in Elberfeld und in Hagen von den Arbeiterführern betrieben wurde (I, Seite 124-130, 137-139).

Die Elberfelder Bündnispolitik lief, wie wir sahen, auf ein linksradikales Programm hinaus, das die SPD-Führer aus taktischen Gründen mitunterzeichneten (Kampf für die Diktatur des Proletariats „bis zum Siege des Sozialismus, auf der Grundlage des Räteystems“). Die Brüchigkeit dieser Bündnispolitik wurde bereits unmittelbar nach dem Sieg der Arbeiter über General Gillhausen offenkundig. Einige Spitzenfunktionäre der drei Arbeiterparteien formulierten eine Proklamation an die Bevölkerung der Wupperstädte, die den Umsturz bekanntgab, und gaben sie sofort in Druck, angeblich weil die Zeit drängte; erst dann legten sie sie dem 48köpfigen Aktionsausschuß vor und baten um Zustimmung. Ein KPD-Vertreter vermißte die eben zitierte Formel „Kampf für die Diktatur des Proletariats“ usw. und verlangte ihre Aufnahme in den Text. Als nach längerer kontroverser Diskussion darüber abgestimmt werden sollte, widersprach der SPD-Führer Landé mit dem Argument, „daß im gegenwärtigen Moment, wo wir noch mitten im Kampf ständen, eine derartige Frage nicht durch Mehrheitsbeschluß erledigt werden dürfte, da sonst leicht wieder Streit zwischen der Mehrheit und der Minderheit entstehen könnte. Ein solcher Beschluß dürfte nur mit Einstimmigkeit gefaßt werden“. Er schlage vor, den Text zu ändern, falls das technisch noch möglich sei; andernfalls solle sich die KPD mit dem Versprechen begnügen, daß die Formel ins nächste Flugblatt aufgenommen werde. Die KPD-Vertreter ließen sich darauf ein: die Druckerei entschied die politische Frage; die Formel wurde nicht aufgenommen.²⁴ Das „nächste Flugblatt“, auf das sich die KPD hatte ver-

bis zum vollen Siege des Sozialismus. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß die sozialistischen Arbeiter auch weiterhin einig zusammenstehen. Hoch die Einigkeit! Es lebe der Sozialismus!“²⁶

So radikal die Aufforderung, den Kampf fortzusetzen, so phrasenhaft der Ruf nach Einigkeit: in diesen Sätzen wurde jede Diskussion darüber abgeschnitten, daß es die SPD-Führung gewesen war, die im Weltkrieg die organisierte Arbeiterbewegung gespalten hatte und die jetzt die Mitschuld am Putsch trug; insofern setzte sich auch hier die politische Linie der SPD durch. — Vom 19. März an wurde das Elberfelder USP-Blatt nicht mehr wie bisher in der USP-Druckerei in Düsseldorf, sondern in der Druckerei des Elberfelder SPD-Blatts hergestellt (das sollte bis zum 12. April dauern, d.h. nach dem Ende des Aufstands ging diese Beziehung wieder in die Brüche).²⁷ Da beide Blätter in der Folge nicht nur dieselben Meldungen, sondern vielfach auch dieselben Artikel brachten, wurden sie nahezu identisch. Nur die Leitartikel waren in jedem Falle unterschiedlich.

Wenn die Arbeiterführer des Wuppertals ihre anfängliche Parole „Kampf bis zum Sieg des Sozialismus“ so wenig ernstnahmen, so formulierten sie doch auf der anderen Seite ziemlich radikale Nahziele. Das geschah im Leitartikel des bereits zitierten „Mittellungsblatts des Aktionsausschusses“ vom 18. März. Darin wurde die Fortsetzung der Koalition von SPD und bürgerlicher Mitte abgelehnt, mit der Begründung, sie habe sich als „zu schwach, zu nachsichtig“ erwiesen, „um den gefährlichen Angriffen auf die Demokratie und [die] Volksrechte vorzubeugen“. Bleibe „alles beim alten“, so sei „keine Garantie gegeben, daß sich die Putsche nicht wiederholen“. Jetzt gelte es, „Sicherung“ gegen die Gefahr eines neuen Bürgerkriegs zu schaffen, und diese erblicke man in der Durchführung des folgenden Programms:

1. Schaffung eines rein sozialistischen Ministeriums.
2. Völlige Auflösung der Reichswehr.
3. Einrichtung einer revolutionären Armee.
4. Absetzung aller Beamten in Reich, Staat und Kommune, deren Haltung gegenüber der neuen Staatsform zweifelhaft erscheint.
5. Einsetzung von Kontrollorganen aus den sozialistischen Parteien.
6. Kapp und Lüttwitz bezahlen ihren Staatsstreich mit dem Tode. Die Vermögen der beiden werden eingezogen.
7. Ihre nächsten Helfershelfer wandern wegen Hochverrats ins Zuchthaus.
8. Alle Beamten werden zur Verantwortung gezogen, die durch die amtliche Verbreitung von Kundgebungen der Staatsstreicher sich in den Dienst der Kapprebellen gestellt haben.
9. Verbot aller Blätter, die den Staatsstreich direkt oder indirekt begrüßen, überhaupt aller Zeitungen, deren bisherige Propagandatätigkeit den Bestand der Republik gefährdet haben.
10. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung aller dafür reifen Betriebe.²⁸

* Der Begriff der Sozialisierungs„reife“ war seit 1918 ein beliebtes Mittel von SPD- und Gewerkschaftsführern, mit dem sie hinter dem Schleier von Scheinradikalität Sozialisierungen vertagten; es gibt kein exaktes Kriterium dafür, wann ein Industriezweig für die Sozialisierung „wirklich“ reif ist.

trösten lassen, erschien nicht. Zeigt sich hier bereits, wie wenig das zu Beginn des Kampfes formulierte Einheitspapier („für die Diktatur des Proletariats“ usw.) wert war, so bestätigt sich das, wenn man sich die Arbeiterpresse anschaut. Am 18. März, dem Tag nach dem Sieg der Roten Armee im Wuppertal, erschienen auf Beschluß des Aktionsausschusses das SPD- und das USP-Blatt nicht, sondern stattdessen ein „Mittellungsblatt des Aktionsausschusses der vereinigten sozialistischen Parteien des Wuppertals“.²⁵ Darin hieß es:

„Der blutige Weltkrieg hatte die Sozialisten des Wuppertales entzweit, das Kapp-Verbrechen hat sie wieder zusammengeführt, zusammengeführt mit dem festen Entschluß, wie ein Mann die sich immer dreister erhebende Reaktion niederzuwerfen und darüber hinaus Bedingungen zu schaffen, die eine Wiederholung solch eines frevelhaften Attentats unmöglich machen, die Republik unbedingt sichern und die Durchführung des Sozialismus garantieren . . . Die Wuppertaler Arbeiter schaft darf sich heute . . . des Sieges freuen, den sie durch ihren Mut, ihre Einigkeit und Begeisterung errungen hat. Nun aber heißt es, weiter zu kämpfen . . .“

Auf den ersten Blick machen die 10 Punkte einen radikalen Eindruck, sie halten sich jedoch insofern im parlamentarischen Rahmen, als ihre Durchführung von einer neuen Regierung der Arbeiterparteien erwartet wird. Unklar ist, ob die neue Regierung sich auf die außerparlamentarische Macht der bewaffneten Arbeiter stützen soll. Vermutlich hätten die Autoren diese Frage jedoch bejaht, denn abgesehen von dem Hinweis, den Punkt 3 gibt — der praktisch fordert, daß die Bewaffnung der Arbeiter institutionalisiert wird —, erklärte das Elberfelder SPD-Blatt am 20. März, die Entwaffnung und Verhaftung der putschistischen Truppen in Berlin sei durchaus kein unlösbares Problem: man solle die Berliner Arbeiter bewaffnen und gegen das Lager Döberitz einsetzen.²⁹

Wenden wir uns nun nach Hagen und erinnern wir uns, daß hier die USP-Führer die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine für ein Kampfbündnis gewonnen hatten, indem sie die entscheidenden Ziele ihres Parteiprogramms (Räteystem, Diktatur des Proletariats) „zurückgestellt“ und für den Generalstreik nur defensive Minimalziele formuliert hatten: „Niederwerfung des Militärputsches, Sicherung der Republik und der erreichten Arbeiterrechte“. Ziel der USP-Führer war, unbedingt die „Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter“ herzustellen, und hier liegt vielleicht auch ein Motiv dafür, daß sie strikt jeden Eingriff in die Struktur der Betriebe ablehnten (II, Seite 46 f.). Diese Bündnispolitik scheiterte ebenso wie die Elberfelder, und zwar zum einen weil die Arbeiter den Generalstreik zum bewaffneten Kampf steigerten — was insbesondere die Zentrumsführer heftig ablehnten —, vor allem aber weil die nichtsozialistischen Gewerkschaften und die bürgerlichen Mittelparteien sich nur so lange am Bündnis beteiligten, bis der Putsch in Berlin zusammenbrach. (Bei illusionsloser Betrachtung hätte das den USP-Führern von vornherein klar sein müssen.) Als erste sprang die Zentrumspartei ab. Ihre Unterschrift fehlte bereits auf einem Aufruf vom 17. März, betitelt „An alle!“, der nach den Kämpfen in Wetter und Herdecke erlassen wurde und u.a. knappe Anweisungen enthielt, wie die bisher ziemlich regellose Bewaffnung der Arbeiter organisiert werden sollte.³⁰ Am 18. März, einen Tag nach dem Abtreten von Kapp und Lüttwitz, kam es dann zum offenen Gegensatz zwischen Sozialisten und Bürgerlichen. Als die sozialistischen Arbeiterführer die Bildung einer „militärischen Zentrale für das gesamte Industriegebiet“ (d.h. einer Befehlszentrale für alle bewaffneten Arbeiter) und einer provisorischen politischen Zentrale beschlossen und für beide Gremien den bürgerlichen Mittelparteien je einen Sitz anboten, benannte zwar die DDP Vertreter,* nicht jedoch das Zentrum; die Zentrumsführer lehnten auch die Unterzeichnung eines Flugblatts, das die Bildung der beiden Zentralen bekanntgab und begründete, ab und bereiteten stattdessen ihren Austritt aus dem Aktionsausschuß vor.³¹ Ärgerlich und erregt versuchten die Arbeiterführer in einer Sitzung des Aktionsausschusses am 19. März, an der auch Oberbürgermeister Cuno teilnahm, die bisher am Bündnis beteiligten Parteien und Gewerkschaften für eine gemeinsame politische Plattform zu gewinnen und so das auseinanderbrechende Bündnis

*Für die militärische Zentrale wurde der Parteisekretär Stens benannt, der sich während der bewaffneten Kämpfe um Vermeidung von Blutvergießen bemüht hatte — in Wetter ohne, in Gummersbach mit Erfolg. (I, Seite 168, 260)

zu retten. Der von Ernst (USP) formulierte Entwurf für die Plattform lautete:

[...]

Es galt in erster Linie, den Kampf gegen die bewaffnete militärische Macht zu organisieren, da erst nach der [deren] Niederzwingung die Bahn für die Sicherung der Volksrechte geebnet war. Bisher ist es gelungen, die gegen Hagen und benachbarte Städte unter der Angabe, daß die Räterepublik ausgerufen sei, eingesetzten Truppen niederzukämpfen. Nun muß dafür gesorgt werden, daß die Sicherung voll dadurch geschaffen wird, daß sämtliche vorhandenen Truppen . . . entwaffnet werden. . . Da wir . . . nicht die geringste Sicherheit dafür haben, daß die noch unter Waffen stehenden Teile der Reichswehr, der Bürgerwehr und der grünen Sicherheitspolizei treu zur Verfassung stehen, da wir vielmehr unwiderlegliche Beweise in Händen haben, daß zum mindesten Offiziere und Truppenführer offen oder versteckt im Sinne der Reaktion arbeiten, werden wir zur Verteidigung der bedrohten Volksfreiheit die Waffen nicht eher aus der Hand legen, bis sämtliche Offiziere aus der Reichswehr entfernt sind. Ebenso gut wie die in Berlin stationierten Nosketruppen sofort zu den Hochverrätern aus dem Baltikum übergangen, werden auch andere Truppenteile offen zur Reaktion übergehen, sobald sie die Gewißheit haben, daß die eingeleiteten Kämpfe zu ihren Gunsten ausschlagen. . . Die Erklärung, daß Truppen auf dem Boden der alten Regierung stehen, ist keine ausreichende Sicherung.

. . . Wir können nicht das Vertrauen haben, daß die Regierung Bauer in Berlin im Augenblick die Macht hat, unsere Forderungen durchzusetzen. Deshalb müssen wir im Industriebezirk unser Schicksal zunächst selbst in die Hand nehmen.

[...]

Wir verlangen:

1. Vorläufige Waffenabgabe sämtlicher Reichswehrtruppen und die Entfernung sämtlicher Offiziere aus der Reichswehr, Aufhebung und Entwaffnung der grünen Polizei und der Bürgerwehr.
 2. Anstelle der aufgelösten Truppenkörper soll ein aus den Angehörigen der eingangs erwähnten Parteien [vom Zentrum bis zur KPD] zusammengesetztes Volksheer gebildet werden unter Führung republikanisch gesinnter Führer.
 3. Bis zur Aufstellung des Volksheeres nach einem noch zu entwerfenden Plan übernimmt die bewaffnete Arbeiterschaft der eingangs erwähnten Parteien die Sicherung der Ruhe und Ordnung.
 4. Es ist in allen Städten und Ortschaften Sorge zu tragen, daß vorläufig nach diesen Grundsätzen verfahren wird und daß, um Überraschungen zu vermeiden, ein genügend starkes Aufgebot von bewaffneten Arbeitern zur jederzeitigen Verfügung der zentralen Kampfleitung in Hagen steht. Alle militärischen Maßnahmen sind hierher zu melden, ihre Anordnungen [die der Kampfleitung] sind zu befolgen. . .
 5. Wir verlangen die Bestrafung der Berliner Hochverräter sowie aller Reichswehr-offiziere, die sich geweigert haben, gegen die Hochverräter zu kämpfen.
 6. An der Einheit des Reiches halten wir fest.
- Wir erklären gegenüber den durch die Reaktion in die Welt gesetzten Lügen, daß an eine Aufrichtung der Diktatur des Proletariats nicht gedacht wird. Anders-

lautende Meldungen sind von der Reaktion in die Welt gesetzt, um Beunruhigung und Spaltung unter den Mehrheitsparteien hervorzurufen. Die Reaktion hofft auf den Ausbruch des allgemeinen Bürgerkrieges. Deshalb glaube man keinen Meldungen, die von Räteiktatur und Bolschewismus reden.

[...]

Dieses Papier (das in der Aufstandsbewegung noch eine große Rolle spielen sollte) erreichte seinen Zweck nicht, im Gegenteil: Zentrum und DDP mißbilligten, daß nunmehr ganz offen ein Mißtrauen gegenüber der Regierung ausgedrückt werde, und erklärten sich gegen die Punkte 1 bis 3, deren Gegenstand, die künftige Wehrverfassung, Sache des Parlaments sei. Die Zentrumsvertreter legten ihrerseits eine Erklärung vor, in der es hieß, man habe sich am Generalstreik beteiligt zur „Verteidigung der verfassungsmäßigen Regierung“ und zur „Aufrechterhaltung der demokratischen Reichsverfassung“; dieses Ziel sei jetzt erreicht, und im Vertrauen darauf, daß die Regierung „die Hochverräter und meineidigen Offiziere ihrem Versprechen gemäß rücksichtslos aburteilen“ werde, ziehe man sich aus den Aktionsausschüssen des Stadt- und Landkreises Hagen zurück. Dieser Erklärung schlossen sich die DDP und die nichtsozialistischen Gewerkschaften an. Sogar der Vertreter der freien Angestellengewerkschaften (Afa) unterzeichnete; das wurde jedoch später von der Afa als Eigenmächtigkeit bezeichnet und widerrufen. — Am Ende der vielstündigen Sitzung erreichten die sozialistischen Arbeiterführer wenigstens einen Aufschub: beide Papiere sollten vorläufig nicht veröffentlicht, stattdessen beiderseits noch eine große überlokale Konferenz, die am nächsten Tage in Hagen stattfinden sollte, abgewartet werden; sie seien, sagten die sozialistischen Arbeiterführer, zuversichtlich, hier mit Regierungspräsident König, Severing und dessen Stellvertreter Mehlich eine Einigung zu erzielen.³² Was hatte es mit dieser Konferenz auf sich?

Bereits am 17. März, einen Tag nach dem Kampf in Herdecke, hatte Ludwig im Hagerer USP-Blatt die drei Arbeiterparteien im westfälischen Teil des Ruhrgebiets, im Bergischen Land, im Sauer- und im Siegerland aufgefordert, am 20. März je einen Delegierten pro Ort und Partei zu einer Konferenz nach Hagen zu entsenden, die um 10 Uhr im Konferenzsaal des Hotels „Parkhaus“ beginnen sollte; als Zweck der Konferenz hatte Ludwig knapp „Aussprache über die Lage“ angegeben.³³ Inzwischen hatte bereits am 18. März in Witten eine derartige überlokale Konferenz stattgefunden, die vom Wittener Aktionsausschuß („Zentralleitung“) einberufen worden war, um einen einheitlichen Abbruch des Generalstreiks zu erreichen und die Ziele des weiteren Kampfes zu formulieren. Die Konferenzteilnehmer, 61 Delegierte aus 18 Orten, waren einmütig der Auffassung gewesen, daß die Reichswehr „unter allen Umständen verschwinden“ und durch eine „Volkswehr“ ersetzt werden müsse, „die nur aus organisierten Arbeitern bestehen“ dürfe.³⁴

Die Hagerer Konferenz begann am 20. März wie vorgesehen. 145 Delegierte waren erschienen — 74 Mitglieder der USP, 38 der KPD, 33 der SPD. Die am weitesten entfernten Orte, aus denen sie kamen, waren Bielefeld, Hamm, Soest und Arnsberg im Nordosten und Osten, Siegen im Süden, Remscheid und Düsseldorf im Westen und Dortmund und Bochum im Norden und Nordwesten.

Schwach vertreten war das mittlere Ruhrgebiet (Essen), gar nicht das westliche, was nicht überraschen kann: an diesem Tag waren in Duisburg und Hamborn die großen Straßenschlachten im Gange (I, Seite 300—303). Ausgeblieben waren Regierungspräsident König, Severing und Mehlich, auf deren Erscheinen die Hagerer Arbeiterführer gehofft hatten.³⁵ — Als erste sprachen die drei wichtigsten USP-Führer im Bezirk Hagen-Schwelm: Ludwig, Oettinghaus, Metallarbeitersekretär in Milspe und wie Ludwig außerordentlich populär, und Ernst. Sie gaben einen Überblick über die bisherigen Kämpfe, wobei sie herausstellten, wie der Putsch die Arbeiterparteien zusammengeführt habe, und begründeten dann die am Vortrag in Hagen ausgearbeitete Plattform: die im Kampf erreichte Einheit der Arbeiterschaft solle bewahrt werden, die Ziele müßten daher so formuliert sein, daß ihnen auch die nichtsozialistisch organisierten Arbeiter zustimmen könnten; absolut vorrangig sei jetzt der Kampf gegen das reaktionäre Militär, daher müßten sozialistische Experimente in den Betrieben und störende Eingriffe in den Verwaltungsapparat unterbleiben. Auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats müsse in der gegenwärtigen Lage verzichtet werden.

Aus der Diskussion heben wir drei Momente heraus. Erstens das einstimmige Echo, das Oettinghaus erhielt, als er auriert: „Kein Offizier vom Leutnant bis zum General darf im Amte bleiben!“ Insbesondere gegen General v. Watter wurden schärfste Angriffe gerichtet. Darüber hinaus erklärte Hirdes, SPD-Parteisekretär in Hagen, auch Severing und Mehlich müßten abtreten, denn sie hätten die Erfordernisse der Situation nicht erkannt. Zweitens: Zur Einheitsfront der Arbeiterparteien bemerkte Meinberg (KPD) aus Dortmund, die bisherige Haltung der Sozialdemokraten sei überall untadelig, ausgenommen in Dortmund. Obwohl auch Ernst in den ersten Tagen des Kampfes höchst unangenehme Erfahrungen mit dem Dortmunder SPD-Führern gemacht hatte, was in Hagen allgemein bekannt war (I, Seite 155, 185), bestand Ludwig darauf, daß die „Ausschaltung der SPD“ in Dortmund — zutreffender hätte er von „Selbstausschaltung“ gesprochen — „ungesund“ sei. Drittens: Meinberg stimmte den Hagerern darin zu, daß es jetzt nicht darum gehe, „die Räterepublik zu proklamieren“. Das bedeute nicht, daß man auf das Ziel „Herrschaft des Proletariats“ verzichte. Man müsse jedoch „besonnen“ voranschreiten, „damit wir nicht das vernichten, was wir erobern“ haben.* (Diese Stellungnahme wird uns noch beschäftigen.) Sauerbrey aus Barmen dagegen, einer der wichtigsten USP-Funktionäre im Wuppertal, widersprach den Hagerern energisch: Vor einer Woche sei die Parole „Diktatur des Proletariats“ aufgestellt worden; wenn jetzt erklärt werde, die Diktatur des Proletariats müsse „auf längere Zeit verschoben werden“, würde das größte Verwirrung unter den Arbeitern hervorrufen.³⁶

An dieser Stelle wird die Verfehltheit der damals üblichen Bündnispolitik (vgl. I, Seite 124-144) besonders deutlich. Beim ersten großen Versuch einer überlokalen

* Unmittelbar nach der Eroberung Dortmunds durch die bewaffneten Arbeiter am 17. März hatte Meinberg in einem Zeitungsgespräch erklärt, die Frage der Räterepublik sei gegenwärtig nicht aktuell, und bald darauf hatte der Dortmunder Vollzugsrat in einer von Meinberg mitunterzeichneten Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß er „an eine Proklamation der Räterepublik durchaus nicht denk(e)“.

Vereinheitlichung, der auf dieser Konferenz gemacht wurde, prallten zwei Bündnis-konzeptionen — die Hagener und die Elberfelder — aufeinander und erwiesen sich als unvereinbar. Die Alternative, die bestanden hätte, liegt auf der Hand: Verzicht auf Einheitspapiere verschiedener Parteien auf lokaler Ebene, die sich doch allesamt als brüchig erwiesen; Eingeständnis der politischen Differenzen auch nach dem Putsch (was den gemeinsamen Kampf gegen die Putschisten überhaupt nicht zu stören brauchte); so bald wie möglich überlokale Kontaktaufnahme innerhalb der verschiedenen Organisationen. Der faktisch eingeschlagene Weg dagegen förderte — wie wir auch im folgenden immer wieder sehen werden — die regionale Zersplitterung der Bewegung; auf den überlokalen Konferenzen (wie dieser in Hagen) traten gegensätzliche Zielvorstellungen nicht als politische Differenzen der verschiedenen Organisationen auf, sondern als regionale Sonderprogramme.

Überraschen muß es nach Sauerbrey's Stellungnahme, daß die Konferenz schließlich einstimmig die Hagener Plattform annahm; man kann nur vermuten, daß die Delegierten aus dem Bergischen Land sich der Stimme enthalten haben. Die 6 Punkte, die als „Richtlinien“ bezeichnet wurden, waren gegenüber dem ursprünglichen Entwurf zum Teil durch Ergänzungen präzisiert worden: unter 1. daß die Aufhebung und Entwaffnung von Sipo und Bürgerwehren „in allen Städten des Bezirks“ vollzogen werden müsse (über das übrige Reich wurde also keine Aussage gemacht); unter 3. daß der Plan zur Aufstellung des Volksheeres „mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht und mit der Entente vereinbart werden“ müsse. Unter 6. war ein besonders wichtiger Zusatz gemacht worden: *man stehe „grund-sätzlich auf dem Boden der Verfassung, in welcher die revolutionären Errungen-schaften festgelegt sind“*. Unter 4. war die Bestimmung „in Hagen“ sowie der ganze zweite Satz gestrichen worden — anscheinend war die Konferenz der Ansicht, daß die Befehlsstruktur der Roten Armee nicht unbedingt in Hagen zentralisiert werden sollte.³⁷

Die Ergänzung unter 3. basierte auf der Einsicht, daß die Forderung nach Auflösung der Reichswehr und Ersatz durch ein „Volksheer“ in Widerspruch zum Versailler Friedensvertrag stand, der Deutschland ein Berufsheer von 100.000 Mann vorschrieb. Oberbürgermeister Cuno hatte die Hagener Arbeiterführer am Vortag nachdrücklich hierauf hingewiesen, offenbar weil ihm die Vorstellung einer ständigen Bewaffnung der Arbeiter höchst unangenehm war.³⁸ Ludwig war jedoch schon vorher auf das Problem aufmerksam geworden; im Hagener USP-Blatt hatte er geschrieben, „es wäre möglich, überhaupt kein stehendes Heer zu halten“, es komme nur darauf an, daß in allen Gemeinden ausschließlich zuverlässige Republikaner im Besitz von Waffen seien.³⁹ Zuletzt beschloß die Konferenz, an Reichspräsident Ebert folgendes Telegramm zu senden:

„Die drei sozialistischen Parteien des Industriegebietes, die heute morgen zu einer Konferenz hier vereinigt waren, stellen sich einmütig auf den Standpunkt, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Reaktion niederzuschlagen. In keiner Weise kann sie General v. Watter Vertrauen entgegenbringen, der als reaktionärer monarchistischer Offizier heute morgen die Arbeiter zur Abgabe der

Waffen aufforderte, bis heute aber noch nichts tat, um das Bataillon [Freikorps] Schulz, das auf dem Boden der Kapp-Regierung steht, zu entwaffnen. Wir verlangen sofortige Einstellung der Truppenbewegung, da wir sonst gezwungen sind, in berechtigtiger Abwehr zum Angriff zu schreiten, um zu verhindern, daß zusammengezogene reaktionäre Truppenkörper im Industriegebiet den weißen Schrecken einführen. Die Konferenz lehnt einstimmig die Einführung der Räte-diktatur ab und stellt sich in ihrem Vorgehen auf durchaus legalen Boden, verlangt aber Garantien, um vor der Reaktion gesichert zu sein. Im Gegensatz zu allen anderen Behauptungen erklären wir, daß jetzt im Industriegebiet größte Ruhe und Ordnung herrscht und die Arbeit, mit Ausnahme der unter den Waffen stehenden Arbeiter, voll aufgenommen wurde. Wir bitten, sofortige Entscheidung zu treffen.“⁴⁰

Dieses Telegramm erwähnte nicht, daß die Konferenz die Waffenabgabe der Reichswehr und die Entfernung aller Offiziere als Ziel des weiteren Kampfes proklamiert hatte; stattdessen erweckte es durch den Angriff auf Watter den Anschein, als werde nur die Absetzung einzelner reaktionärer Offiziere gefordert.* Die Hagener Konferenz hatte ein vielfältiges Echo. Uneingeschränkt positiv reagierte eine weitere überlokale Konferenz in Bochum, zu der sich Vertreter der Vollzugsräte von Bochum und umliegenden Orten am nächsten Vormittag versammelten. Teuber, der Bochumer USP-Parteisekretär, betonte, daß man vorläufig den Kampf weiterführen müsse, bis „die stärksten Stützen der Reaktion, Münster und Wesel, zu Fall gebracht“ seien. Außerdem müsse General v. Watter unbedingt verschwinden. Zum Verhältnis der Bewegung zur Regierung sagte Teuber, diese „müsse zunächst einmal den Beweis dafür erbringen, daß sie sich wirklich wieder im Besitz der Macht befindet“, indem „sie dem Volk die Köpfe von Lütt-witz und Kapp vor die Füße lege. Solange sie diese Macht nicht habe, müsse man wachsam sein“. Die Konferenz mußte vorzeitig abgebrochen werden, als Meldungen von schweren Kämpfen bei Recklinghausen einliefen; die Hagener Richtlinien wurden jedoch noch zur Abstimmung gestellt und angenommen.⁴¹ — Nicht so einhellig verlief eine Funktionärsversammlung der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, die zur selben Zeit in Düsseldorf stattfand. Der provisorische Vollzugsrat von USP und SPD (die KPD wurde erst während dieser Versammlung in den Vollzugsrat aufgenommen) stellte sich voll auf den Boden der Hagener Richtlinien und erklärte, es wäre politischer Unsinn, jetzt „etwa eine Räte-Republik Düsseldorf auszurufen“, vielmehr gelte es, „mit Besonnenheit und zielklar auf die Herbeiführung der sozialistischen Republik in Deutschland hinzuwirken“. Vorbedingung dafür sei, daß die Produktion wieder in Gang gesetzt werde und ohne „Eigenmächtigkeiten und Eingriffe Unberufener“ weitergehe. Die Kommunisten widersprachen und forderten die Fortsetzung des Generalstreiks und die Er-richtung der Räte-diktatur, blieben aber in der Minderheit; alle anderen Diskussionsredner stimmten den Hagener Richtlinien zu, und schließlich wurde der Abbruch des Generalstreiks mit nur einer Gegenstimme beschlossen.⁴²

* Was sich hier andeutete, wurde bald Wirklichkeit: Ernst, der das Telegramm am Abend absandte, fügte in den von der Konferenz beschlossenen Text u.a. ein: „Wir verlangen sofortige Entfernung der reaktionären Offiziere“. Hier begann bereits das schrittweise Abstreifen von den eigenen mit größter Betonung vorgebrachten Forderungen.

Ein negatives Echo fand die Hagener Konferenz, wie zu erwarten, im Bergischen Land. Noch am selben Tag lehnte eine Konferenz von USP-Vertretern aus den Wahlkreisen Elberfeld-Barmen und Lennep-Renscheid-Mettmann die Hagener Erklärung für die Verfassung und gegen die Aufrichtung der proletarischen Diktatur einstimmig „aufs schärfste“ ab.⁴³ Nun war es jedoch, wie wir sahen, bei den Arbeiterführern in dieser Gegend zur schlechten Gewohnheit geworden, einerseits die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Ratesystems als Ziel der Bewegung zu proklamieren, andererseits ein detailliertes Programm für eine neue Regierung zu formulieren und zwischen beidem keinen Widerspruch zu sehen. So überrascht es nicht, daß der Aktionsausschuß von Elberfeld und Barmen trotz der heftigen ersten Reaktion die Hagener Richtlinien überarbeitete. Das Ergebnis, ein 6-Punkte-Papier, das am 22. März in Elberfeld und Barmen von den Betriebsausschüssen und Betriebsvertrauensleuten und am folgenden Tage von einer Delegiertenkonferenz der Aktionsausschüsse des Bergischen Landes angenommen wurde,⁴⁴ lautete:

„Es ist sofort eine aus Sozialisten der drei Richtungen zusammengesetzte Regierung zu bilden, die sofort für die Durchführung der nachstehend aufgestellten Forderungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat:

- 1. Die Reichs-, staatlichen und kommunalen Einrichtungen und Schulen sind sofort von allen reaktionären Beamten und Angestellten zu säubern.*
- 2. Auflösung der Reichswehr, Auflösung und Entwaffnung der grünen Polizei, der Bürger- und Einwohnerwehr. An Stelle des aufgelösten Heeres und der grünen Polizei tritt eine aus den drei sozialistischen Parteien gebildete Sicherheits- bzw. Arbeiterwehr unter Führung zuverlässiger Führer. Bis zur Aufstellung des Volkshheeres hat die Arbeiterschaft nach einem noch zu entwerfenden Plan die Sicherung der Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.*
- 3. Bestrafung aller Hochverräter und deren Begünstiger und der Offiziere der Reichswehr und der grünen Polizei, die sich geweigert haben, gegen die Hochverräter zu kämpfen. Die Bestrafung hat durch ein noch zu bildendes Volksgericht zu geschehen.*

4. An der Einheit des Reiches wird festgehalten.

5. Sofortige Sozialisierung aller hierfür reifen Gewerbe und Wirtschaftszweige, [sowie von] Grund und Boden.

6. Wirksame Erfassung und gegebenenfalls Enteignung aller verfügbaren Lebensmittel, schärfste Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums, sichere Erfassung der Ablieferung. Gegen Nichtablieferer sind die schärfsten Strafen zu verhängen.“

Die Punkte 2 bis 4 basierten, wie man sieht, auf den Hagener Richtlinien. Punkt 2 schloß die Möglichkeit aus, daß erwiesenermaßen verfassungstreue Mannschaften der Reichswehr in das neue Volkshheer übernommen werden könnten, eine Möglichkeit, die an dieser Stelle etwas undeutlichen Hagener Richtlinien offengelassen hatten. Punkt 3 verschärfte im ersten Satz die Hagener Richtlinien, wobei nicht gesagt wurde, ob zu den „Begünstigern“ der Putschisten auch Noske und andere SPD-Führer gerechnet wurden (immerhin gab das Elberfelder USP-Blatt diese Interpretation),⁴⁵ der zweite Satz war neu hinzugefügt. In Punkt 4 war die Erklärung der Hagener Richtlinien für die Verfassung gestrichen. Punkt 1 und 5

basierten auf den 10 Elberfelder Punkten vom 18. März (s. oben Seite 15), wobei neu war, daß auch die Schulen von Reaktionären gesäubert und auch Grund und Boden sozialisiert werden sollten; Punkt 6 war aus dem soeben in Berlin geschlossenen Abkommen zwischen Gewerkschaften und Regierungsparteien (II, Seite 118) übernommen und dabei schärfer gefaßt worden. — Erscheint dieses 6-Punkte-Papier also zunächst deutlich radikaler als die Hagener Richtlinien, so kehrt sich dieses Bild um, wenn man den Rahmen betrachtet, in den die Einzelorderungen gestellt werden: während hier deren Durchführung kurzerhand von einer neuen Regierung der drei Arbeiterparteien erwartet wird, auf deren Zustandekommen man kaum Einfluß hat, hatte das Hagener Papier in der Einleitung erklärt, man habe „nicht das Vertrauen . . ., daß die Regierung Bauer . . . im Augenblick die Macht“ habe, um die aufgestellten Forderungen durchzusetzen; man nehme deshalb das eigene „Schicksal zunächst selbst in die Hand“ und werde „die Waffen nicht eher aus der Hand legen, bis sämtliche Offiziere aus der Reichswehr entfernt“ seien.

Im mittleren und westlichen Ruhrgebiet begrüßte die SPD die Hagener Richtlinien, und zwar in Städten, in denen sie nicht im Vollzugsrat vertreten war. Das Essener SPD-Blatt sah in den Richtlinien einen politischen Weg, wie die bewaffneten Kämpfe beendet werden könnten. Falls auch in Essen die Linksradikalen „klipp und klar“ die Verfassung anerkennen würden, könne sich die SPD „an einer Arbeitsgemeinschaft der Linken beteiligen“. Das Blatt hoffte auf eine „Einheitsfront von den Kommunisten bis zum Zentrum“.⁴⁶ In Mülheim stellte sich die SPD „rückhaltlos“ auf den Boden der Hagener Richtlinien, richtete an den Vollzugsrat die Aufforderung, dasselbe zu tun, und erklärte für diesen Fall die Bereitschaft, im Vollzugsrat mitzuarbeiten und dabei „für möglichst sofortige Beendigung des Blutvergießens einzutreten“.⁴⁷ Die USP antwortete mit einem Aufruf, in dem es hieß, man denke nicht daran, den Kampf abzubrechen — „das Volk werde aus allen seinen Leiden, die durch Kapitalismus, Krieg und Revolution heraufbeschworen seien, nur erlöst werden durch die proletarische Diktatur“.⁴⁸ Auch in Oberhausen bot die SPD auf der Basis der Hagener Richtlinien ihre Mitarbeit im Vollzugsrat an. Dieser lehnte jedoch die Richtlinien, besonders die Erklärung für die Verfassung, ab und hielt am Ziel der Räterediktatur fest.⁴⁹ Aus Duisburg ist keine Stellungnahme bekannt, doch kann man als sicher annehmen, daß der Teil der Kommunisten, der gegen die paritätische Mitarbeit von SPD und USP im Vollzugsrat war (s. oben Seite 13), auch die Hagener Richtlinien ablehnte.

Hier, in der Stellungnahme der radikalen Vollzugsräte in diesen Städten, haben wir nun die eigentliche Gegenposition zu den Hagener Richtlinien — im Gegensatz zu der im Bergischen Land vertretenen Position, mit der es für die Hagener Möglichkeiten der Verständigung gab. Die radikalen Vollzugsräte von Essen, Mülheim und Oberhausen dachten nicht daran, Übergangsforderungen zu formulieren, die sich im parlamentarischen Rahmen hielten, sondern machten Ernst mit der Ansicht, daß es im gegenwärtigen Kampf um die Errichtung der proletarischen Diktatur gehe. Wegen der außerordentlichen Bedeutung, die beide Städte in der weiteren Bewegung gewannen, sehen wir uns die in Mülheim und Essen vertre-

tenen Positionen näher an.

In dem grundlegenden Aufruf des Vollzugsrats Mülheim, der am 24. März veröffentlicht wurde, hieß es:

„... Die Arbeiterschaft darf nicht eher die Waffe aus der Hand geben, bis der letzte Reichswehrsoldat, der letzte reaktionäre Offizier verschwunden, der ganze reaktionäre Beamtenapparat in Staat und Kommune der neuen Zeit entsprechend umgestaltet ist ...

Die erste notwendige Forderung und Aufgabe ist: Sofortige Wahl revolutionärer Betriebsräte. Diese haben die Sozialisierung der Betriebe zu organisieren, die Produktion fruchtbar zu gestalten und zu überwachen ...

Aus den Betriebsräten heraus und durch diese müssen die Kommunalvollzugsräte gebildet werden. Letztere haben den alten reaktionären Beamtenapparat zu reorganisieren.

Nach eingetretener Klärung hat der weitere Aufbau bis zum Reichswirtschaftsrat und Reichsvollzugsrat vor sich zu gehen ...“⁵⁰

Am selben Tag erklärte in Essen die Bezirksleitung der KPD auf einem Flugblatt: „... Wir Kommunisten sagen den deutschen Arbeitern: Ihr könnt nicht kämpfen für eine parlamentarisch fundamentierte Regierung, denn sie ist nur die maskierte Militärdiktatur.

Ihr könnt nicht kämpfen für die Wiedereinsetzung der Regierung Ebert-Noske-Bauer oder einer anderen mehrheitssozialistischen-bürgerlichen Koalitionsregierung, weil ihr nicht kämpfen könnt für die Wiederherstellung der Schrittmacher und Mitverbrecher der Militärdiktatur!

Ihr könnt aber auch nicht kämpfen für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung mit parlamentarischer Grundlage, sie wäre nur die Wiederholung des verhängnisvollen Irrtums, den ihr im November 1918 mit der Einsetzung der Regierung Ebert-Haase begangen habt. Von neuem und wiederum würdet ihr die Unterdrückung, die Not und das Elend zu ertragen haben, die sich eingestellt haben als Folge jenes fundamentalen Irrtums.

Es gilt jetzt einen Strich durch die Vergangenheit zu ziehen, es gilt die blutigen Lehren zu begreifen, die die bürgerliche Demokratie dem Proletariat gegeben hat. Jetzt gibt es nur einen Ausweg, eine Rettung: die proletarische Diktatur, die Räterepublik, die Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse, die zum Kampfe formiert ist in ihren Betriebs- und Arbeiterräten.“⁵¹

Wie dieses große Ziel erreicht werden könnte, darüber hatte zumindest ein Mitglied der KPD-Betriebsleitung, Eugen Eppstein, bestimmte „Vorstellungen“. Drei Tage zuvor hatte er auf einer Kundgebung auf dem Gerlingplatz, bei der die Eröberung der Stadt durch die Rote Armee gefeiert worden war, ausgerufen, das „revolutionäre Volk“ des Ruhrgebiets werde bis nach Berlin marschieren. Man müsse nach Osten blicken: „In Polen könne die Regierung als erledigt gelten. Polen sei eine Beute des Bolschewismus“, und bald werde sich das revolutionäre deutsche Proletariat mit den russischen Bolschewisten verbündern können.“⁵²

* Der Krieg zwischen Polen und Rußland, der dann im April wirklich begann, brachte zunächst für die Polen große militärische Erfolge.

Die im Flugblatt der KPD-Führung entwickelte Politik war von der Mehrheit der Essener USP-Führung, voran dem politischen Redakteur des USP-Blatts, Dr. Stern, von Anfang an mitvertreten worden. Am 15. März hatte er geschrieben:

„... Wenn aber das Proletariat erst einmal zum Kampfe angetreten ist, dann kann und darf es den Kampfplatz nicht eher verlassen, als bis es alles erreicht hat, die restlose Zertrümmerung der Reaktion, die Entwaffnung der Weißen Garden, die Diktatur des bewaffneten Proletariats, den Sieg der Weltrevolution auch in Deutschland. Die zweite Revolution ist da, nun haben wir nur die Wahl zwischen der schlimmsten Niederlage oder dem vollen Siege.“⁵³

Und am 20. März:

„Würde die Arbeiterklasse noch einmal versagen [wie im November 1918], noch einmal durch das Trugbild einer Demokratie im Klassenstaat verleitet, sich mit einem durch angeblich gleiches Recht gewählten Parlament begnügen, dann würde nur das alte Spiel, der verderbliche Kreislauf: Demokratie, Sammlung der Reaktion, Umsturz und Gegenumsturz von neuem beginnen, die Neuordnung unserer anarchischen Wirtschaft auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben und unser politischer Untergang gewiß sein. Darum gibt es nur eine Rettung für das deutsche Volk. In ganz Deutschland muß die rote Flagge siegreich wehen, Deutschland muß Räterepublik werden und im Verein mit Rußland eine sichere Bürgschaft für den nahen Sieg der Weltrevolution, für die nahe Verwirklichung des Weltsozialismus werden ...“⁵⁴

In den folgenden Tagen wurde Stern jedoch etwas vorsichtiger. Am 22. März wandte er sich in einem Referat vor den politischen Arbeiterräten Essens gegen den Gedanken einer Räterepublik Ruhrgebiet: das Ruhrgebiet sei nur ein Teil des Reiches, und im gegenwärtigen Kampf werde Berlin als „das politische Herz Deutschlands“ den Ausschlag geben; dort aber hätten die Genossen einen furchtbar schweren Stand — starke Konzentration des Militärs, Mangel an Waffen —, so daß ihnen zunächst nur die Waffe des Generalstreiks bleibe. Man müsse sich daher bei der Umgestaltung des Verwaltungsapparats und anderen Fragen vorläufig zurückhalten und die Entscheidung in Berlin abwarten; dann erst sei die Errichtung der Räterepublik möglich, und zwar im ganzen Reich. Bis dahin müsse man sich auf den bewaffneten Kampf konzentrieren.⁵⁵ — Wir werden sehen, daß dies eine rein taktisch begründete Mäßigung war, daß Stern von seiner Grundauffassung nichts zurückgenommen hatte.

Wie sah es mit der Stellung zur Räterepublik und zu den Möglichkeiten ihrer Verwirklichung aus? Meinberg, der sich auf der Hagener Konferenz gegen die Proklamation einer Räterepublik ausgesprochen hatte — eine Stellungnahme, die beträchtliches Aufsehen erregte —, wurde dafür von links heftig angegriffen. Daraufhin gab er am 25. März folgende Presseerklärung ab:

„Um allen Anschuldigungen die Spitze abzubrechen und Klarheit über meine politische Stellung zu schaffen, erkläre ich folgendes:

Ich halte fest am Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). Ich kämpfe für die Diktatur des Proletariats, trete ein für die Räterepublik und lehne ab die bürgerliche Staatsverfassung. Dabei halte ich fest an meiner Erklärung vom 18. März, daß ich nicht an die Proklamierung einer

Räterepublik Dortmund denke. Nach meiner Auffassung hat nur eine einheitliche deutsche Räterepublik oder die eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes dauernden Bestand.“⁵⁶

Hinter dieser Erklärung stand die leidvolle Erfahrung der Revolution von 1918/19, die Erfahrung mit den Räterepubliken Bayern, Bremen und anderen. Damals waren immer wieder in einzelnen Teilen des Reiches, manchmal nur in einzelnen Städten Räterepubliken proklamiert worden, und meist hatte sich der revolutionäre Aufschwung auch schon im Akt der Proklamation und in der Absetzung der alten Exekutivorgane erschöpft; die Kräfte für die volle Übernahme der politischen Macht hatten gefehlt, wenn überhaupt konkrete Vorstellungen über das Wie einer politischen Revolution vorhanden gewesen waren. Vor allem aber hatte das isolierte Vorgehen der radikalen Gruppen der Konterrevolution ermöglicht, ein revolutionäres Zentrum nach dem anderen zu zerschlagen. — So war es ein weiteres Zeichen für die politische Reife des Ruhraufstandes, daß sich nur in einer einzigen Stadt das sich zur Schau stellende Pathos von 1918/19 wiederholte: am Vormittag des 20. März wurde in Mülheim, nachdem die Rote Armee in der Nacht zuvor kampflös in die Stadt einbezogen war, vom Rathausbalkon durch Nickel (KPD) feierlich die Räterepublik proklamiert.⁵⁷

Die Frage liegt nahe, ob nicht das, was im Ruhrgebiet bestand, faktisch eine Räterepublik war: die Vollzugsräte waren zwar nur in ganz wenigen Fällen aus den revolutionären Betriebsräten hervorgegangen, doch waren sie überall die höchsten Exekutivorgane. So hat Meinberg es in seiner Artikelserie gegen Severing 1927 (I, Seite 11) formuliert: „Zustand der Räterepublik“, jedoch „ohne offene Proklamation der Räterepublik.“⁵⁸ Warum wurde die Proklamation unterlassen, obwohl sie jetzt der Wirklichkeit so viel eher entsprechen hätte als 1918/19? Auf diese Frage hatte Meinberg geantwortet, was er schon in seiner zitierten Presseerklärung angedeutet hatte: daß die Proklamation „solange unterbleiben“ mußte, „wie nicht feststand, daß das deutsche Proletariat dem Ruhrproletariat folgen oder es verteidigen würde.“⁵⁹ Einen weiteren Grund kann man leicht erschließen. Seit der Revolutionszeit 1918/19 waren Bürgertum und Militär derart auf den Akt der Proklamation fixiert, daß „Proklamation der Räterepublik“ gleichbedeutend war mit „Beginn der Revolution“ und als Reizbegriff den Appell an alle Gegner der Radikalen enthielt, die stärksten Gegenanstrengungen zu unternehmen. Dieses propagandistische Mittel wollten die Aufständischen dem Klassengegner nicht leichtfertig in die Hand spielen. Von daher ist es zu verstehen, daß die rote Zensur in Dortmund alle Meldungen beanstandete, die von einer Proklamation der Räterepublik sprachen,⁶⁰ und daß der Hagener Aktionsausschuß das neugeschaffene Elberfelder KPD-Blatt (II, Seite 59) für den Bereich der Stadt Hagen verbot, weil es zur Proklamation der Räterepublik aufforderte.⁶¹

Die Haltung der Aufstandsbewegung in dieser Frage kann man nicht besser zusammenfassen als mit der Antwort, die Stemmer am 28. März in Frankfurt/Main auf einer Solidaritätskundgebung für das Ruhrgebiet auf den Vorwurf von kommunistischer Seite gab, man hätte im Ruhrgebiet die Räterepublik proklamieren sollen: „Wir rufen nicht die Diktatur des Proletariats aus, sondern führen sie

durch!“⁶²

Welche Wirkungen hatte die Hagener Konferenz in Hagen selbst? Die Antwort kann nicht überraschen: nachdem Regierungspräsident König, Severing und Mehlisch nicht auf der Konferenz erschienen waren, ließ sich die Auseinandersetzung zwischen den Arbeiterparteien und den bürgerlichen Mittelparteien bzw. den sozialistischen Gewerkschaften nicht mehr vertagen; die letzteren traten endgültig aus dem Aktionsausschuß aus und veröffentlichten ihre Austrittserklärung (oben Seite 18) auf einem Flugblatt. Anschließend bildeten sie eine „Arbeitsgemeinschaft zum Schutze der Verfassung“.⁶³ Daraufhin ließen die drei Arbeiterparteien am 21. März ein Flugblatt über Hagen abwerfen, das die nichtsozialistisch organisierten Arbeiter von ihren Partei- und Gewerkschaftsführern ablösen sollte. Es teilte das von diesen abgelehnte Papier — die von der Hagener Konferenz angenommenen Richtlinien samt Einleitung — in vollem Wortlaut mit und fuhr dann fort:

„Es kommt nun auf die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiter an. Sie, die Schulter an Schulter mit uns gekämpft und geblutet haben, werden einen anderen Standpunkt vertreten wie ihre Führer. Sie waren nicht bereit zu sterben, damit wir die Waffen aus der Hand legten, ehe der letzte reaktionäre Offizier beseitigt ist. Soll es nach einigen Monaten wieder so sein wie früher oder sollen wir von Grund auf den Militarismus beseitigen und so die Bahn für eine wirklich freie, betrieblie Entwicklung schaffen? Darüber, Arbeiter der Demokraten, des Zentrums, gilt es zu entscheiden! Wir haben das feste Vertrauen zu Euch, daß Ihr trotz Eurer Führer fest und treu zu uns halten werdet . . .“⁶⁴

Die „Arbeitsgemeinschaft zum Schutze der Verfassung“ antwortete mit einem Gegenaufruf, in dem sie sich gegen den Versuch wandte, „einen Keil zwischen die Massen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiter und Angestellten und ihre politischen Führer zu treiben“ — ein Versuch, der „an der Einsicht unserer Anhänger scheitern wird“ — und in dem die strittigen Punkte zusammengefaßt wurden:

- „Zur Aufrechterhaltung der Verfassung sind wir in den Kampf getreten. Darum können wir uns nimmermehr entschließen, den Boden der Verfassung zu verlassen und selbst verfassungswidrig zu handeln. Heute ist
- verfassungswidrig das Fortbestehen eines politischen Aktionsausschusses für den Stadt- und Landkreis Hagen,
- verfassungswidrig die Errichtung einer „militärischen Zentralstelle“ für das gesamte Industriegebiet. Wir wollen keinen Militarismus von Rechts. Wir wollen aber auch keinen Militarismus von Links . . . Wir wollen keinerlei Nebenregierung im Reiche haben;
- verfassungswidrig die Schaffung einer einseitigen, dem Friedensvertrag widersprechenden Volkswehr . . . Wir wollen keine Reichswehr der Alldeutschen, aber auch keine Reichswehr der Linksrätkalen. Wir wollen eine republikanische Volkswehr aller, die auf dem Boden der Verfassung stehen.“⁶⁵

Es liegt auf der Hand, daß diese Auseinandersetzung besser schon vom Tage des Putsches an geführt worden wäre; jetzt, nach einwöchigen Verhandlungen der Funktionäre hinter verschlossenen Türen, konnte sie nicht mehr viel bewirken.

Zugleich muß man angesichts des bürgerlichen Gegenaufrufs fragen, ob die Arbeiterparteien nicht von vornherein mit diesem Bruch hätten rechnen müssen (das hätte den Verzicht auf den Versuch bedeutet, das Bündnis mit den bürgerlichen Organisationen auch dann noch zusammenzuhalten, als diese bereits begannen, den Kampf zu sabotieren).

Auch in Hörde zog sich die DDP am 21. März aus der Bewegung zurück⁶⁶ (das Zentrum hatte sich hier von vornherein nicht beteiligt). Damit waren die bürgerlichen Mittelparteien jetzt nur noch in wenigen Vollzugsräten vertreten: in Watterscheid, Lünen, Castrop, Amt Rauxel und Kamen.

Die Führer der drei Arbeiterparteien in Hagen begnügten sich nicht mit ihrem Angriff auf die bürgerliche Mitte. Am 21. März traten sie darüberhinaus mit einem neuen Programm hervor, das präziser und schärfer war als die Richtlinien der Hagener Konferenz; es scheint, als seien sie erst jetzt, seitdem sie keine Rücksichten mehr zu nehmen brauchten, dazu fähig gewesen. Auf einem Flugblatt, das im ganzen Ruhrgebiet verbreitet wurde, formulierten sie folgende „vorläufigen Forderungen“ für den weiteren Kampf:

1. *Sofortige Auflösung der Reichswehr.*
2. *Auslieferung aller Waffen an die organisierten Arbeiter.*
3. *Herausgabe aller Heeresbestände an die Volkswehren.*
4. *Beerdigung aller Opfer der Freiheitskämpfe auf Staatskosten.*
5. *Volle Versorgung der Verletzten, der Witwen und Waisen.*
6. *Sofortige Bestrafung der gegenrevolutionären Personen, einschließlich der Offiziere und Beamten.*
7. *Übernahme aller Kosten, die durch die Niederkämpfung der Reaktion entstanden sind.*⁶⁷

Die Punkte 1 bis 3 schlossen, wie man sieht, die von den Hagener Richtlinien offengelassene Möglichkeit aus, daß verfassungstreue Mannschaften der Reichswehr in die Arbeiter- bzw. Volkswehren übernommen werden könnten; die Hagener Arbeiterführer stellten sich damit auf den Boden der Elberfelder und Barmer Richtlinien (oben S. 22).

Auch dieses neue Hagener Papier löste unterschiedliche Reaktionen aus. Der Vollzugsrat der drei Arbeiterparteien in Sterkrade machte es sich zu eigen und veröffentlichte es als eigenen Aufruf,⁶⁸ in Dortmund dagegen gab es den SPD-Führern den letzten Anstoß, öffentlich mit der Gesamtbewegung zu brechen. Von Anfang an hatte das Dortmunder SPD-Blatt keinen Hehl aus seiner Verurteilung des Aufstandes gemacht; sogleich nach dem Kampf um Dortmund hatte es die Arbeiter verleumdet, die gegen Hauptmann Lichtschlag und Polizeichef v. Heeringen gekämpft hatten (I, Seite 199). Vier Tage später sah es die Entwicklung im Ruhrgebiet bereits auf „russische Zustände“, auf „Anarchie“ zusteuern und befand, die Aufständischen seien in der diktatorischen Methode um nichts besser als Kapp: „Wahnsinn ist es, der sich durchsetzen will. Er fing an mit dem Kapp-Putsch und wird weiter gefördert von den Linksdiktatoren. Wir als Sozialdemokraten aber müssen der Vernunft zum Siege zu verhelfen suchen.“⁶⁹ Auf der anderen Seite fand das Blatt es vollkommen begreiflich, daß General v. Watter sich nicht sofort auf die Seite der parlamentarischen Regierung gestellt hatte: zum einen habe es

nach den ersten Nachrichten so ausgesehen, als habe die parlamentarische Regierung kampflos vor den Putschisten kapituliert, zum andern habe man ihr „in die Schuhe geschoben“, den Generalstreik proklamiert zu haben* (der Widerspruch zwischen beidem entging dem Redakteur).⁷⁰ — Am 23. März krönte das Blatt seine Kampagne mit folgendem Aufruf der SPD-Bezirksleitung Westfalens:

„Parteigenossen!

Aus der Abwehr gegen die Reaktion ist im Industriebezirk von den Linksparteien ein Kampf für die Diktatur geworden. Was sich in den letzten Tagen ereignet hat — die Kämpfe in Dortmund, Essen, Gelsenkirchen usw., wie auch die Besetzung von Orten, in denen kein Widerstand geleistet wurde — müssen wir auf das schärfste verurteilen.

Die Unruhen führen uns in kürzester Zeit zum wirtschaftlichen Ruin, zur Hungersnot, die vollends die Bande der Ordnung lösen wird. Die Produktion wird gehemmt, der Verkehr stockt, durch wilde Beschlagnahmen wird die Organisation der Lebensmittelbewirtschaftung gestört usw., kurz, alles gerät in Unordnung, völliges Chaos droht.

Was dringend nottut, das ist: Rückkehr zu geordneten verfassungsmäßigen Zuständen. Alle Kräfte müssen dem Neuaufbau gewidmet werden. Unsere Genossen haben die Pflicht, überall in diesem Sinne zu wirken. Sie müssen jede Tätigkeit in Vollzugs- und Arbeiterräten ablehnen, soweit diese der Verfassung widersprechende Ziele zu erreichen suchen.

[. . .]

Die Kapp-Regierung ist gestürzt. Nun gilt es, die Gefahr von links zu bannen. Unser Streben muß sein: Festigung der Demokratie, Stärkung der Republik. Die Demokratisierung der Reichswehr und der Verwaltung muß schnellstens durchgeführt werden. Alle, die sich nicht ganz unzweideutig für die Regierung Ebert-Bauer aussprechen, müssen ausgeschaltet werden.

Genossen! Wirkt mit allen Kräften gegen die Reaktion, gegen die Diktatur und für die Demokratie. Laßt euch nicht zu Werkzeugen der Linksdiktatoren benutzen. Beteiligt euch nur an Aktionen, zu denen die Partei die Anweisungen gibt . . .“⁷¹

Die Verfasser des Aufrufs gingen noch nicht so weit, das Bestehen der Vollzugsräte selbst als verfassungfeindlich zu bezeichnen — eine Differenz zur SPD-Führung in Berlin. Druck der Verhältnisse? Das angegebene Kriterium für die Mitarbeit von Sozialdemokraten in den Vollzugsräten — kein Anstreben verfassungfeindlicher Ziele — war nicht unbedingt eindeutig. Im Falle von Dortmund selbst war man aber offenbar bereits zu einem definitiven Urteil gekommen: gleichzeitig teilte das Blatt nämlich mit, die Parteifunktionäre hätten einstimmig die Mitarbeit im Dortmunder Vollzugsrat abgelehnt.⁷²

Der Vollzugsrat richtete an das Blatt folgendes Schreiben: „Ihre Zeitung wirkt nach den letzten Artikeln derart schädigend auf die Freiheitsbewegungen der

* Ernst (Hagen) hatte also recht, als er bei seinen Bemühungen um Herstellung der Einheitsfront in Dortmund den Eindruck gewann, daß die Dortmunder SPD-Führer „lieber mit Kapp als mit der KPD gehen wollten“ (I, Seite 185).

revolutionären Arbeiter, daß wir uns leider gezwungen sehen, dieselbe für die Dauer von drei Tagen zu verbieten.⁷³ Das war das erste Verbot einer SPD-Zeitung während des Ruhraufstands.

Der Aufruf der SPD-Betriebskommission galt für den ganzen Parteibeck Westfalens. Ausdrücklich mißbilligte er, daß die aus Hagen kommenden Flugblätter auch die Unterschrift des Hagener Parteisekretärs Hirdes trugen. Doch der Druck der Arbeiter auf ein Zusammengehen der drei Arbeiterparteien war stärker als die Parteidisziplin: nicht nur die Hagener SPD arbeitete weiter mit USP und KPD zusammen, sondern auch nirgendwo sonst verließen die Sozialdemokraten die Aktionsausschüsse und Vollzugsräte, ausgenommen im Amt Recklinghausen.⁷⁴ Das Bochumer SPD-Blatt schrieb:

*„Wir sehen die Gefahr von links nicht so ernst an, befürchten zwar auch, daß trotz der Erklärungen der Kommunistenführer, keine Räteredaktion auszurufen, dennoch andere über ihre Köpfe hinweg die praktische Verwirklichung versuchen können. Dem gesunden Sinn der Arbeiter trauen wir es jedoch nicht zu.“*⁷⁵

Damit stehen wir bei der Frage, wie sich die Haltung der SPD zur Aufstandsbe-
wegung differenzierte.

Während die Bezirksleitung Westfalens nicht nur zum Rückzug aus der Bewegung, sondern zum Widerstand gegen sie blies, forderte die SPD im Bergischen Land, voran die Bezirksleitung Niederrhein, die Bildung einer Reichsregierung aus den drei Arbeiterparteien, die grundlegende Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung und zur Sozialisierung der Wirtschaft ergreifen sollte. Zwischen diesen beiden Extrempositionen bewegten sich die beiden SPD-Blätter von Bochum und Essen. Das Bochumer warnte einerseits vor der Bildung einer linken Minderheitsregierung in Berlin, die vom westlichen Ausland mit der Besetzung des Ruhrgebiets, mindestens aber mit einer Lebensmittelblockade, im Innern von den ländlichen Regionen mit einem Lieferboykott beantwortet werden würde,⁷⁶ andererseits forderte es eine „Demokratie des Handelns und der Tat“, konkret vor allem die Entlassung der reaktionären Offiziere und Beamten sowie jener Minister auch aus den Reihen der eigenen Partei, die sich als Kompromißler gegenüber der Reaktion erwiesen hätten — eine kämpferische Demokratie werde „schnell das Vertrauen der Massen gewinnen und am ersten der Räterei-
heit den Boden entziehen.“⁷⁷ Das Duisburger SPD-Blatt wiederum verhielt sich offen opportunistisch. In seinem Leitartikel vom 20. März warnte es die Arbeiter vor der Errichtung der proletarischen Diktatur, die gefährlich, undurchführbar und auch nicht wünschenswert sei, und berief sich dafür ausgerechnet auf Karl Marx, indem es den berühmten Satz aus dem „Bürgerkrieg in Frankreich“ in folgender Form als Motto zitierte: „Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“⁷⁸ Nachdem jedoch am selben Tag, als dieser Artikel erschien,

* Der Originaltext lautet: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“ — Auch in der obigen verfälschten Form sagte der Satz freilich noch immer das Gegenteil des Gemeinten: die Ergreifung der Staatsmacht ist etwas anderes als die Bildung von Räten, und die Ablehnung des ersteren ist nicht identisch mit sozialdemokratischem Reformismus.

die Arbeiter auch Duisburg und das übrige westliche Ruhrgebiet freikämpfen, äußerte sich das Blatt am 21. März so:

„... Die Arbeiterschaft hat kein Vertrauen zu der alten Regierung, daß sie die Reaktion erfolgreich bekämpfen wird, und führt nun dieses Amt selbst durch ... Diese große revolutionäre Bewegung, die das ganze Reich erfährt, hat eine völlig neue Sachlage geschaffen, deren Folgen heute noch nicht zu übersehen sind. Das Gefährlichste und Unklügste, was die alte Regierung tun könnte, wäre, wenn ihr etwa einfielen, die Bewegung mit Waffengewalt niederzuschlagen ... Wir sehen keinen anderen Ausweg, als daß sich alle sozialistischen Parteien schnellstens zunächst einmal auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigen ... Keine Richtung darf ... beiseite geschoben werden ... Wir haben uns mit der Bewegung abzufinden und begen nur den einen Wunsch, sie möge in organisatorische Bahnen geleitet werden ...“

*Diese Gegenbewegung ist letzten Endes ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wie auch der Putsch von Kapp eine Kampfansage gegen das Proletariat und gegen den Sozialismus war ... Das haben die Machthaber erreicht: Die Sozialisierung muß nun rasch in Angriff genommen werden für die sich eignenden Industrien. Deutschland muß ohne Belagerungszustand regiert werden können! ...“*⁷⁹

Hinter dieser Schwenkung standen möglicherweise verschiedene Richtungen innerhalb der Duisburger SPD, deren Existenz an anderer Stelle offen zum Ausdruck kam. Am 22. März beschloß die Mitgliederversammlung des Duisburger Ortsvereins, Verhandlungen mit der USP mit dem Ziel der Verschmelzung beider Parteien einzuleiten.⁸⁰ In den folgenden Tagen einigten sich die Kommissionen beider Parteien auf das Hagener 7-Punkte-Papier vom 21. März (oben Seite 28) als Grundlage des Zusammenschlusses.⁸¹ Demgegenüber hatte sich der SPD-Kreisvorstand Duisburg-Wesel am 18. März gegen die Verschmelzung mit der USP oder der KPD ausgesprochen (man solle sich mit diesen stattdessen auf ein „gemeinsames taktisches Vorgehen gegen Putschismus jeglicher Art“ (!) einigen) und folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die außerordentlichen Kriegsgerichte [sind] zu beseitigen.*
2. Amnestierung aller politischen Vergeben und Freilassung aller politischen Gefangenen, soweit sie mit dem Kampf gegen die Rechtsputschisten in Verbindung stehen.
3. Von der Nationalversammlung und der Reichsregierung wird verlangt, daß sie alle an dem verbrecherischen Putsch Beteiligten in schärfster Weise zur Rechenschaft zieht.
4. Alle in der Reichswehr und in den Verwaltungsbehörden vorhandenen reaktionären Elemente müssen entfernt und die Wehrmacht der deutschen Republik muß entsprechend den Erfordernissen der Demokratie neu organisiert werden.⁸²

Die Differenzierung innerhalb der SPD läßt sich noch genauer erfassen. Bisher haben wir gesehen, daß überall die Reichswehrfrage im Zentrum der Überlegungen stand, und hier ergab sich nun, wie schon in den Auseinandersetzungen in Berlin,

* Diese Forderung war im westlichen Ruhrgebiet besonders aktuell, weil die Gefangenen, die die Reichswehr beim Kampf um die „Rheinischen Stahlwerke“ in Duisburg-Beek gemacht hatte, vor das Kriegsgericht in Wesel gestellt worden waren (I, S. 276).

die Alternative: Auflösung der Reichswehr oder „Demokratisierung“, d.h. Entfernung der putschistischen Offiziere und Truppenkörper und deren Ersatz durch Anhänger der parlamentarischen Republik. Die Auflösung forderten die SPD-Betriebsleitung Niederrhein und die SPD-Ortsvereine, die sich auf den Boden der Hagner Papiere gestellt hatten (Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Hagen); die „Demokratisierung“ war die Zielvorstellung der Bezirksleitung Westliches Westfalen und des Kreisvorstands Duisburg-Wesel. Auch das Bochumer SPD-Blatt vertat die letztere Position, so daß sich hier zeigt, zu welcher Richtung innerhalb der SPD es letztlich zu rechnen war. In seinem Leitartikel vom 19. März schrieb das Blatt:

„... diejenigen Führer [der Reichswehr], die sich einwandfrei benommen haben, [sind] nicht mit Undank zu belohnen“ (als Beispiel wird u.a. General v. Seeckt genannt). „Treue um Treue! Es ist aber darauf zu sehen, daß sofort bei der Reichswehr zuverlässige Parteigenossen in leitende Stellungen gelangen, daß ferner die Offiziere des Republikanischen Führerbundes, die bislang zurückgestellt wurden, herangezogen werden. Die Reichswehr muß mehr als bisher den Charakter einer Polizeitruppe erhalten, die nur Friedensaufgaben zu erfüllen hat.“⁸³

Die personelle Neubestellung der Reichswehr forderte auch die DDP, z.B. die Ortsgruppe Bochum,⁸⁴ man sieht hier, wie die Parteigrenzen fließend werden. In dieser großen Auseinandersetzung nahm der für seine republikanische Gesinnung bekannte General Löffler — zur Zeit ohne militärisches Amt — in einem vielbeachteten Artikel, der in der liberalen „Frankfurter Zeitung“ erschien, gegen die reformistische Lösung Stellung. Diese lasse, schrieb er, die Struktur der Reichswehr unangetastet, ein Söldnerheer aber produzierte notwendig eine starke Bindung der Truppe an den Führer, der so in ständiger Versuchung sei, zu politisieren; es ergänze sich „immer nur aus begrenzten Kreisen des Volkes“; und schließlich wirke die 12jährige Dienstzeit der Reichswehr verrohend. „Für jeden, der den Dingen auf den Grund geht“, schrieb der General, „kann kein Zweifel sein, daß die Forderung von links“ — Ersatz der Reichswehr durch eine Volkswehr — „den richtigen Weg zeigt“; nur müsse, so setzte er hinzu, darauf geachtet werden, daß sich diese Volkswehr wirklich aus allen Kreisen des Volkes zusammensetze und keine „Parteigarde“ daraus werde. Zu schaffen sei also „ein wahrhaftes Volksheer ohne lange Dienstzeit, aufgebaut auf einer Wehrpflicht mit möglichst kurz bemessenen Übungen, etwa nach schweizerischem Muster“. Nun schreibe freilich der Versailler Vertrag ein kleines Söldnerheer mit 12jähriger Dienstzeit vor, aber in Verhandlungen mit der Entente müsse sich das ändern lassen. Denn wenn das Söldnerheer eine ständige innenpolitische Gefahr sei, die der Kapp-Putsch grell beleuchtet habe, so bedeute das auch eine Beunruhigung nach außen. Man müsse also die Entente davon überzeugen, daß die Kleinheit der Reichswehr nur ein vermeintlicher Vorteil für sie sei und daß eine Volkswehr in Deutschland auch in ihrem Interesse liege.⁸⁵ — General Löffler stand hiermit links von der Richtung in der SPD, die die „Republikanisierung“ der Reichswehr anstrebte.

Freilich: auch diejenigen, die nur die Republikanisierung der Reichswehr forderten, waren der Ansicht, daß nach diesem Grundsatz General v. Watter wegen seiner Haltung in den Putschtagen abzutreten habe: so z.B. die DDP-Ortsgruppen

von Bochum und Hagen. Die letztere richtete an die DDP-Fraktion der Nationalversammlung das Ersuchen, bei der Reichsregierung Watters „sofortige Amtsentsetzung“ zu fordern.⁸⁶ Nur die Dortmunder SPD-Führung, die Watters Haltung vollkommen begrifflich fand, war hier anderer Ansicht; sie stand in dieser Frage sogar rechts von der bürgerlichen DDP. —

Fassen wir zusammen. Wir haben die Aufstandsbewegung in einem komplizierten Prozeß der Willensbildung beobachtet, in dem sich — abgestuft nach der Radikalität der formulierten Zielsetzungen — deutlich drei Zentren abzeichnen: 1. Hagen, 2. Elberfeld und Barmen, 3. Essen und Mülheim. Die Diskussion zwischen den ersten beiden Zentren, die sich relativ leicht verständigen können, ist in Gang gekommen; dagegen hat sich das dritte Zentrum noch kaum in die überlokale Diskussion eingeschaltet. Allen drei Zentren bzw., von den Organisationen her gesehen, allen links von der SPD stehenden Gruppierungen ist die Beseitigung der Reichswehr als Ziel gemeinsam, freilich mit dem tiefgreifenden Unterschied, daß die ersten beiden Zentren die alte Reichsregierung hierzu zwingen wollen bzw. die Bildung einer neuen Reichsregierung der drei Arbeiterparteien befürworten, die dann die Reichswehr auflösen und durch eine Volkswehr ersetzen soll, während die im dritten Zentrum dominierenden Kräfte im Bürgerkrieg zu siegen hoffen und die Reichswehr auf revolutionärem Wege beseitigen wollen. — Innerhalb der SPD hat sich die zu Beginn des Kampfes bestehende Differenzierung vertieft. Ein linker Flügel, angeführt von der Bezirksleitung Niederrhein, strebt ebenfalls



„Appellplätze, Einteilung der Truppen, Waffenausgabe, Gewehrrevisionen durch den Waffenmeister . . .“ (II, Seite 68)
Rotgardisten beim Gewehrappell, Ort unbekannt

den Ersatz der Reichswehr durch eine Volkswehr an; der rechte Flügel dagegen will nur eine „Republikanisierung“ der Reichswehr durchgeführt sehen und befindet sich mit diesem Ziel in Übereinstimmung mit der DDP. Dabei gehört auch nach Auffassung der DDP zur Republikanisierung die Entlassung v. Watters. Nur die Dortmunder SPD-Führung findet Watters politische Haltung in den Putschtagen korrekt. Die SPD-Bezirksleitung Westliches Westfalen ruft am 23. März die Parteigenossen in ihrem Bezirk zum Widerstand gegen die Aufstandsbewegung auf. Der Dortmunder Vollzugsrat antwortet mit dem ersten Verbot einer SPD-Zeitung. — Die bürgerlichen Mittelparteien ziehen sich am 21. März in Hagen und Hörde endgültig aus der Bewegung zurück, in der sie von vornherein nur mit Vorbehalten mitgearbeitet haben (vor allem das Zentrum hat die Steigerung des Generalstreiks zum bewaffneten Aufstand abgelehnt); seitdem ist die bürgerliche Mitte nur noch in insgesamt vier Vollzugsräten vertreten.

All die Diskussionen um die Ziele der Aufstandsbewegung, die wir beschrieben haben, werden von den Vollzugsräten und den Funktionären der Arbeiterorganisationen geführt. Die großen Arbeitermassen sind an ihnen nicht aktiv beteiligt, sondern erfahren nur die Ergebnisse (vgl. das fast völlige Fehlen von öffentlichen Versammlungen der Arbeiterorganisationen — II, Seite 60-62). Die Funktionäre, ohnehin durch die Arbeit in den Vollzugsräten absorbiert, vollbringen schon rein physisch eine riesige Leistung. Aber das ist nicht ohne weiteres positiv zu werten: sie beweisen ihre Überlegenheit und Unentbehrlichkeit auch noch in einer Situation, in der sie stärker als sonst auf die Massen angewiesen sind, und indem sie es nicht verstehen, den Willensbildungsprozeß in den Massen in Gang zu setzen — was eine Entlastung vom Druck der Verantwortung bedeutet hätte —, zeigen sie ihr Verhaftetsein an das Verhaltensmuster bürgerlicher Politiker. Politisch gesehen verstärken sie deutlich den bürokratischen Zug der Bewegung.

2. Die Durchsetzung der Verhandlungsidee

„Durch einen wahnwitzigen Handreich sind die Regierungsgebäude in Berlin in die Hände von Auführern gelangt ... Nachdem sich die in Döberitz einquartierten, zur Entlassung bestimmten Truppen ... hinter diesen Akt der Tollheit gestellt haben, hat die Regierung, um ein Blutbad zu vermeiden und das Leben der an Zahl geringer in Berlin befindlichen regulären Truppen zu schonen, Berlin verlassen. *Blut ist seit 1914 genug geflossen* ...“

Die Reichsregierung in einem Aufruf aus Dresden, ihrem ersten Zufluchtsort am Tage des Kapp-Putsches (Karl Brammer: Fünf Tage Militärdiktatur, Berlin 1920, S. 12)

Am 21. März wurde erstmals von Vertretern der Aufstandsbewegung der Wunsch nach einer Verständigungslösung geäußert: an diesem Tag fuhr eine Delegation aus Hörde, bestehend aus USP- und KPD-Vertretern sowie dem Oberbürgermeister der Stadt, nach Münster, um die Möglichkeiten von Verhandlungen zu sondieren. General v. Watter zeigte sich vollkommen unmadigebig; er forderte „1. sofortige Abgabe sämtlicher in den Händen der Arbeiter befindlichen Waffen, 2. sofortige Wiedereinsetzung sämtlicher Behörden in ihre Funktionen, 3. sofortige Wiederaufnahme der Arbeit“. Als Frist nannte er 48 Stunden.¹ Vor allem der erste Punkt war natürlich für die Aufständischen unannehmbar.²

Am selben Tag wurden in Dortmund die beim Kampf um die Stadt gefallenen Arbeiter von einem endlosen Zug von Demonstranten beerdigt; am Gemeindefriedhof hielt Meinberg eine Rede, in der er u. a. sagte: „Wir wollen den Kampf nicht; wird er uns aber aufgezwungen, glaubt man aufs Neue, die Lüttwitz, Kapp, Lettow-Vorbeck, v. Watter, die Junker von Ostelbien auf das Proletariat des Ruhrkohlengebiets hetzen zu können, dann glaube ich, werden sie wieder auf die einige, geschlossene Kampfesfront des gesamten Proletariats stoßen ... Wir bieten Verhandlungen an, wir sind bereit, uns zu verständigen, aber man will sie nicht.“³ Stemmer wandte sich über den Dortmunder Oberbürgermeister Eichhoff an Vizekanzler Schiffer und bat diesen, Watter zu veranlassen, auf die Verhandlungsangebote einzugehen.⁴ Der Wittener Aktionsausschuß („Zentralleitung“) richtete ein Telegramm an Reichskanzler Bauer und forderte ihn auf, zur „gütigen Beilegung des Kampfes“ selbst ins Ruhrgebiet zu kommen, da „alle Einigungsversuche mit General Watter an dessen Hartnäckigkeit gescheitert“ seien.⁵

Daß solche Hoffnungen auf Bauer vergeblich waren, zeigte die telegrafische Antwort Bauers auf das Telegramm der Hagener Konferenz vom 20. März an Reichspräsident Ebert (oben Seite 20 f.):

„Reichsregierung nimmt mit Dank davon Kenntnis, daß die drei sozialistischen Parteien alle Kräfte zur Niederschlagung der Reaktion eingesetzt haben. Dieses Ziel ist in Berlin durch Zusammenbruch der Kappgruppe erreicht. Entwaffnung der Kapptruppen auch im Ruhrrevier wird durchgeführt. General Watter gehört

jedoch nicht zu reaktionären Offizieren, sondern hat sich nachweisbar in loyalster Weise hinter die Reichsregierung gestellt. Entfernung wirklich reaktionärer Offiziere wird erfolgen. Truppenbewegungen werden eingestellt. Voraussetzung ist, daß Ablehnung der Räteiktatur nicht nur versprochen, sondern in die Tat umgesetzt wird, daß insbesondere die verfassungsmäßigen Organe und Behörden wieder in ihr Recht eingesetzt werden, daß Arbeiter Waffen niederlegen und zur Arbeit zurückkehren. Sofortige Durchführung dieser Maßnahmen unerlässlich. Andernfalls ist Reichsregierung außerstande, Nahrungsmittel von Entente oder Holland erreichen, auch Einrückern der Entente zu verhindern. Am Dienstag [23. März] werden zwei Minister des Reichs und Preußens im dortigen Revier den Standpunkt der Regierung darlegen.⁶

Man sieht sofort, daß Bauer dieselben drei Forderungen aufstellt wie General v. Watter, mit dem einzigen Unterschied, daß er verschleiert von „Niederlegen“ statt von „Abgeben“ der Waffen spricht (gemeint war dasselbe);⁷ außerdem deckt er Watter vollständig, was einen harten Konflikt mit der Aufstandsbe- wegung voraussehen lassen konnte, die ja einmütig Watters Abtreten forderte. Seinerseits macht Bauer nur Versprechungen, die überdies erst erfüllt werden sollen, nachdem die Aufstandsbe- wegung sich selbst liquidiert hat. Das wird da- mit motiviert, daß andernfalls das westliche Ausland keine Lebensmittel liefern werde (eine Schutzbehauptung, wie wir wissen, die die eigene Hungerblockade verschleiern soll).⁸ Das alles war ähnlich wie Anfang 1919, als die Regierung der Essener Sozialisierungsbewegung für die Beendigung des großen Bergarbeiter- streiks dankte, jedoch selbst keinerlei Entgegenkommen zeigte (I, Seite 41): der Kampf gegen die Putschisten wird dankend zur Kenntnis genommen, die Gegen- gabe besteht in unverbindlichen Versprechungen.

Am 22. März antwortete Ernst telegrafisch:

„... Trotz Zusicherung werden Truppenbewegungen doch vorgenommen. Selbst auf dem Boden der Kappregierung stehende Truppen wie Bataillon [Freikorps] Schulz greifen an und versuchen, Verbindung mit Truppen des Generals v. Watter zu bekommen. Seit heute nacht Geschützkampf um Recklinghausen. Wenn Sie nicht eingreifen, geht der Industriekegel in Flammen auf und wir haben die Entente in ein oder zwei Tagen im Ruhrgebiet. Nach einstimmigem Urteil aller Parteien vom Zentrum bis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ver- langt man die Entfernung des Generals v. Watter, weil er im Gegensatz der [zur] Auffassung der Regierung nicht loyal gehandelt hat; auch jetzt treibt er noch doppeltes Spiel.“⁹

Bald darauf traf die Nachricht ein, die Ausladung süddeutscher Truppen in Lipstadt gehe ununterbrochen weiter. Das löste im östlichen Ruhrgebiet eine ge- radezu fieberhafte Kampfstimmung aus. In Hagen, wo an diesem Tag die Revo- lutionsopfer beerdigt wurden, wo also praktisch die gesamte Arbeiterschaft auf der Straße war, heulten die Sirenen, rasten Autos durch die Straßen — ein bür- gerlicher Journalist fühlte sich an die Mobilmachung von 1914 erinnert —, Fahrwerke aller Art wurden mit Waffen und Munition beladen, und die Arbei- terwehr versammelte sich zum Appell; aus den umliegenden Städten zogen Scharen bewaffneter Arbeiter heran, „in strammem militärischen Schritt“, wie

das USP-Blatt berichtete. Der Neumarkt bot in Kürze das Bild eines Heerlagers. Auch Arbeiter, die bisher die örtlichen Sicherheitswehren mit Polizeiaufgaben gebildet hatten, brannten jetzt darauf, am Kampf gegen die Reichswehr teilzu- nehmen. In zwei Sonderzügen wurden die Arbeiter im Laufe des Abends und der Nacht an die Lippfront transportiert. Gleichzeitig bildeten sich Sprengkom- mandos, die für den Fall des Vormarschs der Reichswehr entschlossen waren, alle strategisch wichtigen Objekte, vor allem die Eisenbahnbrücken, zu sprengen.¹⁰

Ludwig bekam Telefonverbindung mit der Reichskanzlei. Er teilte die Vorgänge mit und erklärte dann: „Heute ist kein Streik, aber morgen wird Generalstreik sein, sobald die ersten Truppen ins Gebiet kommen; dann beginnt die Sabotage und ... das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet ... geht seinem Unter- gang entgegen.“¹¹ Unmittelbar darauf rief er im Hagener Stadtparlament aus:

„Seit acht Tagen wird uns versprochen, es solle kein Militär hierher kommen, und trotzdem rollt Zug auf Zug heran. Heute nachmittag sind wieder vier Züge mit Militär in Lippstadt eingetroffen ... Die Arbeiter sind entschlossen, den Vor- marsch der Truppen zu verhindern. Wenn das Entsetzlichste eintritt, die Sabo- tage auf der Eisenbahn, dann sind ... schuld daran diejenigen, die das Militär hierher haben wollen. Alle Bürgermeister des Gebiets wenden sich gegen die Mil- itärtransporte, aber bei v. Watter gibt es nur eine Forderung: Abgabe aller Waf- fen. Ein solches Verlangen jetzt an die Arbeiterschaft zu stellen, ist gleichbe- deutend mit Totschlag. Ein Blutbad würde uns im Ruhrgebiet beschert, wie wir es kaum abnen können ... Rückt der Verband [die Entente] in Westfalen ein, so ist unsere Regierung schuld daran, die Militär hierher schickte, das niemand verlangt hat. Würde sie es zurückrufen, dann würde in ein paar Stunden die voll- ständige Beruhigung hergestellt und die Wiederaufnahme der Arbeit gesichert sein. Draußen heißt es, in Hagen und in den anderen Städten herrsche der Bol- schewismus. Sie wissen, wie es in Wirklichkeit aussieht ... Wir haben den festen Willen, den Generalstreik auszurufen, sobald das Militär vorrückt, und wir wer- den uns alle dieser Macht entgegenstellen. Dann müssen auch alle Männer von 17 bis 45 Jahren, die wir dazu aufrufen werden, mit vorgeben gegen die Noskeiden, die hier einrücken wollen ... Man scheint sich unter dem Schutze des Auslandes hinabe sicherer zu fühlen, als unter dem Militärregiment, das kommt, wenn jetzt das Militär siegt.“¹²

Diese Rede war, wie man sieht, geradezu von Untergangsvisionen erfüllt, ganz ähnlich wie die Antwort von Ernst an Reichskanzler Bauer. Eine Erklärung für diese Stimmung kann man darin sehen, daß Ludwig, der gegen den bewaffneten Kampf gegen den Kapp-Putsch gewesen war, zu seinem Entsetzen hatte fest- stellen müssen, daß die Arbeiter einfach nicht mehr zu halten waren, als das Freikorps Lichtschlag in Wetter und Herdecke einrückte (I, Seite 149, 168, 174). Jetzt rechnete er offenbar damit, daß die Arbeiter, durch die Truppenverstär- kungen immer stärker gereizt, bis zum letzten kämpfen und dabei auch zur Sabo- tage greifen würden.¹³

Auch Oberbürgermeister Cuno sprach mit der Reichskanzlei. Er äußerte, daß die fortdauernden militärischen Operationen, besonders aber der Antransport von

Truppenverstärkungen im Widerspruch zum Telegramm des Reichskanzlers ständen und jede Hoffnung auf eine friedliche Verständigung illusorisch machten. Er erhielt zur Antwort, „so allgemein“ habe Bauer nicht zugesagt, „daß gar keine Truppenbewegungen stattfinden. Es müssen kleinere zerstreute Abteilungen zusammangezogen werden.“¹⁴ Dabei handelte es sich um den Antransport geschlossener Verbände aus Süddeutschland! Berlin glaubte also vorerst noch, mit Lügen weiterzukommen.

Zwei weitere Stimmen aus dem liberalen Lager drängten an diesem 22. März die Regierung, eine nachgiebige Haltung zu zeigen. Die DDP von Hörde telegraphierte an den Reichskanzler: „Größtes Unheil nur dann abwendbar, wenn Reichwehrtruppen sofort Angriffsbewegungen gegen Industriebezirk einstellen.“¹⁵ Und die „Frankfurter Zeitung“ mahnte zu Verhandlungen mit den Aufständischen: die Regierung müsse den „Weg der friedlichen Verständigung . . . bis zum äußersten gehen“ und dürfe dabei die Lage im Ruhrgebiet nicht dramatisieren; die Reaktion sei es, die planmäßig die „bolschewistische Gefahr“ hochspiele, um vom Hochverrat des Putsches abzulenken und die jetzt notwendige Öffnung nach links zu hintertreiben.¹⁶

*

Dem Wunsch General v. Watters, so bald wie möglich zum Gegenangriff auf die Aufständische Bewegung überzugehen, standen zwei Momente entgegen. Zum einen waren die anrollenden Verstärkungen noch bei weitem nicht ausreichend. Am 22. März ließ Watter dem Reichswehrministerium mitteilen, „mit 13.000 Ge-wehren“ sei „kein Gedanke an [eine] Offensiv-Operation“. Zunächst müsse die Marinebrigade v. Loewenfeld „mit allen Mitteln“ aus Schlesien herantransportiert werden.¹⁷

Das zweite Hemmnis bestand in den Bestimmungen des Versailler Vertrages. So wie die Aufständischen sich damit auseinandersetzen mußten, daß ihre Forderung nach Ersatz der Reichswehr durch Volkswehren in Widerspruch zum Friedensvertrag stand, so hatten auch die Militärs ihr Problem: nahezu das ganze Ruhrgebiet lag in der 50 km breiten *neutralen Zone* rechts des Rheins. Artikel 43 des Versailler Vertrages bestimmte, daß das deutsche Militär die neutrale Zone nicht betreten durfte; Artikel 44 erklärte, eine Zuwiderhandlung würde als „unfreundlicher Akt“ gegen die Alliierten und als „Versuch einer Störung des Weltfriedens“ betrachtet werden.¹⁸ In einem Zusatzabkommen vom August 1919 war vereinbart worden, daß für eine Übergangszeit von drei Monaten ab Inkrafttreten des Friedensvertrages noch deutsche Truppen in der neutralen Zone stehen dürfen, und zwar 20 Bataillone Infanterie*, 10 Eskadronen Kavallerie und 2 Bataillonen Artillerie.¹⁹ Am 10. Januar 1920 war der Friedensvertrag mit dem Zusatzabkommen in Kraft getreten, die Frist für die deutsche Truppenpräsenz lief

* Die Stärke der deutschen Truppeneinheiten lag damals in der Regel an der Untergrenze; ein Bataillon hatte durchschnittlich 600 Mann.

also noch bis zum 10. April. Jedoch abgesehen davon, daß die ebengenannten Zahlen für die gesamte neutrale Zone von der holländischen bis zur schweizerischen Grenze galten und daß außerdem die Stärke der in Wesel liegenden Truppen von diesen Zahlen abgezogen werden mußte, hielt General v. Watter, wie wir eben sahen, eine derart große Streitmacht zur Niederwerfung der Aufständischen für notwendig, daß Verhandlungen mit den Westmächten unumgänglich waren. Diesem außerordentlich lehrreichen Aspekt der Aufstandsbewegung — den *internationalen und diplomatischen Reaktionen, die sie hervorrief* — wenden wir uns nun zu.²⁰

Die alliierten Siegermächte des Weltkriegs — Frankreich, England, Belgien, die USA — waren auf dreifache Weise in Deutschland vertreten: erstens durch ihre diplomatischen Vertreter in Berlin; zweitens durch die sogenannte „Interalliierte Militärische Kontrollkommission“ (IMKK), ebenfalls in Berlin, eine Kommission von Militärs, die die Durchführung des Versailler Vertrags, vor allem die Entwaffnungsbestimmungen, kontrollierte und zu diesem Zweck zahlreiche Unterkommissionen in ganz Deutschland installiert hatte; drittens durch ihre Hochkommissare im besetzten Rheinland, die zusammen die „Interalliierte Rheinlandkommission“ bildeten. Besetzt waren, wie erinnertlich, das gesamte linksrheinische Gebiet, dazu rechts des Rheins die drei Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz; der (englische) Brückenkopf Köln reichte bis Solingen einschließlich. Die Präsenz der Amerikaner war minderen Rechts als die der Franzosen, Engländer und Belgier: die USA hatten den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, und entsprechend waren sie in der IMKK gar nicht, in der Rheinlandkommission sowie in den alliierten Entscheidungsgremien in Paris und London nicht fest oder nur mit vermindertem Stimmrecht vertreten²¹ — ein, wie wir sehen werden, glücklicher Umstand für die Ruhrarbeiter. Eine weitere Siegermacht des Weltkriegs, Italien, unterhielt links des Rheins keine Besatzungsarmee, war aber gleichberechtigtes Mitglied der Entscheidungsgremien in Paris und London.

Während nach dem Kapp-Putsch IMKK und diplomatische Vertreter der Alliierten in Berlin das Verhalten der Putschisten beobachten konnten, wurde die englische Besatzung im Brückenkopf Köln mit den Aktionen der Arbeiter unter Führung der USP konfrontiert. Am 15. März begann der Generalstreik; er war auf 24 Stunden befristet, da die Arbeiterschaft sich unter der englischen Besatzung von den Putschisten nicht unmittelbar bedroht fühlte; nur die Eisenbahn wurde von der Direktion in Elberfeld, also vom unbesetzten Gebiet aus länger bestreikt.²² Am Vormittag fanden in allen größeren Orten riesige Kundgebungen gegen den Putsch statt. In Solingen, wo mehrere zehntausend Menschen zusammenkamen, wurde eine Resolution beschlossen, die nicht nur den Putschisten, sondern auch einer „Wiedererrichtung der Regierung Ebert-Bauer-Noske“ scharfen Kampf ansagte und im übrigen die Elberfelder Parole aufnahm: Kampf für die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räteystems (I, Seite 127); von den Behörden verlangte man strikte Nichtanerkennung der Putschisten. In anderen Orten ging man weiter: die Demonstranten zogen vor die Rathäuser, um etwas gegen die Behördenvertreter zu unternehmen, deren reaktionäre Genehmigung bekannt war. In Wiesdorf und Schlebusch wurden Vertrauensleute der

Arbeiter eingesetzt zur Kontrolle der Kommunalverwaltungen, besonders der Polizei; den Bürgermeistern wurde eine Erklärung abverlangt, daß sie sich den Anordnungen der Vertrauensleute fügen würden. Die Wiesdorfer Demonstranten zogen weiter nach Opladen, um im dortigen Landratsamt dieselben Maßnahmen zu treffen. Noch weiter gingen die Demonstranten in Ohligs und Wäld: sie veranlaßten die Bürgermeister der beiden Städte zum Rücktritt und hißten auf den Rathäusern eine rote Fahne; die Leitung der Stadtverwaltung wurde von einem bzw. mehreren städtischen Beordneten, Mitgliedern der USP und SPD, übernommen. Am radikalsten handelten die Arbeiter von Langenfeld, angeführt von einem Mitglied des ehemaligen Soldatenrats von 1918 namens Bach. Sie drangen bereits in der Nacht vom 14. zum 15. März in die Wohnungen der Polizisten ein, ließen sich deren Waffen aushändigen, bildeten damit eine Sicherheitswehr und erklärten den Bürgermeister für abgesetzt, den Gemeinderat für aufgelöst.

Die Ergebnisse aller dieser Aktionen wurden von den Engländern, offenbar auf zentrale Anweisung, nach wenigen Stunden rückgängig gemacht, d.h. die Kontrollen wurden aus den Rathäusern entfernt, die abgesetzten Bürgermeister wieder eingesetzt; in Opladen, wo es zu einer direkten Konfrontation kam, erklärte ein britischer Offizier den Demonstranten, eine Kontrolle der Verwaltung außer der, die die Besatzung ausübe, werde nicht geduldet.²³

Der Imperialismus der Alliierten, den die Arbeiter hier zu spüren bekamen, deutete allerdings nicht automatisch einen Vorteil für die Gegner der Arbeiter. In Berlin residierte, wie gesagt, die Interalliierte Militärische Kontrollkommission (IMKK); ihr Vorsitzender war der französische General Nollet. Deutscher Kontraktmann für die IMKK war General v. Cramon im Reichswehrministerium. Am 14. März, einen Tag nach dem Putsch, bat v. Cramon Nollet um eine Audienz. Er machte sich zum Sprecher und Anwalt Kapps: In dessen Programm, betonte er, stehe der Punkt: Erfüllung des Versailler Friedensvertrags, „soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet“ (I, Seite 93); die neue Regierung sei also durchaus friedliebend und „fest entschlossen, die . . . schwebenden Verhandlungen unverändert auf der bisherigen Grundlage fortzuführen“. Nollet reagierte mit äußerster Reserve: die IMKK hatte aufmerksam den Aufmarsch der Putschtruppen direkt unter ihren Fenstern im Regierungsviertel, mit allem chauvinistischen Drum und Dran, beobachtet — kein Zweifel für sie, daß das militärisch-imperialistische Deutschland wieder zur Macht griff und daß ein Sieg der Putschisten Kündigung und Bruch des Friedensvertrages, das Ende der Entwaffnung Deutschlands und natürlich das Ende der IMKK bedeuten würde. — So hatte v. Cramon durch die Parteinahme für Kapp seine Position gegenüber Nollet bereits entscheidend geschwächt, als er eine Bitte vorbrachte: Das Wehrkreiskommando Münster, sagte er, wolle in den Raum Essen-Bodum-Gelsenkirchen, der von blutigem Aufbruch bedroht sei, „vorbeugend“ Truppen werfen; die IMKK möge den Einsatz von zusätzlichen 6 Bataillonen Infanterie, 2 Eskadronen Kavallerie und 3 Batterien Artillerie in der neutralen Zone genehmigen (das war ungefähr ein Drittel der für die gesamte neutrale Zone zugelassenen Truppenstärke). Nollet entgegnete, die IMKK müsse die Verbindung mit einer deutschen Regierung ablehnen, die von den Alliierten nicht aner-

kannt sei.²⁴ Am folgenden Tag wiederholte v. Cramon seine Bitte in einer schriftlichen Note — wiederum mit negativem Ergebnis.²⁵

Am 16. März mußte General v. Watter die Zerschlagung der beiden Lichtschlag-Einheiten in Wetter und Herdecke nach Berlin melden. Aus der Meldung ging hervor, daß die Einheiten ohne vorherige Genehmigung der IMKK in die neutrale Zone entsandt worden waren. Watter entschuldigte sich mit dem „Ernst der Lage“.²⁶ Am selben Tag richtete v. Cramon eine weitere Note an Nollet: Was bisher Befürchtung gewesen sei, schrieb er, sei bereits von der Wirklichkeit übertroffen — im östlichen Ruhrgebiet sei der Aufbruch ausgebrochen und die Räteregierung ausgerufen, wie sich an den Ereignissen in Wetter und Herdecke zeige; er wiederhole daher seine „Forderung“ nach Genehmigung zusätzlicher Truppen.²⁷ Doch Nollet blieb bei seiner Weigerung, mit einer von den Alliierten nicht anerkannten Regierung in Verbindung zu treten, und lehnte bereits die Annahme der Note ab.²⁸

Es war offenkundig: die deutschen Militärs mußten sich nach anderen Wegen umsehen. Zu ihrem Sprachrohr wählten sie den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Haniel. Am Vormittag des 17. März wandte dieser sich an die Geschäftsträger Englands und Frankreichs in Berlin, berichtete von den Ereignissen in Wetter und Herdecke und von der abweisenden Haltung General Nollerts und fragte dann: Er habe sich Kapp nicht unterstellt, sondern arbeite nach wie vor für die alte parlamentarische Regierung; wenn also das Ersuchen um Genehmigung zusätzlicher Truppen von ihm komme, ob die Alliierten dann zustimmen würden? Die Geschäftsträger erklärten, darüber könnten nur die Regierungen ihrer Länder entscheiden.²⁹ Daraufhin beauftragte v. Haniel unverzüglich die deutschen Vertreter in Paris und London, die Genehmigung zu beantragen und dabei darauf hinzuweisen, daß der Antrag von der verfassungsmäßigen Regierung ausgehe.³⁰

Ob v. Haniel sich vorher mit der alten Regierung in Stuttgart verständigt hatte, wissen wir nicht. Sicher dagegen ist, daß Ministerialdirektor Göppert, Leiter der deutschen Friedensdelegation in Paris, gleich nachdem er v. Haniels Telegramm erhalten hatte, sich mit Außenminister Müller (SPD) in Stuttgart in Verbindung setzte und dabei die Instruktion v. Haniels bestätigt erhielt. Müller bat „dringend“, in Paris alles zu tun, um die fragliche Genehmigung zu erhalten.³¹ — Ein aufschlußreicher Vorgang: eine Forderung, die zuerst ein kappistischer General an die Alliierten gerichtet hatte, machte sich der Außenminister der parlamentarischen Regierung zu eigen. Offenkundig konnte das Reichswehrministerium weiterarbeiten, als ob es keinen Putsch gegeben hätte. Gleichgültig, ob Kapp oder Hauser „regierte“ — die Militärs waren nun einmal zuständig für Bekämpfung von „bolschewistischen Unruhen“, und was sie für richtig hielten, das galt.

Die französische Regierung war durch General Nollet bereits von dem deutschen Wunsch unterrichtet,³² und am 16. März hatte eine Konferenz der alliierten Boten unter Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Millerand sogar schon darüber verhandelt. Millerand hatte dort erklärt, seine Regierung lehne das deutsche Ersuchen als Verletzung des Versailler Vertrags ab; wenn die deutsche Regierung die Polizeikräfte in der neutralen Zone als unzureichend be-



„Bei den bewaffneten Arbeitern muß man unterscheiden zwischen den Mitgliedern der örtlichen Arbeiterwehren, die Sicherheitsaufgaben wahrnahmen, und denjenigen, die Militär und Sipo von Ort zu Ort verfolgten, sie zum Kampf stellten und die schließlich das ganze Ruhrgebiet eroberten . . . Die Mitglieder der Arbeiterwehren blieben in ihren Heimorten . . .“ (II, Seite 63, 89)

Patrouille einer Arbeiterwehr, Ort unbekannt

zeichne, sei es Sache der Alliierten, sie zu verstärken, konkret: dann müßten alliierte Truppen ins Ruhrgebiet entsandt werden.³³ Diese Haltung war durch ökonomische und durch militärische Erwägungen motiviert. Einmal blieben die deutschen Kohlenlieferungen weit hinter dem monatlichen Soll von 2,5 Millionen Tonnen, zu denen das Reich verpflichtet war, zurück, und Millerand hatte bereits Mitte Februar erklärt, dagegen gebe es offenbar nur ein wirksames Mittel: die Besetzung weiteren deutschen Territoriums.³⁴ Zum andern fürchteten die französischen Militärs, die Reichswehrführung schütze die Unruhen nur vor und wolle in Wirklichkeit mit den im Ruhrgebiet massierten Truppen einen militärischen Schlag gegen Frankreich vorbereiten; die bösen Absichten der Deutschen, argumentierten sie, seien bereits dadurch erwiesen, daß schon jetzt mehr Truppen in der neutralen Zone ständen, als das Zusatzabkommen zum Versailler Vertrag gestatte und daß die Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials weit hinter den vertraglichen Vereinbarungen zurückbleibe.³⁵

Als am Abend des 17. März der deutsche Geschäftsträger in Paris, Mayer, im französischen Außenministerium das deutsche Ersuchen offiziell überreichte, stritt sein Gesprächspartner, Unterstaatssekretär Paléologue, ab, daß die Entsendung alliierter Truppen ins Ruhrgebiet beabsichtigt sei. Gegen eine Entsendung deutscher Truppen bestünden jedoch „schwere Bedenken“. Es sei nicht zu verstehen, warum die 50.000 Mann, die gegenwärtig in der neutralen Zone ständen, nicht ausreichten, und vor allem: „wenn man Truppen hereinlasse, wisse man nicht, ob und wann man sie wieder herausbekomme“. Darauf konnte Mayer nur erwidern, die „deutsche Regierung denke nicht daran“, die „Truppen länger zu belassen als nötig“; er bot an, „äußerstenfalls“ eine Frist zu vereinbaren, nach deren Ablauf die zusätzlichen deutschen Truppen die neutrale Zone wieder räumen müßten.³⁶ Vermutlich hatte Mayer nach dem Gespräch selbst das Gefühl, daß dies ein etwas kümmerliches Angebot war. Anschließend suchte er nämlich den englischen Botschafter auf, informierte ihn von dem deutschen Ersuchen und erklärte dabei (völlig eigenmächtig!), er garantiere, daß die deutschen Truppen ausschließlich aus regierungstreuen Leuten zusammengesetzt sein und nicht länger als zwei Wochen in der neutralen Zone bleiben würden.³⁷ — Wie eilig die Sache betrieben wurde, zeigte sich in London: hier war es bereits Mitternacht, als der deutsche Geschäftsträger den englischen Außenminister anlätete und die Note v. Hantels überreichte.³⁸

Am folgenden Tage (18. März) wurde das deutsche Ersuchen in Paris und London von den höchsten Gremien der Alliierten erörtert. In der Konferenz der alliierten Botschafter in Paris waren die beiden französischen Generäle Foch und Weygand anwesend. Weygand teilte unter anderem mit, daß in Frankfurt/Main (neutrale Zone) ohne alliierte Erlaubnis deutsche Truppen einmarschiert seien (I, Seite 97; II, Seite 154). Foch schlug unter Hinweis auf die Vertragsverletzungen vor, alliierte Truppen ins Ruhrgebiet zu entsenden. Dagegen wandten sich die Botschafter Englands, Italiens und Belgiens. Der Tenor ihrer Ausführungen war, daß eine solche Maßnahme ebenfalls eine Verletzung des Versailler Vertrages darstellen würde. Der belgische Botschafter schränkte allerdings ein, falls bei den Unruhen die Zerstörung von Bergwerken und Fabriken drohe, halte er

einen Einmarsch für erforderlich. Millenand verteidigte den Gedanken an einen alliierten Einmarsch: nach Völkerrecht und zahlreichen Präzedenzfällen hätten die Alliierten das Recht dazu. Immerhin könne er wenigstens Einstimmigkeit der Konferenz darüber feststellen, daß ein deutscher Truppeneinmarsch den Versailler Vertrag verletzen würde. — Ganz anders verlief die Sitzung des Obersten Rats der Alliierten (Supreme Council) in London, eine Konferenz der in London akkreditierten alliierten Botschafter unter Vorsitz des englischen Premierministers Lloyd George. Der englische Außenminister Lord Curzon sprach gegen einen alliierten Einmarsch: Wenn die Alliierten Kohle aus dem Ruhrgebiet erhalten wollten, sei ein Einmarsch die falsche Maßnahme, da er sich gegen die deutschen Bergarbeiter richten würde; diese seien ja die Träger der „Käteregierung“, von der in der deutschen Note die Rede sei. Wenn also schon Unterdrückungsmaßnahmen ergriffen werden müßten, sollten Truppen der Regierung Bauer das tun. Diese Erwägungen über die Rollenverteilung der imperialistischen Mächte wurden von Lloyd George mit einer historischen Überlegung vertieft. Er fürchtete, sagte er, daß die Alliierten mit einem Einmarsch denselben Fehler wiederholen würden, den sie in Rußland gemacht hätten, indem sie in die inneren Angelegenheiten dieses Landes eingegriffen hätten. (Lloyd George wurde nicht genauet, aber was er meinte, war klar: nach der Februarrevolution von 1917 hatten die Alliierten in massiver Weise die parlamentarische Regierung unterstützt, die dann in der bolschewistischen Oktoberrevolution gestürzt worden war.) Wenn die deutsche Regierung den Aufstand unterdrücke, würde ihre Stellung gestärkt; täten es die Alliierten, so würde sie geschwächt. Die Alliierten könnten aber einen Sieg des Spartakismus in Deutschland ebensowenig wünschen wie einen Sieg des Militarismus. Wünschenswert sei vielmehr „eine gemäßigte verfassungsmäßige Regierung“; eine solche sei die Regierung Bauer, sie also gelte es zu unterstützen. — Diese Argumentation unterschied sich deutlich von der Stellungnahme Millerands und der französischen Militärs. Ob die deutsche Regierung einen Vorteil aus dieser Disharmonie der Alliierten ziehen konnte, mußte sich noch zeigen. Vorerst gingen die beiden Konferenzen in Paris und London ohne Entscheidung auseinander, da zunächst die einzelnen Regierungen um ihre Meinung befragt werden sollten.³⁹

Die Differenzen im alliierten Lager, die sich hier andeuteten, hatten einen ökonomischen und einen militärischen Hintergrund. Die Interessenlage Frankreichs wurde bereits skizziert; auf Seiten Belgiens waren zumindest die militärischen Interessen — Sorge vor einer erneuten Bedrohung durch Deutschland — dieselben. England dagegen war ökonomisch saturiert und militärisch gesichert, seitdem Deutschland seine Kolonien hatte abtreten und seine Kriegsflotte herausgeben müssen, und schon wegen seiner Insellage bestand es nicht auf einer allzu strikten Durchführung der weiteren Entwaffnungsbestimmungen; die französischen Militärs argwöhnten sogar nicht ohne Grund, England verfolge noch immer seine alte Doktrin, daß es auf dem Kontinent keine dominierende Militärmacht geben, daß Frankreich also nicht zu stark werden dürfe. Italien, das hauptsächlich an der Adria und auf dem Balkan engagiert war, spielte nur eine Nebenrolle.⁴⁰

Ibenfalls am 18. März ließ sich in Berlin General Nollat bei Vizekanzler Schiffer melden. Er protestierte dagegen, daß deutsche Truppen „auf Befehl der Regierung Kapp“ in Frankfurt/Main eingerückt seien, und forderte sofortige Zurücknahme. Schiffer argumentierte, der Einmarsch sei zur Unterdrückung von Unruhen notwendig gewesen, und zog einen Vergleich: wenn ein Haus brenne und es um die Rettung von Menschenleben gehe, werde man doch wohl auch dann Hilfe leisten, wenn das Betreten des Grundstücks juristisch untersagt sei. General Nollat dürfte diese Worte aufmerksam registriert haben, ließen sie doch befürchten, daß die deutschen Militärs im Ruhrgebiet ebenso handeln, d.h. auch ohne alliierte Genehmigung Truppen einrücken lassen könnten (wie ja schon einmal beim Freikorps Lichtschlag geschehen). — General v. Seeckt, den Schiffer um Aufklärung des Falles im einzelnen bat, antwortete, die Stärke der eingerückten Truppen sei kleiner als von Nollat angegeben, zum Teil seien die Truppen bereits wieder abgezogen, der Rest werde „nach Entspannung der Lage unverzüglich“ zurückgenommen werden — Verharmlosungen, die bei der IMKK erst recht Mißtrauen säen mußten.⁴¹

Eine neue Hiobsnachricht im Reichswehrministerium: um 11.45 Uhr meldete Münster, „im Raume Witten-Hagen-Schwerte-Unna-Lünen-Bochum“ herrsche „völlige Anarchie“ (Freikorps Lichtschlag war in Dortmund vernichtet). „Die Auführer organisieren planmäßig Banden und sind in beträchtlicher Stärke“. Alle Lastwagen seien beschlagnahmt, was auf ausgreifende Pläne der Roten (Vormarsch auf Münster oder Essen) deute. Watters Stab errechnete, daß nunmehr zusätzlich 18 Bataillone Infanterie, 4 Eskadronen Kavallerie und 18 Batterien Artillerie zur Unterdrückung des Ruhrproletariats erforderlich seien — also mehr zusätzliche Truppen, als in der ganzen neutralen Zone stehen durften.⁴² Am Abend übermittelte v. Haniel die neuen Zahlen an die Geschäftsträger in Paris und London und bat, den Antrag auf Genehmigung des Einmarsches zu erneuern.⁴³

Am Mittag des folgenden Tages (19. März) hatte Geschäftsträger Mayer in Paris eine zweite Unterredung mit Unterstaatssekretär Paléologue. Er wies auf die wirtschaftlichen und politischen Folgen hin, die das „weitere Umsichgreifen [der] bolschewistischen Bewegung“ haben werde, und betonte auch die menschliche Seite: „Tausende“ von Menschenleben seien von Vernichtung bedroht! Paléologue ruhig: Nach eigenen Informationen „sei die Lage nicht so schlimm“. Dann erläuterte Paléologue den Standpunkt der französischen Regierung angesichts der Differenzen mit England: Für die Bewilligung von Ausnahmeregelungen sei „Einstimmigkeit erforderlich“. Frankreich bleibe bei seiner Ablehnung des deutschen Antrags. Ein deutscher Truppeneinmarsch würde eine schwerwiegende Durchbrechung des Versailler Vertrags bedeuten, und es gebe keine ausreichenden Garantien, daß die eingerückten Truppen nicht dauernd dort blieben. Den guten Willen der deutschen Regierung einmal unterstellt, so hätten immerhin auch die putzenden Truppen vor kurzem ihr den Gehorsam verweigert. Die Vereinbarung einer Frist für den Aufenthalt der Truppen jedenfalls „sei keine Garantie“. Mayer bot an, daß Kommissionen alliierter Offiziere die deutschen Truppen begleiten könnten, nach Art jener Kontrollkommissionen, die in ganz Deutschland verteilt

waren und im Auftrag der IMKK in Berlin die Durchführung der deutschen Abrüstung überwachten. Doch damit konnte er Paléologue nur die knappe Bemerkung entlocken, daß die Kontrollkommissionen „ständigen Angriffen ausgesetzt seien“ (erst vor zwei Wochen war ein französischer Offizier im Berliner Hotel Adlon von hochadligen deutschen Gästen verprügelt worden). So verließ Mayer das französische Außenministerium wiederum mit leeren Händen.⁴⁴ — Am nächsten Tage äußerte sich erstmals die französische Presse zu den Verhandlungen und erinnerte daran, daß der deutsche Außenminister vor zwei Tagen nach dem Rücktritt von Kapp und Lüttwitz an die französische Regierung telegraphiert habe: „Verfassungsmäßige Regierung Bauer ist Herr der Lage im ganzen Reich“; demnach enthielten die alarmierenden Berichte über die Zustände im Ruhrgebiet „starke Übertreibungen“.⁴⁵

Anders das Echo, das der deutsche Geschäftsträger in London, Sthamer, am 20. März bei Lord Curzon fand. Die englische Regierung, sagte dieser, sei auch jetzt noch zur Genehmigung des Einmarsches bereit, wenn deutscherseits die „erforderlichen Garantien“ für den Wiederabzug gegeben würden; deren Festsetzung wolle man dem französischen Oberbefehlshaber Marschall Foch überlassen. Ob allerdings die Deutschen mit ehrlichen Karten spielten? Curzon legte Sthamer die neuesten Zeitungsmeldungen vor, die diesem noch nicht bekannt waren, wonach Essen von den Aufständischen erobert sei. Heiße das nicht, fragte Curzon, daß die unterlegenen deutschen Truppen vorher tief in die neutrale Zone eingedrungen seien, ohne alliierte Genehmigung? Sthamer verneinte entschieden, war aber anscheinend über die wirklichen Zusammenhänge (nicht Reichswehr, sondern Sipo hatte in Essen gestanden) nicht informiert. Curzon gab schließlich den Rat, „in Paris mit aller Dringlichkeit den Antrag zu erneuern“.⁴⁶

Inzwischen lagen in Paris die Stellungnahmen der italienischen und der belgischen Regierung zu dem französischen Vorschlag vor, das Ruhrgebiet mit alliierten Truppen zu besetzen. In einer weiteren Botschafterkonferenz am 20. März wurden sie vorgetragen. Danach war die italienische Regierung gegen den Vorschlag; die belgische Regierung war es im Prinzip ebenfalls, ließ aber erklären, sie werde nicht beiseitstehen, falls eine Besetzung beschlossen werde. Der englische Botschafter gewann jedoch den Eindruck, daß die Franzosen bereits den ganzen Gedanken fallengelassen hatten, besonders als ihm Marschall Foch ein Telegramm eines seiner Agenten zeigte, wonach die Unruhen im Ruhrgebiet nicht so groß seien, daß überhaupt zusätzliche Truppen erforderlich seien.⁴⁷

In der Tat hatten die Franzosen schon einen anderen Plan entwickelt. Am selben Tag nämlich schlug Ministerpräsident Millerand dem deutschen Geschäftsträger Mayer vor, folgende Garantien für den Wiederabzug der deutschen Truppen zu vereinbaren: zum gleichen Zeitpunkt, an dem die deutschen Truppen ins Ruhrgebiet einrückten würden, sollten alliierte Truppen in derselben Stärke an einer anderen Stelle in die neutrale Zone einrücken und dort so lange bleiben, bis die deutschen Truppen wieder zurückgezogen seien.⁴⁸ Außenminister Müller ermächtigte Mayer, angesichts der ersten Situation im Ruhrgebiet „äußersten Falles“ darauf einzugehen, obwohl er fürchte, daß die nationalistische Rechte dadurch Agitationsstoff bekommen werde. Mayer sollte aber zu erreichen versuchen, daß die Alliierten sich mit dem „förmlichen Recht“ zum Einmarsch begnügten, von

dem sie dann praktisch keinen Gebrauch machen würden. Ferner dürfe die freizugebende Stelle der neutralen Zone keinesfalls in Süddeutschland liegen; die deutsche Regierung könne nur entweder ruhige Teile des Ruhrgebiets oder einen unmittelbar an das Ruhrgebiet grenzenden Abschnitt freigeben.⁴⁹ Diese Abwehr war aus alten militärstrategischen Überlegungen zu verstehen: die West-Ost-Linie in der Höhe von Frankfurt galt als die „Taille“ des Reiches (kürzeste Entfernung zwischen West- und Ostgrenze); wenn es den Franzosen gelang, sie zu durchstoßen, hatten sie das Reich in zwei Teile getrennt. Genau an die Besetzung der Gegend von Frankfurt aber dachten die französischen Militärs, wie sich zeigte, als sie Millerands Garantievorschlag präzisierten.⁵⁰

Die Reichswehrführung, der längst klar war, welch zähe Verhandlungen noch bevorstanden, versuchte sich vorerst auf andere Weise Spielraum zu verschaffen. Am 19. März beantragte sie über das Auswärtige Amt bei General Nollet die Genehmigung, Truppen aus ruhigen Teilen der neutralen Zone herausziehen zu dürfen (ein Bataillon aus der Gegend von Limburg, ein weiteres aus der Gegend von Darmstadt); „ein unmittelbarer Einsatz“ dieser Truppen gegen das Ruhrgebiet sei nicht geplant, da „aus organisatorischen und eisenbahntechnischen Gründen“ nicht möglich.⁵¹ Was mit diesem Manöver bezweckt wurde, war ziemlich durchsichtig, nämlich eine Verringerung der Gesamtzahl der Truppen in der neutralen Zone, die dann im Ruhrgebiet wieder aufgefüllt werden konnte (wobei gleichgültig war, ob mit diesen oder anderen Truppen). Da dies jedoch bei der IMKK neu beantragt werden mußte, gab Nollet seine Einwilligung zur Herausnahme der beiden Bataillone.⁵²

Da traf die Reichswehrführung der nächste Schlag: am 20. März, 13 Uhr, meldete General v. Gillhaussen aus Köln ans Reichswehrministerium, seine Truppe sei von den Aufständischen in den englischen Brückenkopf getrieben und dort von den Engländern entworfen worden (1. Seite 261—263).⁵³ General v. Seeckt ließ sofort über mehrere Kanäle den Alliierten mitteilen, der Übertritt ins englische Gebiet sei natürlich keine „absichtliche Verletzung“ des Versailler Vertrags gewesen, sondern „eine Notmaßnahme zur Selbsterhaltung“; es werde daher gebeten, der Truppe freien Abzug mit ihren Waffen zu gewähren.⁵⁴ Der Vertreter der Reichsregierung in Koblenz präzisierte in einem offiziellen Ersuchen an die Rheinlandkommission (die alliierten Hochkommissare im linksrheinischen Gebiet), die Truppe solle mit Waffen und Ausrüstung an einen von ihm zu benennenden Punkt im unbesetzten Gebiet abtransportiert werden, damit sie sogleich wieder an den Kämpfen teilnehmen könne.⁵⁵

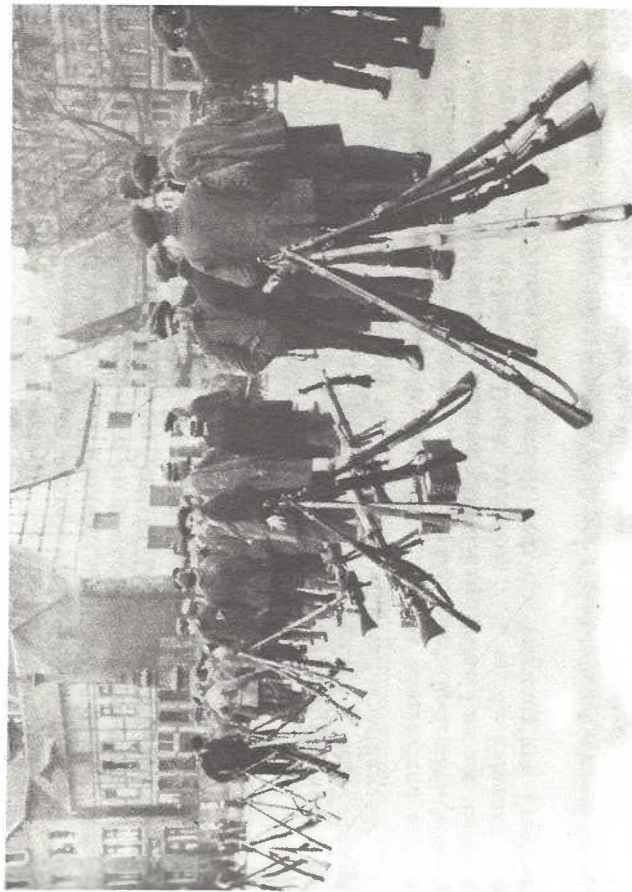
Gleichzeitig setzte eine massive Stimmungsmache durch gezielte Falschmeldungen ein. Die großbürgerliche „Kölnische Zeitung“ meldete, die Alliierten hätten der Reichsregierung das besetzte Gebiet zum Truppenaufmarsch gegen das Ruhrgebiet freigegeben.⁵⁶ Auf Flugblättern, die u. a. über Hagen abgeworfen wurden, stand dasselbe zu lesen.⁵⁷ Im englischen Brückenkopf wurde gerücheltweise erzählt, die Gillhaussen-Truppe sei bereits zur Teilnahme am weiteren Kampf nach Wesel transportiert worden.⁵⁸ Auch machte man Versuche, die Engländer zum bewaffneten Einschreiten zu provozieren. Im Stadtwald von Wermelskirchen wurden immer wieder scharfe Schüsse abgefeuert.⁵⁹ Gerüchte wurden in Um-

lauf gesetzt, in Remscheid seien sämtliche gefangenen Soldaten und Mitglieder der Einwohnerwehr ermordet worden; die Aufständischen würden als nächstes die englischen Besatzungstruppen angreifen. Das Remscheider USP-Blatt bemerkte dazu, die Verbreiter dieser Gerüchte seien dieselben, die im Kriege „Gott strafe England!“ gerufen und die Engländer als sattes und feiges Krämervolk beschimpft hätten — jetzt, wo man den Geldsack in Gefahr glaube, suche man sie als Bundesgenossen herbeizulocken.⁶⁰

Die Arbeiterschaft war aufs äußerste beunruhigt.⁶¹ Am 21. März forderten Betriebsvertrauensleute und USP-Vertreter des Industriereviere Krefeld-Mönchengladbach-Moers von der belgischen Besatzungsbehörde eine „eindeutige Erklärung“ zu der Meldung, das besetzte Gebiet sei für die Reichswehr freigegeben worden, außerdem die „sofortige restlose Abschiebung“ aller etwa bereits aufmarschierten deutschen Truppen, andernfalls man den Generalstreik verkünden werde.⁶² Von Hagen aus wurde eine „honorige“ Kommission — Landrat v. Salmuth, Rechtsanwalt Ellinghaus (SPD), Dr. Goldmann (Zentrum) — nach Köln geschickt, die dort mitteilen sollte, daß sich die bisherigen Kämpfe der Arbeiter gegen monarchistisch gesinnte Putschtruppen gerichtet hätten.⁶³

Die Engländer sahen sich angesichts der Gillhaussen-Truppe vor einem Dilemma. Einerseits hielten sie die Aufstandsbewegung für „spartakistisch“ und „bolschewistisch“, für eine Bewegung also, gegen die „alle zivilisierten Regierungen“ Widerstand leisten müßten. Andererseits stellten sie fest, daß die Bewegung zahlreiche Sympathisanten im besetzten Gebiet hatte, und fürchteten, eine Freilassung der Truppe könnte eine Ausdehnung der Bewegung ins besetzte Gebiet bewirken, die dann mit Verstärkung der Besatzungsarmee und Repressionsmaßnahmen beantwortet werden müßte. Hier zeigte sich, daß die Aktionen der Arbeiter zur Abwehr des Kapp-Putsches im Brückenkopf (s. oben Seite 39 f.) nicht umsonst gewesen waren. — Die pragmatische Überlegung gab den Ausschlag: die Engländer schlugen den anderen Besatzungsbehörden eine „Haltung unparteiischer Neutralität“, konkret: die Zurückhaltung der Gillhaussen-Truppe im Internierungslager Dellbrück vor.⁶⁴ Die entscheidendste Gegenposition wurde von General Allen, dem Kommandeur der amerikanischen Besatzungsarmee, vertreten. Neutralität, erklärte er, „bedeute oder deutete wenigstens an, daß Bolschewismus oder Spartakismus anerkannte Mächte seien“, die USA bekämpften jedoch „die Roten“ gleichermaßen im eigenen Land wie im Ausland; eine Freigabe der Truppe mit Waffen und Ausrüstung würde für die verfassungsmäßige deutsche Regierung „eine große moralische Unterstützung bedeuten.“⁶⁵ In der Konferenz der (zivilen) Hochkommissare, in der General Allen nicht anwesend war, setzte sich der Standpunkt der Engländer durch. Die Hochkommissare beschlossen (vorbehaltlich anderer Weisungen ihrer Regierungen), vorläufig alle Truppen, die im besetzten Gebiet Zuflucht suchen würden, zu internieren, sie allenfalls ohne Waffen ins unbesetzte Gebiet zurückzulassen und auf keinen Fall deutsche Truppenbewegungen im besetzten Gebiet zu gestatten. Grundsätzlich wurde festgelegt, daß die von den alliierten Behörden bisher beobachtete „Haltung unparteiischer Neutralität“ die „Aufrechterhaltung der Ordnung im besetzten Gebiet begünstigt“ habe und von der Bevölkerung „mit Befriedigung aufgenommen worden“

sei.⁶⁶ Anschließend dementierten englische und belgische Besatzungsvertreter die verschiedenen Falschmeldungen und Gerüchte.⁶⁷ Eine Differenz gab es nur noch darüber, wie lange die Gillhaussen-Truppe interniert bleiben sollte. Der englische Hochkommissar Stuart war der Meinung, daß eine längere Internierung nach dem Rheinland-Vertrag juristisch nicht zulässig sei, und empfahl seiner Regierung, die Truppe ohne Waffen an eine Stelle im unbesetzten Deutschland zurückkehren zu lassen, von der aus sie nicht unmittelbar wieder an den Kämpfen teilnehmen könne.⁶⁸ Marschall Foch entschied jedoch, daß die Internierung bis zum Ende der Kämpfe dauern solle.⁶⁹ — Die alliierten Regierungen waren mit dem Beschluß der Hochkommissare einverstanden, bis auf die USA-Regierung, die „keinen Grund“ sah, warum die internierte Truppe nicht samt ihren Waffen ins unbesetzte Gebiet zurückgebracht werden solle, wo sie zur Unterdrückung des Aufstands gebraucht werde.⁷⁰ Das Auswärtige Amt in Berlin gab seinem Befanden über die Neutralitätserklärung der Alliierten Ausdruck; damit werde der „Kampf auf rührerischer ... Elemente gegen [die] verfassungsmäßige Regierung“ als „Kampf zwischen gleichberechtigten Parteien“ betrachtet.⁷¹ Derweil diskutierten die Alliierten bereits den französischen Vorschlag: gleichzeitige und gleich starke Besetzung eines anderen Teils der neutralen Zone durch



„Durchweg sind es gediente Soldaten, die wieder die Gewohnheiten angenommen haben, die ihnen aus dem Feldleben noch geläufig sind. Hier und da sieht man Gewehrpyramiden ...“ (II, Seite 63)
Rotgardisten bei einer Rast, Ort unbekannt

alliierte Truppen. Millerand begründete ihn damit, daß man auf diese Weise ein Druckmittel habe nicht nur für den Wiederabzug der deutschen Truppen innerhalb der vereinbarten Frist, sondern auch für eine bessere Erfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland als bisher; die französischen Militärs präzisieren, besetzt werden sollten Frankfurt und Darmstadt.⁷² In einer Konferenz des Obersten Rats am 22. März führte der englische Premierminister Lloyd George aus, die Situation habe sich in den letzten Tagen „fühler verschlechtert“: die „Sparktisten“ im Ruhrgebiet „gewannen jeden Tag an Stärke“, seien gut geführt, diszipliniert und ausgerüstet, und ihre Bewegung drohe, „sich nach Belgien und möglicherweise nach Frankreich auszudehnen“ — wenn die deutsche Regierung nicht sofort freie Hand zu ihrer Niederschlagung erhalte. Falls die deutschen Truppen nach Erfüllung ihrer Aufgabe abmachtungswidrig in der neutralen Zone bleiben sollten, sehe er keine Schwierigkeit, sie wieder herauszuwerfen. Jedenfalls sei er gegen den französischen Vorschlag, da in solchen Bürgerkriegssituationen eine Einmischung von außen fatale Folgen habe: sie steigere die „nationalistischen Gefühle“, und sie treibe die „gemäßigten Elemente“ an die Seite der radikalen Linken. Wiederum verwies Lloyd George auf Rußland, wo die Alliierten diesen Fehler gemacht hätten. Außerdem hatte er inzwischen ein positives Gegenbeispiel gefunden: die Niederschlagung der Pariser Commune 1871. Angenommen, sagte er, die deutschen Truppen hätten damals Seite an Seite mit den französischen die Commune niedergeschlagen, so hätte das „die Franzosen vereinigt und die (bürgerliche) Regierung Thiers diskreditiert“; genauso würde jetzt eine alliierte Intervention in Deutschland das Prestige der gemäßigten deutschen Regierung vermindern. Als der französische Staatssekretär Berthelot bemerkte, 1871 hätten die Deutschen ihre Hilfe bei der Unterdrückung angeboten und die Franzosen hätten abgelehnt, antwortete Lloyd George, das zeige eben, wie klug die Deutschen gewesen seien, bei ihrem Angebot keinen Druck auszuüben. — Auf diese Ausführungen eines in der Bekämpfung von Revolutionen international erfahrenen Politikers hin empfahl die Konferenz der französischen Regierung, wegen der bisherigen Vertragsverletzungen keinen zu starken Druck auf die deutsche Regierung auszuüben und ihr den militärischen Einmarsch ins Ruhrgebiet unter zwei Bedingungen zu gestatten: erstens Festlegung der Zeitdauer, zweitens Begleitung der deutschen Truppen durch alliierte Stabsoffiziere.⁷³

Millerand bezeichnete jedoch die beiden Bedingungen als unzureichend und bestand darauf, daß die Alliierten eine „wirksame Garantie“ für den Wiederabzug der deutschen Truppen erhalten müßten. „Das einzige Mittel, um auf die deutsche Regierung einen wirksamen Druck auszuüben . . ., sei die Sicherung eines Pfandes“, nach den Plänen von Marschall Foch die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt.⁷⁴

Der Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Regierung wurde also immer deutlicher. Die Chance, die hierin für das Ersuchen der deutschen Regierung lag, wurde jedoch wieder zunichte, als die englische Regierung plötzlich aufgrund von Berichten, die sie vom englischen Hochkommissar Stuart in Koblenz erhielt, ihre Position änderte. Am 22. März berichtete Stuart, es mehrten sich die Anzeichen, daß die Bewegung der Ruhrarbeiter nicht einfach als

„bolshewistisch“, „spartakistisch“ oder „kommunistisch“ bezeichnet werden dürfe (was Stuart selbst bisher getan hatte). In vielen Städten sei das lokale Exekutivorgan aus Vertretern der drei Arbeiterparteien — also auch der SPD — zusammengesetzt, und wenn die Arbeiter sich bewaffnet hätten, so mit dem Ziel, einen Erfolg des Staatsstreiks der Monarchisten und Reaktionsäre zu vereiteln. Hervorzuheben sei die Hagen Konferenz vom 20. März (s. oben Seite 18—21), die die Rätediktatur abgelehnt und beschlossen habe, das Ziel der Errichtung einer Volksarmee unter republikanischer Führung müsse in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag und im Einvernehmen mit der Entente angestrebt werden. Stuart empfahl seiner Regierung eine „Haltung vollständiger Neutralität“, um eine feindselige Reaktion der Arbeiter zu vermeiden und um die „guten Aussichten auf eine friedliche Beilegung“ des Konflikts nicht zu verschlechtern.⁷⁵ — Am 23. März bereitete ein englischer Stabsoffizier aus Köln, Captain Garrett, die Städte Elberfeld, Essen, Mülheim, Duisburg und Düsseldorf. Er fand sofort die im besetzten Gebiet verbreiteten Gerüchte — z.B.: im Wuppertal herrsche die „tollste Anarchie“ — widerlegt und sprach sich anerkennend über das friedliche und geordnete Leben aus.⁷⁶ Den Bericht, den Garrett erstattete,⁷⁷ faßte Stuart am 24. März für die Regierung in London so zusammen: Es wird gearbeitet wie gewöhnlich; wenig Eigentumschäden; keine Plünderungen (ein Mann beim Plündern eines Ladens sofort erschossen); Zusammenarbeit der drei Arbeiterparteien, Anteil der Kommunisten nur 5%; Weiterexistenz und ungestörtes Arbeiten der Kommunalverwaltungen; bittere Feindschaft gegenüber der Monarchie und entschlossener Wille, keinesfalls die Reichswehr wieder ins Revier zu lassen, vor einer Unterwerfung eher die Gruben zu sprengen; keine Feindseligkeit gegenüber den Alliierten. Nach einem anderen Bericht, setzte Stuart hinzu, seien am Vortag 15.600 Eisenbahnwagen mit Reparationskohle aus dem Ruhrgebiet abgefertigt worden.⁷⁸

Die englische Regierung änderte ihre Position sofort und erklärte, nach diesen Berichten seien überhaupt keine zusätzlichen Truppen im Ruhrgebiet erforderlich und damit werde auch der französische Vorschlag einer Besetzung von Frankfurt und Darmstadt hinfällig.⁷⁹ Die Haltung der USA-Regierung dagegen blieb unverändert: sie war für Genehmigung eines deutschen Truppeneinmarschs „bis zur Wiederherstellung der Ordnung“ und lehnte den französischen Vorschlag als „nicht zur Sache gehörig“ ab.⁸⁰ General Allen nahm allerdings verwundert zur Kenntnis, daß im Ruhrgebiet fleißig gearbeitet werde, „obgleich“ — so notierte er in sein Tagebuch — „fast das ganze Gebiet in Händen der Linken ist.“⁸¹

*

Am 21. März schaltete sich General v. Watter in die Verhandlungen mit der Entente ein. Oberpräsident Wümmeling und das Generalsekretariat des westfälischen Zentrums richteten Telegramme an den Reichskanzler, die von v. Watter inspiriert waren: die Lage, hieß es darin, sei „aufs äußerste zugespitzt“, nunmehr sei auch die Provinzhauptstadt Münster vom Kommunismus bedroht. Man stelle daher „die gebieterischen und unabwendbaren Forderungen“, 1. Gene-

ral v. Watter sofort zu bevollmächtigen, die für die militärischen Operationen notwendigen Verhandlungen mit den Militärs der Entente im besetzten Gebiet direkt zu führen, 2. je einen Minister der Reichsregierung und der preussischen Regierung zur Erkundung der Lage und zum Ergreifen von Abwehrmaßnahmen nach Münster zu entsenden.⁸²

Die erste Forderung enthüllt zugleich Überheblichkeit und politische Ignoranz ihres Urhebers: einerseits gab Watter der Regierung zu verstehen, daß er sie für unfähig hielt; andererseits war ihm offensichtlich nicht klar, daß ein Provinzgeneral nicht mit den alliierten Regierungen verhandeln konnte. Doch brauchte sich Reichskanzler Bauer nicht zu äußern, weil die Reichswehrführung sich in- zwischen entschlossen hatte, wieder — wie in den Tagen des Putsches — direkt mit den alliierten Militärs zu verhandeln, also die Verhandlungen der Regierung und den zivilen Diplomaten aus der Hand zu nehmen. Am 22. März reisten zwei Vertreter des Reichswehrministeriums und des Reichswehr-Gruppenkommandos in Kassel (Watters vorgesezter Stelle) nach Paris.⁸³ Dort beantragten sie die Genehmigung für den Einmarsch von zusätzlich 40 Bataillonen, 17 Eskadronen und 40 Batterien (rund das Dreifache der in der gesamten neutralen Zone zugelassenen Truppenstärke). Die Verhandlungen darüber — die ebenfalls scheiterten — sollen an späterer Stelle geschildert werden; hier ist festzuhalten, bis zu welchem Punkt das Reichswehrministerium in seinen Planungen gelangt war, als die Konferenz in Bielefeld begann.

*

Reichskommissar Severing stand in der auf den Putsch folgenden Woche in ständiger Telefonverbindung mit der Reichsregierung in Stuttgart,⁸⁴ im wesentlichen war er jedoch auf sich selbst gestellt. Nach der Zerschlagung des Freikorps Lichtschlag und der Gefangennahme der Paderborner Husaren durch die Arbeiter verbürgte er sich wiederholt dafür, daß das Wehrkreiskommando keine weiteren Truppen ins östliche Ruhrgebiet entsenden werde: so in einem Telefongespräch mit dem Dortmunder Vollzugsrat, in Telegrammen an das SPD-Blatt in Hagen und an Bürgermeister Winkelmann in Wetter, und in einem Gespräch mit zwei Arbeitern, die aus Hamm nach Münster entsandt worden waren.⁸⁵ Das Hagerer USP-Blatt kommentierte bissig: „Wir glauben diesmal Herrn Severing gern, daß er keine Truppen mehr . . . schicken will. Weil er keine mehr hat!“⁸⁶ Das traf den Nagel auf den Kopf, denn Severing hielt den Aufmarsch neuer Truppen durchaus für notwendig.* Soweit Truppen südlich von Münster bereits aufmarschierten, sicherte er dies durch weitere falsche Zusicherungen ab: am 22. März telegrafierte er an die Landräte von Recklinghausen und Beckum: „Er-mächtige Sie zu veröffentlichten: Truppenbewegungen in [das] Industriegebiet

* In seinen Erinnerungen schrieb er später: „Die Vorgänge in Dortmund und Essen“ — wo nach seiner Meinung verfassungstreue Sicherheitsorgane von kommunistischen Umstürzern angegriffen worden waren — „zeigten jedem Unbefangenen, daß, wenn nicht ein Wunder geschähe, es nur durch Zusammenziehung einer außerordentlich starken Militär- und Polizeimacht möglich sein würde, die Ordnung wieder herzustellen.“

nicht beabsichtigt. Vorgeschobene Posten dienen zur Sicherung der Stadt Münster. Sie haben keine Angriffsabsichten.“⁸⁷

Am 20. März wurden Severing und sein Stellvertreter Mehlich vergeblich auf der in Hagen stattfindenden Konferenz erwartet. Stattdessen konferierten sie in Münster mit zwei rechten SPD-Führern aus Duisburg, dem Landtagsabgeordneten Schluchtmann und Ernst Müller, einem ehemaligen Sekretär des Transportarbeiter-Verbandes, jetzt Mitglied der Duisburger Landesabteilung der „Zentrale für Heimatdienst“ (zu dieser Propagandaorganisation der Regierung s. II, Seite 17 f). Vermutlich nahmen auch noch andere rechte SPD-Führer an der Sitzung teil. Zur Beratung standen strategische Überlegungen zu der Frage, wie der Aufstand bekämpft werden könnte, ferner das 4-Punkte-Papier, das der SPD-Kreisvorstand Duisburg-Wesel am 18. März beschlossen hatte (s. oben Seite 31). Severing strich den ersten Punkt: „Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind sofort zu beseitigen“; nach langem Überlegen setzte er stattdessen: „Sobald die Verhältnisse wieder ihren normalen Gang angenommen haben, soll der Ausnahmezustand aufgehoben werden. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes bedeutet selbstverständlich auch die Freilassung der in Schutzhaft befindlichen Personen“. Außerdem fügte er einen 5. Punkt hinzu, in dem die SPD-Fraktionen der Nationalversammlung und des preussischen Landtags aufgefordert wurden, „sich mit allen [ihnen] zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung dieser Forderungen einzusetzen“.⁸⁸ — Mit diesem Papier wurde Schluchtmann nach Berlin entsandt; Mehlich bat Reichskanzler Bauer in einem mitgegebenen Schreiben „dringend, ihm persönlich zu empfangen“.⁸⁹ Außerdem sollte das 5-Punkte-Papier als Flugblatt gedruckt und am übernächsten Tag in 600.000 Exemplaren über dem Ruhrgebiet abgeworfen werden.⁹⁰ Ob es dazu kam, ist nicht zu ermitteln. Jedenfalls brachte das Dortmunder SPD-Blatt am 22. März das Papier unter der Schlagzeile „Sozialdemokratische Forderungen aus dem Industriegebiet“, mit der Mitteilung, daß Severing diese Forderungen verrete und sie in Berlin vorbringen lasse.⁹¹

Am 21. März erließ Severing einen Aufruf an die Bevölkerung des Ruhrgebiets. Heute nehme, hieß es darin, die parlamentarische Regierung in Berlin wieder die Geschäfte auf, nachdem Kapp gescheitert sei; jetzt gelte es, die verheerenden Folgen des Putsches zu beseitigen. Dazu gehöre die Wiederaufnahme der Arbeit, das Neuingangsetzen des Verwaltungsapparats und die Abgabe der Waffen an die Behörden: „das Tragen und der Gebrauch von Waffen (muß) wieder auf die Personen beschränkt“ werden, „die von Amts wegen dazu befugt sind“. Das waren dieselben Forderungen, die General v. Watter am selben Tag der Delegation aus Hörde vorlegte, und sie wurden für die Aufständischen natürlich nicht annehmbarer dadurch, daß Severing sie erhob und am Schluß des Aufrufs versprach: „In der Organisation des Sicherheitswesens sollen und müssen Änderungen eintreten, die der Arbeiterschaft das Gefühl des Vertrauens zu den Sicherheitsorganen verschaffen. Das kann aber nur auf geordnetem gesetzlichem Wege geschehen. Ich habe mich dafür verbürgt, daß keine Truppen in das Ruhrrevier entsandt werden. Helft mir, daß ich diese Bürgschaft weiter tragen kann, daß es nicht zu neuen Unruben kommt; es ist genug Blut geflossen . . .“⁹²

Der Aufruf blieb gänzlich wirkungslos. Größte Wirkungen löste dagegen eine Idee aus, die Severing am selben Tag in Bielefeld entwickelte. In einer großen Konferenz der SPD, an der vor allem Parteifunktionäre teilnahmen, antwortete er auf die Frage von einigen anwesenden USP-Vertretern, ob Militär gegen das Ruhrgebiet eingesetzt werden sollte:

„Es kommen keine Truppen mehr ins Ruhrgebiet, ebe nicht alle Mittel zur Verfügung mit der Arbeiterschaft erschöpft sind. Die Schritte zu dieser Verfügung sollen darin bestehen, daß an einem neutralen Ort die Führer der einzelnen Städte und der Bewegung im Ruhrgebiet — ganz gleich von welcher Richtung — zu einer Beratung eingeladen werden sollen, wobei ein Weg gefunden werden muß, um einmal das Blutvergießen . . . zu verhindern und dann . . . einen Weg zu finden zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung. Sollte es allerdings nicht möglich sein, auf dem Wege der gemeinsamen Verhandlung und Verständigung eine Einigung auf Grundlage der Vernunft und Besonnenheit und der gegenseitigen Toleranz zu erzielen, dann muß dort zugegriffen werden, wo Lebensmittelpfänderungen stattfinden und Gesundheit und Eigentum der Arbeiter und Bürger gefährdet werden.“⁹³

Das war die Idee einer Konferenz mit den Führern der Aufstandsbewegung. Einen bestimmten Konferenzort nannte Severing zwar noch nicht, doch ist wahrscheinlich, daß er an Bielefeld dachte; jedenfalls entschied er sich bald darauf für diese Stadt. „Neutral“ war Bielefeld insofern, als es außerhalb des Aufstandsgebiets lag, aber auch noch nicht von Watters aufmarschierenden Truppen besetzt war. Keineswegs neutral war die Stadt dagegen von Severing aus gesehen: sie war seine langjährige gewerkschaftliche und politische Wirkungsstätte, und sie bot für ihn den Vorteil, daß hier nach wie vor die SPD die dominierende Arbeiterpartei war.

*

Am 21. März empfing Reichskanzler Bauer den aus Münster kommenden Schluchtmann. Die fünf Forderungen Severings gestand er zu.⁹⁴ Schluchtmann entwickelte die in Münster entworfene konterrevolutionäre Strategie. Die Aufstandsbewegung, sagte er, sei vorläufig „militärisch . . . nicht niederzuwerfen“. So müsse ein anderer Weg beschritten werden: man müsse die Bewegung „in sich selbst ausbrennen lassen“. Durch aufklärende Flugblätter, Zeitungen usw. solle der Teil der Arbeiterschaft, der noch glaube, gegen kappistisches Militär zu kämpfen, aus der Bewegung herausgelöst werden; im übrigen möge man warten, bis „die Lebensmittelversorgung den kommunistischen Machthabern unüberwindliche Schwierigkeiten bereite“, was „in kurzer Zeit“ der Fall sein werde. Man solle also „erst verhandeln, wenn ihnen das Feuer auf den Nägeln brenne. Truppen in größerer Stärke müßten in der Nähe gehalten werden, dürften aber zunächst nicht eingreifen.“⁹⁵

Erwa gleichzeitig mit Schluchtmann trafen aus Essen die drei Delegierten des Vollzugsrats und die Oberbürgermeister Luther und Cuno in Berlin ein, die die Freigabe von Devisen für Lebensmittelkäufe im Ausland erwirken wollten. Die unnahegehaltene Haltung der Reichsregierung in dieser Frage haben wir geschildert

(II, Seite 24-28). Auch die Verhandlung über andere Fragen, die angeschnitten wurden, blieb ohne Ergebnis. Ein Staatssekretär der Reichskanzlei, der das Telegramm der Hagener Konferenz an Ebert (oben Seite 20 f.) verlas, erklärte dazu, die Reichsregierung könne unmöglich den Abzug der Truppen zugestehen, wenn sie nicht ihre Autorität verlieren wolle; das wurde von Reichskanzler Bauer bestätigt. Bauer deutete außerdem an, einer (angeblich) drohenden Besetzung des Ruhrgebiets durch die Entente werde die Regierung mit dem Einmarsch deutscher Truppen zuvorkommen (Oberbürgermeister Luther hörte jedoch am Rande der Verhandlungen, daß ein Einmarsch vorläufig nicht in Frage komme, da die Entente bisher zusätzliche Truppen in der neutralen Zone nicht genehmigt habe). Nur als Düwelle nach einer Amnestie für die am Kampf gegen den Putsch Beteiligten fragte, erwiderte Bauer, diese sei „selbstverständlich“. Oberbürgermeister Cuno bat die Regierung dringlich, mit der Bewegung in politische Verhandlungen zu treten. „Ein großer Teil der Kämpfer gegen das Militär waren organisierte Arbeiter, die nur den Kapp-Putsch bekämpfen wollten“, erklärte er, für die westfälischen Arbeiter jedenfalls könne er dies versichern. Wenn man sie überzeugen könne, daß ihr Ziel, die Abwehr der Reaktion, erreicht sei, und ihnen zu sichern könne, daß „die Volksrechte“ durch eine Umbildung der Regierung gesichert und erweitert würden, so „wäre viel erreicht. Die Kommunisten im Rheinland würden sich überlegen, ob sie allein den Kampf fortsetzen könnten.“* Die Regierung möge daher unbedingt einen Vertreter entsenden, der zu wirklichen Verhandlungen autorisiert sei; als Konferenzort schlug Cuno Hagen vor.⁹⁶

Das war die zweite Konzeption, die der Regierung vorgetragen wurde. Eine dritte kam in Gestalt der Telegramme aus Münster, die die Entsendung je eines Ministers der Reichsregierung und der preussischen Regierung nach Münster zur Einkundung der Lage und zur Ergreifung von Abwehrmaßnahmen forderten (oben Seite 51 f.).

Die Entscheidung fiel in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Regierungen am Nachmittag. Zunächst trug Schluchtmann noch einmal seine Konzeption vor, dann berichtete Reichskanzler Bauer über die Verhandlungen mit der Delegation aus Essen. Debattiert wurde über die Alternative, *entweder* zwei Minister „in die Nähe des Ruhrgebiets“ zu entsenden, die „dort, ohne mit den Kommunisten zu verhandeln, für die nötige Aufklärung zu sorgen“ hätten (Watters Forderung, angereichert mit der Idee einer propagandistischen Aktion aus Schluchtmanns Konzeption), *oder* „sich abwartend zu verhalten, bis der Aufruhr in sich zusammengebrochen sei“ (Schluchtmanns Konzeption). Die Sitzung entschied sich für das erstere; delegiert wurden Reichspostminister Giesberts (Zentrum) und der preussische Landwirtschaftsminister Braun (SPD),** und zwar nach Münster (auch

* Oberbürgermeister Cuno war also bereits auf die regionalen Unterschiede in der Bewegung aufmerksam geworden.

** Giesberts war aus der katholischen Arbeiterbewegung des Rheinlands hervorgegangen und besaß ziemlich gute Beziehungen zum westlichen Ruhrgebiet, natürlich vor allem zu Zentrumskreisen, während der Ostpreuße Braun das Ruhrgebiet nur von Wahlkämpfen her kannte (1919 hatte ihn der Wahlkreis Duisburg-Mülheim-Oberhausen in die Nationalversammlung gewählt).

das entsprach Watters Forderung). Gegenüber der Aufstandsbewegung sollten sich die beiden Minister darauf beschränken, lediglich den Standpunkt der Regierung darzulegen, wie er soeben gegenüber der Delegation aus Essen formuliert worden war, also dreierlei zu erklären: 1. daß Holland keine Lebensmittel liefern werde, „solange die Kommunistenherrschaft andauere“, 2. daß „bei Fortdauer der Unruhen“ die Entente einmarschieren werde, 3. daß die Kapp-Regierung „endgültig erledigt“ sei, jeder Grund zur Fortsetzung des Kampfes also entfalle.⁹⁷

Dieser Beschluß stand in Widerspruch zu Severings Plan, mit der Aufstandsbewegung in Verhandlungen zu treten. Das veranlaßte Severing jedoch nicht, seinen Plan fallenzulassen. Am folgenden Tag (22. März) sandte er, während sich die beiden Minister auf der Fahrt von Berlin nach Münster befanden,⁹⁸ an die Vollzugsräte nahezu aller Städte des Aufstandsgebiets folgendes Telegramm:

„Bitte ein Mitglied zu wichtigster Besprechung über Lage in Industriebezirk Dienstag 23. [März] nachmittags 2 Uhr Stadtverordnetenversammlung Bielefeld zu entsenden. Beteiligung dringend erwünscht.“⁹⁹

Außerdem lud Severing die Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister dieser Städte sowie die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Arnsberg und Münster ein.¹⁰⁰

Am Vormittag des 23. März konferierten die beiden Minister mit Watter und Severing. Nachdem sie mitgeteilt hatten, mit welchem Auftrag sie aus Berlin



„Die Reichswehrführung war aufs höchste an der Beendigung des Generalstreiks gerade bei den Eisenbahnern interessiert . . .“ (II, Seite 104)
Abfahrt der bayrischen Schützenbrigade Epp zum Einsatz im Ruhrgebiet (unter den Aufschriften auf dem Waggon das Hakenkreuz)

entsandt worden waren, schilderte Watter zunächst die Entwicklung der Kämpfe und die jetzige militärische Lage (alle Truppen aus dem Ruhrrevier zurückgezogen; Frontverlauf zwischen Wesel und Coesfeld); die Pläne der Roten gingen „offenbar dahin, Wesel abzuschneiden und Münster einzukreisen“. Dabei mußte Watter verschleiern, was diese gefährliche Lage ausgelöst hatte — daß nämlich die wichtigsten Teile seiner Truppen sich für Kapp erklärt hatten, er selbst eine „neutrale“ Haltung eingenommen hatte —, und so behauptete er, nach den Informationen des Wehrkreiskommandos hätten die Roten den Aufstand schon lange vor dem Kapp-Putsch in einem großangelegten strategischen Plan vorbereitet, und der Kapp-Putsch sei nur eine günstige Gelegenheit gewesen, diesen Plan in die Tat umzusetzen. (Ein entsprechender Artikel wurde am selben Tag von der Reichswehr-Brigade 7 in Münster an die Presse verteilt.)^{*} Damit „bewies“ Watter zugleich die Gefährlichkeit der Roten Armee. Das Ziel, fuhr er fort, müsse also sein, die Arbeiter vollständig zu entwaffnen, andernfalls bleibe die Gefahr eines erneuten bewaffneten Aufstandes bestehen. Die ihm zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte reichten dazu aus, doch fordere er, um wirklich scharf zufassen zu können, von der Regierung, daß sie das Standrecht erweitere: die Urteile der Standgerichte (zu deutsch: die Todesurteile) sollten nicht von ihm, sondern von den Kommandeuren der einzelnen Formationen bestätigt werden, weil sonst zu große Zeit zwischen Urteil und Urteilsbestätigung liege“. (Tags zuvor hatte Watter dem Reichswehrministerium gegenüber abgelehnt, irgendeine militärische Operation zu unternehmen, bevor die Regierung diese Forderung zugestanden habe.) Die Minister sagten zu, „darüber dem Reichskanzler zu berichten“.

Auf Minister Braun machte Watter einen höchst undurchsichtigen Eindruck. Dies

* „Aus einer Konferenz der linksradikalen Führer, die bereits am 13. 3. 20 — am 13. 3. morgens rückten die revolutionären Kapp-Anhänger in Berlin ein — in Essen stattfand, werden von unterrichteter Seite folgende Angaben bekannt [später wurde präzisiert: „streng vertrauliche“ Aussagen eines „bekanntesten Kommunisten“ gegenüber einer militärischen Behörde], die interessanten Aufschluß über die wahren Absichten und Pläne der Bolschewisten geben: Anwesend waren etwa 50-60 Vertreter aus dem gesamten Industriebezirk . . . Ferner 3 russische Offiziere der bolschewistischen Roten Armee. Es wurde betont, daß jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen sei, die bis ins kleinste vorbereitete Aufstellung der Roten Armee auch in Deutschland durchzuführen. Der Vorstoß von rechts muß den gesamten Anschluß des Proletariats gegen die jetzige Regierung auslösen . . . Einwohner-, Bürgerwehr, Polizei und Reichswehr sind überall die Waffen zu nehmen. Die Organisation der Roten Armee liegt in Händen von russischen bolschewistischen Offizieren, die in einer Zahl von 100 im ganzen Industriebezirk verteilt werden. Der Zeitpunkt des großen Angriffes wird noch bekannt gegeben . . . Sämtliche ober- und unterirdische Munitionslager sollen gestürmt . . . werden und die Fabrikation von Handgranaten und sonstigen Sprengmitteln sichergestellt werden. Wenn in allen Städten und Arbeitervierteln des Industriebezirks die Arbeiterschaft bewaffnet ist, dann erfolgt Vormarsch auf Münster, das als militärischer Zentralstützpunkt angesprochen wird. Wesel soll gleichfalls genommen werden . . . Mit dem Vormarsch der Roten Armee im Westen geht ein Angriff der russischen Roten Armee gegen Polen vor sich. Im Juli gedenkt Trotzki vor den Toren Berlins zu stehen. — Hochstehende Persönlichkeiten werden sofort als Geiseln festgesetzt. Auf die Köpfe der Anklagevertreter im Wehrkreiskommando in Münster sind hohe Belohnungen gesetzt. Generalleutnant von Watter eingeschlossen . . . Es wird gekämpft und vorgegangen nach bolschewistischer Kampfakt.“

ist für uns heute besonders verständlich dadurch, daß wir aus einer Aufzeichnung Watters entnehmen können, was er zu den besprochenen Problemen wirklich dachte: daß der Generalstreik, der Auftakt für den Aufstand, von den „Vertrauensleuten“ der parlamentarischen Regierung mit deren Wissen „sehr geschickt eingeleitet worden“ sei und daß sogar Severing einer der „Treiber“ zum Generalstreik gewesen sei; daß „große Teile“ der SPD sich „weich und haltlos wie immer“ der Aufstandsbewegung angeschlossen hätten; daß Severing seine Zusage, die Eisenbahner für die Durchführung der Truppentransporte zu gewinnen, nicht gehalten habe, also mitschuldig am Ende des Freikorps Lichtschlag sei. Dies alles konnte Watter unmöglich aussprechen, und so mußte er sich auf unverbindliche Äußerungen zurückziehen, was den Eindruck der Undurchsichtigkeit hervorgerufen haben dürfte.

Nach Watter ergriff Severing das Wort und teilte die Einberufung der Konferenz in Bielefeld mit. Offenbar stellte er das Ziel der Konferenz so dar, daß er Watter, der gegen jede Verhandlung mit den Aufständischen war, mit dieser Mitteilung nicht aufbrachte. Die Minister konnte er für die Mitfahrt nach Bielefeld gewinnen, was nicht besonders überraschend ist: ihr Auftrag lautete ja, den Standpunkt der Regierung gegenüber den Aufständischen darzulegen, was immerhin bedeutete, daß sie irgendwie mit diesen Kontakt nehmen mußten. Mit Watter wurde vereinbart, daß die Konferenz den Zweck haben sollte, die gemäßigten Arbeiter von den Kommunisten zu lösen und gegen sie zu organisieren; Watter sagte zu, seine Truppen bis zum nächsten Tag zurückzuhalten und dann erst vorzustossen (ein Bluff; tags zuvor hatte Watter dem Reichswehrministerium gegenüber erklärt, mit 13.000 Mann sei eine Offensive ausgeschlossen).¹⁰¹ — Später hat Watter behauptet, Severing habe zum Schluß feierlich versichert und die Minister hätten sogar durch Handschlag beteuert, sie würden keinesfalls in Bielefeld wirkliche Verhandlungen mit eventuellen Zugeständnissen an die Aufständischen führen.¹⁰² Das kann, muß aber nicht übertrieben sein. Gegenüber dem Zentrum gab Giesberts jedenfalls ein derartiges Versprechen ab — was nicht mehr beinhaltete als die Bekräftigung, den Rahmen, den der Auftrag der Regierung ihm steckte, nicht zu überschreiten.¹⁰³

Für 14 Uhr hatte Severing eingeladen. Bis dahin fand er in Bielefeld noch die Zeit, vor SPD-Funktionären und Vertretern der SPD-Presse eine Erklärung abzugeben. In diesem Kreis, von dem man annehmen kann, daß die große Mehrheit die „Republikanisierung“ der Reichswehr forderte, sagte er: „Wenn wir gegen die Anarchie vorgehen wollen, müssen wir uns der Reichswehr als Instrument der Republik bedienen. Wir können nicht jetzt — 5 Minuten vor 12 — die Reichswehr reformieren, wo wir jeden Mann gebrauchen“. Er sei daher auch entschieden gegen die Absetzung v. Watters.¹⁰⁴ Diese Stellungnahme erscheint auf den ersten Blick überraschend: immerhin hatte Severing am Tage des Putches verzweifelt versucht, Watter eine Erklärung für die parlamentarische Regierung abzurufen. Inzwischen hatte er allerdings — in der Krise um Watters Rücktrittsdrohung (I, Seite 269 f.) — der Reichsregierung versichert, Watter habe für seine Haltung „gewichtige Gründe gehabt“, und er bitte daher „ihm zu sagen, daß er durchaus loyal gehandelt habe“.¹⁰⁵

3. Die Bielefelder Konferenz

„Otto Braun, der knapp fünfzigjährige Buchdrucker aus Ostpreußen . . ., Mitglied des (SPD-) Parteivorstandes seit Jahren, mit Kassanangelegenheiten betraut, Redner auf Parteitagen nur, wenn er wirklich etwas zu sagen hatte . . . volkstümlich durch einen trockenen schlagfertigen Humor, stets auf praktisches Handeln eingestellt. Carl Severing, der kleine Schlosser aus Bielefeld, Mitte Vierzig, gewandter Journalist mit schon geistigen Interessen, aber auch erfahrener Gewerkschafter und Organisator — zwei Männer von starkem Willen und hoher Kultur.“

Friedrich Stampfer: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947, S. 178

In der Geschichte des Ruhraufstands von 1920 ist die Bielefelder Konferenz eine der entscheidenden Wendepunkte, in jeder Darstellung des Aufstands nimmt sie daher eine Schlüsselstellung ein. Wie hier die Akzente gesetzt werden und wie hier gewertet wird, daran zeigt sich zum guten Teil Ansatz und Ergebnis der Gesamtdarstellung. Wir wollen zunächst den Verlauf der Konferenz so genau wie möglich analysieren; danach nehmen wir zur Literatur über die Konferenz Stellung, wobei unsere eigene Analyse weiter vertieft und systematisiert wird. — Für den 23. März, 14 Uhr, hatte Severing nach Bielefeld eingeladen. Bereits im Laufe des Vormittags kamen viele Teilnehmer der Konferenz — teils im Auto, teils mit der Bahn — in Bielefeld an. Schon bald erwies sich der von Severing angegebene Sitzungssaal des Stadtparlaments im Rathaus als zu klein, so daß man in einen größeren Versammlungsraum umziehen mußte.* Um 15 Uhr, eine Stunde später als angesetzt, wurde die Konferenz von Severing eröffnet; inzwischen waren etwa 150 Personen versammelt.¹

Bis dahin war bereits Entscheidendes *nicht* geschehen, und zwar im Aufstandsbiet. Als die Vollzugsräte Severings Einladungstelegramme erhielten, entschieden sie je für sich, ob sie Delegierte nach Bielefeld entsenden sollten oder nicht. Mit anderen Vollzugsräten, ausgenommen im engsten Umkreis, berieten sie sich darüber nicht. Hätten sie es getan, so wären sie sehr schnell zu dem Ergebnis gekommen, daß die von Severing gesetzte Frist — weniger als 24 Stunden — auf jeden Fall zu knapp sei, und sie hätten gemeinsam eine Verschiebung durchsetzen können. Sie fragten noch nicht einmal bei Severing zurück, worum es sich in Bielefeld eigentlich handeln solle, was unter „wichtigster Besprechung über Lage im Industriebezirk“ zu verstehen sei (Konferenzteilnehmer, Verfahrensfragen, Ziele der Konferenz).

Wie hatten die Vollzugsräte über Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Kon-

* Da Bielefeld keine Stadthalle oder einen entsprechenden Zweckbau besaß, wählte man den großen Saal der „Resource“, einer Gesellschaft, die sich die Pflege der Geselligkeit der „gebildeten bürgerlichen Stände“ zum Ziel gesetzt hatte.

ferenz entschieden? Gut vertreten waren der Raum um Hagen und das Bergische Land, durchschnittlich gut das östliche Ruhrgebiet; der Vollzugsrat der wichtigsten Stadt, Dortmund, allerdings hatte keine Vertreter entsandt. Vom Vollzugsrat Essen waren mindestens zwei Vertreter erschienen. Nicht vertreten waren die drei wichtigsten Städte des westlichen Ruhrgebiets: Mülheim, Duisburg und Oberhausen. Im Falle von Duisburg hatte sich der Vollzugsrat möglicherweise nicht bewußt gegen eine Teilnahme entschieden; die Nichtteilnahme könnte vielmehr daher rühren, daß man in Duisburg mit anderem beschäftigt war: die Alleinherrschaft der KPD im dortigen Vollzugsrat wurde an diesem Tage durch die paritätische Zusammenarbeit der drei Arbeiterparteien abgelöst. Die Entscheidung für Nichtteilnahme in Mülheim und Oberhausen hatte zur Folge, daß auch die Kampfleiter der Roten Armee vor Wesel nicht vertreten waren. Die Kampfleitung Hagen dagegen hatte Stemmer entsandt.² — Die regional unterschiedliche Verteilung der Delegierten war der Hauptgrund dafür, daß auch die Arbeiterorganisationen sehr unterschiedlich vertreten waren: USP und SPD gut, dagegen die KPD mit nur vier Vertretern (zwei aus Essen, je einer aus Elberfeld und Barmen)³, die Syndikalisten und Unionisten, deren Vertreter in den westlichen Vollzugsräten und im Dortmunder Vollzugsrat saßen, gar nicht. Dabei ist zu bemerken, daß die Erschienenen als Vertreter des jeweiligen Vollzugsrats an der Konferenz teilnahmen und daß sie sich erst in zweiter Linie — wenn überhaupt — als Vertreter ihrer Partei verstanden.* So hatten sich die beiden Kommunisten aus Elberfeld und Barmen, Charpentier und Triebel, vor der Fahrt nach Bielefeld auch nicht mit der Bezirksleitung ihrer Partei in Essen verständigt.⁴ Das hing mit der damals üblichen Bündnispolitik zusammen, bei der, wie wir sahen, die Verständigung über programmatische und taktische Fragen innerhalb der Organisationen vernachlässigt wurde. Darüber hinaus ist zu vermuten, daß generell in einem solchen Aufstand die Bedeutung der Parteioorganisationen zurücktritt; darauf werden wir noch zurückkommen.

Die Vertreter der Vollzugsräte waren jedoch nur ein Teil der Versammelten — ein äußerst wichtiger Umstand. Da waren erstens die Vertreter der freien und der christlichen Gewerkschaften, so die Vorsitzenden der freien und der christlichen Bergarbeitergewerkschaft, Husemann aus Bodum und Imbusch aus Essen. Zweitens die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Aus Hagen z.B. waren je zwei Vertreter der DDP und des Zentrums erschienen (der eine DDP-Vertreter, Sasse, war zugleich Vorsitzender der liberal orientierten „Gewerkschaft der städtischen Beamten und Angestellten“), Vertreter derjenigen Parteien also, die vor zwei Tagen ihren Austritt aus dem Hagener Aktionsausschuß vollzogen und scharf gegen diesen Front gemacht hatten. Andere Zentrumsvertreter kamen aus Recklinghausen und Münster (wo, wie wir wissen, das Zentrum praktisch Sprachrohr des Wehrkreiskommandos war); zwei Landtagsabgeordnete hatten zufällig auf der Fahrt nach Berlin von der Konferenz gehört und sich kurzfristig zur Teilnahme entschlossen. Drittens waren Vertreter der kommunalen und der staat-

* Dies muß scharf betont werden. Das in der DDR erschienene „Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung“ schreibt z.B., Severing habe in Bielefeld „mit Vertretern der Arbeiterparteien“ verhandelt (Bd. I, 1969, S. 276).

lichen Verwaltung anwesend, z.B. die Oberbürgermeister von Duisburg, Essen, Hagen, Gelsenkirchen und Recklinghausen, die Landräte von Hagen und Recklinghausen und die Regierungspräsidenten von Arnsberg, Düsseldorf und Münster.⁵

Diese drei Gruppen waren von Severing zweifellos mit dem Ziel eingeladen worden, ein Gegengewicht zu den Vertretern der Aufstandsbewegung zu schaffen. Dagegen konnten die Vertreter der Vollzugsräte nichts unternehmen, wollten sie nicht die Konferenz schon vor Beginn sprengen; sie konnten im übrigen damit rechnen, daß das politische Gewicht der bewaffneten Arbeitermassen gegenüber den drei anderen Gruppen den Ausschlag geben würde. Immerhin hätte ein Vollzugsratsvertreter bei Eröffnung der Konferenz erklären können, daß die Zusammensetzung der Teilnehmer Severings Absichten verrate und dem Gewicht der Aufstandsbewegung nicht angemessen sei. Was die Vollzugsratsvertreter jedoch unbedingt hätten tun müssen — und hier liegt das zweite schwerwiegende Versäumnis — war, die Verständigung, die zuvor im Aufstandsgebiet versäumt worden war, wenigstens zum Teil nachzuholen. Keiner von ihnen forderte bei Eröffnung der Konferenz die anderen auf, zunächst eine Sonderkonferenz der Vollzugsratsvertreter abzuhalten, in der man sich auf die unabdingbaren Forderungen und auf die einzuschlagende Taktik einige (die übrigen Konferenzteilnehmer wären zweifellos gezwungen gewesen, darauf einzugehen, d.h. bis zum Ende der Sonderkonferenz zu warten).

*

Verfolgen wir nun die erste Konferenzrunde, über die die anwesenden Pressevertreter genau berichten konnten. Vor allem die drei Bielefelder Tageszeitungen brachten protokollartige Wiedergaben der Reden. Vergleicht man sie, so erhält man einen Text, der sehr nahe an den genauen Wortlaut herankommt. Daher rechtfertigt es sich, wenn wir im folgenden die direkte Rede beibehalten; das hat außerdem den Vorzug der Kürze und Lebendigkeit. In Klammern sind Zwischenrufe und andere Reaktionen gesetzt.

Severing (zur Eröffnung): Der Abwehrkampf gegen den Kapp-Putsch hat im Ruhrgebiet zu Zuständen geführt, die der Verfassung fast ebenso zuwiderlaufen wie das Unternehmen der Berliner Putschisten. Nach einem soeben bei mir eingelaufenen Telegramm ist jetzt sogar eine „Oberste Kampfzentrale für das Industriegebiet“ gebildet worden. — Ziel dieser von mir einberufenen Konferenz soll sein, dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten.

Blicken wir zurück: Beim Putsch in Berlin haben sich im Ruhrgebiet alle Zivilbehörden auf die Seite der verfassungsmäßigen Regierung gestellt. Anders General v. Watter, der zuerst eine zweifelhafte Haltung eingenommen hat. Man muß indessen objektiverweise seine Motive sehen: einige seiner Truppenkommandeure standen nicht auf dem Boden der verfassungsmäßigen Regierung, und Watter wollte den Zusammenhalt der Truppen nicht gefährden. (Bewegung in der Versammlung) Ja, was ist denn die Reichswehr heute? Sie ist nicht mehr die disziplinierte Armee von ehemals, auch nicht ein Heer von Demokraten, sondern die Zusammenfassung von Formationen mit der verschiedenartigsten Auffassung,

die wesentlich beeinflußt werden von den politischen Ansichten ihrer Führer. Wer das beklagt, vergißt, daß der Boykott der Reichswehr durch die demokratischen Kräfte dazu wesentlich beigetragen hat. Ein Truppenführer also, der in ernstesten Augenblicken seine Truppe in der Hand halten will, muß versuchen, sie auf eine Plattform zu stellen — daher Watters Formel: Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Das war keine Untreue gegenüber der Regierung Bauer. Allerdings: ich habe Watters Gründe zwar gewürdigt, aber nicht billigen können. Auch am zweiten Tage habe ich Watter zu einer unabweisbaren Erklärung für die Regierung Bauer aufgefordert, die umso notwendiger gewesen wäre, als einzelne militärische Abteilungen sich bereits für Kapp und Lüttwitz ausgesprochen hatten. Leider wurde dann gerade ein Teil dieser Truppen eingesetzt. (Von wem? Warum?) Die Leitung der Truppenbewegungen ist nicht meines Amtes. Die Truppen wurden entsandt, weil zu befürchtet stand, daß der Putsch von rechts mit einem Putsch von links beantwortet werden würde. Das Wehrkreiskommando hat versucht, die Lichtschlag-Bataillone durch andere zu ersetzen; das wurde jedoch durch Verkehrsschwierigkeiten* verhindert. Gut, aber was geschah auf der Gegenseite? Ohne ersichtlichen Grund wurden . . . bewaffnete Arbeitermassen aus verschiedenen Gegenden nach Dortmund dirigiert. Dann wurde Stadt für Stadt erobert. Nach der letzten Meldung hat die Rote Armee Divisionen im Westen eingenommen und befindet sich im Osten auf dem Vormarsch nach Ahlen und Beckum. Überall werden die Behörden abgesetzt oder unter die strenge Kontrolle eines Vollzugsrates gestellt. Diese Bewegung ist durch und durch verfassungswidrig!

Die Frage ist: Wie kommen wir wieder zu geordneten Verhältnissen? Zwei Forderungen sind für die Regierung unabdingbar: erstens, alle Personen, die nicht zum Waffentragen befugt sind, müssen die Waffen abgeben; zweitens, die Tätigkeiten der Vollzugsräte müssen auf ein Maß reduziert werden, das mit der Verfassung in Einklang steht, und die Behörden müssen wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt werden. Der einzig mögliche Zweck dieser Konferenz ist, diese beiden Punkte zu regeln.

Die Gegenseite wird uns von Bedingungen sprechen. Von solchen kann aber keine Rede sein. Die Regierung hat nicht mit Kapp und Genossen verhandelt, sie kann auch nicht mit der obersten Kampfzentrale verhandeln. Wenn diese sich jetzt zu Experimenten anschießt, die die Interessen des Volkes bedrohen, so kann sie sich nicht darüber wundern, daß mit den schärfsten Mitteln gegen sie vorgegangen wird. Das bedeutet keine Rückkehr zu der vor dem Putsch getriebenen Politik. Eine Regierung, die jetzt nicht wüßte, daß der Feind auch (!) rechts steht, wäre nicht wert, heute die Geschicke Deutschlands in der Hand zu halten. Regierung und Regierungsparteien haben aus dem Putsch gelernt, wie die Zugeständnisse in dem 8-Punkte-Abkommen mit den Gewerkschaften** beweisen: in den Industriestädten werden danach die Einwohnerwehren künftig Arbeiterwehren sein, und die Reichswehr wird nach demokratischen Grundsätzen

* Umschreibung für den Eisenbahnerstreik.

** Siehe II, Seite 115-119

ausgebaut und umgeformt werden. Die Regierung hat erklärt, daß dieses Abkommen nicht nur für Berlin, sondern für das ganze Reich Gültigkeit hat. Kommt es Ihnen darauf an, die Verfassung zu schützen, wie Sie sagen, dann schließen Sie sich dem Abkommen an, und der Kampf kann beendet werden. —

Minister Giesberts ergeht sich zunächst weitschweifig über Einzelheiten des Kapp-Putsches, den er „eine Köpenickiade großen Stils“ nennt, und rechtfertigt die kampflöse Flucht der Regierung. Dann fährt er fort: Der Putsch ist gescheitert am Generalstreik in Berlin und an der Weigerung der Beamten, Anweisungen der Putschisten auszuführen; die Aktion im Ruhrgebiet hat nichts dazu beigetragen. Die Putschisten werden unnachdsichtig wegen Hochverrats verfolgt werden. Aber nun frage ich Sie, meine Herren, was kann die Aktion im Industriegebiet jetzt noch nützen? Die . . . verfassungsmäßige Regierung ist gesichert, (Zuruf: Die Truppen!) die Truppen stehen auf unserer Seite. (Widerspruch) Eine Verständigung kann es nur auf der Basis des Berliner 8-Punkte-Abkommens geben (*Giesberts* verliest den Text). Darüber hinaus können keine Zugeständnisse gemacht werden. Wir haben nicht mit Kapp verhandelt, wir verhandeln auch nicht mit einer Armeeführung, die außerhalb der Verfassung steht. Es geht nicht, daß sich im Ruhrgebiet Armeen feindlich gegenüberliegen. Wir haben in Deutschland keine rote und keine weiße Armee, sondern eine republikanische Reichswehr. Die Regierung will ernsthaft die seit 1918 erreichten Fortschritte ausbauen. (Lachen und Zuruf: Belagerungszustand! Schutzhaft!) Ja, wer die Ordnung nicht respektiert, muß sich den Belagerungszustand gefallen lassen. Überall muß die Arbeit wieder aufgenommen, müssen die Waffen abgeliefert werden. —

Oberbürgermeister Cuno: Ich möchte den Herrn Minister mit einigen Feststellungen berichten. Was General v. Watter betrifft, so bin ich überzeugt, daß er ehrlich auf dem Boden der Regierung Bauer stand, aber seine erste Erklärung war mißverständlich. Sie mag juristisch richtig formuliert gewesen sein, aber für die Auffassung des einfachen Arbeiters war sie unklar. Aus dieser Erklärung entstand die Ansicht, die dann nicht mehr zu berichtigen war, daß alle Truppen auf seiten Kapps ständen. Nach Watter, wo der erste Kampf stattfand, sind Truppen geschickt worden, obwohl dort keine Unruhen ausgebrochen waren und alle Zivilbehörden sich dringend gegen einen militärischen Einsatz ausgesprochen hatten. Der Führer dieser Truppen hat sich für Kapp erklärt. Nach den Vorgängen in Wetter verbreitete sich bis in die nichtsozialistische Arbeiterschaft und bis in bürgerliche Kreise hinein die Überzeugung, daß die Truppen nach Hagen vorstoßen sollten, um für die Putschisten einen wichtigen Stützpunkt zu gewinnen. Tatsache ist ferner, daß bei der Lichtschlag-Truppe in Dortmund eine größere Menge von Plakaten mit der Unterschrift Kapps gefunden worden sind (*Cuno* legt ein Exemplar auf den Vorstandstisch). Das war der Ausgangspunkt der blutigen Bewegung. —

Giesberts: Diese Plakate sind nicht etwa von der Truppe in Münster hergestellt worden, sondern von Kapp in alle Teile des Landes verschickt worden. Man darf die Truppe nicht wegen dieser Plakate als kappistisch verdächtigen, denn es ist nicht nach den Aufforderungen Kapps gehandelt worden. — *Cuno*: Daraus ist aber der weitere Kampf entstanden. — *Giesberts*: Das Kommando der Reichswehr hat General v. Seeckt übernommen, der auch von sozialdemokratischer Seite sehr

geschätzt wird. Seeckt hat erklärt, die Reichswehr stände hinter ihm und er stände hinter der Regierung. Da ist es nicht notwendig, eine Feldschlacht zu liefern, um ein System zu sichern, das bereits gesichert ist. —

Lehrer Lehmann (SPD), Führer der Arbeiterwehr von Bergkamen, schildert die Ereignisse in Kamen nach dem Einrücken der Paderborner Husaren, die schroffe Haltung des Hauptmanns v. Manstein, die Festhaltung von Geiseln, das Weiter-schießen auch nach Hissen der weißen Fahne. (I, Seite 178 f.) Lehmann schließt: Ich hatte die feste Überzeugung, es mit monarchistischen Staatsrechtlern zu tun zu haben . . . Ich betone, daß der größte Teil der Arbeiterschaft sich bewaffnet hat, um für die verfassungsmäßige Regierung einzutreten. —

Minister Braun: Ich bin dagegen, daß wir weiter auf Einzelheiten der vergangenen Tage eingehen. Wir haben noch nicht den genügenden Abstand, um die Vorgänge richtig zu werten. Fest steht, erhebliche Truppenteile im Lande haben eine sehr zweideutige Haltung eingenommen. Dadurch ist die Verwirrung sehr vermehrt worden, die Arbeiter griffen zu den Waffen, und es entstanden tragische Konflikte . . . Wer zu den Waffen gegriffen hat, um für die Verfassung zu kämpfen, hat gegen Truppen gekämpft, die ebenfalls für die verfassungsmäßige Regierung kämpften. — Jetzt sind die Kapprebelln endgültig abgetan, auch die Reichswehr hat sich vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung gestellt. Ich verkenne keineswegs, daß in weitesten Arbeiterkreisen Mißtrauen gegen die Reichswehr besteht und auch berechtigt ist. (Hört! hört!) Aber halten wir das Mißtrauen weiter aufrecht, dann kommen wir überhaupt nicht mehr aus den unglücklichen Verhältnissen heraus. Sind auch viele, die den Kampf noch fortsetzen, des guten Glaubens, sie kämpfen für die Verfassung, so haben die Drahtzieher doch ein ganz anderes Ziel: die Errichtung einer Diktatur, genauso wie Kapp es gewollt hat. Die Regierung muß jetzt die Verfassung gegen links schützen, so wie sie sie gegen rechts behauptet hat. So geht es nicht, daß sich in einzelnen Teilen des Landes ganze Heeresgruppen bilden . . . Sie leben im Industriegebiet nicht auf einer Insel. Die Kohle können Sie nicht essen, und der holländische Gesandte hat bereits erklärt, daß seine Regierung ebenso, wie sie einer Kapp-Regierung keine Lebensmittel geliefert hätte, sie auch einer kommunistischen Regierung verweigern werde. Es droht eine Hungersnot. Die bewaffneten Arbeiter müssen ihr verfassungswidriges Verhalten aufgeben. —⁶

Halten wir einen Moment inne. Die Reden Severings und der beiden Minister sind auf denselben Grundtenor abgestimmt, wobei drei Hauptmomente auffallen: erstens die Verharmlosung des Putsches (immerhin hatte die Regierung vor der angeblichen „Köpenickiade“ aus der Hauptstadt fliehen müssen) und die Verharmlosung der Stellung der Reichswehr zum Putsch (Severing geht jetzt so weit, für Watters Argumente das größte Verständnis zu zeigen). Zweitens: wenn es keine ernsthaftere Putschgefahr gegeben hat, dann kann, so lautet die Schlußfolgerung, der bewaffnete Kampf der Arbeiter nur ein kommunistischer Umsturzversuch sein, der genauso verfassungswidrig ist wie der Kapp-Putsch. Drittens: demgegenüber gibt es nur den unnachgiebigen Standpunkt, daß die Arbeiter die Waffen abgeben müssen; das aber können die Arbeiter auch ruhig tun im Vertrauen auf die demokratischen Absichten der Regierung, die überdies schon alle legitimen Forderungen gegenüber den Gewerkschaften zugestanden hat. Ein in sich schlüssiger Standpunkt,

zweifellos, der aber mit der Wirklichkeit derart in Widerspruch stand, daß einig-
in diesen Reden unmöglich in gutem Glauben gesagt worden sein kann. Severin
z.B. wußte genau, daß sich die Regierung keineswegs das 8-Punkte-Abkommen
das nicht mit ihr geschlossen worden war — zu eigen gemacht hatte und daß sein
Durchführung keineswegs gesichert war; weiterhin wußte er, daß, die Verwirk-
lichung einmal vorausgesetzt, das Abkommen durchaus nicht die Errichtung von
Arbeiterwehren in den Industriestädten vorsah; den Ministern war außerdem be-
wußt, daß keineswegs alle Truppen auf seiten der Regierung standen, wie Giesberts
berth behauptete, und daß sie nicht vorbehaltlos auf dem Boden der Verfassung
standen, wie Braun es darstellte. Oder was soll man davon halten, daß Giesberts
beim Anblick des Plakats es so hinstellte, als habe Lichtschlag es routinemäßig wie
irgendein anderes amtliches Papier mitgeführt? Am ehrlichsten war noch Braun,
der wenigstens einen Widerspruch sichtbar machte, indem er das Mißtrauen der
Arbeiter gegenüber der Reichswehr für berechtigt erklärte und im gleichen Atem-
zug das Aufgeben des Mißtrauens forderte.

Nach Brauns Rede verließen die beiden Essener Kommunisten die Konferenz
offenbar hielten sie ein Verhandeln angesichts dieser Ausgangsposition der Gegen-
seite für aussichtslos.⁷ Der Hagener USP-Führer Ludwig berichtete später, auch
ihm sei es „fast unmöglich“ gewesen zu bleiben; nur im Gedanken an die Tausend-
von Arbeitern habe er sich überwunden.⁸ Er ergriff als nächster das Wort.

Ludwig (in großer Erregung): Die Regierung stützt sich anscheinend ausschließ-
lich auf Spitzelberichte, wie wir sie jetzt beim Freikorps Lützow in Remscheid ge-
funden haben. Jedenfalls sind die Minister falsch unterrichtet, ebenso Severing,
mit ins Revier . . . Im Sauerland, in Hagen und hinunter bis Düsseldorf sind die
die Behörden nicht behelligt worden. Sehen Sie sich doch die kämpfenden Arbeit-
an, und sagen Sie dann selbst, ob das eine staats- und ordnungseindliche Rott-
ist. — Wie entwickelte sich die Bewegung? Trotz dringender Bitten aller Zivilbe-
hörden, kein Militär ins Revier zu entsenden, kamen Truppen auf Truppen
Panische Angst griff um sich. Die Arbeiterorganisationen waren sich in fünf Minu-
ten einig, und mit Ausnahme von einigen Städten . . . hat sich die Einigkeit ge-
halten. — Aus den Reden der Regierungsvertreter klang harte Unnachgiebigkei-
heraus. Oh, Sie werden nachgeben müssen! Die Bewegung ist nicht mehr aufzu-
halten, das Rad rollt im Ruhrrevier. Die Reichswehr muß fort bis auf den letzten
Mann. Die Bevölkerung ist von einem derartigen Zorn gegen sie erfüllt, daß ge-
nichts anderes mehr zu machen ist. Auch Noske und Bauer müssen fort — wenn
man einen einzigen Menschen finden kann, der sie noch verteidigt, so können wir
bleiben, aber man wird keinen finden. Wenn auch an einigen kleinen Orten Räte
republiken gebildet sein mögen — das ist nicht das Ziel der Bewegung. Es hand-
sich auch nicht um „Drahtzieher“. Diesen Ausdruck von Minister Braun muß
zurückweisen: an der Spitze des Kampfes stehen Männer, die Verantwortung
tragen und die besorgt sind, die Ordnung einigermaßen wiederherzustellen. In-
geht um das ganze Ruhrgebiet, und das ist das Verhalten der Regierungsvertre-
hören, sondern in erster Linie um einen Waffenstillstand abzuschließen. Die
Reichswehr will alle, die Waffen tragen, abmurksen. Gut, sie werden sterben, aber

neine
habt,
Die
Ver-
ung)
hat
mo:
rück-
zu
Ich
aus
mo-
tere
setzt
zu-
ung
als
heit
SP,
der
Ge-
ng,
ssel
der
ter
eil-
ög-
zur
nz
aal
en
ll-
ei-
ni-
ag,
ch,
tiff
n-
er
e-
ke
er

wenn diese gegründet sind, Waffenabgabe der Arbeiterschaft stattfinden. Das ist der einzige Weg zur friedlichen Verständigung. Diktieren geht heute nicht mehr, wir haben zu wertvolle Pfandobjekte in der Hand. —

Severing versucht, die nach den Reden von Ludwig und Oettinghaus erregte gewordene Stimmung zu beruhigen: Zum Freikorps Schulz bemerke ich, daß ich am Tag nach dem Putsch gegen das Eintreten von Lichtschlag und Schulz für Kapp schriftlich bei Watter protestiert habe. Daraufhin haben beide Führer erklärt, auf dem Boden der Verfassung zu stehen.* Zum Waffenstillstand: gestern Abend habe ich ein Telegramm von Oberbürgermeister Cuno erhalten, das um einen Waffenstillstand ersuchte. Ich wollte zusammen mit dem Wehrkreiskommando eine Waffenstillstandslinie festlegen, aber dann kam die Nachricht, daß 500 Arbeiter Dülmen in der Nähe von Münster besetzt haben,** und das hat meine Position verschlechtert. Für eine Amnestie für alle Kämpfer gegen Kapp will ich mich bei der Regierung einsetzen. Im übrigen sehen Sie sich das Berliner Abkommen an, dort sind alle Forderungen der Arbeiter, soweit sie mit der Verfassung in Einklang zu bringen sind, bereits zugestanden, insbesondere die Umgestaltung der Reichswehr (Ziffer 7).*** Es ist nicht unbedingt nötig, daß gleich alle Arbeiter die Waffen niederlegen. Ich bin der Meinung, daß in den Großstädten so viele Arbeiter die Waffen behalten sollen, wie es nach Ansicht der zuständigen Stelle im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig ist. Aber wir müssen verfassungsmäßig vorgehen. Die vollständige Entwaffnung der Reichswehr verstoßt gegen die Verfassung und . . . auch gegen den Friedensvertrag. Unzuverlässige Formationen müssen entwaffnet werden, zuverlässige — und die haben wir — müssen bestehenbleiben. —

Die Versammlung wird immer unruhiger. *Paul* (USP) aus Ronsdorf zur Geschäftsordnung: Ich beantrage Einsetzung einer Kommission, die die Möglichkeit eines Waffenstillstands prüfen soll. — *Minister Braun*: Unsere Truppen haben Befehl, nicht anzugreifen. Geben Sie den gleichen Befehl, so ist ja der Waffenstillstand ohne weiteres da. — *Mehrere Arbeitervertreter* widersprechen: Die Reichswehrruppen marschieren unaufhörlich vor! Man muß eine Demarkationslinie festsetzen. Außerdem wird daran gearbeitet, das Ruhrgebiet vollständig mit Militär zu umstellen; dauernd rollen weitere Verstärkungen an. — *Minister Giesberts*: Eine Amnestie für alle, die für die verfassungsmäßige Regierung gekämpft haben, ist sicher, ausgenommen natürlich gemeine Verbrechen und Räubereien. Die Regierung faßt aber den Kampf, der jetzt beginnt, nicht als Stellungnahme für, sondern als Kampf gegen sie auf. Einen Waffenstillstand können wir hier nicht abschließen. — *Severing* spricht dagegen für Abschluß eines Waffenstillstands und greift den Vorschlag auf, die Möglichkeit dazu in einer Kommission zu prüfen. — *Die beiden Minister*: Wir haben keine Vollmacht zu gültigen Abmachungen; wir haben vom Reichskanzler den strikten Auftrag, mit den Auführern nicht zu ver-

* Zu dieser weiteren Lüge Severings vgl. I, Seite 107.

** Vgl. I, Seite 266.

*** II, Seite 114 f., 118; dort Ziffer 9, da wir die ursprüngliche Numerierung beibehalten haben.

handeln, sondern lediglich den Standpunkt der Regierung darzulegen. (Allgemeine Überraschung) Nicht die Regierung hat den Wunsch nach Verhandlungen gehabt, sondern wir sind hierhergekommen auf Bitten der Delegation aus Essen.* Die Auffassung der Regierung ist, daß der jetzt noch fortgesetzte Kampf der Vertreter von Kommunisten ist, die Räteiktatur durchzusetzen. (Große Empörung) — *Oberbürgermeister Luther*: Aber durch die hier gemachten Darlegungen hat die Sache doch ein ganz anderes Gesicht bekommen! — *Oberbürgermeister Cuno*: Die Delegation aus Essen hat in Berlin ausdrücklich um Entsendung *bevollmächtigter* Minister gebeten. Versuchen wir, eine Grundlage für Verhandlungen zu gewinnen. Voraussetzung dafür ist die Zurücknahme der Regierungstruppen. Ich erinnere daran, daß die frühere königliche Regierung das Industriegebiet aus guten Gründen mit Militär verschont hat, und meine, daß auch das jetzige demokratische Regiment gut daran täte, in gleichem Sinne zu verfahren. — *Weitere Vertreter der Gemeindebehörden*: Dortmund und Gelsenkirchen sind schon jetzt ohne Mehl. Kommt es zur Hungerkatastrophe, dann bricht alle Ordnung zusammen, dann gibt es unweigerlich den Kampf aller gegen alle. Die Regierung muß den Forderungen der Stunde gerecht werden. Die Lage ist ganz anders, als bei Beginn dieser Konferenz angenommen wurde. —

Severing läßt über die Einsetzung einer Kommission abstimmen; die Mehrheit der Konferenz ist dafür. Die Kommission wird gewählt: vier Vertreter der USP, darunter Stemmer, je zwei Vertreter der SPD und der KPD, je ein Vertreter der DDP, des Zentrums, der freien, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, drei Oberbürgermeister, Cuno aus Hagen, Jarres aus Duisburg, Hamm aus Recklinghausen. (*Severing* hatte ursprünglich einen anderen Schlüssel vorgeschlagen, u. a. je drei Vertreter der SPD und der USP, ein Vertreter der KPD.) Von den *beiden Ministern* läßt sich trotz der Bitten der Gemeindevertreter keiner in die Kommission wählen; *Severing* dagegen will an den Beratungen teilnehmen. Als Aufgabe der Kommission wird bestimmt, „zunächst über die Möglichkeit eines Waffenstillstands zu beraten und in zweiter Linie eine Basis zur Beilegung der Bewegung ausfindig zu machen“. Um 17.30 Uhr wird die Konferenz auf 20 Uhr vertagt; die Kommission nimmt sofort ihre Arbeit im Sitzungssaal des Magistrats auf. —⁹

Man sieht: die Gemeindevertreter verhalten sich nicht so, wie Severing von ihnen erwartet hat; bis zu einem gewissen Grade stellen sie sich an die Seite der Vollzugsratsvertreter, weil sie die Stärke der Aufstandsbewegung kennen und bei einem Kampf auf Biegen oder Brechen das Schlimmste befürchten. Die beiden Minister halten sich strikt an ihren Auftrag. Severing dagegen, der an keinen Auftrag gebunden ist, will offenbar einen Versuch machen; dabei wußte er wahrscheinlich, daß Watter geblufft hatte, als er sagte, er werde am nächsten Tag den Angriff beginnen. Die Zusammensetzung der Kommission erfolgt, anscheinend auf Anstoß von Severing, nach Parteien, wobei die beiden Kommunisten — Charpentier aus Elberfeld, Triebel aus Barmen — nach dem Weggang ihrer beiden Parteigenossen aus Essen die einzigen noch anwesenden KPD-Vertreter sind. Die starke Vertretung der USP drückt offenbar das Gewicht aus, das die USP-Mitglieder

* Eine weitere Unwahrheit.

im bisherigen Verlauf der Konferenz durch den Nachdruck, mit dem sie Severing und den Ministern entgegengetreten sind, gewonnen haben. Schließlich ist festzustellen — und zu kritisieren —, daß die Vertreter der drei Arbeiterparteien sich auch jetzt, wo es ernst wird, nicht zunächst in einer Sonderkonferenz untereinander verständigen.

*

Inzwischen hatte General v. Watter zwei Offiziere nach Bielefeld entsandt: Hauptmann v. Hanstein, Nachrichtenoffizier des Stabes, und Hauptmann Lorenz, Verbindungsoffizier zwischen Wehrkreiskommando und Severings; sie sollten sich vor allem informieren, ob sich in Bielefeld vielleicht doch Verhandlungen mit den Aufständischen entwickelten. Als sie in Bielefeld eintrafen, hatte die Kommission ihre Beratungen bereits aufgenommen. Sie begaben sich in den Sitzungsraum und stellten fest, daß hier in der Tat verhandelt wurde; sie erklärten, als Beobachter an den Beratungen teilnehmen zu wollen, und wurden als solche zugelassen.¹⁰

Über die Verhandlungen der Kommission sind wir bei weitem nicht mehr so gut informiert wie über die des Plenums, da Pressevertreter nicht zugelassen waren. — Zunächst trugen beide Seiten wieder ihre Standpunkte mit unveränderter Härte vor, und wieder stand die Frage des Militärs im Mittelpunkt. Die Forderung nach Watters Absetzung wurde jetzt auch von Husemann, dem Vorsitzenden der freien Bergarbeitergewerkschaft, unterstützt; er berichtete, wie hartnäckig Watter sich am Tag nach dem Putsch gegenüber der Gewerkschaftsdelegation gewehrt hatte, eine Erklärung für die parlamentarische Regierung abzugeben (I, Seite 103 f.). Die Hagener forderten, daß das Wehrkreiskommando bis auf weiteres von einem Zivilisten geführt werden solle. Dagegen hatte Severing — wie im Plenum bei der Forderung nach Auflösung der Reichswehr — ein juristisches Gegenargument, und zwar täuschte er ausgerechnet die Verordnung über den Ausnahmezustand vom 13. Januar (I, Seite 54) auf. Danach seien, sagte er, die Befugnisse des zivilen Regierungskommissars so geregelt, daß er bei Anordnungen des kommandierenden Generals gegenüber den Zivilbehörden mitwirke und dabei sogar ein Vetorecht habe, daß er jedoch bei militärischen Operationen kein Mitwirkungsrecht besitze. Es sei zu fragen, ob eine Abänderung dieser Verordnung „zweckmäßig“ sei und wenn ja, ob mit der Verfassung zu vereinbaren.¹¹ — Das war eine so unerhörte Argumentation, daß es einem noch heute die Sprache verschlägt: die Ausnahmeverordnung, die seit zwei Monaten die Militärdiktatur legalisierte, wurde als Grundlage für die zivile Kontrolle des Militärs angeboten.

Während der Verhandlungen baten die Oberbürgermeister Jarres und Hamm Hauptmann v. Hanstein zu einem Gespräch unter sechs Augen nach draußen. Jarres, ein Konservativer mit guten Beziehungen zur Industrie (1925 wird er Kandidat der Rechten für das Amt des Reichspräsidenten sein) stellte v. Hanstein die Frage, wozu man hier überhaupt verhandele? Die Reichswehr brauche doch nur anzugreifen, denn die Rote Armee sei kein festgefügtes und widerstandsfähiges Gebilde. v. Hanstein winkte ab: Das Wehrkreiskommando habe

zu Beginn der Kämpfe nur über geringe Kräfte verfügt, so daß man sogar habe erwägen müssen, diese bis hinter die Weser zurückzunehmen. Dann sei der Aufmarsch verzögert worden, weil Truppentransporte aus Ost- und Süddeutschland in Leipzig und anderen großen Stationen“ von den Eisenbahnern aufgehalten worden seien. „Jetzt sei die Lage besser, nachdem Reichskommissar Severing erreicht habe, daß Verstärkungen . . . durchgelassen werden“. Augenblicklich jedoch seien die allmählich eintreffenden Verstärkungen „noch gering und der Kampf um Wesel sei schwer“. Die „Ankunft weiterer Truppen müsse abgewartet werden, bevor etwas Durchgreifendes geschehen könne“. — Oberbürgermeister Cuno, der später von dem Gespräch erfuhr, fügt in seinen Notizen darüber hinzu, daß Jarres und Hamm aus den Worten v. Hansteins den Eindruck gewonnen hätten, daß es „im Interesse des Wehrkreiskommandos liege, Zeit zu gewinnen“.¹²

In der Kommission einigte man sich, die unfruchtbare Konfrontation unveränderter Standpunkte vorerst abzubrechen und die Möglichkeit eines Waffenstillstands zu erörtern, der von den Arbeitervertretern im Plenum als vorrangig bezeichnet worden war.¹³ Die beiden Offiziere des Wehrkreiskommandos verließen ihre Beobachterrolle und nahmen an der Beratung teil, jedoch, wie sie betonten, nur um Auskunft über die Stellungen der Reichswehr zu geben.¹⁴ Um 20 Uhr war das folgende Abkommen beschlossen und von allen Mitgliedern der Kommission, von Severing, von Mehlich als Protokollführer sowie von den beiden Offizieren unterzeichnet, von letzteren jedoch mit dem Zusatz „als militärische Berater“:

„1. Es wird erklärt:

Die Gruppe Wesel der Reichswehr steht nördlich der Lippe, die Gruppe Münster liegt mit dem rechten Flügel bei Buldern und [mit dem linken Flügel] östlich von Münster. Kein Soldat steht so weit südlich, daß, falls der Gegner seine Bewegungen anhält, es heute und auch morgen zu Zusammenstößen kommen kann.

Die Arbeitertruppen sind zurückzunehmen südlich der Lippe, weitester Posten nach Wesel wird zurückgenommen auf Dinslaken-Hünxe-Dorsten.

Die Orte nördlich der Lippe mit Arbeiterwehren bleiben dort ungestört von Reichswehrtruppen. Die Wehren rücken in ihre Standorte ab.

Für die Abmachungen gilt 24stündige Kündigungsfrist.

Sie treten sofort in Kraft.“¹⁵

Ein seltsames Abkommen, schon formal: auf das „1.“ folgt kein „2.“. Dem entspricht der Inhalt: unter 1. steht nur, was die beiden Offiziere zur Feststellung von Tatsachen erklärt haben; nur der zweite Teil hat den Charakter eines normalen Waffenstillstandsabkommens. Dabei sind die beiderseitigen Zugeständnisse, die im zweiten Teil formuliert sind, von höchst unterschiedlichem Gewicht: die Arbeitervertreter gestehen die Zurücknahme der Roten Armee hinter die Lippe zu, die beiden Offiziere dagegen nur dies, daß „die Orte nördlich der Lippe mit Arbeiterwehren . . . ungestört von Reichswehrtruppen“ bleiben sollen. Zum letzteren muß man überdies fragen, ob es sich überhaupt um ein echtes Zugeständnis handelt oder ob man diesen Satz zu den Tatsachenfeststellungen im ersten Teil rechnen muß, die besagen, daß die Reichswehr im Moment nicht vor-

zuziehen beabsichtige. Aber selbst angenommen, es handle sich um ein echtes Zugeständnis, so bleibt dem Militär dennoch die Möglichkeit, sich der eingegangenen Verpflichtung zu entziehen: die Reihenfolge der Sätze im zweiten Teil kann so interpretiert werden, daß die Reichswehr *nur dann* zum Stehenbleiben verpflichtet ist, *wenn* die Rote Armee sich hinter die Lippe zurückzieht. Damit wird neben der Einseitigkeit als weiterer Fehler des Abkommens deutlich, daß keinerlei Bestimmung über die Durchführung und über die Konsequenzen eventueller Brüche des Abkommens getroffen wird.

Das letztere bedeutet ein Versäumnis der Arbeitervertreter, das man nach den Erfahrungen, die sie ein Jahr zuvor mit dem Militär gemacht hatten, unbegründlich nennen muß. Damals, als zunächst das Freikorps Lichtschlags, dann auch andere Truppen allmählich Stadt für Stadt besetzten, hatten Arbeiterführer in Münster ein Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen, das ebenfalls nichts über die Durchführung und die Konsequenzen eventueller Brüche des Abkommens enthielt. Die Folge war gewesen, daß das Militär das Abkommen so interpretierte, daß *zunächst* die Arbeiter alle eingegangenen Verpflichtungen erfüllen mußten, bevor es selbst die gemachten Zugeständnisse zu erfüllen brauche, daß es selbst also bis dahin an nichts gebunden sei; und an Vertragsverletzungen der Arbeiter (teils tatsächlichen, teils von der Propaganda des Militärs erfundenen) hatte es dann — natürlich — nicht gefehlt.¹⁶ Eine Wiederholung dieser Erfahrungen hätte auf zweierlei Weise vermieden werden können: entweder hätte den Militärs ein ausdrückliches Zugeständnis ihrerseits abverlangt und in einem Zug-um-Zug-Abkommen fixiert werden müssen (etwa: auch die Reichswehr nimmt ihre Linien zurück; der beiderseitige Rückzug wird in bestimmten Etappen und Zeiträumen Zug um Zug erfolgen); oder in dem Abkommen hätte ausdrücklich festgesetzt werden müssen, daß die Reichswehr aus dem eventuell eintretenden Fall, daß die roten Truppen nicht sofort ausnahmslos hinter die Lippe zurückgehen würden, kein Recht zum Vorrücken herleiten dürfe. Die Aufnahme einer solchen Feststellung in den Text hätten die Arbeiterführer umso mehr verlangen müssen, als sie wußten, daß die Rote Armee nicht nach den Grundsätzen militärischer Disziplin geführt werden konnte.

Der eine wie der andere Weg hätte freilich sofort an eine fundamentale Schranke geführt: die beiden Offiziere waren nach ihrer Instruktion als bloße Auskunftspersonen anwesend und wollten offenkundig das Militär zu nichts verpflichten. Aber das Aufdecken dieser Rolle wäre von entscheidender Wichtigkeit gewesen teils für diejenigen Arbeitervertreter, denen diese Rolle nicht klar war, teils weil damit die Schwäche Severings deutlich geworden wäre, der in keiner Weise für das Militär sprechen konnte. Hier liegt ein weiteres Versäumnis derjenigen Arbeitervertreter, die immer wieder — in den Richtlinien der Hagener Konferenz, in Reden, in Artikeln der Arbeiterpresse — ganz richtig feststellten, daß das Militär der eigentliche Machtfaktor sei und daß die Regierung gegenüber den Absichten, Wünschen und Unternehmungen der Generäle nahezu machtlos sei. Jetzt, im entscheidenden Moment, zogen sie aus dieser Analyse nicht die Nutzanwendung: daß an dieser Stelle, mit Severing als alleinigem Verhandlungspartner, keine Vereinbarung von realem Gewicht abzuschließen war. Stattdessen akzeptierten sie die Unterschrift Severings unter dem Abkommen und förderten damit eben

jene Illusionen, die sie zuvor so scharf bekämpft hatten. Nun zum Zugeständnis der Arbeitervertreter. Rücknahme der Roten Armee hinter die Lippe hieß einmal: Rückzug aus dem bäuerlichen Münsterland. Das bedeutete nicht nur keinen Nachteil, sondern darin lag sogar eine Chance: die Chance, nicht mehr nutzlos Kräfte in einem feindlichen sozialen Milieu zu verschleifen (vgl. II, Seite 94 f.). Vor allem aber hieß es Verzicht auf den Versuch, Wessel zu überbieten. Ein großes Zugeständnis also — mancher Leser wird sagen: ein allzu großes, nicht zu vertretendes. Wer hier jedoch den Vorwurf des „Verrats“ erhebt (wir kommen noch darauf bei der Erörterung der Literatur), dem muß entgegengehalten werden, daß der Versuch zur Eroberung Wesels an diesem Tage hätte unternommen werden müssen; am nächsten war es dazu bereits zu spät (II, Seite 185-190). — Zusammengefaßt: weder ist das zu kritisieren, was das Waffenstillstandsabkommen positiv enthielt (das Zugeständnis der Arbeitervertreter), noch eigentlich das, was in ihm fehlte (sei es ein gleichwertiges Zugeständnis der beiden Offiziere, sei es eine Bestimmung über etwaige Vertragsverletzungen der Arbeiter); das letztere war substantiell in Bielefeld nicht zu haben. Zu kritisieren ist vielmehr der Abschluß des Abkommens als solchem mit der Unterschrift Severings.

Die Einigung in der Kommission, zunächst ein Waffenstillstandsabkommen auszuarbeiten, war in der Absicht erfolgt, Zeit zu gewinnen, in der die strittigen Fragen verhandelt werden könnten und eine Stellungnahme der Regierung herbeigeführt werden sollte.¹⁷ Für die Arbeitervertreter war dies vielleicht sogar der Hauptgesichtspunkt, von dem sie sich leiten ließen. Die Waffenstillstandsfrist sollte zunächst 48 Stunden betragen,¹⁸ erst von da ab sollte die 24stündige Kündigungsfrist gelten. Beide Seiten verpflichteten sich, das Abkommen in ihren Reihen telefonisch bzw. telegrafisch bekanntzugeben. Dann beschloß die Kommission, am nächsten Morgen die Beratung der strittigen Sachfragen aufzunehmen. Die Arbeitervertreter forderten, daß ein Regierungsvertreter an diesen Beratungen teilnehmen müsse.¹⁹ Das warf die Frage auf, ob die Minister von ihrem bisherigen starren Standpunkt abzubringen sein würden.

*

Um 19 Uhr, noch während der Beratungen der Kommission, gab Giesberts der Reichskanzlei in Berlin einen ersten telefonischen Bericht (der Kanzler selbst war im Moment nicht erreichbar). Aus der Plenarsitzung, an der er teilgenommen hatte, faßte Giesberts die wichtigsten strittigen Punkte zusammen und bemerkte, im Wehrkreiskommando Münster seien offenbar „große Dumtheiten durch Lichtschlags u. a. gemacht worden.“²⁰ Am folgenden Tag, teilte er weiter mit, werde Wat-

¹⁶ Das geht einhellig aus anschließenden Erklärungen von Mitgliedern der Kommission (Severing, Landrat v. Salmuth) hervor; im Text des Abkommens meinten anscheinend die Worte „heute und auch morgen“ diese Frist von 48 Stunden. Man sieht hier, daß das Abkommen neben allen sonstigen Mängeln auch noch unscharf formuliert war.

¹⁷ Minister Braun äußerte sich, nach Berlin zurückgekehrt, in einem Presseinterview offener: „Die Haltung des Generals [v. Watter] war zu Beginn des Kapp-Putsches sehr zweifelhaft. Die Haltung einiger seiner Unterführer war nicht zweifelhaft, denn sie haben sich offen für Kapp erklärt. Jedenfalls ist die zweifelhafte Haltung v. Watters sehr daran schuld, daß die Sache dieses Gepräges angenommen hat.“ — Man sieht, daß die Debatte bei beiden Ministern nicht ohne Wirkung geblieben war.

ter vorstoßen (der Bluff des Generals war noch immer nicht durchschaut), und dann werde es „ein fürchterliches Blutbad geben“. Wie Watter zu der Idee eines Waffenstillstands stehe, habe „noch nicht festgestellt werden können“, jedenfalls würden „die militärischen Dinge“ am nächsten Tage „zwischen Watter und v. Seeckt zu entscheiden sein“. Um 20 Uhr werde das Plenum wieder zusammenzutreten, um die strittigen Sachfragen zu regeln. Er (Giesberts) und Braun ständen unter dem Druck der großen Mehrheit der Konferenzteilnehmer, die für eine Verständigung seien, sie wüßten jedoch nicht, „auf welcher Basis“; die „letzte Entscheidung“ würden sie jedenfalls dem „Reichskanzler vorbehalten“. Mit dem Nachtschlaf würden sie dann nach Berlin zurückkehren.¹⁹ — Diese Hoffnung auf eine rasche Beendigung der Konferenz wurde mit dem Beschluß der Kommission, erst am nächsten Morgen die strittigen Sachfragen zu verhandeln, hinfällig. Daraufhin vereinbarten die beiden Minister, daß Giesberts in Bielefeld bleiben und an den Beratungen der Kommission teilnehmen solle, während Braun nach Berlin zurückkehren, sich am nächsten Morgen mit dem Reichskanzler besprechen und sich dann telefonisch mit Giesberts in Verbindung setzen solle.²⁰ — Der Druck der Aufstandsbewegung hatte sich somit als so stark erwiesen, daß Giesberts sich entgegen dem Regierungsauftrag mit an den Verhandlungstisch setzen wollte. Er sollte dafür alsbald aus den Reihen seiner eigenen Partei, des Zentrums, die heftigste Kritik zu hören bekommen.²¹

Als das Plenum der Konferenz um 21 Uhr wieder zusammentrat, teilte Severing zunächst das von der Kommission ausgearbeitete Waffenstillstandsabkommen mit: „Das leider noch sehr magere Resultat . . . kommt im Effekt darauf hinaus, daß, wenn der Telegraph uns keinen Schabernack spielt und die Weisungen an die Truppenkörper . . . ihre Empfänger erreichen, dann die Sicherheit gegeben ist, daß morgen und übermorgen kein Blut fließt und Zeit gewonnen ist, um die Verhandlungen weiter zu führen“. Giesberts sagte, er habe die Reichskanzlei telefonisch gebeten, daß der Reichswehrminister nach Münster die Anweisung gebe, die militärischen Operationen zu stoppen. (In Wirklichkeit hatte Giesberts, wie die Niederschrift des Telefongesprächs zeigt, kein Wort in dieser Richtung gesagt.) Es bestehe jedoch die Gefahr, daß General v. Watter die noch anrollenden Truppen aus anderen Landesteilen „nicht so fest wie nötig in seiner Hand“ habe. Die Gegenseite möge es daher nicht gleich als Bruch des Waffenstillstands betrachten, „wenn die Reichswehr in kleinen Punkten ihre Stellung ändere“ (hier versäumten die Arbeitervertreter zu erwidern, daß dann auch für kleinere Verstöße der Roten Armee dasselbe gelten müsse). — Bei Severings Worten kann man im Zweifel sein, ob sie bereits das Alibi für den Fall enthielten, daß die Reichswehr doch vorrücken sollte; bei Giesberts' Worten erscheint dies als sicher. Die Beratung der strittigen Sachfragen in der Kommission resümierte Severing vollkommen einseitig aus seiner Sicht; das wurde von Braß (USP, Remscheid) getadelt. Die Weiterberatung, teilte Severing weiter mit, solle am nächsten Morgen in der Kommission erfolgen, die übrigen Teilnehmer der Konferenz könnten also abreisen. (Das tat dann jedoch nur ein Teil der Teilnehmer, ein anderer blieb in Bielefeld.) Giesberts werde an den Kommissionsverhandlungen teilnehmen; in deren Verlauf werde „sich dann herausstellen, ob und inwieweit der Minister verbindliche Erklärungen abgeben kann bzw. zu welchen Zugeständnissen die Reichs-

regierung bereit ist“. Darauf entgegnete Braß, „unter allen Umständen“ müsse bis zum nächsten Morgen 9 Uhr eine Erklärung der Reichsregierung vorliegen, ob sie bereit sei, auf der Grundlage der von den Vertretern der Aufstandsbewegung formulierten Forderungen zu verhandeln. Das sei auch deshalb notwendig, weil die Verhandlungen keinesfalls noch den ganzen folgenden Tag in Anspruch nehmen dürften.

In der weiteren Debatte wurde noch das Versorgungs- und Zahlungsmittelproblem angesprochen. Trotz eindringlicher Worte von Oberbürgermeister Luther, der ausrief, beides müsse in 48 Stunden gelöst werden, wenn keine Katastrophe eintreten solle, wiederholten die beiden Minister nur, die holländische Regierung werde an ein „bolschewistisches“ Deutschland keine Lebensmittel liefern, und von Berlin aus könne man auch nicht helfen, da die Reichshauptstadt durch den Generalstreik selber in der Versorgung gefährdet sei. Zum Zahlungsmittelproblem teilte Giesberts mit, infolge des Streiks seien in der Reichsdruckerei Scheine über 7 Milliarden Mark nicht fertig geworden, er werde jedoch die Postanstalten anweisen, „ihre Barbestände den Behörden und Kommunen gegen entsprechende Sicherheit zur Verfügung (zu) stellen“. Regierungspräsident König (Arnsberg) appellierte an die Konferenzteilnehmer, sie möchten dafür sorgen, daß Beschlagnahmen von Lebensmitteltransporten unterblieben. — Bevor die Konferenz zu später Stunde auseinanderging, kam es noch zu einem erregten Wortwechsel zwischen Oettinghaus und Severing. Oettinghaus beklagte sich über eine hetzerische Meldung des „Hannoverschen Kuriers“ über die Zustände im Ruhrgebiet, worauf Severing konkreter, diese seien in der Tat zum Teil unhaltbar! Der Dortmunder Vollzugsrat z.B. habe die Verbreitung seines (Severings) Aufrufs zur Waffenabgabe verhindert, und heute — dies die neueste Meldung — sei er so weit gegangen, die Dortmunder SPD-Zeitung zu verbieten.²² Nach dem Auseinandergehen der Konferenz machte Giesberts der Reichskanzlei telefonisch Mitteilung von dem Waffenstillstandsabkommen, von der Vereinbarung, daß er, Giesberts, zur Teilnahme an den weiteren Kommissionsverhandlungen in Bielefeld bleibe, während Minister Braun nach Berlin zurückkehre, und vom Verlauf der soeben beendeten Plenarberatungen.²³

*

Die Verhandlungen des ersten Tages der Bielefelder Konferenz hatten sehr verschiedene Auswirkungen.

Nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens äußerte der christliche Gewerkschaftssekretär Weinbrenner aus Duisburg, der an der Konferenz teilnahm, starke Zweifel daran, daß die Führung der Aufstandsbewegung im westlichen Ruhrgebiet (Duisburg, Mülheim, Oberhausen usw.) sich an das Abkommen halten werde. Die USP- und KPD-Vertreter versicherten jedoch, auch für diese Orte „Verhandlungsvollmacht zu besitzen“ (eine anmaßende und in der Sache unwahre Behauptung).²⁴ — Stemmer sandte an die vier wichtigsten Kampfleitungen der Roten Armee entlang der Lippefront (Hamborn, Dorsten, Lünen, Hamm) Telegramme, deren Text leider nicht erhalten ist;²⁵ bekannt ist jedoch ein Telegramm Stemmers an Ernst, das um 22 Uhr in Hagen eintraf:

„Alle Truppen hinter die Lippe zurück. Vor Wesel ist äußerste Linie Dinslaken, Hünxe, Dorsten. Reichswehr bleibt zurück. Benachrichtigte Gefechtsstellen Dorsten, Hamborn, Lünen und Hamm. Waffenstillstand.“²⁶ Ernst war sehr erleichtert: der Mangel an Munition, speziell an Geschützmunition, das Ende der Widerstandsaktionen im übrigen Deutschland und die Tatsache, daß noch nicht einmal der Antransport von Truppenverstärkungen durch den Generalstreik verhindert worden war — diese und andere Momente hatten ihn zu der Überzeugung geführt, daß „eine erfolgreiche Fortsetzung des Kampfes unmöglich“ war. Er gab sofort die Anweisung nach vorn, entsprechend dem Waffenstillstandsabkommen „die Linien zurückzunehmen.“²⁷

Jedoch während die nördlich von Haltern stehenden bewaffneten Arbeiter am nächsten Morgen sogleich den Rückzug einleiteten,²⁸ reagierten die Kampfleiter der vor Wesel stehenden Truppen so, wie Weinbrenner in Bielefeld vorausgesagt hatte. Über den Vollzugsrat Oberhausen gaben diese den augenblicklichen Stand des Kampfes bekannt, der „für die Roten Truppen günstig“ sei, und erklärten: „Das Ziel der jetzigen Operationen sind Wesel und Münster, wo sich das Hauptquartier der Reichswehr befindet . . . Die Nachricht von einem Waffenstillstand trifft nicht zu. Es wird weitergekämpft.“²⁹ Das entsprach genau der Stimmung der bewaffneten Arbeiter, wie der Redakteur des „Duisburger General-Anzeigers“ und zeitweilige Zensor des Duisburger Vollzugsrats, Burgardt, beobachten konnte. Burgardt, der am Vormittag des 24. März auf einem Lastwagen mit bewaffneten Arbeitern von Duisburg zur Front vor Wesel fuhr, berichtet: „Ich habe keinem Soldaten der Roten Armee von dem Bielefelder Waffenstillstandsbeschuß erzählt, der mich nicht ausgelacht hat. Das eine steht jedenfalls fest, daß man im Hinterlande beschließen mag, was man will, die Rote Armee wird alle Weisungen ignorieren, die nicht auf bedingungslose Entwaffnung der Reichwehrtruppen hinauslaufen.“³⁰

Was geschah auf der Gegenseite, beim Militär? Wie General v. Watter reagiert hat, als Hauptmann v. Hanstein und Hauptmann Lorenz den Waffenstillstandsbeschuß überbrachten, wissen wir nicht, man kann es aber erschließen: am nächsten Tag erschienen in Bielefeld als Vertreter des Wehrkreiskommandos zwei andere Offiziere.³¹ Im „Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos VI für die Truppe“, das täglich in hektographierter Form herauskam und nahezu regelmäßig auch von einer der Münsterschen Zeitungen veröffentlicht wurde, hieß es am nächsten Tag lapidar:

„Man spricht von der Abschließung eines Waffenstillstandes zwischen dem Wehrkreiskommando und den bolschewistischen Truppen. Davon ist aber keine Rede. Die Führer auf der Gegenseite haben erklärt, daß sie ihre Truppen bei Wesel in die Linie Hünxe-Dinslaken, die Truppen zwischen Wesel und Hamm hinter die Lippe zurücknehmen wollen. Eine Gegenleistung seitens des Wehrkreiskommandos ist nicht zugesichert.“³²

Diese Notiz war unterzeichnet von demselben Hauptmann v. Hanstein, der in der Bielefelder Kommission gesessen hatte; Inhalt und Ton lassen vermuten, daß v. Watter dahinterstand. Inhaltlich war sie insofern zutreffend, als sie genau den einseitigen Charakter dieses „Waffenstillstands“ festnagelte. Jedoch das einzige Zugeständnis von militärischer Seite, daß nämlich die nördlich der Lippe ab-

ziehenden Arbeiter von der Reichswehr nicht behelligt werden sollten, wurde unterschlagen. — Diese Veröffentlichung dürfte mit Sicherheit das einzige gewesen sein, was Watters Truppen vom ersten Verhandlungstag in Bielefeld erfuhren.

Außerdem versuchte Watter den Fortgang der Bielefelder Verhandlungen zu torpedieren, indem er an Reichskanzler Bauer telegraphierte:

„Es kommt darauf an, daß Freiheit des Handelns für Wehrkreiskommando nicht beschränkt wird, daß Waffen wirklich abgegeben, nicht nur niedergelegt, daß Gelangene befreit und zur Verfolgung der Schuldigen eine Basis geschaffen wird. /zur Zeit greift Gegner weiter an. Reichswehr kämpft bis [zum] letzten Mann für Regierung. Bitte stark bleiben.“³³

Für diese Forderung Watters, die praktisch den militärischen Einmarsch ins Ruhrgebiet als einzige Lösung bezeichnete, gaben die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften in Münster Schützenhilfe. Empört darüber, daß überhaupt mit Vertretern der Roten Armee verhandelt worden war, protestierten sie in einem Telegramm an den Präsidenten der Nationalversammlung gegen den zweitägigen Waffenstillstand und erklärten dazu: „Aufbrüher von links sind genau so zu behandeln wie solche von rechts.“³⁴

Jedoch auch andere Stimmen erreichten die Regierung. Die DDP Münsters ersuchte die Regierung telegrafisch, „alles aufzubieten, um mit den Arbeitern des Industriegebiets, deren Forderungen als Ausgangspunkt zu Einigung auf [dem] Boden der Reichsverfassung geeignet sind, Verständigung herbeizuführen und Einmarsch zu verhüten, dessen Folgen die unheilvollsten sein müssen.“³⁵ Ähnlich lautete ein Telegramm der Ortsgruppe Dortmund der pazifistischen „Deutschen Friedensgesellschaft“.³⁶ Als besonders gewichtig ist es zu bewerten, daß der Elberfelder Textilfabrikant Abraham Frowein, stellvertretender Präsident des mächtigen „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, sich gegen einen Truppeneinmarsch aussprach: am 23. März — dem ersten Bielefelder Verhandlungstag — bat Frowein in einem Telefongespräch mit einem anderen Präsidiumsmitglied dieser Organisation in Berlin „dringend, gegen [das] Ruhrgebiet nicht militärisch vorzugehen, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft“ seien. „In Elberfeld [herrscht] Ruhe und Ordnung. Überall wird gearbeitet. Städtische Behörden bleiben in ihren Ämtern und sind kaum beschränkt. Nachrichten über Zerstörungen in Essen [sind] weit übertrieben. Am letzten Tage 16.000 Wagengestellung“³⁷ (d.h. Gestellung von 16.000 Eisenbahnwaggons zum Abtransport der geförderten Kohlen, vor allem von Reparationskohlen für das westliche Ausland).

Wie die Reichsregierung diese verschiedenen Versuche zur Einflußnahme aufnahm, wissen wir nicht. Nur soviel ist bekannt, daß zur selben Zeit, als in Bielefeld Severing dem Plenum des Waffenstillstandsbeschuß der Kommission mitteilte, Reichskanzler Bauer erstmals dem interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien über die Bielefelder Konferenz Bericht erstattete. Bauer teilte u.a. mit, daß das Berliner 8-Punkte-Abkommen mit den Gewerkschaften „auch dort zustanden“ sei.³⁸ Das klang wie ein Stoßseufzer, und ebenso werden manche Zuhörer Bauers geseufzt haben — das 8-Punkte-Abkommen war nämlich, wie wir noch sehen werden, keineswegs von allen Regierungsparteien akzeptiert: der Zwang zur Doppelzüngigkeit wurde größer. — Ob Minister Giesberts in Bielefeld

nach dieser Sitzung Instruktionen für die weiteren Verhandlungen erhalten hat und worin diese, falls es sie gab, bestanden, liegt ebenfalls im Dunklen.

*

Die Kommission, die am zweiten Verhandlungstag (24. März) wiederum im Sitzungssaal des Bielefelder Magistrats zusammentrat, war in ihrer Zusammensetzung leicht verändert: anstelle von Stemmer (Witten/Hagen) erschien Paul (Ronsdorf) als Vertreter der USP, Meyer (Düsseldorf) anstelle von Husemann (Bochum) als Vertreter der freien Gewerkschaften; hinzu kam Enz (Barmen, SPD), so daß die SPD etwas stärker als am Vortag vertreten war. Besonders wichtig war, daß Minister Giesberts diesmal in der Kommission Platz nahm. Zwei Offiziere des Wehrkreiskommandos, denen sich diesmal ein Nachrichtenoffizier der vorgesetzten Stelle in Kassel angeschlossen hatte, erschienen verspätet.³⁹

Um 18.30 Uhr wurde ein Abkommen unterzeichnet,⁴⁰ um 19 Uhr wurde es der Presse bekanntgegeben⁴¹ — mit anderen Worten, es trat das ein, was Braß am Vortag abend kategorisch abgelehnt hatte: die Verhandlungen nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Erfahrung hat man weiter, daß seit 16 Uhr ein Sonderzug abfahrbereit im Bielefelder Hauptbahnhof stand,⁴² so wird deutlich — was auch Oberbürgermeister Cuno in seinen Erinnerungen vermerkt⁴³ —, daß unter Zeitdruck verhandelt wurde. Die Arbeitervertreter glaubten, so schnell wie möglich ins Aufstandsgebiet zurückkehren zu müssen. Dieser Zeitdruck, der die schlimmsten Folgen haben sollte, war seinerseits eine Folge der Organisationsform der Aufstandsbewegung: Organisation und politische Führung lagen in den Städten (nicht in der Roten Armee) fast ausschließlich in der Hand der Funktionäre.

Pressevertreter waren in der Kommission weiterhin nicht zugelassen, so daß wir über den Gang der Verhandlungen nicht unterrichtet sind; nur über einige Momente geben nachträgliche Berichte von Teilnehmern Auskunft. Es gibt jedoch die Niederschrift eines telefonischen Zwischenberichts, den Giesberts um 12.30 Uhr der Reichskanzlei erstattete; vergleicht man dieses Dokument mit dem endgültigen Abkommen, so kann man die Schlüsselprobleme und im wesentlichen auch den Verlauf der Verhandlungen erkennen.

Zugrundegelegt wurde das Berliner 8-Punkte-Abkommen; dieses wurde im Verlauf der Verhandlungen in zwei Punkten ergänzt und durch insgesamt 9 neue Punkte erweitert.

Bis zum Zeitpunkt von Giesberts' Zwischenbericht nach Berlin hatte sich die Kommission auf zweierlei geeinigt. Punkt 7 des Berliner Abkommens („Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung“) erhielt einen Zusatz: „Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz“. Als neuer Punkt wurde formuliert: „Herr Reichspostminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen, mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das

Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.“

Bei dem Zusatz zu Punkt 7 wird sichtbar, welche fundamentale Entscheidung bereits gefallen war, als die Kommission das Berliner Abkommen zur Grundlage ihrer Verhandlungen gemacht hatte: es ging jetzt nicht mehr um die Auflösung, sondern nur noch um die „Republikanisierung“ der Reichswehr (vgl. oben Seite 31—33). — Zu dem neuen Punkt betonte Giesberts in seinem Zwischenbericht, daß die Frage der Versorgung der Opfer „für das ganze Reich einheitlich geregelt werden“ müsse. Wenn er dies für einen einzelnen Punkt so ausdrücklich hervorhob, wird man schließen müssen, daß im allgemeinen unter der Voraussetzung verhandelt wurde, daß die zu vereinbarenden Regelungen nur für das Ruhrgebiet Gültigkeit haben sollten; die Arbeitervertreter hatten demnach Gedanken aufgegeben (der in der Forderung nach Auflösung der Reichswehr gesteckt hatte), die im Ruhrgebiet errungene Machtposition einzusetzen, um für die Arbeiterklasse des ganzen Reiches etwas herauszuholen. Schließlich wird aus den Formulierungen („nach Ansicht der Kommission“; Giesberts „wird die Frage... dem Reichskabinett vortragen“) deutlich, daß die Regelungen in der Kommission getroffen wurden, ohne daß die Regierung sich mit ihnen einverstanden erklärt hatte; das schränkte die Verbindlichkeit dieser Vereinbarungen natürlich erheblich ein.

Nachdem die Arbeitervertreter ihre Maximalforderung nach Auflösung der Reichswehr fallengelassen hatten, mußten sie auf zwei Grundforderungen bestehen: Verzicht der Gegenseite auf den militärischen Einmarsch und Verzicht auf die indirekte Waffenübergabe an die Reichswehr (Abgabe der Waffen an die Zivilbehörden, Weitergabe durch diese an das außerhalb des Ruhrgebiets stehende Militär). Hierzu nannte Giesberts in seinem Zwischenbericht eine Lösung, die „vorläufig festgelegt“ worden sei „vorbehaltlich der Formulierung“: kein Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet, sondern Abmarsch der Truppen in ihre Standorte bzw. Garnisonorte; Auflösung der Roten Armee und Abgabe der Waffen an die Zivilbehörden; Bildung von Ortswehren mit Sicherheitsaufgaben; Aufbewahrung der Waffen der aufgelösten Roten Armee „unter Aufsicht der Kommunalverwaltungen und eines Ausschusses der Arbeiter“, und zwar bis zur Durchführung der „Reformen“ im Wehrkreiskommando, danach Übergabe der Waffen an das Wehrkreiskommando.

Was mit „Reformen im Wehrkreiskommando“ gemeint war, darüber geben nachträgliche Berichte mehrerer Kommissionsmitglieder Auskunft: Abtreten Watters und Unterstellung des Wehrkreiskommandos unter das Kommando eines Sozialisten. Das erstere wurde einheitlich von allen Teilnehmern aus dem Ruhrgebiet gefordert, mit Ausnahme eines Oberbürgermeisters (entweder Jarres oder Hamm), das letztere nur von einem Teil — natürlich nicht von den bürgerlichen Mitgliedern der Kommission. Severing und Giesberts widersetzten sich der Forderung nach dem Abtreten Watters unnachgiebig, wobei Severing in schärfstem Gegensatz auch zu seinen Parteigenossen stand. In Erinnerung an die Krise anschließend von Watters Rücktrittsdrohung (I, Seite 270) sagte er voraus, die Offiziere würden sich bei einer Absetzung Watters mit diesem solidarisch erklären und danach würde sich wohl kaum ein General finden, der Watters Nachfolger

werden wolle, geschweige daß die Truppen einem Sozialisten gehören würden; Giesberts schlug in dieselbe Kerbe, indem er — zweifellos nur in taktischer Absicht — anbot, die Regierung um Abberufung Watters „nach einigen Tagen“ zu ersuchen, wobei jedoch die Gefahr bestehe, „daß das Offizierkorps sich hinter Watter stellen würde“. Die Vertreter des Wehrkreiskommandos bezeichneten diese Voraussetzungen und Vermutungen von Severing und Giesberts als richtig (ein bezeichnender Vorgang, der das ganze Konzept der Republikanisierung der Reichswehr als wertlos enthüllt: hier kündigen Offiziere eine Meuterei an für den Fall, daß die Regierung mit personellen Maßnahmen die Regierungstreue der Truppen sicherzustellen versucht). — Die Auseinandersetzungen um Watter wurden so hart, daß die Verhandlungen zeitweilig an den Rand des Scheiterns gerieten. Schließlich ließen die Arbeitervertreter die Rücktrittsforderung fallen, und der ganze Fragenkomplex — Waffenabgabe der Roten Armee, jedoch kein Einmarsch der Reichswehr usw. — wurde im endgültigen Text des Abkommens so geregelt:*

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition, sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst einbezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.

9. Die verfassungsmäßigen Behörden wahren ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb 10 Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos 6 und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums [Reichsregierung] handeln. Ferner erklärt der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.“

* Wir stellen die Punkte des Abkommens zum Teil um, da dieses ziemlich unsystematisch aufgebaut ist; auch darin trägt es den Stempel des Zeitdrucks.

Die unter 14. genannte Erklärung, das Wehrkreiskommando werde nur auf schriftliche Anweisung der gesamten Reichsregierung handeln, war vorher bei Watter eingeholt worden; die Offiziere des Wehrkreiskommandos waren durch die Erfahrungen ihrer beiden Vorgänger am Vortag gewizigt worden. Für den Posten des Vertrauensmannes der Arbeiterschaft an der Seite Severings einigte sich die Kommission mündlich auf Josef Ernst.

Vergleicht man die Regelung als ganze mit dem Zwischenbericht, den Giesberts am Mittag nach Berlin erstattet hatte, so erkennt man, daß die Arbeitervertreter seitdem nicht nur in der Watter-Frage weiteren Boden preisgegeben hatten. Zwar war jetzt von einer späteren Übergabe der Waffen ans Militär nicht mehr die Rede, aber ebenso fehlte eine Bestimmung, daß das Militär abgezogen werden sollte (es konnte also um das Ruhrgebiet herum stehenbleiben, so daß die Drohung des militärischen Einmarsches weiterhin wie ein Damoklesschwert über der Arbeitsbewegung hing).^{*} Vor allem aber waren jetzt die Zugeständnisse der Arbeitervertreter als *Vorleistungen* formuliert, als Bedingungen dafür, daß die Reichswehr nicht einmarschiere (Punkt 14, erster Satz). Was das Waffenstillstandsabkommen vom Vortag nur als Gefahr, als mögliche Interpretation durch die Gegenseite enthielt, das war hier ausdrücklich formuliert.

Den anwesenden Offizieren freilich war auch das von Severing und Giesberts Zugeständene schon zu viel. Sie prophezeiten, daß die Abgabe der Waffen völlig ungenügend sein und daß der Gegner nach der vereinbarten Frist von 10 Tagen wieder angreifen werde.

Bei der Art, wie dieser Fragenkomplex geregelt wurde, wird ein schwerwiegender Mangel an Kontakt zwischen der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet und den Arbeiterorganisationen in Berlin offenbar. Am Vortag hatten in Berlin die Gewerkschaften, die USP und die SPD, gestützt auf vier „bindende“ Zusagen von Reichskanzler Bauer, zur Beendigung des Generalstreiks aufgerufen; die dritte der Zusagen Bauers hatte gelaute, „daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden“ sollten (II, Seite 129 f.). Wäre den Arbeitervertretern in Bielefeld dies bekannt gewesen (was offensichtlich nicht der Fall war), so hätten sie Severing und den beiden Ministern gleich zu Beginn die Frage stellen können, warum man hier überhaupt in dieser Härte verhandle, warum die Aufständischen sich gar unterwerfen sollten — der Reichskanzler habe doch bereits auf den militärischen Einmarsch verzichtet? Diese Frage hätte die Repräsentanten in die größte Verlegenheit gestürzt, und es wäre an den Tag gekommen, daß Reichskanzler Bauer mit seiner „bindenden Zusage“ die Arbeiterschaft betrogen hätte (II, Seite 129). — Nicht nur hätten die Arbeitervertreter in Bielefeld nicht so große Zugeständnisse zu machen brauchen, wie es dann im Abkommen geschah (falls es überhaupt noch zu einem solchen gekommen

* Über diesen Punkt entstand später eine Polemik zwischen Braß und Giesberts. Braß behauptete, es sei vereinbart worden, daß keine Truppen mehr anrollen sollten; die Reichswehr habe jedoch unausgesetzt weitere Verstärkungen erhalten. Giesberts bestritt, daß eine solche Vereinbarung getroffen worden sei: „Die im Anrollen begriffenen Truppenteile mußten nach ihrem Bestimmungsort befördert werden. Maßgebend und ausschlaggebend war, daß keine Kampfhandlungen vorgenommen wurden“. Der Text des Abkommens spricht für Giesberts.

wäre) — auch in Berlin hätte eine solche Entlarvung der Regierung der Sache der Arbeiter genützt. Die Bielefelder Verhandlungskommission traf nach der Regelung des militärischen Fragenkomplexes auch noch einige juristische Bestimmungen:

„15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgesetzte Regelung [Waffenabgabe usw.] erfolgt ist.

2. [Ergänzung des Berliner 8-Punkte-Abkommens] Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgten. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.

17. Weder der Arbeiter, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und der Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.“

Das Zugeständnis unter 15. können Severing und Giesberts unmöglich in gutem Glauben gemacht haben; ihnen war bekannt, daß Watter auf das Standrecht — wichtiger Bestandteil des verschärften Ausnahmezustands — geradezu fixiert war (die anwesenden Offiziere äußerten denn auch bei diesem Zugeständnis schwere Bedenken). Die Vereinbarung einer Amnestie unter 2. zeigt, daß die Arbeitervertreter glaubten, den Abbruch des Kampfes durch die Rote Armee in äußerster knapper Frist (ca. 12 Stunden) durchsetzen zu können. Im zweiten Satz dieses Punktes (den die Arbeitervertreter vermutlich ohne Zögern zugestanden haben) wurde das Problem übersehen, daß die zahllosen Beschlagnahmen im Laufe der Aufstandsbewegung nach dem Strafgesetzbuch durchaus unter die „gemeinen Verbrechen“ fallen würden. Punkt 17 macht demgegenüber die Genauigkeit der Gegenseite deutlich. In seinem zweiten Teil erscheint er zunächst unverständlich; die Befürchtung, daß die Mitglieder der Reichswehr, der Polizei und der Einwohnerwehren benachteiligt oder belästigt werden könnten, gründete sich auf die Tatsache, daß diese Personen es vor dem Aufstand schwer gehabt hatten, in Berlin unterzukommen, weil die Arbeiter sich weigerten, mit „Noskesöldlingen“ zusammenzuarbeiten.⁴⁴

*

Um 16 Uhr, das Abkommen war noch nicht vollständig ausgehandelt, platzte in die Verhandlungskommission die Nachricht: Artillerieangriff der Roten Armee auf Wesel!⁴⁵ (vgl. II, Seite 189) Die Telefonverbindungen, die, wenn die Aufständischen sie benutzen, so oft von den Postbeamten sabotiert wurden, hatten diesmal ausgezeichnet funktioniert.

Die sträfliche Leichtfertigkeit, mit der die Arbeitervertreter in Bielefeld sich zu Sprechern der gesamten Aufstandsbewegung gemacht hatten, war aufgedeckt. Die vor Wesel liegenden Arbeitertruppen hatten den Waffenstillstand nicht geschlossen; sie befanden sich im Kampf gegen das Militär und taten, was sie für richtig hielten.

Das Wehrkreiskommando Münster reagierte sofort mit folgender Presseerklärung: „In der Presse wird von einem Waffenstillstand zwischen dem Wehrkreiskommando und den Roten Truppen gesprochen. Durch den Befehlshaber oder seinen Bevollmächtigten wurde ein solcher nicht abgeschlossen. Nach Schilderung der Aufstellung der Reichswehrtruppen versprachen lediglich die Führer der Gegenseite, ihre Truppen hinter die Lippe zurückzunehmen, um es zu keiner Gefechtsbeziehung kommen zu lassen. Wäre dies erfolgt, so würde tatsächlich eine vorläufige Waffenruhe eingetreten sein . . . Der Gegner hat aber sein Versprechen nicht gehalten, sondern beschließt heute nachmittag Wesel mit Artillerie und versucht, gegen die Stadt vorzugehen. Ferner sind Teile von ihnen nördlich der Lippe vorgerückt, und bei Haltern werfen sie Verschanzungen aus.“⁴⁶ Die vollkommen einseitige, jedoch nach den Erfahrungen von 1919 voraussehbare Auslegung, die das Wehrkreiskommando dem Bielefelder Waffenstillstand gab, ist deutlich. Zentrum und christliche Gewerkschaften Münsters sekundierten mit einem Telegramm nach Berlin:

„Trotz Waffenstillstand wird Wesel seit mittag von Roter Armee beschossen. Rote Armee geht wider Absprache über die Lippe vor. Krupp arbeitet seit gestern an Munition für Rote Armee. Kommunistische Versprechung wird also nicht gehalten. In Bielefeld anwesendem kommunistischem Vertreter wird viel zu viel Glauben geschenkt. Jetzige Bewegung seit einem Jahre sorgfältig vorbereitet, worüber Materialien in unsern Händen. Kapp-Putsch hat Ausführung ermöglicht.“⁴⁷

Die Berechtigung der vor Wesel liegenden Arbeitertruppen, sich über den Bielefelder Waffenstillstand hinwegzusetzen, wurde bereits festgestellt. Unterschlagen wurde in beiden Verlautbarungen, daß das Waffenstillstandsabkommen sehr wohl eine Zusage des Militärs enthielt — die Arbeiter sollten bei ihrem Abzug nicht behelligt werden — und daß das Militär an einer anderen Stelle der Front diese Zusage gebrochen hatte. Am Morgen hatten nämlich die nördlich von Haltern stehenden Arbeiter den Rückzug eingeleitet. Die Reichswehr rückte nach; um 10 Uhr erschienen zwei Panzerautos in Hausdülmen (südwestlich von Dülmen) und feuerten in die bereits geräumte Ortschaft, größere Mengen Fußtruppen folgten. Die Arbeiter kehrten zurück und versuchten, die Angreifer — etwa 300 Mann — wieder zu vertreiben (ohne Erfolg); sie verloren dabei 26 Gefangene. Vier Verwundete brachten sie ins Lazarett des Kriegsheimkehrerlagers Dülmen. (Als Reichswehrtruppen am nächsten Morgen das Lager besetzten und erfuhren, daß die Verwundeten von der Roten Armee seien, töteten sie sie mit Kolbenschlägen und Bajonettstichen; die Leichen wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.) Die Arbeiter zogen endgültig ab und bezogen vor Haltern eine neue Stellung; daß sie nicht bis hinter die Lippe zurückgingen, wird man nach dem Vorgefallenen begreiflich finden.⁴⁸ Es war ein starkes Stück, wenn das Wehrkreiskommando in seiner Presseerklärung entrüstet davon sprach, daß der Gegner bei Haltern Verschanzungen auswerfe, und dies als Bruch des Waffenstillstands hinstellte. — Die Verhandlungsteilnehmer in Bielefeld erfuhren nichts von dem Waffenstillstandsbruch der Reichswehr nördlich von Haltern, während der Waffenstillstandsbruch der Roten Armee bei Wesel groß herausgestellt wurde. Die erste Reaktion Severings und Giesberts auf die Nachricht vom Artillerieangriff der Roten Armee auf Wesel bestand darin, daß sie alle Abmachungen als

lischer Erfolg gewesen und hätte für das Militär höchst unliebsame Konsequenzen gehabt, an den genannten Schwächen hätte sie jedoch nichts geändert. Die Schwäche der Regierung lag darin, daß sie nicht ohne weiteres das Militär gegen die Aufständischen in Bewegung setzen konnte. Einmal stand sie unter dem Druck der Berliner Arbeiterschaft, der sich über die Gewerkschaften und über die Generalversammlung der Betriebsräte artikuliert. Zum zweiten mußte sie auf die Stimmung in Teilen der Regierungsfaktionen Rücksicht nehmen, die eine Verhandlungslösung befürworteten (am stärksten in der SPD, am schwächsten im Zentrum). Demgegenüber war die Reichswehrführung, die diese Rücksichten nicht zu nehmen brauchte und auch nicht nehmen wollte, zur militärischen „Lösung“ entschlossen. Dagegen standen jedoch die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die neutrale Zone und der Widerstand der Entente; überdies hatte das Militär seinen Aufmarsch noch nicht vollendet. Da die Regierung nun aber auch nicht einfach untätig bleiben konnte — immerhin befand sich die wichtigste Industrieregion in der Hand einer Aufstandsbewegung, und am Rande der Region lagen sich zwei Bürgerkriegsarmeen gegenüber —, lag es nahe, daß sie zunächst den Weg von Verhandlungen beschritt. Dabei brauchte sie allerdings gegenüber Gewerkschaften und Regierungsfaktionen nicht unbedingt positive Verhandlungsergebnisse vorzuweisen, sondern mußte zunächst nur die *Bereitschaft* zu Verhandlungen demonstrieren. Anders gesagt: es war als wahrscheinlich anzunehmen, daß sie nur Scheinverhandlungen führen würde mit dem Ziel, *vorläufig Zeit zu gewinnen*.

Hätten die Aufständischen also gar nicht erst verhandeln sollen? Wir glauben, doch. Die Ablehnung von Verhandlungen kann sich eine revolutionäre Massenbewegung in der Regel nur in einer Position absoluter Überlegenheit leisten. Die Führung solcher Verhandlungen ist natürlich äußerst risikoreich; in vergleichbaren historischen Situationen — im deutschen Bauernkrieg, den Indianerkriegen, dem spanischen Bürgerkrieg — gibt es zahllose Fälle von Täuschung, Ausnutzung der Gutgläubigkeit und betrügerischen Scheinverhandlungen seitens des Gegners. Für den Ruhraufstand von 1920 zeigt die nachträgliche Analyse, daß es mindestens der folgenden Voraussetzungen bedurft hätte, um die Absichten des Gegners zu durchkreuzen:

1. Repräsentation der gesamten Aufstandsbewegung durch die Verhandlungsführer;
2. einheitliche Stellungnahme der Aufstandsbewegung zum Verhandlungsergebnis, was wiederum eine realistische Einschätzung der Lage vorausgesetzt hätte: die Einsicht in die eigene Isolierung und, daraus folgend, die Einsicht, daß man der Regierung im wesentlichen nur solche Zugeständnisse abringen konnte, die das Aufstandsgebiet betrafen, jedoch keine größeren Verbesserungen für die gesamte deutsche Arbeiterklasse, wie z.B. die Auflösung der Reichswehr;
3. Unterzeichnung des Abkommens nicht nur durch die Regierung, sondern auch durch das Militär;
4. in sich klare Formulierung des Abkommens; Verpflichtung des Gegners (in der Form „Zug um Zug“) zu Zugeständnissen, so daß dessen Vertragsbrüche sofort öffentlich festgestellt werden konnten, mit der Möglichkeit für die Aufstandsbewegung, in diesem Fall an die Arbeiterklasse in den anderen Regionen des Reiches zu appellieren (und damit *politische* Aufhebung der Isolierung, die

hinfällig erklärten. Auch die drei anwesenden Offiziere drängten darauf, die Verhandlungen abzubrechen. Die Arbeitervertreter auf der anderen Seite ließen keineswegs ihren Anspruch, Sprecher der gesamten Aufstandsbewegung zu sein, fallen. Sie versuchten, die Erregung zu dämpfen, indem sie die Vermutung äußerten, daß die Nachricht vom Waffenstillstand nicht an die Kampfleitung vor Wesel gelangt sei (falls die Meldung von der Beschießung Wesels überhaupt richtig sei, was man jetzt nicht nachprüfen könne). Giesberts, an einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen interessiert, schlug den Offizieren vor, die Kämpfe bei Wesel zu „lokalisieren“: die Reichswehr solle „hier volle Aktionsfreiheit“ haben, jedoch auf der übrigen Front den Waffenstillstand einhalten. Das wurde von Severing unterstützt, und die Offiziere stimmten dem zu (in dem Sinne, wie sie den Waffenstillstand auffaßten). Die Arbeitervertreter versprachen, sofort zuverlässige Kurier im Auto loszuschicken, um die Rote Armee vor Wesel zur Einstellung des Kampfes zu veranlassen. Stemmer, der zwar nicht mehr der Kommission angehörte, aber in Bielefeld geblieben war, übernahm diese Mission.⁴⁹ Um 19 Uhr wurde das Bielefelder Abkommen, 17 Punkte umfassend, der Presse bekanntgegeben.⁵⁰ Die Unterschriften, die es trug,⁵¹ zeigten bereits an, in welchen Bezirken des Ruhrgebiets seine Annahme einigermaßen gesichert sein würde und in welchen nicht: unterzeichnet hatten Arbeitervertreter aus Düsseldorf, Remscheid und Ronsdorf, Eilberfeld und Barmen (neben dem Sozialdemokraten Enz und Dortmund; es fehlten Charpentier und Tribel), Hagen, Essen, Gelsenkirchen und Dortmund; es fehlten Vertreter aus dem westlichen Ruhrgebiet. Dabei konnten, und das machte das Bild noch ungünstiger, die aus Essen und Dortmund kommenden Unterzeichner nicht für die Aufstandsbewegung in ihren Städten sprechen: Imbusch und Kloft aus Essen waren christliche Gewerkschaftsfunktionäre, Klupsch aus Dortmund war kein Vertreter des Vollzugsrats, sondern gehörte der extrem rechten SPD-Bezirksleitung an.

Auf der anderen Seite hatten nur Severing und Giesberts unterzeichnet. Unterchriften des eigentlichen Gegners der Arbeiter, nämlich des Militärs, fehlten dagegen (präzis: die Arbeitervertreter hätten Severing auffordern müssen, General v. Wätter zur Unterzeichnung nach Bielefeld zu holen, mit der Begründung, im Falle einer Weigerung seien die bösen Absichten des Militärs offenkundig). Eine Stellungnahme der Regierung zum Abkommen lag bei Abschluß der Verhandlungen nicht vor.

Die Konferenzteilnehmer aus dem Ruhrgebiet stiegen in den bereitstehenden Sonderzug und fuhren ins Aufstandsgebiet zurück.⁵²

*

Bevor wir uns der Literatur über die Bielefelder Konferenz zuwenden, müssen wir uns noch einmal die Positionen beider Seiten, ihre Stärken und ihre Schwächen vergegenwärtigen. Die fundamentalen Schwächen der Aufstandsbewegung lagen in ihrer Isolierung von den anderen Regionen des Reiches (überall Beendigung des Generalstreiks, Niederlagen der Arbeiter oder bestenfalls Unentschieden im bewaffneten Kampf), in ihren zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten und in ihrem inneren Regionalismus. Eine Eroberung Wesels wäre zwar ein großer mora-

auf militärischem Felde nicht mehr zu durchbrechen war). Konkret hätte z.B. der zweite und dritte Orientierungspunkt bedeutet, daß die Arbeitervertreter in Bielefeld das Verhandlungsergebnis ausdrücklich als vorläufig und erst nach einer festzulegenden Frist ratifizierbar hätten bezeichnen müssen. In dieser Frist, so wäre zu fordern gewesen, hätten die Regierungsvertreter die Unterschriften der Generale v. Watter und v. Seeckt beibringen sowie eine Zustimmungserklärung der Regierung herbeiführen müssen. Damit hätte die Aufstandsbewegung auch ihrerseits Zeit gehabt, das Verhandlungsergebnis zu diskutieren und zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen.

Keine dieser Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen war bei der Bielefelder Konferenz gegeben bzw. wurde von den Arbeitervertretern durchgesetzt. Stattdessen Unkenntnis der Tricks und Schliche bürgerlicher Verhandlungspolitik, die selbstgefällige Annahme, bei den Arbeitern Autoritäten zu sein, vielleicht aber auch Angstvoll verdrängtes Wissen, daß man betrogen wurde — mit Folgen, die noch zu schildern sind. Zunächst wollen wir uns der *Literatur über die Bielefelder Konferenz* zuwenden, für deren Beurteilung die eben angestellten Überlegungen einen geeigneten Ausgangspunkt bilden.

Die Debatte beginnt mit einer Rede, die Severing am 3. April in Münster vor Pressevertretern hielt und die anschließend von der „Zentrale für Heimatdienst“ als Broschüre verbreitet wurde. Zu einem Zeitpunkt, wo die Reichswehr bereits ins Ruhrgebiet einmarschierte, verteidigte sich Severing in dieser Rede gegen Angriffe aus Kreisen des Militärs, des Zentrums usw., die ihm vorwarfen, überhaupt mit den Auführern verhandelt und die militärische Niederwerfung des Aufstands verzögert zu haben. Severing führte zwei Argumente gegen die Vorwürfe ins Feld: erstens daß der militärische Aufmarsch zum Zeitpunkt der Bielefelder Konferenz noch nicht vollendet gewesen sei, und zweitens, wörtlich:

„Sie (die Bielefelder Konferenz) hatte die Aufgabe, durch Aufklärung den gutgesinnten Teil der Arbeiterschaft von denen zu trennen, denen es nicht auf die Abwehr des Kapp-Putsches ankam, sondern die mindestens die Absicht gehabt hatten, mit kommunistischen Wirtschaftstheorien zu experimentieren. Diese Aufgabe ist durch das Bielefelder Abkommen erreicht. Man hat von diesem Abkommen als von einer Kapitulation der Regierung gesprochen und davon, daß es mit den Bestimmungen der Reichsverfassung kollidiere. Das sind alles billige Redensarten... Die Bielefelder Abmachungen stützen sich zum großen Teil auf die Vereinbarungen, die in Berlin getroffen worden sind, und an denen Vertreter aller Mehrheitsparteien [Regierungsparteien] beteiligt waren. Wenn darin den Arbeitern größere Konzessionen gemacht worden sind, so war das nach den außergewöhnlichen Ereignissen der Putschtage das einzige Mittel, um das tiefe begründete Mißtrauen der Arbeiterschaft zu dämpfen... Eine Regierung, die einer derartigen Volksbewegung gegenüber nur das Mittel der Flinte und der Handgranate kennt, und die politischen Mittel, die zum Erfolg führen könnten, unberücksichtigt läßt, ist keine demokratische Regierung.* Die angewandten politischen Mittel haben, wie

* Man beachte, daß Severing hier als Charakteristikum einer demokratischen Regierung bezeichnet, daß sie den Bürgerkriegsgegner am Verhandlungstisch und anderswo hereinlegt.

gesagt, den beabsichtigten Erfolg vollständig erreicht. Die Bielefelder Abmachungen haben in der Roten Armee wie Sprengpulver gewirkt... Würde so durch das Bielefelder Abkommen eine Schwächung und Auflösung der Roten Armee erreicht, so gestalteten sich die militärischen Machtmittel inzwischen derart, daß erfordernfalls scharf zugegriffen werden [konnte].“⁵³

Diese Argumentation hat Severing in seinem Erinnerungsbuch von 1927* in breiterer Form wiederholt und dabei vor allem den militärischen Aspekt mehr betont: „Ich konnte und wollte unter gar keinen Umständen bei dem Einsatz ungenügender militärischer Kräfte mitwirken, da das... zu einem neuen Fiasco, zu einer weiteren Schwächung der Staatsautorität, zu einem neuen ermunternden Erfolge der Auführer geworden wäre. Ich konnte und wollte einem neuen Einmarsch der Truppe in das Ruhrgebiet nur dann zustimmen, wenn die Gewähr gegeben werden konnte, daß dieser Einmarsch von vornherein mit derart überlegenen Kräften ausgeführt würde, daß ein Widerstand auch den Auführern von vornherein als nutzlos erscheinen mußte. Dazu aber war notwendig, die Teile der Arbeiterschaft der Auführerbewegung zu entziehen, die sich nur zum Schutze der Verfassung ihr angeschlossenen hatten und die nicht daran dachten, den Bolschewisten im Ruhrgebiet die Wege zu ebnen.“⁵⁴

Diese Ausführungen Severings wurden von der gesamten KPD-Literatur zur Grundlage für die Beurteilung der Bielefelder Konferenz gemacht, natürlich mit der Konsequenz, daß sowohl die Teilnahme von Arbeitervertretern an der Konferenz als auch das Konferenzergebnis, das Bielefelder Abkommen, mit den schärfsten Worten verurteilt wurde; am prägnantesten hat Schabrod vom „Bielefelder Dolchstoß in den Rücken der Arbeiterfront“ gesprochen.⁵⁵ Die in der DDR erschienene Literatur hat diese Verurteilung zunächst fortgesetzt.⁵⁶ Seit einigen Jahren jedoch wird hier differenziert. So erklärt die neueste Untersuchung einerseits, daß die von Severing gemachten Zugeständnisse „den Zweck“ gehabt hätten, „die Arbeiterklasse unter Ausnutzung bürgerlich-parlamentarischer Illusionen zu spalten bzw. zu verwirren“, andererseits sieht sie in das Abkommen „wichtige antimilitaristische und demokratische Forderungen der Werktätigen eingeflossen“, die „zum Gegenstand des Massenkampfes“ hätten gemacht werden müssen, vor allem von den Gewerkschaften.⁵⁷

Auffällig ist, daß Severings Ausführungen in keiner einzigen KPD- bzw. SED-Untersuchung kritisch abgeklöpft werden. Dabei wäre dazu aller Anlaß. Zunächst besteht schon allgemein Anlaß zur Skepsis, wenn jemand behauptet, alles sei genau so gekommen, wie er es geplant habe. Sodann muß man die Situation erwägen, in der sich Severing diese Pose des überlegenen Politikers gab: ihm war von rechts der Vorwurf gemacht worden, den nunmehr endlich erfolgten Einmarsch der Reichswehr durch schwächliches und nutzloses Verhandeln verzögert zu haben. Beide Überlegungen stellen die KPD- bzw. SED-Autoren nicht an. Vor allem mißt keine einzige dieser Untersuchungen Severings Worte an der Realität, was doch von marxistischen Historikern unbedingt erwartet werden müßte. Es ist richtig, daß viele Arbeiter nach dem Abschluß des Bielefelder Abkommens die Rote Armee verließen, aber das taten sie nicht auf die geschickten Schachzüge

* Vgl. hier und im folgenden die Einleitung zum 1. Band, Seite 8-17.

Severings hin — dieser hatte keinerlei Autorität bei den Arbeitern mehr —, sondern deshalb, weil einflußreiche und angesehene Arbeiterführer im Ruhrgebiet hinter dem Bielefelder Abkommen standen und — mit Argumenten — dazu aufriefen, es durchzuführen, vor allem aber weil sie selbst durch Augenschein und Nachrichteninformationen zu der Überzeugung gelangten, daß die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes aussichtslos sei. Hier wird ein grundsätzlicher Fehler sichtbar: in der Tradition der kommunistischen Parteien ist durchgehend festzustellen, daß die Bindung der Arbeiter an die Sozialdemokratie und andere nicht-revolutionäre Organisationen überschätzt wird. Es wird nicht gesehen, daß diese Bindung sich vor allem in revolutionären Situationen rapide lockert und daß sie in Massenaktionen — ohne Übertreibung gesagt — verschwindet. An ihre Stelle tritt nicht etwa die Bindung an eine revolutionäre Organisation, sondern primäre Bezüge verstärken sich: an den Wohnbezirk, den Ort, die Region, den Betrieb, die Kampfgruppe.

Statt eine kritische Untersuchung anzustellen, glauben die KPD- und SED-Autoren Severing aufs Wort. Das Ergebnis ist die Vorstellung, der „rechte SPD-Führer“ übernehme seine „historische Rolle, die Einheit der Arbeiterklasse zu spalten“, und führe sie genau wie geplant durch (gelegentlich ist die Vorstellung sogar: im direkten Auftrag der Bourgeoisie). Die Fixierung auf die SPD-Führer führt dazu, daß diese als überragende Größen der Politik erscheinen, die ihren Verrat an der Arbeiterklasse überlegen planen und dann wie geplant durchführen. Gegen diese Verratstheorie ist dreierlei einzuwenden. *Erstens*: Die Vorstellung, bis zum Bielefelder Abkommen habe es eine „Einheitsfront“ der Arbeiter gegeben, ist eine Fiktion. Man muß nämlich zwei Dinge sorgfältig auseinanderhalten. In den Reihen der Roten Armee, das ist das eine, kämpften nebeneinander kommunistische, sozialdemokratische, christlich und liberal organisierte und natürlich auch überhaupt nicht organisierte Arbeiter gegen ihren gemeinsamen Feind, die Putschisten; jedoch gab es, und das ist das andere, von Anbeginn des Kampfes an unterschiedliche Zielvorstellungen für den Kampf,* und zwar nicht nur unter den Funktionären, sondern auch unter den Arbeitern. Bezüglich der Zielvorstellungen hat zu keinem Zeitpunkt eine „Einheitsfront“ bestanden, einfach deshalb, weil es unmöglich war. Die Funktionäre haben zwar, wie wir sahen, das Unmögliche versucht, indem sie auf lokaler Ebene Einheitspapiere für alle beteiligten Organisationen formulierten, aber dieser Versuch scheiterte notwendigerweise überall. *So wenig die Revolution von 1918 ein Dolchstoß in den Rücken der militärischen Front war, so wenig die Bielefelder Konferenz ein Dolchstoß in den Rücken der Arbeiterfront; die Bielefelder Konferenz hat vielmehr die Differenzierung, die von Anfang an in der Aufstandsbewegung vorhanden war, sichtbar gemacht, als sie vorher war.*

Zweitens: Die Überlegenheit, die die KPD- und SED-Autoren Severing zuschreiben, stellt den Blick auf die außerordentlich schwierige Lage, in der er sich befand. Die Regierung, die Severing verrät, war — darauf hat schon Colm 1921 aufmerksam gemacht — eingeklemmt zwischen den Forderungen und Pres-

* Das letztere sehen die KPD- und SED-Autoren zwar auch, aber sie erwähnen es nur am Rande und versuchen, es zu bagatellisieren.

sionen der Arbeiterorganisationen, der Reichswehr und der Entente.⁵⁸ Es war geradezu selbstverständlich, daß Severing und dann auch Minister Giesberts versuchten, erst einmal durch Verhandlungen weiterzukommen. *Aber Verhandlungsversuche in einer solchen Lage haben in der Regel einen pragmatischen Ausfallscharakter und sind nicht mit weitausgreifenden Konzeptionen verbunden.* Man vergleiche nur einmal, was Severing 1927 großspurig über die Art des militärischen Einsatzes gesagt hat — Ich „konnte und wollte“ nur einem Einmarsch mit absolut überlegenen Kräften zustimmen —, mit seinen wirklichen Befugnissen: auf die Entscheidungen der Militärs hatte er keinerlei Einfluß! Das heißt natürlich nicht, daß er auch subjektiv zur Entwicklung einer weitgreifenden Konzeption unfähig war (darüber gleich).

Wohin es führt, wenn man Severing die Überlegenheit abnimmt, die er sich nachträglich gegeben hat, zeigt sich, wenn ihm Dinge zugeschrieben werden, für die er gar nicht verantwortlich war. Colm hatte 1921 zutreffend festgestellt, daß in Bielefeld weder die radikalen Vollzugsräte (an denen die SPD nicht beteiligt war) noch die Mülheimer Kampfleitung (er hätte verallgemeinern können: die Kampfleiter des Weseler Frontabschnitts) vertreten waren.⁵⁹ Aus dieser Feststellung machen die KPD- und SED-Autoren einen heimtückischen Schachzug Severings: dieser habe, schreiben sie, nur einen Teil der Führer des Aufstands eingeladen.⁶⁰ Dabei hat Severing durchaus auch die radikalen Vollzugsräte eingeladen; es war deren eigene Entscheidung gewesen, keine Delegierten nach Bielefeld zu entsenden. Was die Mülheimer Kampfleitung betrifft, so vergrößern die KPD- und SED-Autoren Colms Feststellung dahin, daß sie das Fehlen von Vertretern der gesamten Roten Armee behaupten.⁶¹ Stemmer war jedoch als Vertreter der Hagener Kampfleitung erschienen. Die Kampfleiter des Weseler Frontabschnitts wurden von Severing nicht eingeladen, das ist richtig (die Hagener Kampfleitung übrigens ebenso wenig), aber so gut arbeitete eben Severings Spitzelapparat nicht, daß ihm die Kampfleiter bereits bekannt gewesen wären. Es war Sache der Vollzugsräte, sich mit den ihnen nahestehenden Kampfleitern zu verständigen.

Drittens: Man würde uns mißverstehen, nähme man an, wir wollten die Absichten verharmlösen, mit denen Severing die Bielefelder Konferenz einberief. Natürlich wollte Severing die Aufstandsbewegung auseinandermanövrieren, und seine spezielle Klugheit zielte auf den in der gegebenen Situation größtmöglichen Beitrag. *Aber daß seine Pläne Wirklichkeit wurden, lag nicht an seinem Verhandlungsgeschick, sondern daran, daß die Arbeitervertreter aus dem Ruhrgebiet die schon genannten schweren Fehler machten.*

Hier, bei der Einschätzung von Severings Verhandlungspartnern, geraten wir in einen neuen Gegensatz zu den KPD- und SED-Autoren. Unter den Konferenzteilnehmern, so wird gesagt, dominierten die rechten USP-Führer, und deren „historische Rolle“ ist bekanntlich in der kommunistischen Geschichtsschreibung dieselbe wie die der rechten SPD-Führer: Spaltung und Verrat der Arbeiterklasse. Gelegentlich wird sogar eine direkte Komplizenschaft zwischen Severing und seinen Verhandlungspartnern behauptet.⁶²

Gegen diese Interpretation spricht der ganze Verlauf der Bielefelder Konferenz, wie er hier dargestellt wurde.⁶³ So erscheint es jetzt nur noch notwendig, den Gegensatz in den Untersuchungsprinzipien zu formulieren.

Wir halten die Hauptarbeit der Analyse nicht schon dann für geleistet, wenn man die Zugehörigkeit der Beteiligten zu einer bestimmten Arbeiterpartei und innerhalb derselben zum rechten oder linken Flügel festgestellt hat. Warum z.B. nahmen denn in Bielefeld auch Sozialdemokraten in der Watter-Frage so scharf gegen Severing Stellung, daß die Verhandlungen fast gescheitert wären, wenn ein positives Ergebnis der Konferenz doch für die Spaltertätigkeit der SPD unbedingt notwendig war? Etwa weil es sich zum Teil um linke SPD-Führer handelte, z.B. bei den Elberfeldern? So „links“ wie sie waren die „rechten“ USP-Führer von Hagen allemal! — Und weiter: Angesichts der Tatsache, daß auch die beiden Kommunisten Charpentier und Triebel das Bielefelder Abkommen unterzeichnet haben, verweisen die KPD- und SED-Autoren darauf, daß die beiden sich vor der Fahrt nach Bielefeld nicht mit der KPD-Bezirksleitung verständigt und von dieser nach dem Ende des Aufstands für ihre Unterschrift eine Rüge erhalten hätten.⁶⁴ Befriedigend ist das nicht: ein Faktum wird nicht analysiert, sondern schlicht neben ein zweites Faktum gestellt. Zu fragen wäre doch, worauf es schließen läßt, daß die beiden sich mit der Bezirksleitung ihrer Partei nicht verständigt haben.

Zu beiden Punkten möchten wir folgende These aufstellen: Die Arbeiterführer, die von Vollzugsräten nach Bielefeld delegiert worden waren, betrachteten sich als Vertreter ihres Vollzugsrats und damit des Exekutivorgans der Arbeiterschaft ihres Ortes, sie standen unter dem Einfluß, bei einigen muß man sagen: unter dem Druck der örtlichen und regionalen Verhältnisse; sie betrachteten sich dagegen kaum — manche vielleicht gar nicht — als Vertreter ihrer Partei. Das ist ein Sachverhalt, der angesichts des überhandnehmenden Denkens in Parteikategorien nicht genug betont werden kann. Demgegenüber zeichnet sich ein „wirklicher“, „echter“, „harter“ Parteiführer (der SPD, der KPD oder was sonst) dadurch aus, daß er niemals solche Einflüsse über den Parteikurs Oberhand gewinnen läßt.

Zum Schluß seien noch drei besonders bezeichnende „Irrtümer“ der Literatur berichtigt. Düwell, der 1920 die offizielle Darstellung der KPD-Bezirksleitung über den Aufstand veröffentlichte, schreibt, „die USP- und SPD-Leute“ in Bielefeld hätten sich durch „ihre Auffassung von der Führerrolle“ verleiten lassen, „über die Köpfe der Vollzugsräte hinweg“ zu entscheiden.⁶⁵ In Wirklichkeit waren sie durchaus von Vollzugsräten delegiert, und sie wurden auch nach der Konferenz nicht etwa von diesen Vollzugsräten für ihre Verhandlungsführung getadelt; ihr Fehler lag darin, daß sie so gering veranschlagten, daß gewichtige andere Vollzugsräte in Bielefeld nicht vertreten waren. — Einige KPD- und SED-Autoren behaupten, die Bielefelder Konferenz habe die Kampfkraft der Roten Armee geschwächt und so dazu beigetragen, daß Wesel nicht erobert wurde.⁶⁶ Demgegenüber ist zu wiederholen, daß der Versuch zur Eroberung Wesels am 23. März hätte unternommen werden müssen (II, Seite 188-190). Andererseits hat wie wir sahen, auch am 24. März, als der Bielefelder Waffenstillstand bekannt wurde, kein Rotgardist die Front vor Wesel verlassen; im Gegenteil machte die Nachricht vom Waffenstillstandsbeschuß die Arbeiter erst recht angriffsbereit. Das eigentliche Bielefelder Abkommen gab es erst ab dem 25. März. Von diesem Tag an war es für einen ernsthaften Angriff auf Wesel endgültig zu spät. — Spethmann, der vom Bergbau-Verein beauftragte Historiker, sah in seinem 1928

erschienenen Buch im Bielefelder Abkommen die „restlose Auslieferung der Bevölkerung und ihrer Behörden an den Linksradikalismus“ und „den Sieg der bolschewistischen Idee“. ⁶⁷ Dieses Urteil, das dann in der Nazi-Literatur unzählige Male wiederholt wurde, sollte Spethmann für alle Zeiten als Wissenschaftler diskreditieren.

2. Kapitel

Der Konflikt vor der Entscheidung

1. Bedrohliche Ungewißheit im Aufstandsgebiet

»Im Vertrauen auf die Zusage der Regierung begaben sich zahlreiche Arbeiter, die in der Roten Armee Dienst taten, in ihre Heimatorte zurück.«

Erwin Könnemann: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, Berlin/DDR o. J. (1970), S. 309

Fünf Tage hatten die Aufständischen Zeit, um sich über ihre Stellungnahme zum Bielefelder Waffenstillstand und zum Bielefelder Abkommen schlüssig zu werden — eine lange Zeitspanne, die dadurch zustandekam, daß die Gegner der Aufstandsbewegung in Berlin (Regierung und Reichswehrführung) sich in Schweigen hüllten. Fünf Tage, in denen sich jener Willensbildungsprozeß fortsetzte, den wir vor der Bielefelder Konferenz beobachteten, und zwar in intensiverer Form: die Bielefelder Konferenz hatte Fakten geschaffen, die die Aufständischen zur Stellungnahme zwangen. Es waren zugleich Tage der Ungewißheit und zunehmender Bedrohung: man wußte nicht, wie die Regierung entscheiden würde, während die Reichswehr jetzt ihren Vormarsch begann.

Dem Darsteller erwächst hier eine außerordentlich komplizierte Aufgabe: nicht nur ist der Willensbildungsprozeß abhängig von der höchst unterschiedlichen Lage in den einzelnen Städten, sondern er kann auch nicht richtig verstanden werden, wenn man ihn von den Wirkungen löst, den der Vormarsch der Reichswehr (und das gleichzeitige Schweigen der Regierung) hatte. Gezeigt werden muß außerdem, wie die Aufstandsbewegung sich zunehmend differenziert, ja, teilweise in örtliches Einzelgeschehen auseinanderfällt. Wir wählen daher folgende Darstellungsform: Tag für Tag wird das Geschehen in den Städten und entlang der Front geschildert, und zwar in der Regel unverbunden (wie es der Realität entspricht), oft ohne Kommentar und sprachlich durchgehend im Präsens.

24. März (zweiter Verhandlungstag in Bielefeld)

Hagen. Aus einem Artikel im USP-Blatt geht hervor, warum die Arbeiterführer aus dem Hagener Bezirk in Bielefeld verhandeln und welche Perspektiven sie dabei haben. Das Blatt schreibt:

»Man darf überzeugt sein, daß . . . die neuen Scheinversprechungen der Ebert-Bauer eine politische Episode einleiten werden, die sich von der vollständig unhaltbaren und zwecklosen Politik des letzten Jahres durch nichts unterscheiden wird . . . Wie die Namen der neuen Minister und Kanzler auch lauten mögen, eine Änderung der jetzigen verfahrenen Verhältnisse zum Wohl des Volkes wird ihnen nicht gelingen. Wohl aber wird jeden Tag ein neuer militärisch-monarchistischer Putsch zu befürchten sein . . . Es ist unmöglich, die Lage in ganz Deutschland klar überschauen zu können, aber was man bemerkt, scheint nicht zu der Hoffnung zu berechtigen, daß man überall wie im rheinisch-westfälischen Gebiet eine geschlossene Arbeiterfront hat bilden können und daß anderwärts in manchen Orten leider noch der unselige Bruderkrieg unter den Arbeiterparteien tobt. Das gibt der Reaktion auch unter der Regierung Bauer natürlich starke Rückendeckung. Wenn sie diesmal noch einmal vor der Vernichtung bewahrt bleibt, die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse noch nicht verwirklicht werden können, ein schwächliches Kompromiß geschlossen werden muß, so ist schuld daran die noch immer nicht überall geschlossene Kampffront der Arbeiter«.¹

Ernst, der in der vergangenen Nacht Anweisung an die Front gegeben hat, die Linien zurückzunehmen,² erhält Meldungen, daß fortdauernd weitere Truppenverstärkungen für die Reichswehr eintreffen, daß die Reichswehr langsam vorrückt und daß in Oelde Reichswehroffiziere erklärt haben, »sie wüßten nichts von Waffenstillstand und Frieden«. Ernst teilt das in einem Telegramm an Reichspräsident Ebert mit und bittet »dringend, weitere Truppenverschiebungen zu verbieten und Offiziere, die gegen den Befehl handeln, offen als Meuterer zu erklären«.³ — Als spätabends die Konferenzteilnehmer aus Bielefeld zurückkehren, ist Ernst mit dem erreichten Ergebnis sehr zufrieden. Nur die Aussicht, von Severing als Vertrauensmann der Arbeiterschaft nach Münster berufen zu werden, findet er nicht erfreulich; nach seinen eigenen Worten kann er sich »eine ersprießliche Tätigkeit . . . neben General v. Watter nicht vorstellen«.⁴ Ludwig schreibt einen Artikel für das USP-Blatt, in dem er über den Verlauf der Bielefelder Konferenz berichtet, den geschlossenen Kompromiß rechtfertigt und dann praktische Konsequenzen zieht:

»Jetzt gilt es sofort die Bedingungen zu erfüllen, Freilassung der Gefangenen auf beiden Seiten, Heimtransport der Truppen, unsere Wehren in die Heimatorte, die Reichswehr in die Garnisonen, wo sofort mit der Umbildung der Reichswehr nach den Bedingungen begonnen werden soll. Die Parteigenossen müssen

¹ Die Tatsache, daß er für diesen Posten vorgesehen worden war, wird Ernst den Vorwurf eintragen, daß er »verkauft« sei. Vermutlich hat dieser Vorwurf ihn in seinen Bedenken bestärkt, so daß er schließlich die Übernahme des Postens ablehnte.

sich sofort entschließen, einzutreten in die Reichswehr in möglichst großer Zahl. . . Dasselbe trifft zu auf die sofort zu bildenden Ortswehren, die sehr schnell durchzuführen ist, weil bereits ein fester Stamm durch die jetzigen Kampftruppen vorhanden ist".⁵

Ludwig legt das Bielefelder Abkommen also sehr günstig aus, nämlich als zweiseitige Verpflichtung; dabei steht zumindest vom Abzug der Reichswehr in die Garisonen kein Wort darin. — Ernst leitet die Durchführung des Abkommens sofort ein: die Arbeiterruppen an der Front weist er an, jede Kampfhandlung zu unterlassen,⁶ zwei Offiziere des Freikorps Lichtschlag, die vor einigen Tagen nicht wie die anderen Offiziere aus dem Rathaus entflohen sind (I, Seite 203) und sich noch in Haft befinden, werden freigelassen.⁷ — Für den 26. März wird eine große regionale Konferenz der drei Arbeiterparteien nach Hagen einberufen, ähnlich jener, auf der die Hagener Richtlinien beschlossen worden waren.

Essen. Unter der Schlagzeile „Macht dem Blutvergießen ein Ende!“ schreibt das SPD-Blatt:

„ . . . der Kappsche Putsch hat nach seiner Niederlage ein Damoklesschwert heraufbeschworen . . . die Diktatur des Proletariats . . . Trotzdem die Kapp-Verbrecher endgültig erledigt sind, steht Bruder gegen Bruder im erbitterten Waffenkampf gegenüber und Hunderte von kostbaren Menschenleben sind um eines Prinzips willen geopfert worden, das hier undurchführbar ist und fast restlos von seinen einsichtigen Anhängern fallen gelassen wird“. Die Arbeiter haben die Freikorps vernichtet. „In der irrigen Auffassung, daß damit die Reaktion noch nicht beseitigt ist, wollen die Arbeiter die Waffen noch nicht aus der Hand legen und den Kampf weiter fortführen. Daß die Regierung, die nach dem Kapp-Putsch nun wieder verfassungsmäßige Zustände herbeiführen muß, damit nicht einverstanden sein kann, sollte auch denjenigen einleuchten, die . . . die Diktatur des Proletariats aufrichten wollen“.

Jeder einsichtige Sozialist habe in der augenblicklichen Situation die Pflicht, eine friedliche Verständigung zu suchen, und das habe wohl auch die Regierung bewogen, die Minister Braun und Giesberts nach Bielefeld zu entsenden. — Nach einem kurzen Bericht über den ersten Verhandlungstag und das Waffenstillstandsabkommen von Bielefeld drückt das Blatt die Hoffnung auf einen glücklichen Abschluß der Konferenz aus und schließt mit dem Ruf an die bewaffneten Arbeiter: „Besinnt Euch! Macht dem Blutvergießen ein Ende!“⁸ — Die Vollversammlung des Vollzugsrats entscheidet, daß dieser Artikel die erlassenen Zensurbestimmungen (II, Seite 55) verletzt, indem er sich „in verächtlicher Weise über das Wesen der Räterediktatur“ äußert, und verbietet die Zeitung für drei Tage⁹ (am nächsten Tag hebt der Vollzugsrat jedoch das Verbot bereits wieder auf).¹⁰ Es ist das zweite Verbot einer SPD-Zeitung (ein drittes und letztes wird in Duisburg erfolgen).

Der politische Redakteur des USP-Blatts, Dr. Stern, ist über die Nachricht vom Bielefelder Waffenstillstand aufs äußerste aufgebracht. Während er zwei Tage zuvor vor den Betriebsräten zur vorläufigen Mäßigung geraten hat, kehrt er jetzt zu seinem ursprünglichen Standpunkt des Alles oder Nichts zurück (vgl.

Seite 25) und verfaßt einen geharnischten Artikel, der am folgenden Tag unter der Schlagzeile „Es gibt kein Zurück“ erscheint:

„Von Bielefeld kommt der Befehl, die Kampfhandlungen einzustellen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man in Bielefeld zu einer endgültigen Verständigung zu kommen hofft. Da ist es notwendig, rechtzeitig darauf hinzuweisen, daß eine Verständigung, die den Arbeitern die Waffen aus der Hand schlägt, die Reaktion bewaffnet läßt, vollständig ausgeschlossen ist. Man sucht uns einzulullen, indem man die Situation so darstellt, als ob die Reaktion mit dem Sturze der Kappregierung bereits erledigt wäre [eine Anspielung auf den oben zitierten Artikel des SPD-Blatts]. Man vergißt, daß der Reaktion im Osten ein Aufmarschgebiet zur Verfügung steht und daß ein großer Teil der Regierungstruppen, auch derjenigen, die sich für die Verfassung erklärt haben, nur auf den Augenblick warten, in welchem sie sich zu einer monarchistischen Regierung bekennen können. Es gibt kein Mittelglied zwischen Reaktion und Alleinherrschaft der Arbeiterklasse. Nur wenn die Arbeiterklasse in ganz Deutschland in Waffen steht, sind wir vor einer Wiederkehr der Reaktion gesichert. Wenn sich die Arbeiterschaft durch die allerschönsten Versprechungen einer rein sozialistischen, noch so links gerichteten Regierung verführen ließe, die Waffen aus der Hand zu legen, so würde diese Regierung nach kurzer Zeit, um sich halten zu können, gegen die Arbeiterschaft vorgehen müssen. Sie würde keine andere Stütze dabei finden als die Reaktion und das alte Spiel würde von neuem beginnen“.¹¹

Eine Meldung vom Waffenstillstand, die aus Hagen nach Essen gelangt ist, versteht Stern mit folgendem Kommentar:

„Wenn dieser Waffenstillstand zu einer dauernden Verständigung führen soll, wie angekündigt wird, dann haben neben den Unterhändlern in Hagen auch die revolutionären Arbeiter und Rotgardisten ein entscheidendes Wort mitzureden, was die Herren in Berlin nicht vergessen mögen!“¹²

Diese Stellungnahme ist auch die der Essener KPD-Führer. Sie lehnen das Bielefelder Abkommen, als es am Abend bekannt wird, entschieden ab und nehmen dabei mit besonderer Empörung zur Kenntnis, daß es auch von den Parteinossen Charpentier und Triebel unterzeichnet ist. Das KPD-Organ enthält am nächsten Tag schärfste Angriffe gegen die beiden wegen ihrer Mitwirkung „an diesem unerhörten Resultat . . . , durch das den Arbeitern die errungenen Ergebnisse zur Hälfte aus der Hand geschlagen werden sollen“; dazu erklärt die Bezirksleitung der KPD, die beiden hätten selbständig ohne Parteiauftrag gehandelt, und in der kommenden Bezirkskonferenz würden entsprechende Maßnahmen getroffen.¹³

Eine nüchterne Betrachtung der Lage wird in Essen dadurch erschwert, daß die Rote Armee um 22 Uhr in den Straßen die Eroberung Wesels ausrufen läßt (eine Fälschmeldung).¹⁴

Von Berlin kommend trifft im Auftrag der KPD-Zentrale Wilhelm Pieck in Essen ein.¹⁵ Er hat am Vortag noch an der entscheidenden Generalversammlung der Berliner Betriebsräte teilgenommen, die entgegen dem von ihm eingebrachten Antrag den Abbruch des Generalstreiks beschloß (II, Seite 131). Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen Pieck und den Essener KPD-Führern: Pieck hat die bessere Übersicht und weiß, daß der Kampf in Berlin und im übrigen

Deutschland zuende und die Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet isoliert ist. Er hat daher einiges Verständnis dafür, daß in Bielefeld verhandelt worden ist. Andererseits durchschaut er sofort die fundamentale Schwäche des Bielefelder Abkommens: die Berliner 8-Punkte-Vereinbarung, auf der es basiert, ist alles andere als gesichert. Pieck hält daher neue Verhandlungen mit der Regierung für erforderlich. Dafür wäre jedoch Vorbedingung, daß die Aufstandsbewegung in Zukunft einheitlich auftritt, woran es bisher allzusehr gefehlt hat; Pieck schlägt deshalb vor, daß am nächsten Tag Vertreter aller Vollzugsräte und Kampfleitungen in Essen zusammenkommen sollen, um zu der durch das Bielefelder Abkommen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Dem stimmen die Essener KPD-Führer zu, und die Einladungen werden den Vollzugsräten und Kampfleitungen übermittelt.¹⁶ Außerdem schiekt Pieck, da er aus den Berichten der Essener die Bedeutung der Hagener Kampfleitung erkannt hat, ein Auto nach Hagen, das Ernst nach Essen holen soll.¹⁷

Lippefront. In einem Bogen südlich von Münster beginnt der Aufmarsch einer Reichswehrdivision, gegliedert in drei Untergruppen. Von den Truppen sind hervorzuheben: das putschistische Freikorps Hindenburg, das vor einer Woche in Hannover in eine Demonstration geschossen und dabei elf Menschen getötet hatte (II, Seite 153); zeitfreiwillige Studenten von Hannover und Göttingen; die Akademische Wehr Münster (750 Mann) in drei Bataillonen (das erste aus Waffenstudenten bestehend, das zweite aus Mitgliedern der katholischen Verbindungen, das dritte, von Martin Niemöller geführte aus den Nichtkorporierten); das Jäger-Bataillon 7, das sich im Ruhrgebiet durch besondere Brutalität auszeichnet; eine Abteilung des Freikorps Lützow, die beim Kapp-Putsch nicht in Remscheid gelegen hatte und deshalb der Niederlage gegen die Rote Armee entgegen war.¹⁸

Die nördlich von Haltern stehenden Rotgardisten gehen am Morgen auf die Nachricht vom Bielefelder Waffenstillstand hin zurück. Reichswehr folgt ihnen vertragswidrig und schießt mit zwei Panzerautos in das bereits geräumte Dorf Hausdülmen. Zurückkehrende Rotgardisten sind zu schwach, um sie wieder zu vertreiben (s. oben Seite 83). — Am Nachmittag scheidet der Versuch der vor Wesel liegenden Roten Armee, die belagerte Festung sturmreif zu schießen. Die Rotgardisten sehen darin jedoch alles andere als die Wende des Kampfes, im Gegenteil empfinden sie ihre Stärke nach dem Artillerieangriff mehr denn je. Sie seien, schreibt der Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ am folgenden Tag, geradezu „siegestrunknen“.¹⁹

Buer/Hamm/Schermebeck/Marl. Fünf Herren aus Buer, darunter der Chefredakteur der „Buerschen Zeitung“, Kessels, fahren im Auto nach Bielefeld, um sich über die dortigen Verhandlungen zu informieren (die Telefonverbindung zwischen beiden Städten ist gesperrt). In Hamm treffen sie Stemmer, der aus Bielefeld kommt, wo er soeben den Auftrag erhalten hat, für die Einstellung des Kampfes an der Weseler Front zu sorgen (s. oben Seite 84). Stemmer teilt ihnen das bisherige Verhandlungsergebnis mit und bittet sie dringend, sofort nach Dorsten zurückzufahren und die dortige Kampfleitung zur Einhaltung

des Waffenstillstands aufzufordern; sie sollten insbesondere darauf hinweisen, daß die Reichswehr fortgesetzt große Verstärkungen aus Süddeutschland erhalte, so daß es besser sei, sich mit den in Bielefeld erhaltenen Zugständnissen zu begnügen, als den immer aussichtsloser werdenden Kampf fortzusetzen. Die Bueraner willigen ein. In Dorsten finden sie die Räume der Kampfleitung im Hotel Eschershaus leer; man sagt ihnen, die Kampfleiter befänden sich an der Front. Sie fahren weiter über Schermebeck hinaus bis zu den vordersten Linien, die unter schwerem Geschützfeuer aus Wesel liegen. Mehreren Matrosen, die sich als Führer der Rotgardisten zu erkennen geben, teilen sie die Bielefelder Beschlüsse und die Aufforderung von Stemmer mit. Die Matrosen sprechen sich für die Einhaltung des Waffenstillstands, d.h. für den Rückzug hinter die Lippe aus; nur in Dorsten wollen sie eine befestigte Stellung nördlich der Lippe errichten, um den Flußübergang gegen die Reichswehr zu sichern.

Auf der Rückfahrt werden die Bueraner bei Schermebeck von einer Schar Bewaffneter angehalten. Der Reichswehrspitzel Karusseit (II, Seite 183-185), mit Stolz sich als „Oberkommandierender West“ bezeichnend,* pflanzt sich vor ihnen auf: „Ihr seid zur Front gefahren, ohne die Erlaubnis des Oberkommandos dazu erhalten zu haben. Von Bielefelder Beschlüssen wissen wir nichts und wollen wir nichts wissen. Jeder, der sich auf Verhandlungen mit den Noskiden einläßt, ist ein Verräter und muß dementsprechend behandelt werden. Ihr habt euch zu Mitschuldigen dieser Verräter gemacht . . . Wenn jetzt das schwere Artilleriefeuer auf unseren Linien liegt, so trägt eure verräterische Vermittlung Schuld daran“. Zu den umstehenden Rotgardisten: „Leute, macht Euch fertig und stellt die Kerle an die Wand!“ Zwei Bewaffnete verlangen jedoch eine genauere Untersuchung; es kommt zu einer Auseinandersetzung, und Karusseit muß sich vorläufig damit begnügen, die Bueraner im Stall einer Ziegelei einsperren zu lassen. — Den Verhafteten gelingt es, einige ihrer Bewacher ins Gespräch zu ziehen und dazu zu bewegen, selbständig mit der Kampfleitung Marl, Karusseits vorge-setzter Stelle, Verbindung aufzunehmen. In Marl ist inzwischen Stemmer getroffen. Dieser verlangt von Karusseit telefonisch die sofortige Freilassung der Verhafteten. Karusseits Antwort: „Meine Leute verlangen die Erschießung der Verräter und dem muß ich nachkommen, auch wenn Herr Stemmer oder sonst jemand dagegen ist! Den Verhafteten gegenüber bestätigt der kleine Diktator sein Todesurteil und ruft dem Wachposten im Abgehen zu: „Also vor Morgen grauen liegen mir die Hunde!“ Doch dazu kommt es nicht: ein Rotgardist, der auf Bitten der Verhafteten mit dem Fahrrad zur Kampfleitung nach Marl gefahren ist, kommt mit einem schriftlichen Befehl an Karusseit zurück, die Verhafteten „sofort nach Marl zu transportieren“. Diesen Befehl endlich führt Karusseit aus.²⁰

Ebenfalls noch in der Nacht erhält Karusseit einen weiteren Befehl der Kampfleitung Marl, unterzeichnet von Stemmer, der ihn zur Räumung des nördlichen Lippeufers entsprechend dem Bielefelder Waffenstillstand auffordert.²¹ Karusseit führt diesen Befehl aus,²² aber in einer für einen Agenten typischen Weise: durch

* Diese Bezeichnung und die damit verbundene Kompetenz hat Karusseit an diesem Tag in einer Vereinbarung mit der Kampfleitung Marl erhalten (II, Seite 73).

Abgesandte machte er dem Militär in Wesel Mitteilung, daß die Rote Armee sich hinter die Lippe zurückziehe und, nicht genug damit, er behauptet, daß die zurückgehenden Einheiten ihre Waffen an bestimmten Punkten in Peddenberg und Scherbeck niederlegten, wo sie am nächsten Morgen abgeholt werden könnten. (Ob es sich bei dieser Angabe um eine bewußte Lüge handelt, ist nicht mit Sicherheit auszumachen. Im Bielefelder Waffenstillstandsabkommen steht jedenfalls kein Wort von Waffenabgabe.) Als das militärische Abholkommando aus Wesel sich am Morgen Peddenberg nähert, erhält es MG-Feuer: Karuseit hat der militärischen Propaganda einen Beweis für die Wortbrüchigkeit und Hinterhältigkeit der Roten geliefert.³³

25. März

Hagen. Das USP-Blatt betrachtet den bewaffneten Kampf als beendet und würdigt das Erreichte:

„Viel kostbares Arbeiterblut ist in diesen Tagen geflossen . . . Ist das Erreichte der Opfer wert? Noch befinden sich die Dinge im Fluß . . ., aber folgendes steht geschichtlich fest: Ohne den Kampf der gesamten Arbeiterschaft wäre die Kapp-Regierung im Sattel geblieben. Die bürgerlichen Parteien hätten sich mit ihr in irgendeiner Weise verständigt. Wir hätten, um es kurz zu sagen, ein zweites Ungarn mit dem Massenmord der Arbeiter bekommen! . . . Diese entsetzliche Gefahr ist abgewandt worden, und nicht nur für den Moment, sondern in der deutschen Republik für alle Zeiten . . .“

Der Ludendorffsche Militarismus, die fürchterlichste Geißel der Menschheit, ist zwar noch nicht ganz in den Kot getreten. Aber er ist tödlich getroffen . . . Er wird in Deutschland nie mehr zur Herrschaft kommen. Die westfälischen Arbeiter gaben ihm den todbringenden Streich . . .“

Die allgemeine politische und wirtschaftliche Weltkonstellation versperrt dem letzten und höchsten Ziel, dem Sozialismus, einstrahlen noch den Weg, aber unübersteiglich scheinende Schranken sind von den stürmenden Arbeitern zu Boden gerissen worden: die Bahn zum letzten Siegesmarsche ist frei!³⁴

Der Aktionsausschuß Hagen erläßt folgenden Aufruf und verbreitet ihn durch Flugblätter und durch Veröffentlichung in den Zeitungen:

„Der Aktionsausschuß Hagen erkennt die von der Waffenstillstandskommission in Bielefeld aufgestellten Bedingungen an.

- Sämtliche Aktionsausschüsse werden aufgefordert,*
- 1. eine gleiche Erklärung abzugeben,*
 - 2. für die Durchführung dieser Bedingungen . . . Sorge zu tragen,*
 - 3. die wilden ungesetzlichen Beschlagnahmen, insbesondere von Lebensmitteln,*

** Man braucht dabei nicht anzunehmen, daß Karuseit einen Hinterhalt gelegt hat; es genügt, daß diejenigen Rotgardisten bei Peddenberg, die nicht seinem Kommando unterstanden, sondern zu den um Hünxe liegenden Einheiten gehörten, von seiner Aktion nichts wußten und das Abholkommando, das sie selbstverständlich für Angreifer hielten, unter Feuer nahmen.*

im Interesse der Aufrechterhaltung der Lebensmittellieferung unbedingt zu unterlassen.

Nur so wird es möglich sein, weiteres Blutvergießen zu verhindern und das unendliche Unheil über das Industriegebiet und ganz Deutschland abzuwenden.“

Unterzeichnet ist dieser Aufruf von den Vorsitzenden der drei Arbeiterparteien.²⁵ Um 10 Uhr fahren vier Autos mit Flugblättern nach Oberhausen und Hamborn, wo der Aufruf unter den bewaffneten Arbeitern verteilt werden soll, um sie zur Einstellung der Angriffe auf Wesel zu bewegen.²⁶

Oberbürgermeister Cuno für den Stadtkreis und Landrat v. Salmuth für den Landkreis Hagen erlassen einen Aufruf, in dem aus dem Bielefelder Abkommen die Konsequenzen gezogen werden, die sich für die Kommunalbehörden ergeben.²⁷ Sie versenden diesen Aufruf an die städtischen und staatlichen Behörden des gesamten Industriegebiets.²⁸

Die politische und die militärische Zentrale, die der Aktionsausschuß eine Woche zuvor für das gesamte Industriegebiet gebildet hat (s. oben Seite 16), erlassen vier detaillierte Durchführungsverordnungen für das Bielefelder Abkommen, die über WTB verbreitet werden: 1. zur Bildung der Ortswehren, zur Entaffung aller Personen, die nicht den Ortswehren angehören, und zur Aufbewahrung der eingesammelten Waffen, 2. zur Einsammlung von Heeresgut, das die Arbeiter in den Kämpfen der Reichswehr abgenommen haben, 3. zur Unterbindung von Lebensmittelbeschlagnahmen, 4. zur Unterlassung aller weiteren Kampfhandlungen seitens der bewaffneten Arbeiter. Die militärische Zentrale, d.h. die Kampfleitung Hagen, erklärt sich gleichzeitig mit dem heutigen Tage für aufgelöst.²⁹

Der Aktionsausschuß Hagen hebt die Zeitungszensur auf. Das rechtsbürgerliche „Westfälische Tageblatt“, das in den Putschtagen für Kapp eingetreten ist, benutzt die neugewonnene Freiheit zu einer wüsten Hetze gegen die Arbeiter. Es bezeichnet das Berliner 8-Punkte-Abkommen und das Bielefelder Abkommen als Bruch der Verfassung und höhnt über die bürgerlichen Mittelparteien, die sich immerzu von den Sozialisten hereinlegen ließen.³⁰

Der Vorplatz des Hagener Hauptbahnhofs wird zur Begrüßung der von der Front zurückwarteten Rotgardisten geschmückt. Die Enneperstraße, die durch die wichtigsten Arbeiterviertel der Stadt verläuft, gleicht nach dem Bericht einer bürgerlichen Zeitung „einer Triumphstraße“: aus fast jedem Haus hängen Fahnen.³¹ Am Nachmittag treffen die ersten Rotgardisten ein.³²

Hagen/Eszen/Mülheim. Um 2 Uhr nachts erscheint die KPD-Delegation aus Essen bei Ernst und bittet ihn, nach Essen zu kommen, um dort die für das Bielefelder Abkommen sprechenden Argumente vorzutragen; dort und in Mülheim gebe es starke Widerstände gegen die Annahme des Abkommens. Ernst erklärt sich dazu bereit. Nach langer Fahrt — in der Dunkelheit verirrt sich der Fahrer — beginnt um 6 Uhr morgens die Aussprache zwischen den Essener KPD-Führern, Pleck und Ernst. Düwell und Eppstein lehnen das Bielefelder Abkommen mit heftigen Worten ab; vor allem Eppstein bezeichnet es als „vollkommen ungenügend“, u.a. weil die Amnestiezusage nur die Zeit seit dem Kapp-Putsch, nicht die ganze Vergangenheit umfasse. Die Meinungen bleiben geteilt. Am Ende der

Auseinandersetzungen bitter der annahmehereite Teil der Kommunisten Ernst, auch noch mit nach Mülheim zu fahren, um mit der dortigen Kampfleitung, die vollkommen ablehnend sei, zu verhandeln. Ernst erklärt sich auch hierzu bereit und fährt zusammen mit Pieck nach Mülheim.³⁸ Beide treffen dort mit dem Vollzugrat und dem Oberbefehlshaber der Front vor Wesel, Müller (Dudo), zusammen. Die Mülheimer empfangen sie mit eisiger Ablehnung; das Bielefelder Abkommen bezeichnen sie als „nackten Verrat“. Ernst zählt demgegenüber die Gründe für die Annahme des Abkommens auf. Als er den beginnenden Munitionsmangel nennt, lachen die Mülheimer ihn aus und behaupten, „seit Tagen würde bereits neue Munition gemacht“. Pieck fragt jedoch nach, und daraufhin geben die Mülheimer zu, daß die Rote Armee vor Wesel nicht genügend Gewehrmunition hat und auch nicht regelmäßig Verpflegung erhält, vor allem aber daß die für die Erstürmung der Stadt notwendigen Großkampfmittel vorerst noch fehlen. Trotzdem lehnen sie die Durchführung des Waffenstillstands ab, weil sonst „die Regimentstruppen Zeit gewinnen würden, ihre Kräfte zu konzentrieren“. Ernst antwortet ihnen hart, „daß sie sich im Interesse der gesamten Arbeiterklasse fügen müßten“. Daraufhin erklären die Mülheimer ihn für verhaftet und drohen ihm, ihn an die Wand zu stellen. Als Pieck zu vermitteln versucht, wird er als ebenfalls bremsender „Oberbonze von Berlin“ bezeichnet. Plötzlich stürzt jemand herein und ruft: „Wesel ist gefallen!“ Die Mülheimer glauben das sofort. Die Situation ist gerettet; weitere Diskussionen werden beiderseits für zwecklos erachtet.³⁴

Auf der Rückfahrt nach Essen äußert Pieck: „Das sind keine Kommunisten, sondern wildgewordene Spießer“. Das Verhalten der Mülheimer sei „Dummheit oder Spitzelarbeit“. Noch mehr als bisher ist Pieck überzeugt, daß die Aufstandsbewegung sich eine Spitze geben muß, die dann ihren Führungsanspruch auch gegenüber den Kampfleitern durchzusetzen hat. Ernst ist bei der Auseinandersetzung zu der Überzeugung gekommen, daß das weitere Vorgehen gegen Wesel den Einmarsch der Reichswehr geradezu provoziert und daß daher die organisierte Arbeiterschaft (zu der er die Mülheimer Führer nicht rechnet) die Durchführung des Bielefelder Abkommens notfalls mit Waffengewalt gegen die bestehenden Widerstände durchsetzen muß.³⁵

Vollzugrat und Kampfleitung Mülheim erklären in der Presse, daß für sie die Bielefelder Vereinbarungen, die ohnehin von beiden Seiten (Reichswehr und Roter Armee) nicht eingehalten würden, „nicht bindend“ seien. Das Bielefelder Abkommen sei „für die revolutionäre Arbeiterschaft nicht maßgebend, weil die Teilnehmer der Konferenz in keinerlei Auftrag handelten“ und die von der Regierung gemachten Zugeständnisse ungenügend seien.³⁶

Dorsten. Karusselt, der inzwischen gemerkt hat, daß er mit seiner Ablehnung der Bielefelder Vereinbarungen nicht allein steht, sondern bei den Mülheimer Kampfleitern Rückenstärkung finden kann, lehnt alle weiteren Befehle Stemmers ab. Es kommt zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf Stemmer — wie Ernst in Mülheim — mit Erschießung bedroht wird.³⁷ Gestützt auf Rotgardisten aus Gelsenkirchen, die auch den Sicherheitsdienst in Dorsten übernehmen — die örtliche Arbeiterwehr wird aufgelöst, der örtliche Aktionsausschuß weitgehend

ausgeschaltet —, ergreift Karusselt die Zügel in der Kampfleitung Dorsten.³⁸

Hagen. Am Abend legt Stemmer, verbittert über die Haltung der westlichen Kampfleiter und Karusselts, seine Funktion als Kampfleiter nieder.³⁹ In den nächsten Tagen hält er sich zeitweilig außerhalb des Ruhrgebiets auf; am 28. März spricht er in Frankfurt am Main auf einer Solidaritätskundgebung der USP für die Ruhrarbeiterschaft. Hier verlangt er von der Regierung Anerkennung des Bielefelder Abkommens und Änderung des Betriebsrätegesetzes zugunsten der Arbeiterinteressen. Er kündigt Einhaltung und rasche Verwirklichung des Bielefelder Abkommens durch die Arbeiter an, insbesondere den Aufbau der Arbeiterwehren, und erklärt unter dem Beifall der Versammelten: Wenn trotz des Bielefelder Abkommens „Truppen in das Industriegebiet kommen, werden wir sofort loschlagen und erwarten, daß die deutschen Arbeiter uns durch [einen] Generalstreik unterstützen.“⁴⁰

Essen. Die Kampfleiter der vor Wesel liegenden Roten Armee verbreiten folgenden Flugblatt:

„An die Rote Armee!

Genossen! Ihr seid, Eurem gesunden Menschenverstande folgend, zu den Waffen gewillt. Ihr habt Euch nicht geschämt, dem Tod ins Auge zu schauen. Ihr habt nicht gerecht und gerechnet. Ihr fragt nicht nach Parteizugehörigkeit und Konfession. Ihr kämpft für die Freiheit, das Recht der Arbeit.

Kämpfend werdet Ihr siegen!

Flaumacher, Miesmacher werden an Euch heranreten, Euch sagen, das gesteckte Ziel könnte nun durch Verhandlungen erreicht werden. Berufsschwätzer werden ihre Stunde als gekommen erachten, den Kubhandel zu eröffnen — um zu ernsten.

Genossen! Wir wollen Eure Leidenschaften nicht aufpeitschen, indem wir an die durch die Baltikum-Bestien verübten Greuel an wehrlosen Gefangenen und Krankpflegerinnen erinnern. Aber Ihr habt Euch vor Augen zu halten, daß das, was jetzt schon während des Kampfes geschieht, nur eine Bagatelle sein wird. Ihr gesiegt habt.

Den Abbruch des Kampfes können nicht Schwätzer bestimmen, sondern Ihr selbst — durch Eure Führer.

Seid wachsam, nun Ihr gewarnt seid.

Die militärische Leitung.⁴¹

Dieses Flugblatt ist nicht zuletzt eine Warnung vor der Konferenz der Vollzugsräte, die um 15 Uhr im großen Saal des „Evangelischen Vereinshauses“ in Essen (ein Hotel in der Nähe des Hauptbahnhofs) beginnt.⁴² Die Vollzugsräte von etwa 70 Orten haben rund 200 Delegierte entsandt — es ist die erste Konferenz, in der annähernd das ganze Spektrum der Aufstandsbewegung zum Ausdruck kommt. Auch mehrere Kampfleiter der Front vor Wesel sind erschienen.⁴³

Oettinghaus (Metallarbeitersekretär aus Milspe, USP) erstattet einen Bericht über die Bielefelder Konferenz. In ersten Worten setzt er auseinander, warum es notwendig gewesen sei, in Bielefeld zu verhandeln: er nennt die Isolierung

der Aufstandsbewegung, die ständig zunehmende Stärke der Reichswehr, die wachsenden Ausrüstungs- und Versorgungsschwierigkeiten im eigenen Lager. In und um Münster lägen etwa 13.000 Mann Reichswehr, und aus Süddeutschland seien bereits mindestens 20.000 Mann in Lippstadt und Rheda eingetroffen; beträchtliche weitere Verstärkungen seien noch unterwegs. Es handele sich um dieselben Truppen, die vor einem Jahr in München bei der Zerschlagung der Räterepublik gehaust hätten. Ihre Kampfmoral sei mit Mitteln der Propaganda nicht zu untergraben. (Es gab solche an die Reichswehr gerichtete Propaganda; ein Flugblatt hatte Oettinghaus selbst verfaßt.) Demgegenüber beginne es der Roten Armee an Munition zu fehlen, so gut wie völlig fehle es an Artillerie, es mange an Decken, Kleidung und anderen unbedingt notwendigen Ausrüstungsgegenständen, und die Nahrungsmittel gingen zur Neige, so daß die Gefahr drohe, daß die Bevölkerung gegen die Aufstandsbewegung aufgebracht werde. Auch die Eroberung Wesels würde nicht viel weiterhelfen, „solange nicht die Revolution in Süddeutschland, Berlin, Hamburg und in anderen Teilen Deutschlands aufflammt“. In Erkenntnis dieser Lage habe man in Bielefeld verhandelt. Er gebe zu, daß das ausgehandelte Abkommen „unbefriedigend sei und daß versucht werden müsse, Garantien dafür zu erlangen, daß es von der Regierung auch eingehalten“ werde. In der Hauptfrage, der Bewaffnung der Arbeiter, beinhalte das Abkommen, erstens daß aus der organisierten Arbeiterschaft, wozu auch die Unionisten gehörten, Ortswehren gebildet würden, und zweitens daß die Waffen nicht nach Münster abgeliefert werden müßten, sondern unter Aufsicht der Ortswehren und der Gemeindebehörden im Ruhrgebiet blieben. Die Entlassung von Watters habe sich nicht erreichen lassen, jedoch werde ihm der Genosse Ernst an die Stelle gestellt werden, der darüber zu wachen habe, daß die kappistischen Freikorps Lützow, Lichtschlag und Schulz wie vorgesehen entwaffnet und aufgelöst und die vereinbarten Ortswehren gebildet würden. Die Zugeständnisse der Gegenseite sollten nicht nur für das Ruhrgebiet, sondern für das ganze Reich Gültigkeit haben (eine Interpretation, die im Text des Abkommens keine Stütze hatte). Die Arbeiter müßten zahlreich in die weiterbestehenden Reichswehrformationen eintreten, „damit diese nicht mehr zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden könnten“. — Sicherlich würden viele das Bielefelder Abkommen scharf kritisieren, aber diesen „rufe er zu, nicht zu glauben, daß die Unterhändler nicht auch bestrebt gewesen seien, die Revolution zu fördern“. Trotz aller Mängel empfehle er — offenbar schweren Herzens, bemerkt ein Berichterstatter — den Abbruch des Kampfes, solange das Kräfteverhältnis noch günstig sei; das sei „besser, als jetzt den Kampf unter ... ungewissen Aussichten fortzusetzen“. Damit werde „eine Basis“ gefunden, „die die Zukunft sicherstellt“, indem vor allem die Arbeiter nicht entwaffnet würden und eine Kampfpause gewonnen werde, in der die bewaffnete Macht umgeformt werden könne. Damit würden „die Voraussetzungen für den Sieg des Proletariats in ganz Deutschland“ geschaffen. Wiederholt ist Oettinghaus in seiner Rede durch Zurufe wie „Verräter!“ „An die Wand stellen!“ unterbrochen worden, und in großer Erregung verläuft die mehrstündige Debatte. Fast alle Redner sprechen gegen die Annahme des Bielefelder Abkommens, da „man auf die Versprechungen der Regierung nach den bisherigen üblichen Erfahrungen nicht viel geben könne“; der Kampf müsse zumindest so lan-

ge fortgesetzt werden, bis „absolute Garantien“ für die Entwaffnung der putschistischen Truppen und für die Aufstellung der Arbeiterwehren erlangt seien. Mehrere Vertreter der Front berichten von der „ungeheuren Kampfbegeisterung der Roten Truppen“ und von der großen Empörung „über die Bedingungen, die der Arbeiterschaft zugemutet würden“; sie erklären, „unter allen Umständen weiterkämpfen zu wollen und lieber untergehen, als den Kampf jetzt abzubrechen“. Demgegenüber macht es einen gewissen Eindruck, daß Pieck als Vertreter der Berliner KPD-Zentrale auf die Gefahr hinweist, daß die Aufsündischen sich „bis zum Weißbluten aufreiben“; er führt zwar ebenfalls aus, daß keinerlei Garantien für die Einhaltung des Bielefelder Abkommens durch die Regierung gegeben seien und daß „die einzige Garantie für die Arbeiter sei, daß sie die Waffen in ihren Händen behielten, um ein Eindringen der Reichswehrtruppen jederzeit abwehren zu können“, er läßt aber keinen Zweifel darüber, daß der Kampf angesichts der Isolierung des Ruhrgebiets letztendlich abgebrochen werden muß. In diesem Sinne spricht auch ein Vertreter des Zentralkomitees der USP. Die Delegierten aus Mühlheim verlassen während der Debatte demonstrativ den Saal — ihnen ist es schon zuviel, daß überhaupt über die Fortsetzung des Kampfes diskutiert wird. Schließlich wird ein — zweifellos stark von Pieck geprägter — Antrag angenommen, nach dem die Konferenz sofort einen „Bezirksrat“ mit dem Sitz in Essen wählen soll, der beauftragt ist, im Einvernehmen mit den Kampfleitern nochmals die Lage zu prüfen sowie erneute und diesmal entscheidende Verhandlungen mit der Regierung zu führen; sollten diese Verhandlungen schei-



Die ungeduldrigen Remscheider Arbeiter schlugen mit 50 Gewehren, die sie vermutlich im Laufe der Nacht von den auswärtigen Genossen bekommen hatten, zuerst los, dann setzte der Hauptangriff von Norden, Osten und Süden ein“ (I, Seite 261)
Ein beim Kampf um Remscheid am 19. März 1920 gefallener Arbeiter

tern, ist er zur Leitung aller Aktionen bevollmächtigt. (Damit ist das Bielefelder Abkommen indirekt abgelehnt; in der Hoffnung, zu einem besseren Ergebnis zu kommen, sollen neue Verhandlungen geführt werden.) Die Konferenz wählt 8 Unabhängige (darunter den nicht anwesenden Ernst), 7 Kommunisten und einen Sozialdemokraten zu Mitgliedern des Bezirksrats (ein Ausdrück für den Gewichtsverlust der SPD). Die Zusammensetzung hat noch Mängel, da nicht jeder wichtige Vollzugsrat vertreten ist und einige der Gewählten nicht Delegierte eines Vollzugsrats sind, jedoch im Prinzip hat die Aufstandsbewegung jetzt eine politische Spitze. Ein Beschluß, ob der Kampf fortgesetzt werden soll oder nicht, wird nicht gefaßt.⁴⁴

Der Bezirksrat nimmt, wie von der Konferenz beauftragt, sofort seine Beratungen auf,⁴⁵ er benennt sich „Der Zentralrat der Vollzugsräte des Industriegebiets Rheinland-Westfalen“.⁴⁶ Die Mülheimer lehnen die Mitarbeit ab, weil der Zentralrat „bonzenhaft“ zusammengesetzt sei (die Funktionäre sind gegenüber den Arbeitern in der Mehrheit).⁴⁷ Das Gremium ist sich einig, daß es seinen Führungsanspruch erst noch gegen die Mülheimer durchsetzen muß, und beschließt, dazu die am nächsten Tag in Hagen stattfindende Konferenz zu benutzen.⁴⁸

Duisburg. Oberbürgermeister Jarres berichtet dem Vollzugsrat von der Bielefelder Konferenz. SPD- und USP-Fraktion erklären sich für die Annahme des Abkommens, während die KPD-Fraktion gespalten ist: zwei Kommunisten sind ebenfalls für die Annahme, drei dagegen; sie erklären, erst eine Entscheidung der Parteizentrale abwarten zu wollen, bis dahin wollen sie sich gegenüber dem Bielefelder Abkommen strikt ablehnend verhalten. Eine Entscheidung wird vertagt; zunächst sollen die drei Parteien je unter sich beraten.⁴⁹

Hagen. Die Meldung, die südlich von Münster stehende Reichswehr marschiere in Richtung Dortmund vor, löst unter der Arbeiterschaft Beunruhigung aus.⁵⁰

Dortmund. Am Nachmittag berät der Vollzugsrat ohne Meinberg — dieser nimmt an der Essener Konferenz teil — über das Bielefelder Abkommen. Plötzlich stürmen etwa hundert bewaffnete Arbeiter — die sog. „Eiserne Kompanie“, eine besonders draufgängerische Abteilung der Dortmunder Arbeiterwehr — in die Sitzung und zwingen den Vollzugsrat, sofort den Generalstreik zu proklamieren und den verschärften Belagerungszustand zu verhängen. Anlaß zu diesem Vorgehen ist eine WTB-Meldung, die Reichswehr gehe bei Lünen vor (eine Falschmeldung; die Vorposten der Reichswehr stehen noch 25 Kilometer nördlich von Lünen). Der Vorgang ist undurchsichtig: das WTB-Büro behauptet später, es habe diese Meldung unter dem Druck von Kommunisten verbreitet.⁵¹ Sicher ist, daß mit einem Trick versucht wird, den Generalstreik auf Gelsenkirchen und Recklinghausen auszudehnen: die Vollzugsräte beider Städte erhalten Anrufe aus Dortmund, es seien Kämpfe mit der Reichswehr im Gange, und die jeweils andere Stadt sei aus Solidarität mit den Dortmundern in den Generalstreik getreten; man fordere dazu auf, diesem Beispiel zu folgen. (Der Trick gelingt nicht, da die beiden Vollzugsräte sich miteinander in Verbindung setzen.)⁵² In Dortmund werden rote Plakate mit einem Aufruf zum Generalstreik, unter dem an

erster Stelle der Name Meinbergs steht, angeschlagen (diese Plakate sind möglicherweise schon vor der Szene im Vollzugsrat fertig gewesen), es wird Sturm geläutet und Alarm geblasen, und in kürzester Zeit werden alle Betriebe stillgelegt.⁵³ Weit über tausend bewaffnete Arbeiter fahren mit der Straßenbahn, auf Lastwagen und mit allen sonstigen griffbereiten Transportmitteln nach Lünen. Hier stellen sie fest, daß von Reichswehr weit und breit nichts zu sehen ist; aber damit ist die Aktion noch nicht wirkungslos: die Ankunft der Dortmunder ihrerseits verbreitet nun große Erregung in Lünen, was dem Vollzugsrat der Stadt höchst unliebsam ist; die beiden bürgerlichen Mittelparteien und die christlichen Gewerkschaften treten aus dem Vollzugsrat aus, während die Führer der drei Arbeiterparteien im Vollzugsrat sich pausenlos um den Wiederabzug der Dortmundener bemühen. Um 3 Uhr nachts endlich erklären sich die Dortmundener dazu bereit.⁵⁴ Inzwischen ist Meinberg wieder in Dortmund eingetroffen; er protestiert dagegen, daß man in seiner Abwesenheit seinen Namen unter den Generalstreikaufruf gesetzt hat.⁵⁵ — Der ganze Vorgang ist äußerst bedeutsam. Er zeigt, in welche Erregung der langsame Vormarsch der Reichswehr die Arbeiterschaft in den Städten versetzt.⁵⁶ Vor allem aber haben zum ersten Mal bewaffnete Arbeiter einen Vollzugsrat unter Druck gesetzt. — Nach dem Aufstand wird Meinberg klagen, bei der Eroberung Dortmunds durch die Arbeiter zu Beginn des Aufstands hätten Polizei, Sicherheits- und Einwohnerwehr ihre Waffen einfach weggeworfen, so daß jedermann sich eine Waffe habe nehmen können und der Grundsatz des Vollzugsrats, daß nur organisierte Arbeiter eine Waffe tragen dürften, sich nicht habe durchführen lassen.⁵⁷

Elberfeld. Das USP-Blatt bezeichnet das Ergebnis der Bielefelder Konferenz als enttäuschend. Eine der Ursachen dafür seien die Hagener Richtlinien (gegen die Räte diktiert, für Verfassung und Legalität), die „der erste Schritt auf einer abschüssigen Bahn“ gewesen seien. Nicht für die bürgerliche Demokratie habe die Arbeiterschaft gekämpft, sondern für den Sozialismus. Der Bielefelder Kompromiß sei jedoch unausweichlich gewesen: im übrigen Deutschland habe die bewaffnete Reaktion über das Proletariat gesiegt, so daß die Regierung das gesamte Militär nach dem Westen werfen könne. So sei nur ein Teilsieg errungen: „Wir haben . . . unsere Linien ein Stück weiter vorgeschoben, doch der Feind ist noch nicht völlig geschlagen“.⁵⁸

In einer Sitzung der Aktionsausschüsse von Elberfeld und Barmen am Nachmittag berichtet Charpentier (KPD) von der Bielefelder Konferenz. Der Grundtenor seiner Ausführungen ist, daß zwar manche Forderung nicht erfüllt sei, daß jedoch nach Lage der Dinge nichts anderes möglich gewesen sei, als das Abkommen zu unterzeichnen; die Arbeiter erhielten für die Zukunft Sicherungen, vor allem in Gestalt der Ortswehren. Diesem Standpunkt schließen sich die Diskussionsredner an. Ein endgültiger Beschluß soll jedoch erst nach der am nächsten Tag in Hagen stattfindenden Konferenz gefaßt werden.⁵⁹

Düsseldorf. Der Vollzugsrat, der sich politisch der Hagener Kampfzentrale anschließt,⁶⁰ richtet Etappenstationen ein, an denen die von der Front zurückerrichteten Rotgardisten ihre Waffen abgeben sollen.⁶¹

Castro und *Gummersbach*. In Ausführung des Bielefelder Abkommens wird die Bildung einer Ortswehr in Angriff genommen.⁶²

Bochum. Das SPD-Blatt wiederholt seine Forderung nach Entlassung v. Watters und restloser Säuberung der Reichswehr von den Putschisten; es sei unbegreiflich, daß die Regierung diese Maßnahmen nicht schon längst ergriffen habe.⁶³

Nord- und Ostfront. Am Vormittag beginnt die Rote Armee wieder, Wesel mit Artillerie zu beschießen; wie am Vortag sind zahlreiche Geschosse Blindgänger, auch mangelt es an Munition. Einen Sturmangriff zu unternehmen, was ein Teil der Rotgardisten fordert, lehnen die Kampfleiter ab; ein solcher soll von Osten her unternommen werden, während südlich der Stadt weitere Geschütze zusammengezogen werden sollen. Die Kampfleiter hoffen nach wie vor, die unter dem Artilleriefeuer leidende Zivilbevölkerung der Stadt werde das Militär zum Abzug drängen.⁶⁴ — Das gegnerische Feuer ist stärker als am Vortag; Friedrichsfeld und Bucholtswelmen liegen bereits unter gefährlichem Artilleriebeschuß der We-seler Truppen.⁶⁵ Bald stürzt der Schornstein einer Lumpenfabrik bei Friedrichsfeld zusammen, auf dem ein Beobachtungsposten der Roten Armee sitzt.⁶⁶ Um 10.30 Uhr stößt eine Reichswehreinheit mit einem behelfsmäßig gepanzerten Eisenbahnzug, der mit Maschinengewehren und einem Minenwerfer besüßrt ist, über die Lippe vor. Zahlreiche Rotgardisten beiderseits der Bahnstrecke flüchten; andere halten dem Feuer stand und können den Zug durch einen Treffer ins Dampfrohr der Lokomotive 200 Meter südlich des Flusses zum Stehen bringen. Danach machen Rotgardisten den selbstmörderischen Versuch, den Zug zu erobern; hier wird der Einfluß des vom Militär vermittelten Tapferkeitsideals auf die Arbeiter sichtbar. Todesmutige feuern aus 80 Metern Entfernung, bis sie im MG-Feuer der Zugbesatzung zusammenbrechen. Einige Sanitäter und Sanitäterinnen der Roten Armee werden gefangenengenommen. Schließlich zieht eine aus Wesel geschickte zweite Lokomotive den Zug wieder in die Stadt zurück.⁶⁷ Die gefangenen Sanitäter und Sanitäterinnen werden unter ständigen Schlägen und Tritten zum Stabsquartier der Reichswehr geführt; sie bluten bald aus Nase und Mund, eine Schwester bricht zusammen und stirbt. Die anderen werden nach sieben Stunden ununterbrochener Mißhandlungen freigelassen, nachdem ein holländischer Konsul zu ihren Gunsten bei der Reichswehr interveniert hat.⁶⁸

Das Bielefelder Abkommen wird, soweit es bekannt wird, von den Rotgardisten an der Front vor Wesel abgelehnt. Der Haß gegen die Noskiden, so berichtet ein bürgerlicher Journalist, sitze so tief, „daß das Wort ‚Verhandlungen‘ schon Wutshreie erzeugt.“⁶⁹ Ein anderer Journalist erhält auf die Frage nach den Zielen der Roten Armee immer wieder die Antwort: „Die Reichswehr muß aus Wesel heraus, dann kommt Münster dran und eher hören wir nicht auf. Dann haben wir Ruhe und wissen, wofür wir gekämpft haben.“⁷⁰ Die Kampfleiter freilich scheinen sich der Dauerhaftigkeit dieser Entschlossenheit nicht ganz sicher zu sein. Das zeigt sich darin, daß in Oberhausen den bürgerlichen Lokalzeitungen die weitere Herausgabe des politischen und des provinziellen Teils untersagt wird, nachdem sie das Bielefelder Abkommen veröffentlicht haben (nur Lokal-, Unterhaltungs- und Anzeigenteil sind noch gestattet); der Vertrieb auswärtiger Zei-

tungen wird gänzlich verboten.⁷¹ Auch in den folgenden Tagen verhindern die Kampfleiter nach Möglichkeit, daß den Rotgardisten das Bielefelder Abkommen zur Kenntnis kommt.⁷² Dem Landrat von Dinslaken, der mit Rotgardisten über das Abkommen zu sprechen versucht, wird dies von der Kampfleitung streng untersagt.⁷³

In Billerbeck treffen aus Schlesien kommend die ersten Staffeln der 8.000 Mann starken Marinebrigade Loewenfeld ein, Eisenbahnwagen und Stahlhelme mit Hakenkreuzen bemalt. Nach dem Ausladen marschieren sie bis Coesfeld weiter. Gegen Abend gibt General v. Watter Befehl, die weiteren Transportzüge gleich bis Borken weiterrollen zu lassen, obwohl dieser Ort bereits in der neutralen Zone liegt und keine Genehmigung der Westmächte für den Einmarsch vorliegt. Außer der Marinebrigade sollen noch weitere Truppen die Lücke zwischen Wesel und Münster schließen; General v. Hofmann* übernimmt den Oberbefehl in diesem Abschnitt.⁷⁴

Im Osten des Ruhrgebiets können die württembergischen und bayrischen Truppen ihren Aufmarsch an diesem Tag bereits vollenden; von ihren Zielbahnhöfen Lippstadt und Rheda aus haben sie eine Front gebildet und werden am nächsten Tag ihren Vormarsch beginnen. Den Oberbefehl hat General Haas aus Stuttgart, der in den Tagen des Putsches seine Sympathie für Kapp zu erkennen gegeben hat (II, Seite 157).⁷⁵ Zum bevorstehenden Kampf im Ruhrgebiet läßt er seinen Stab eine Aufklärungsschrift für die Truppe anfertigen, in der gleich zu Eingang fest-gestellt wird, der Aufstand sei „seit fast einem Jahr“ vorbereitet, der Kapp-Putsch sei nur eine günstige Gelegenheit für die Auslösung des Aufstandes gewesen. Im Ruhrgebiet falle jetzt die Entscheidung, ob in Deutschland der Bolschewismus siege oder nicht. Unter „Bolschewismus“ wird dabei auch die von den Hagener USP-Führern praktizierte Bündnispolitik (Einbeziehung von DDP und Zentrum) verstanden, und zwar als eine besonders gefährliche Spielart, indem das Wort „Rätediktatur“ in raffinierter Weise vermieden werde. Glücklicherweise habe sich diese „unnatürliche Koalition“ bereits aufgelöst (Abspringen der bürgerlichen Mitte, Distanzierung der SPD). Das Bielefelder Abkommen sei „aus Klugheit in der Formulierung maßvoll“, werde „tatsächlich aber nur als erste und vorläufige Etappe seitens der Radikalen betrachtet“ und sei von diesen „von vorneherein nicht eingehalten“ worden. Zum Schluß kommt daher eine ver-steckte Polemik gegen Severing und die Regierung: „Es gilt also . . ., alle Kräfte zum entscheidenden Kampf gegen den Bolschewismus zusammenzufassen . . . Die Historik zeigt, daß nur Tatsachen . . ., nicht irgendeine Aufklärung durch bloße Worte belegend wirkt . . . Um die Auseinandersetzung hier kommen wir keineswegs trotz aller scheinbaren und irreführenden Verhandlungen herum; andernfalls versinken wir in wenigen Monaten restlos im Bolschewismus.“⁷⁶ — Kom-mandeur der Bayern — die wie die Loewenfelder mit Hakenkreuzen auf den Eisenbahnwagen herangerollt sind — ist Oberst Epp, in Bayern eine zentrale Figur der Faschisten. Er äußert sich weit offener als General Haas; für ihn sind alle Abkommen und Anordnungen der Regierung nur ein Fetzen Papier.⁷⁷

* v. Hofmann war im Januar 1919 Oberbefehlshaber der Garde-Kavallerie-Schützen-division in Berlin, zu der die Mörder Luxemburgs und Liebknechts gehörten.

Von Hausdüllmen aus, das die Reichswehr am Vortag entgegen dem Bielefelder Waffenstillstand angegriffen und besetzt hat, greift um 4 Uhr morgens eine Reichswehrkompanie unter Hauptmann Guderian mit Minenwerfern, einem Panzerwagen und einem gepanzerten Zug das Heimkehrerlager Düllmen an, das gut einen Kilometer südwestlich des Dorfes liegt. Hier haben sich die Kriegsheimkehrer in den letzten Tagen zum Teil mit der nördlich der Lippe auftauchenden Roten Armee solidarisiert und in Opposition zur Lagerkommandantur (die aus Offizieren besteht) einen Aktionsausschuß gebildet. Der Kampf ist rasch für die Reichswehr entschieden — nach deren Angaben verteidigten nur 200 Rotgardisten das Lager —, dann veranstalteten die Sieger ein furchtbares Massaker: rund 60 Tote zählt man am Ende, die meisten erschlagen, nachdem sie bereits gefangen genommen waren; erschlagen und verstümmelt auch die vier verwundeten Rotgardisten, die nach dem Kampf am Vortag ins Lazarett gebracht worden waren. Wer verschont wird, muß stundenlang mit erhobenen Händen vor einer Mauer stehen. Schließlich werden die Gefangenen, darunter zwei Mitglieder des Lager-Aktionsausschusses, nach Düllmen abgeführt. Unterwegs müssen sich die Gefangenen zum sadistischen Vergnügen des Begleittrupps mit ausgestreckten Armen in den Sand legen.⁷⁸

Haltern, in unmittelbarer Nähe dieser Vorgänge, wird am Vormittag von der Roten Armee geräumt; die abziehenden Rotgardisten gehen südlich der Lippe neu in Stellung. Reichswehr rückt ihnen nicht nach, so daß die Stadt mehrere Tage lang zwischen den Fronten liegt.⁷⁹

Lenep. Der Vollzugsrat versucht das Problem, das die Nichtbeachtung des Waffenstillstandsabkommens durch die vor Wesel liegende Rote Armee aufwirft, dadurch zu lösen bzw. zu verdrängen, daß er eine entsprechende Meldung im Lokalblatt streicht. Dasselbe macht am folgenden Tag der Zensor des Aktionsausschusses von Iserlohn.⁸⁰

26. März

Essen. Während das USP-Blatt zu der Frage, ob der Kampf fortgesetzt werden soll oder nicht, keine Stellung nimmt,⁸¹ zeigt der Inhalt des KPD-Organs, daß die KPD-Führung nach wie vor in ihrer Meinung gespalten ist. In einem Aufruf, überschrieben „Proletarier! Genossen!“, der den Stand des Kampfes im Reich und die Möglichkeiten der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet völlig falsch darstellt, heißt es:

„Der historische Augenblick ist gekommen, den die Proletarier seit Jahrzehnten ersehnt haben . . . Mit wahrhafter Begeisterung haben die bewaffneten Arbeitermassen in großen Teilen Deutschlands die Reaktion zu Boden geworfen und sind weiter im siegreichen Vordringen.“

In dieser Stunde der noch nie gekannten stürmischen proletarischen Erhebung hat man es gewagt, den . . . im Kampfe Stehenden in den Arm zu fallen . . . Nicht allein, daß die sogenannte Waffenstillstandskommission die Bewegung der kämpfenden Massen zum Stillstand zu bringen sich vermaß, hat sie es unternom-

men, über die Entwaffnung der Arbeiterschaft zu unterhandeln, die Bewaffnung der Reaktion aber aufrecht zu erhalten und möglichst zu verstärken. Sie hat dadurch eine Situation geschaffen, die das Proletariat nur mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft überwinden kann.“

Die . . . Kämpfenden wollen nichts wissen vom Abbruch des Kampfes. Sie wollen weiterkämpfen, bis das Ziel erreicht ist, bis kein Reaktionär mehr mit der Waffe in der Hand auf deutschem Boden steht . . . Die kämpfenden Proletarier trennt nichts, nicht die vergangenen politischen Kämpfe der Kriegsjahre und der Nachkriegszeit. Sie kämpfen, kämpfen einzig und allein zur Erringung der Macht, zur Niederschlagung der Militärherrschaft und der kapitalistischen Ausbeuter . . . Fest im Auge das Ziel: Vorwärts, dem Feind entgegen, zum Kampf, zum Sieg des revolutionären Proletariats!⁸²

Dazu paßt ein redaktioneller Artikel, überschrieben „Von der Bielefelder Konferenz“, in dem es heißt:

„Daß diese Vereinbarungen nicht Grundlage für eine Verständigung sein können, müßte selbst den borniertesten Regierungsbözen klar sein. Denn sie bedeuten nichts anderes als den Versuch, der Arbeiterschaft . . . die glänzenden Erfolge mit einem Federstrich wegzueskamotieren. Das revolutionäre Proletariat . . . denkt nicht daran, sich diesen Schandbedingungen zu fügen . . . Die Herren Giesberts, Braun und Severing können im Ernst selbst nicht glauben, daß die Arbeiter widerstandslos sich entwaffnen lassen, ihre gewonnene Macht freiwillig zurückgeben . . .“

Es ist noch sehr unklar, wie die Bielefelder Konferenz überhaupt zustande kam. Die bestehenden politischen Faktoren Rheinland-Westfalens, die Arbeiter- und Vollzugsräte, waren nicht hinzugezogen, die Gefechtsleitung durch keinen Vertreter anwesend . . . Wohl waren einige Arbeitervertreter anwesend. Von wem sie delegiert waren, ist im Moment nicht festzustellen. Zu einer bindenden Beschlußfassung waren sie auf keinen Fall ermächtigt und damit fallen die 17 Punkte in sich zusammen . . .“

Heute stehen hundertausend Proletarier bewaffnet und kampfbereit seinen (Severings) Söldnern gegenüber. Sie sind gewillt, wenn nicht . . . in den nächsten 24 Stunden ihre Forderungen anerkannt und friedlich bewilligt werden, den Kampf mit allen Mitteln fortzusetzen, ihre Anerkennung zu erzwingen. Und zu den wesentlichen Forderungen gehört die Auflösung der Freiwilligenkorps und der Reichswehrtruppen . . .“⁸³

Ganz anders der Leitartikel, überschrieben „Klassenkampf“ und vermutlich aus der Feder von Pieck stammend, der vorsichtig darauf vorbereitet, daß man sich diesmal mit Teilzielen werde begnügen müssen, und dabei die Differenzen innerhalb der KPD-Führung offen ausspricht:

„. . . In den revolutionären Kämpfen dieser Tage steht das Proletariat im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auf dem vorgeschobensten Posten. Andere Bezirke des Reiches, namentlich auch Berlin konnten dem stürmischen Vormarsch des Ruhrproletariats nicht in gleichem Tempo folgen. Und nun entsteht die bedeutungsvolle Frage: Kann das Ruhrrevier allein noch weitermarschieren? Oder muß es warten, bis auch in den wichtigsten anderen Bezirken des Reiches die Verhältnisse reif sind?“

Die Meinungen darüber sind noch geteilt. Manche Genossen meinen, im Reiche könnten noch erfolgreiche Kämpfe entbrennen, die zu den gleichen Ergebnissen führen, die im Ruhrrevier Wirklichkeit geworden sind: die Eroberung der politischen Macht und die Besitzergreifung der Waffen durch das Proletariat. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das Ruhrproletariat noch bedeutende Reserven aufbieten könne und wenn der Ruf dazu erschalle, würden erneut alle Räder stille stehen.

Das ist gewiß richtig. Und der gesteigerte Kampfesmut hat ja auch noch gestern bedeutende militärische Erfolge eingetragen. Wenn trotzdem jetzt nicht alles erreicht wird, so kann das Proletariat des Industriegebiets doch mit Genugtuung sagen: Wir haben die Revolution in Deutschland ein tüchtig Stück vorwärtsgebracht, dem Proletariat eine neue starke Position erobert! Nicht als ob die sogenannten Bielefelder Abmachungen befriedigen könnten. Und so unbefriedigend sie sind, es handelt sich dabei nicht einmal um bindende Zusicherungen . . . Die Regierung hat sich offiziell zu nichts verpflichtet. Aber selbst wenn sie es getan, was, wer ist die Regierung? Eine dünne Planke auf tobender See, eine Kulisse, die morgen auf die Seite gestellt wird.

Nein, die Abmachungen selbst bieten keinerlei Garantie, nicht einmal für das wenige, das darin zugestanden worden ist. Eine Garantie dafür, daß das Proletariat erhebliche Früchte aus diesem Ringen heimträgt, hat es in seiner politischen Reife, in seiner gesammelten Kraft, in seiner Erfahrungslere aus der Wucht des Generalstreiks, in seiner wundervollen Fähigkeit der Selbstorganisation und Selbstdisziplin . . .

Eine solche Kraft, eine solche überwältigende Macht hat Garantien in sich selbst, Garantien dafür, daß das Proletariat nie wieder in die frühere Position zurückgedrängt werden kann. Allerdings, eins ist notwendig: die Arbeiterschaft darf ihre Kräfte nicht überspannen; sie darf nicht über die Grenzen hinaus marschieren, die ihr in der jeweiligen Situation . . . gezogen sind. Das Ruhrproletariat ist in seinem herrlichen Vorwärtstreiben der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands weit vorausgeeilt. Die Massen in anderen Bezirken unterstanden ungünstigeren Bedingungen oder sie hatten noch nicht genügend revolutionäre Kraft und Reife, um mit dem Ruhrproletariat gleichen Schritt halten zu können.

Nun müssen wir den Lauf sparen und mehrern. Wenn die anderen uns eingeholt haben oder sich zeigt, daß sie mit uns weiterstürmen können, dann wird der Kampf mit gewaltig gesteigerter Kraft von neuem aufgenommen, zu neuen Erfolgen, zum wirklichen Siege.⁸⁴

Elberfeld. Das SPD-Blatt, das am weitesten links stehend im Revier, rückt erstmals von den Kommunisten ab. Nach vorliegenden Meldungen aus Essen und Dortmund, so teilt es mit, lehnten die dortigen Kommunisten die Bielefelder Vereinbarung ab und hätten sich damit durchgesetzt. Das Blatt bemerkt: „Jetzt sind die Sympathien des größten Teils der Bevölkerung noch auf seiten der Arbeitergruppen, denen es zu danken ist, daß dem Industriegebiet der weiße Schrecken erspart wurde. Das hat die Einigkeit der Arbeiterklasse zuwege gebracht. Eine eintretende Zersplitterung könnte aber alles wieder in Frage stellen und

gerade das Gegenteil erzielen, als was beabsichtigt wird“. Man müsse die Isolierung der Aufstandsbewegung und ihre Folgen ins Auge fassen: die Verhältnisse „im kommunistischen Sinne zu meistern, wie die Essener es verlangen, ist unmöglich. Das sollten sich die Heißsporne vor Augen halten“⁸⁵ — Bochum. Das hiesige SPD-Blatt setzt sich mit dem Beschluß der Essener Vollzugsräte-Konferenz vom Vortag auseinander und schreibt: „Es ist nicht schwer, die Ablehnung des Bielefelder Abkommens aus diesen Sätzen herauszulesen, worin ausgedrückt wird: Wir Essener . . . führen weiter Krieg, unsere Ziele sind noch nicht erreicht“. Dies bedeute nichts anderes, als „fixen Ideen nach(zu)jagen, die ein Verbrechen am Volke“ seien. „Jetzt heißt es: Bis hierher und nicht weiter!“⁸⁶

Ilagen. Die Arbeiterführer sind wegen der Fortsetzung des Kampfes an der Weiseler Front aufs äußerste beunruhigt. Da sie der Ansicht sind, daß die im Bielefelder Abkommen enthaltenen Zugeständnisse der Regierungsvertreter dann (und nur dann) zu erlangen sind, wenn die Arbeiter ihrerseits das Abkommen peinlich genau erfüllen, geraten sie durch die knappen Zeitspannen, die die Unterhändler von Bielefeld akzeptiert haben, unter Zeitdruck. Aus dieser Situation zieht Ernst unter dem Eindruck seiner Erlebnisse in Mülheim eine rücksichtslose Konsequenz. Er telegraphiert an Severing:

„Nach Verständigung mit unseren Leuten in Lünen geben dieselben hinter die Lippe zurück. Ich bitte die Reichswehrtruppen anzuweisen, nicht nachzuzufolgen. Vor Wesel werden von wahnsinnigen Mülheimern die Bielefelder Abmachungen allerdings durchbrochen. Aber nur Mülheimer und Essener Spartakisten. Hagen, Schweim, Altena, Iserlohn, Bergisches Land, Elberfeld, Barmen, Kohlenrevier bis Bochum stehen fest auf dem Boden der Bielefelder Beschlüsse. Gegen Mülheim und Wesel müssen im Notfall, nach Verständigung, einwandfreie Truppen unter Aufsicht angesetzt werden.“⁸⁷

Mit „einwandfreien“ Truppen meint Ernst solche, die wie die beiden Reichswehrbataillone in Bielefeld und im Sennelager ihre reaktionären Offiziere zum Abtreten gezwungen haben (I, Seite 204); außerdem macht er zwei weitere Vorbehalte („im Notfall“ und „unter Aufsicht“).⁸⁸ Aber das alles kann nichts daran ändern, daß hier ein wichtiger USP-Führer den eventuellen Einsatz von Reichswehr gegen die Gegner des Bielefelder Waffenstillstandsabkommens befürwortet und damit Severing ein hervorragendes Argument für die militärische Zerschlagung des Aufstands in die Hand gibt. Festzuhalten ist außerdem, daß Ernst die westlichen Kampfleiter als „Wahnsinnige“ bezeichnet, während er Severing offenbar als Gesprächspartner betrachtet und sich eine Absprache mit ihm über einen eventuellen Truppeneinsatz vorstellen kann („nach Verständigung“ heißt es in dem Telegramm). Andere Äußerungen Ernsts zeigen, daß er dabei von der irri- gen Annahme ausgeht, Severing habe gegenüber dem Militär kritische Distanz und einen nennenswerten Entscheidungsspielraum und dies lasse sich ausnutzen, wenn die Aufstandsbewegung die in Bielefeld eingegangenen Verpflichtungen genau erfülle.⁸⁹ So mag sich auch erklären, warum Ernst bei anderen Gelegenheiten Severing duzt:⁹⁰ dieser war früher, Ernst ist gegenwärtig Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes; diese Gemeinsamkeit will Ernst möglicherweise aktivieren. — Nicht bedacht, jedenfalls nicht berücksichtigt hat Ernst bei

seinem Telegramm, daß ein eventueller Einsatz von Reichswehr sich nicht allein, ja nicht einmal in erster Linie gegen die westlichen Kampfleiter, sondern vor allem gegen die vor Wesel liegenden Arbeiter richten würde.

Die Kampfleitung Hagen gibt bekannt, daß sämtliche Arbeitertruppen aus den Kreisen Hagen und Schwelm „aus der Front bei Wesel und der Front bei Lünen zurückgezogen“ seien.⁸¹ Das ist eine Überschätzung der eigenen Übermittlungsmöglichkeiten: an der Front vor Wesel liegen Arbeiter aus dem Hagener Bezirk, bis zu denen die Anweisungen der Kampfleitung nicht gelangt sind.⁸²

Hagen. Um 11.30 Uhr beginnt im „Parkhaus“ die Konferenz, zu der die Hagenen Arbeiterführer nach der Rückkehr aus Bielefeld die drei Arbeiterparteien eingeladen hatten.⁸³ Etwas mehr als 150 Delegierte sind erschienen — etwa 75 Mitglieder der USP, 40 der KPD, 35 der SPD sowie einige wenige Mitglieder anderer Organisationen wie z.B. der Syndikalisten. Zu Beginn setzt sich Ludwig mit der Kritik auseinander, die am Vortag auf der Konferenz in Essen am Bielefelder Abkommen geübt worden ist, und verteidigt die Unterzeichnung; Oettinghaus wiederholt seine in Essen vorgetragenen Argumente für die Annahme des Abkommens. Ein Delegierter aus Mülheim beantragt die Verlegung der Konferenz nach Mülheim; darauf entgegnet Ernst, „daß man in Mülheim der Gefahr ausgesetzt sei, bei Äußerung einer anderen Meinung an die Wand gestellt zu werden“ und der Antrag wird abgelehnt. Die Stimmung ist, bei weitem nicht so erregt wie in der Essener Konferenz, jedoch auch hier ist die Mehrheit gegen die Annahme des Bielefelder Abkommens. Dieses wird als unklar bezeichnet, vor allem in der Frage, ob die von den Arbeitern abgelieferten Waffen eines Tages doch an die Reichswehr übergeben werden sollen, und in der Frage, welche Garantien die Regierung für die Einhaltung der Zusagen zu geben bereit wäre; es heißt, die in Bielefeld verhandelnden Regierungsvertreter hätten nicht einmal Vollmachten zu bindenden Abmachungen gehabt, und außerdem „wisse man nicht, wie lange diese Regierung überhaupt noch existiere“. Die wichtigste Rede der Konferenz hält Pieck. Er fordert zu Beginn die Bildung einer politischen Zentrale, die ein einheitliches Handeln der Bewegung ermögliche (ein Fehler sei es gewesen, daß sie bisher noch nicht geschaffen worden sei), und wendet sich dann den strategischen Problemen zu. Das Proletariat, erklärt er, könne nicht in einem einmaligen Akt die politische Macht ergreifen; sein Kampf sei vielmehr ein langwieriger Prozeß, in dem es Etappe für Etappe erobern müsse und an dessen Ende erst der Kommunismus stehe. „Es wäre ein Sprung in der geschichtlichen Entwicklung, wenn wir schon jetzt die Diktatur des Proletariats einführen wollten. Solch ein Sprung rächt sich immer. Er hat sich auch in Rußland bitter gerächt, wo unsere Genossen nach ihrem Siege teils wieder zu kapitalistischen Maßnahmen greifen mußten“. Es gehe also jetzt nicht um die Errichtung einer Räterepublik, und ebenso sei dringend vor „vereinzelten Sozialisierungsexperimenten“ zu warnen, zu denen „man hier und da Lust zu haben scheine“; es gelte vielmehr, das Errungene — vor allem die Bewaffnung der Arbeiter — zu sichern, es gelte, „auf der Höhe des Kampfes die Kader zu bilden, zu sammeln und sie zum neuen Schlag geschlossen zu halten“. Eine solche Sicherung sei jedoch noch

nicht durch die Eroberung einer weiteren Stadt gegeben. Wenn ein Delegierter aus Mülheim gesagt habe, man werde den Kampf unter allen Umständen weiterführen und sich nach Konferenzbeschlüssen nicht richten, so sei das „Ludendorff-Politik“,* die auf keinen Fall geduldet werden dürfe: „Die militärische Leitung muß sich der politischen unterordnen“. Auch müßten diejenigen, die so sprächen, angeben, woher Munition und andere Ausrüstung für die Arbeitertruppen genommen werden sollten. Andererseits biete auch das Bielefelder Abkommen keine Sicherung: es enthalte seitens der Regierung „nur leere Versprechungen“. Man müsse also erneut mit der Regierung verhandeln, nicht nur um sie zur Einhaltung der Bielefelder Zusagen zu verpflichten, sondern um darüberhinaus „weitere Zugeständnisse“ zu erreichen: die Bewaffnung der Arbeiter, die Entwaffnung der Reichswehr und der Bourgeoisie und die Anerkennung der revolutionären Betriebsräte (die, soweit noch nicht geschehen, sofort gewählt werden sollten).

Damit hat Pieck gegenüber den Essener Beschlüssen vom Vortag präzisiert, welche Forderungen der Zentralrat in den angestrebten Verhandlungen mit der Regierung stellen soll. Wie die Voraussetzung für diese Verhandlungen, die Unterstellung der westlichen Kampfleiter unter den Zentralrat, erfüllt werden soll, zeigt eine Kundgebung an die Kampfleiter, die der Zentralrat der Konferenz vorlegt und die gegen vereinzelten Widerspruch angenommen wird. Sie lautet: „An die Kampfleiter!

Werte Genossen!

Der gestern in Essen gewählte Zentralrat der Vollzugsräte des Industriegebiets unterbreitet Euch folgende Vorschläge:

1. Es werden sofort vom Zentralrat mit der Reichsregierung Verhandlungen gepflogen, um für die Arbeiter Garantien zu erlangen, daß die Waffen nur in den Händen der Arbeiterschaft bleiben, daß Arbeiterwehren geschaffen werden und daß keine Bestrafungen der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter erfolgen dürfen.
 2. Die Voraussetzungen für diese Verhandlungen sind, daß der Kampf an der Front sofort eingestellt wird, d.h. daß die Front gehalten wird, aber keine Kampfhandlungen bis zur Beendigung der Verhandlungen vorgenommen werden.
 3. Sollten die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Resultat führen oder [sollte] die Regierung Truppen zu keinem befriedigenden Resultat führen oder wird der Zentralrat sofort den Generalstreik für das Industriegebiet proklamieren. Ferner wird der Zentralrat sofort die Verbindung mit den übrigen Bezirken des Reiches aufnehmen, um die Arbeiter zum allgemeinen Generalstreik aufzufordern, falls eine Verständigung mit der Regierung nicht erfolgt.
- Der Zentralrat ersucht die Kampfleiter auf das dringlichste, diese Forderungen sofort anzunehmen, weil sonst nach Lage der Situation die Bewegung geschädigt wird“.

Auf Antrag des Zentralrats wird beschlossen, daß diese Erklärung von drei Konferenzteilnehmern den Kampfleitern nach Mülheim überbracht werden soll. Die Konferenz wählt zwei Mitglieder des Zentralrats zu Delegierten; als dritter Delegierter wird ein Syndikalist gewählt, der sich dazu mit den Worten ange-

* Eine Anspielung auf die Kriegsjahre 1916-1918, in denen Ludendorff wie ein Militärdiktator in allen entscheidenden Fragen der Zivilregierung seinen Willen aufgezwungen hatte.

böten hat, er glaube, in Mülheim einen mäßigen Einfluß ausüben zu können.⁹⁴ Ungelöst ist noch die Verteilung der Befugnisse zwischen der Hagener Zentrale und dem Essener Zentralrat. Stern (Essen) wünscht eine „Verschmelzung“ der beiden Instanzen.⁹⁵ Auf Ersuchen der Konferenz erklären sich die Hagener Arbeiterführer damit einverstanden, daß die politische Führung der Bewegung in Zukunft in den Händen des Essener Zentralrats liegen soll.⁹⁶ — Schließlich wird in einer Resolution getadelt, daß die Hagener Kampfleitung ihre Arbeitertruppen aus der Front herausziehe, und festgestellt, „daß im ganzen Bezirk einheitlich gehandelt werden müsse“.⁹⁷ (In den folgenden Tagen gehen dann wieder Hagener Arbeitertruppen an die Front, vor allem nach Osten, wo die Reichwehrtruppen aus Württemberg vorrückten.) — Die nächste Konferenz soll in Essen stattfinden.

Hagen/Mülheim. Sofort nach Schluß der Konferenz um 14.30 Uhr fährt die dreiköpfige Delegation nach Mülheim.⁹⁸ Bei ihrer Ankunft findet sie die Kampfleiter des westlichen Frontabschnitts versammelt,⁹⁹ die soeben eine Oberleitung der Roten Armee gewählt haben (II, Seite 74). Als die Delegierten die von der Hagener Konferenz beschlossene Erklärung vorlegen, lehnen die Kampfleiter das darin enthaltene Konzept rundweg ab. Eine mehrstündige Auseinandersetzung führt zu keiner Verständigung; am Ende formulieren die Kampfleiter eine Erklärung, die über das Essener WTB-Büro veröffentlicht wird:

„Die militärischen Befehlshaber stehen auf dem Standpunkte, daß weiter gekämpft wird und daß nur die Waffen entscheiden werden. Wir kämpfen weiter und sind zu Verhandlungen bereit während des Kampfes. Verhandlungen können sofort in Mülheim-Ruhr aufgenommen werden. Delegierte der Front müssen gemeinsam mit dem Zentralrat die Verhandlungen führen.
Die Vertreter der Front verlangen über die Bielefelder Vereinbarungen hinaus die völlige Entwaffnung und Auflösung der Reichwehr und [die] Errichtung einer Volkswehr aus Arbeitern, an die alle Waffen abzugeben sind. Sollten die bevorstehenden Verhandlungen ergebnislos bleiben, so wird der Generalstreik über ganz Deutschland aufs neue entbrennen.“¹⁰⁰

Mülheim. Der Zensor des Vollzugsrats, der Syndikalist Reuß, entwickelt in einem Artikel im „Mülheimer General-Anzeiger“ eine Position, die sich deutlich von der der Kampfleiter unterscheidet. Während diese sich fast ausschließlich am militärischen Kampf orientieren, schreibt Reuß:

„Wiederum, wie im November 1918 ist (das Proletariat) Herr der Lage. Wie lang? — lautet für manchen die bange Frage. Das Proletariat hat zu zeigen, ob es gelernt, ob es die Situation beherrscht, nicht nur physisch, sondern auch geistig. Die Erkenntnis der eigenen Klassenlage . . . wird die Grenze bilden dessen, was erreicht wird.“

Die Sünden einer langen Nurparteibildung lasten schwer auf dem deutschen Proletariat. Ob sie heute noch stark genug ist, den Massenwillen zu hemmen, ihn in Fesseln zu schlagen, werden die nächsten Tage entscheiden. Doch auch dann — die Revolution wird leben und marschieren. Ihr Quell ist ein anderer.
Nicht die Hetze von Personen, sondern das wirtschaftliche Unvermögen unserer heiligen Wirtschaftsordnung ist der Born, aus dem sie immer neu ersteinen wird.

Das Unvermögen der heiligen Ordnung, die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu befriedigen, ohne die Menschenwürde des Proletariats zu gefährden, wird die Masse immer wieder auf die Straße, zu den Waffen treiben . . .“¹⁰¹

Mülheim. Der Vollzugsrat gibt bekannt, „daß für die gefallenen Kämpfer der ‚Roten Armee‘, soweit Mülheim in Frage kommt, ein Ehrenplatz auf dem neuen Friedhof am Werdener Weg bereitgestellt ist. Entsprechende Anträge und Wünsche sind uns . . . möglichst sofort zu unterbreiten.“¹⁰² Anscheinend besteht im Vollzugsrat ein gewisser Neid auf andere Städte, weil bisher noch kein Rotgardist aus Mülheim gefallen ist, so daß ein Demonstrationsszug zur Beerdigung von Revolutionsoptionen hier, im Gegensatz zu den meisten anderen Städten (vgl. I, Seite 310 f.), noch nicht stattgefunden hat.

Dortmund/Witten/Lünen. Die Dortmund-Zeitungen erscheinen nicht (teils sind sie durch den Generalstreik stillgelegt, teils sind sie direkt verboten worden), die Witterer Zeitungen — Kopfblätter der Dortmund — nur als verkleinerte Ausgabe von einem Blatt.¹⁰³ In Dortmund klebt an den Mauern der Aufruf der westlichen Kampfleiter, der sich gegen eine Verhandlungslösung und gegen „Flaumacher, Miesmacher und Berufsschwätzer“ wendet (s. oben Seite 101).¹⁰⁴ In Lünen beginnt am Morgen der Abmarsch der bewaffneten Arbeiter aus Dortmund.¹⁰⁵ Am Mittag ziehen sie mit Musik in Dortmund ein, und Behrs (USP) vom Vollzugsrat empfängt sie mit einer Rede vom Balkon des Rathauses: Eine unmittelbare Bedrohung durch die Reichwehr bestehe noch nicht, „die Waffen sollten vorläufig ruhen, aber man werde sie nicht abgeben, sondern bereit halten“; die Beratungen über das Bielefelder Abkommen seien noch nicht abgeschlossen, sondern würden im Augenblick auf einer Konferenz in Hagen fortgesetzt. — Um 14 Uhr wird der Generalstreik und der verschärfte Belagerungszustand aufgehoben, die Polizeistunde und erhöhte Alarmbereitschaft werden jedoch aufrecht erhalten.¹⁰⁶

Bochum. Einer der Zensoren des Arbeiterrats, Hugo Delmes (II, Seite 54 mit Anmerkung), übertrumpft die Kampagne der westlichen Kampfleiter gegen Verhandlungen und „Berufsschwätzer“ durch folgendes Flugblatt, das von durchfahrenden Rotgardisten verteilt und an Mauern angeschlagen wird:

„Soldaten der Roten Armee!
Gestern . . . tagte in Essen eine Konferenz der Vertreter der Vollzugsräte von Rheinland und Westfalen, auf der beschlossen werden sollte, ob Ihr (siehe Bielefelder Beschlüsse) weiterkämpfen oder nach Hause gehen sollt. Es wurde ein sogenannter Bezirksrat gebildet . . ., der die Aufgabe hat, Eure siegreiche Aktion zu lähmen.“

*Soldaten! Jagt das politisierende Bonzengesindel aller Schattierungen mit Kolbenschlägen auseinander, duldet keine Konferenz mehr! Denn auf den Konferenzen wird Euer Todesurteil unterschrieben. Ihr als die Helden des revolutionären Proletariats habt zu bestimmen, nicht aber das Bonzentum . . .
Eure Parole heißt nach wie vor: ‚Jetzt oder nie!‘ Gebt den Kampf nicht auf!
Vor dem Sieg gibt es keinen von der Futterkrippenpolitik diktierten Waffen-*

stillstand und Frieden. Ohne diesen verräterischen Waffenstillstand mit seiner demoralisierenden Atmosphäre wäre Wesel längst in Eurer Hand! Begreift Ihr das?

Schlagt die Flaumacher tot! Eure Devise sei das Wort Schillers: „Lieber tot, als in der Knechtschaft leben!“ Handelt! Kämpft! Siegt! Wenn Ihr untergeht, soll die Reaktion mitgehen . . .“¹⁰⁷

Nach Bekanntwerden des Flugblattes enthebt der Arbeiterrat Bodum Delmes seiner Funktionen.¹⁰⁸

Recklinghausen. Um 19 Uhr zieht eine Abteilung bewaffneter Arbeiter zum Rathausplatz, räumt diesen von Menschen und umstellt das Rathaus; eine Deputation begibt sich in das Gebäude und fordert in drohender Haltung vom Vollzugsausschuß die Ausstellung größerer Mengen von Requisitionsscheinen, damit für die Fronttruppen besser gesorgt werden könne. Die SPD-Führer Salzmann und Töneböhn weigern sich mit dem Hinweis, sie seien für die strikte Durchführung des Bielefelder Abkommens; daraufhin droht die bewaffnete Deputation ihnen Verhaftung an. Die Situation kann jedoch vorläufig entschärft werden. Die kommende Nacht verbringen die beiden SPD-Führer außerhalb der Stadt, und am nächsten Tag zieht die SPD ihre Vertreter aus dem Vollzugsausschuß zurück; dieser wird umgebildet und mit vier Kommunisten und drei Unabhängigen besetzt.¹⁰⁹

Buer. Im Vollzugsrat kommt es zum Bruch. Auf der einen Seite stehen die Sozialdemokraten und der Unabhängige Balke, die für die strikte Durchführung des Bielefelder Abkommens sind und bereits mit der Stadtverwaltung Maßnahmen für den Rücktransport und die Verpflegung der von der Front her erwarteten Rotgardisten vereinbart haben; auf der anderen Seite die Linkskommunisten, die für die Fortsetzung des Kampfes sind. Ein weiterer Streitpunkt besteht darin, daß die ersteren eine Verkleinerung der 200 Mann starken Arbeiterwehr um 15 Mann durchgesetzt haben — zur Entlastung der Stadtkasse, aus der die Arbeiterwehr bezahlt wird. Die Linkskommunisten drohen — und das ist das Besondere gegenüber anderen Städten —, an die bewaffneten Arbeiter zu appellieren. Und es bleibt nicht bei der Drohung: eine radikale Essener Rotgardisten-Einheit, die soeben durch die Stadt gezogen ist, wird von den Linkskommunisten in der kommenden Nacht von der Front zurückgeholt und gegen die gemäßigten Vollzugsratsmitglieder aufgebracht mit Argumenten wie: diese hätten die Werbebüros für die Rote Armee geschlossen, sie täten nichts für die Front, fielen dieser in den Rücken usw. Die Rotgardisten wollen die Angeschuldigten verhaften, diese sind jedoch rechtzeitig geflohen (angeblich waren sogar schon Todsurteile ausgesprochen). Am nächsten Tag lassen sich die Rotgardisten ihre Dienste bezahlen, indem sie sich vom Vollzugsrat Requisitionsscheine für Kleider, Schuhe — darunter Damenstiefel für die Mädchen ihrer Einheit — und andere Bedarfsartikel ausstellen lassen.¹¹⁰

Duisburg. Wie in Buer kommt es zum Bruch im Vollzugsrat; während in Buer der Riß durch die USP hindurchgeht, geht er in Duisburg durch die KPD. Das

war zu erwarten: schon in der Revolutionszeit Anfang 1919 hatte eine Gruppe in der KPD radikale Aktionen ohne Rücksicht auf das in der jeweiligen Situation Mögliche gemacht;* nach dem Kapp-Putsch gab es schärfste Gegensätze in der KPD über die Frage: Fortsetzung oder Abbruch des Generalstreiks, über die Zulassung von USP und SPD zum Vollzugsrat und zuletzt über das Bielefelder Abkommen.¹¹¹ — Vertreter des gemäßigten Flügels ist August Schodt, ein alter SPD-Linker aus der Zeit vor dem Weltkrieg, im Kriege Mitglied der Spartakusgruppe, 1919 als KPD-Vertreter ins Duisburger Stadtparlament gewählt; auf der Seite der Radikalen sind zu nennen: Anton Wild, Redakteur des Duisburger KPD-Blatts, Hubert Koth, Vorsitzender des unionistischen Straßenbahnverbandes, der Maurer Herrmann Münzberg, der sich schon 1919 an einer der erwähnten Aktionen beteiligt hatte, und der Arbeiter Johann Zalden, seit dem Umsturz Leiter des „Wehrkommandos“, dem die Duisburger Arbeiterwehr untersteht und das den Nachschub für die Weseler Front organisiert.¹¹² (Duisburg ist wichtiger Lippenort; täglich sind 15.000 Mitglieder der Roten Armee zu verpflegen).¹¹³ Unter diesen vier fällt Wild besonders auf. Er schwankt offenbar zwischen Radikalität und Anpassung: Anfang des Jahres ist er dadurch in Konflikt mit der Parteilinie geraten, daß er die Eisenbahner zum Austritt aus dem freigewerkschaftlichen Eisenbahnverband aufforderte,¹¹⁴ im Februar hat er, als das von ihm geleitete KPD-Blatt wegen seiner Kritik an den Zwangsübersichten im Bergbau verboten wurde, sich gegenüber dem Wehrkreiskommando verpflichtet, solche Kritik in Zukunft zu unterlassen, um die Freigabe des Blatts zu erreichen (das hat ihm eine öffentliche Rüge der KPD-Bezirksleitung eingetragen),¹¹⁵ seit dem Kapp-Putsch sucht er sich durch besondere Radikalität auszuzeichnen.¹¹⁶ — Die gleichstarke Besetzung des Vollzugsrats durch die drei Arbeiterparteien ist gegen den Willen der Radikalen zustande gekommen. Die Gelegenheit, dies rückgängig zu machen, kommt, als Schodt mit einem sozialdemokratischen und einem unabhängigen Mitglied des Vollzugsrats nach Hagen zur Teilnahme an der dortigen Konferenz fährt.¹¹⁷ Die Radikalen unternehmen einen Putsch, wobei sie sich ausdrücklich auf die bewaffneten Arbeiter berufen, die (angeblich) unbedingt die Fortsetzung des Kampfes wollen. Am Nachmittag bilden sie ein „Exekutiv-Komitee“ und erlassen folgenden Aufruf, der am nächsten Morgen in den Zeitungen erscheint:

„Aufruf an die Bevölkerung Groß-Duisburg!“

Die rote Armee fordert stürmisch die Weiterführung des Kampfes gegen alle reaktionären Gewalten sowohl, als auch gegen das System Ebert-Bauer.

Die Stadtverwaltung und ein Teil der Mitglieder des Kompromiß-Vollzugsrates stellen sich auf den Boden der Bielefelder Beschlüsse, welche den sofortigen Abbruch des Kampfes verlangen. Dies bedeutet nichts anderes, als die Wiedereinführung des alten Systems und den Verrat der Revolution.

Wir sind deshalb zu folgenden Maßnahmen gezwungen worden:

* Bewaffnete Besetzung des Duisburger SPD-Blatts am 11. Januar 1919, die vier Tage später abgebrochen werden mußte; eine revolutionäre Demonstration am 12. Februar 1919, die sich gegen eine vom Stadtparlament beschlossene Nachsteuer richtete (Oberbürgermeister Jarres wurde gezwungen, einem Zug durch die Innenstadt eine rote Fahne voranzutragen).

1. Aus dem seitherigen Vollzugsrat und einigen revolutionären Arbeitern wurde ein Exekutiv-Komitee gebildet . . .

2. Von dem Exekutiv-Komitee ergeben folgende Anordnungen:
 Der Kampf an der Front wird mit aller Energie weitergeführt.
 Sämtliche Bank-Depots werden vorläufig beschlagnahmt. Über dieselben darf nur unter Kontrolle des Exekutiv-Komitees verfügt werden. Sämtliche nicht rationierten Lebens- und Genussmittel werden beschlagnahmt.
 Wer sich den Anordnungen des Exekutiv-Komitees entzieht, dem werden die Lebensmittel-Ausweise entzogen.
 Die Löhnung der Roten Armee erfolgt nach den in der Bekanntmachung vom 22. 3. 1920 veröffentlichten Sätzen. (65 Mark für Fronttruppen, 40 Mark für örtlichen Dienst, 30 Mark für weibliches Personal) . . .
 Die erforderlichen Gelder für die Löhnung der Mannschaften sind sofort durch Requisitionen sicherzustellen.

Die Polizei ist entlassen. Die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit erfolgt durch die revolutionäre Volkswehr.
 Wer bei Raub, Plünderung, Diebstahl, Wucher angetroffen wird, wird standrechtlich durch Erschießen abgeurteilt . . . Wer von Lebensmitteln und Heeres-ausrüstungsgegenständen einen widerrechtlichen Gebrauch macht, wird standrechtlich erschossen . . .

Die Pressezensur bleibt aufrechterhalten. Der General-Anzeiger erscheint als Publikationsorgan der revolutionären Arbeiterschaft.
 Es ist sofort ein Arbeiterrat zu wählen. An der Wahl können sowohl aktiv wie passiv nur solche Arbeiter teilnehmen, die sich auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen.

Bis zum Zusammentritt der Arbeiterräte liegt alle Gewalt in den Händen des Exekutiv-Komitees.
 Der Oberbürgermeister wird seines Amtes enthoben“¹¹⁸

Ein Punkt in diesem Aufruf muß zum Verständnis erläutert werden: die Löh-nungssätze. Diese sind, gemessen an den Sätzen in anderen Städten, außerordent-lich hoch. Die im Aufruf genannte Bekanntmachung vom 22. März war erlassen worden, als der Vollzugsrat auf Betreiben der Radikalen noch allein aus Kom-munisten bestand; in ihr wurde die Stadtkasse angewiesen, die Lohnungsgelder zu zahlen, und die Stadt wurde „ermächtigt“, ihrerseits das Geld „von den Un-ternehmern anzufordern“¹¹⁹ Nach der Neubildung des Vollzugsrats durch die drei Arbeiterparteien war die Bekanntmachung für ungültig erklärt worden.¹²⁰ Diesen Widerruf machen die Radikalen jetzt also rückgängig, und damit wird klar, welcher Ton im „Ruf der Roten Armee“, auf den sie sich berufen, mitschwingt: der Schrei nach der versprochenen Löhnung.

Die Konsequenzen der abgegebenen Garantie für die Beschaffung der hohen Löh-nungsgelder werden sofort deutlich. Um 20.30 Uhr verhaftet das Exekutivkomitee Oberbürgermeister Jarres und fordert ihn auf, die benötigten Gelder aus der Stadt-kasse auszahlten. Jarres bezeichnet das als Erpressungsversuch und weigert sich. (Das Konto der Stadt beim Barmer Bank-Verein hat einen Minusbestand von 2,28 Millionen Mark; bei der Reichsbank hat die Stadt ein Guthaben von 736.000

Mark.) Nach langen ergebnislosen Auseinandersetzungen wird Jarres schließlich entlassen; die Nacht über wird er in seinem Haus scharf bewacht.¹²¹

Gevelsberg. In einer öffentlichen Versammlung spricht Oettinghaus über das Biele-felder Abkommen und ruft die Arbeiterschaft zur Einigkeit und Wachsamkeit auf; nur so könne etwas aus dem Kampf herausgeholt werden. Über diejenigen, die ihm auf der Essener Konferenz am Vortag „Verräter!“ „An die Wand stellen!“ zugerufen hätten, sagt er, „wenn die Schreier es besser machen könnten, dann soll-ten sie an seine Stelle treten“. In der Diskussion erklärt sich der Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe ebenfalls für die Durchführung des Bielefelder Abkommens und weist den Ausdruck „Verräter“ scharf zurück. Ein Vertreter der Front dagegen spricht lange für die Fortsetzung des Kampfes. Das wird von allen folgenden Rednern als „Wahnsinn“ bezeichnet.¹²²

Bochum. Der Arbeiterrat stellt sich einstimmig auf den Boden der von der Ha-rgener Konferenz gefaßten Beschlüsse. Die Führung der Arbeiterwehr gibt den an der Front stehenden Rotgardisten Anweisung, nur noch in Abwehr gegnerischer Angriffe zu kämpfen.¹²³

Barmen. In einer Vollversammlung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse wird die Bildung einer Ortswehr vorbereitet.¹²⁴

Münster. Im täglichen Nachrichtenblatt für die Truppe erklärt das Wehrkreis-kommando:

„Wenn man im Industriegebiet die Verantwortung für die letzten blutigen Kämpfe der Reichswehr zuschiebt, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß die roten Truppen nirgends ihre Versprechungen gehalten haben. Wesel wird weiter von ihnen beschossen und angegriffen; die Garnison muß sich also selbstverständlich dagegen verteidigen. An zahlreichen Stellen stehen die roten Truppen entgegen ihrem Versprechen nördlich der Lippe, werden also von der Reichswehr zur Ein-haltung desselben gezwungen werden müssen. Im übrigen werden lediglich die zur Sammlung der Truppen erforderlichen Bewegungen ausgeführt.“¹²⁵

Nord- und Ostfront. Wesel erhält am Morgen wieder Artilleriefeuer der Roten Armee, diesmal jedoch nur noch einige Schüsse. In der folgenden Nacht werden 72 Einschläge in der Stadt gezählt, bis auf zwei oder drei sämtlich Blindgänger!¹²⁶ — es werden die letzten sein. Am frühen Nachmittag stößt eine starke Sipo-Ab-teilung nach Osten über Peddenberg bis Krudenburg vor. Von hier aus nimmt sie das südliche Lippeufer und Hünxe unter Artilleriefeuer. Bis zum Anbruch der Nacht zieht sie sich aus Krudenburg wieder zurück, so daß sich kleinere Rotgar-disteneinheiten noch auf dem nördlichen Lippeufer halten können.¹²⁷ — In Bucholt-welm unternehmen Rotgardisten einen Sturm auf die Industriebrücke; wie vor zwei Tagen scheitert auch dieser Versuch blutig. In der Nacht verlassen die Rot-gardisten den Ort, so daß an dieser Stelle eine Einbruchsstelle für den Gegner entsteht.¹²⁸

Von Borken aus beginnt die Marinebrigade Loewenfeld am Vormittag ihren Vor-

marsch. Eine Abteilung besetzt Groß-Reken. Eine andere, die mit Feldkanonen ausgerüstet ist (einer der Batterieführer ist der spätere Nazi-Held Schlageter), rückt gegen Mittag ohne nennenswerten Widerstand in Raesfeld ein; ein Lehrer des Ortes weist ihr die günstigsten Anmarschwege. Die meisten Rotgardisten können entkommen; wer gefangen genommen oder später auf einem Heuboden gefunden wird, wird erschossen, teils auf einer auf dem Acker inszenierten Flucht, teils unmittelbar neben schon zusammengekarren Leiden. Ein mit Rotgardisten und zwei Frauen besetzter Lastwagen, der noch nichtsahnend in den Ort fährt, wird mit Granatenbeschuß zum Stehen gebracht; einige Rotgardisten sind tot, andere fliehen ins nächste Haus, werden aber aufgestöbert und auf dem Hof erschossen. Nur einer wird nicht entdeckt; der alte Hausbesitzer namens Fölting hält ihn versteckt und bringt ihn nach Einbruch der Dunkelheit, etwas verkleidet und mit einem Sack Kartoffeln getarnt, nach Borken (der Mann kommt durch und bedankt sich später mit einem überschwenglichen Brief). Gegen Abend machen Rotgardisten, die sich westlich des Ortes gesammelt haben, einen Gegenangriff. Sie dringen zunächst erfolgreich vor; als jedoch die Artillerie der Loewenfelder eingreift, können sie sich nicht mehr lange halten und wenden sich zu regelloser Flucht. Erbarmungslos gehen die Sieger vor; noch am folgenden Tage werden Verwundete getötet. 56 Tote werden in einem Massengrab bestattet.¹²⁹

In Dorsten veröffentlicht das Lokalblatt in großer Aufmachung den Text des Bielefelder Abkommens.¹³⁰ Als dann außerdem am Nachmittag ein Bericht von der Hagener Konferenz eintrifft, wonach der Kampf eingestellt werden soll, verlassen viele Rotgardisten die Stadt. Gegen 18 Uhr entsteht plötzlich eine Panik, als gemeldet wird, daß „die Noskes“ kommen; viele Rotgardisten werfen Waffen und rote Abzeichen weg und fliehen. In Wirklichkeit hat vorerst nur ein gepanzertes Zug der Loewenfelder einen Erkundungsvorstoß bis vor Hervest-Dorsten gemacht; durch Sprengung einer Eisenbahnbrücke wird er von Rotgardisten gestoppt. Nachdem sich die Meldung als starke Übertreibung erwiesen hat, stabilisiert sich die Lage im Laufe der Nacht wieder einigermassen.¹³¹ Südlich von Münster und östlich des Ruhrgebiets rückt die Reichswehr ebenfalls vor; im Osten gelangt sie kampfslos bis vor Beckum und Soest.¹³² In Ahlen nehmen die Arbeiter einen bayrischen Leutnant fest, der in Zivil die Stadt auskundschaftet, und bringen ihn nach Hamm.¹³³

Gelsenkirchen/Münster. Auf die Nachricht, daß die Kämpfe an der Front trotz der Bielefelder Vereinbarungen weitergehen, bittet der Vorsitzende des Gelsenkirchener Aktionsausschusses, Neysters (USP), Oberbürgermeister v. Wedelstaedt um Vermittlung in Münster. Severing erklärt gegenüber v. Wedelstaedt, der Vormarsch der Reichswehr könne nicht eingestellt werden: die Rote Armee habe die Lippe als Demarkationslinie akzeptiert und müsse zur Einhaltung dieser Vereinbarung mit Waffengewalt gezwungen werden.¹³⁴

Gelsenkirchen. Die SPD-Ortsgruppe fordert in einem Telegramm an Reichskanzler Bauer die sofortige Abberufung des gesamten Stabes des Generals v. Watter und die sofortige Zurückziehung aller Reichswehrtruppen, insbesondere der zur Verstärkung antransportierten Einheiten.¹³⁵

Münster. Severing veröffentlicht über WTB folgenden „Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung von Rheinland-Westfalen“, der ihm am Vortrag aus Berlin übermittelt worden ist:

„Der Anschlag der Reaktion ist zurückgeworfen. Jetzt müssen, wollen wir nicht ganz verlegenden, Staat und Wirtschaft schnellstens wieder in den normalen Stand zurückversetzt werden. Die Truppen, die am Putsch beteiligt waren, werden aufgelöst. Die jetzt noch im Westen befindlichen Truppen und ihre Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben Vertrauen zur Regierung. Um weiteres unnützes Blutvergießen zu vermeiden, haben zwei Minister mit den Vertretern aller Parteien in Bielefeld verhandelt. Obwohl sofort vereinbart war, jede Kampfhandlung zu unterlassen, haben Arbeitertruppen . . . die regierungs-treuen Reichswehrtruppen in Wesel angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch muß mit aller Schärfe verurteilt werden. Wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht Vernunft annimmt und sich trennt von den umstürzlerischen Elementen, die noch ihre Sonderinteressen verfolgen, so muß sie die schwersten Gefahren für das Industriegebiet und damit für das ganze Vaterland heraufbeschwören. Wir fordern alle besonnenen Arbeiter und sonstigen dort im Kampfe stehenden Personen auf, sich nicht weiter mißbrauchen zu lassen, sondern unserem Rufe zu folgen, jede Kampfhandlung einzustellen, sofort zur Arbeit zurückzukehren und die Waffen ordnungsgemäß wieder abzuliefern. Noch jetzt wehrkämpfende Arbeitertruppen schädigen das Volk und Vaterland aufs schwerste und müssen deshalb, wenn nichts anderes hilft, mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden. Die Folgen haben sie sich selbst zuzuschreiben . . .“

Auf Bitte der Reichsregierung hat General v. Watter dem Aufruf hinzugefügt: „Ich erkläre für die mir unterstellten Offiziere, daß wir fest zur verfassungsmäßigen Regierung stehen.“¹³⁶

Die vollkommen einseitige Auslegung des Bielefelder Waffenstillstandsabkommens springt in die Augen. Zum eigentlichen Bielefelder Abkommen nimmt die Regierung keine Stellung, bis auf einen Punkt: sie bezeichnet alle im Westen stehenden Truppen als verfassungstreu und lehnt damit — ohne dies ausdrücklich zu sagen — die in Bielefeld vereinbarte Auflösung der Freikorps Lützow, Lichtschlag und Schulz ab. Das ist ein grelles Signal für die Aufständischen, da sich das Freikorps Schulz unter den Verteidigern von Wesel befindet. (Den Aufständischen unbekannt, aber ebenfalls bedeutsam ist, daß zu den südlich von Münster aufmarschierenden Truppen eine Abteilung des Freikorps Lützow gehört; s. oben Seite 96.)

Eilberfeld. Beunruhigt über den Aufruf der Reichsregierung, bemühen sich drei Mitglieder der SPD-Bezirksleitung Niederrhein im Laufe der Nacht um eine telefonische Verbindung mit Reichspräsident Ebert. Sie wollen diesen veranlassen, seinen ganzen Einfluß in die Wagschale zu werfen, um einen Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet zu verhindern. Da sie Ebert nicht erreichen, bitten sie den Chefredakteur des „Vorwärts“, Stampfer, in diesem Sinne auf Ebert einzuwirken; das sagt Stampfer zu.¹³⁷

Berlin. General v. Speekt gibt dem „Berliner Tageblatt“ ein Interview, in dem er



„An schweren Waffen hatten die Arbeiter anscheinend ziemlich viele Maschinengewehre erbeuten können. Dagegen fehlte es ihnen an Geschützen . . .“ (II, Seite 85)
 Rotgardisten an einem Geschütz in Dinslaken, Ecke Kaiserstraße (heute: Friedrich-Ebert-Straße) / Neustraße

zur militärischen Lage im Reich u.a. folgendes sagt:
 „Sehr ernst ist die Situation nur noch im Ruhrgebiet. Die Bielefelder Verhandlungen sind zwecklos gewesen. Mit dem wirklich wichtigen und wesentlichen Element, den Kommunisten, ist gar nicht verhandelt worden. Die Abmachungen werden von ihnen absolut nicht gehalten. Im Ruhrgebiet gibt es zweifellos eine großartige, von langer Hand vorbereitete kommunistische Aktion. Den letzten Anstoß hat der Kapp-Putsch gegeben. Es besteht dort eine Rote Armee wie in Rußland, die gut ausgerüstet und geführt ist. Sie werfen Schützengräben aus, sie verwerten alles, was sie im Kriege gelernt haben. Da müssen auch militärische Rückstiche walten. In den anderen Teilen des Reiches ist es nicht so schlimm . . .“¹³⁸
 Während die Regierung in ihrem Aufruf nicht vollkommen deutlich erklärt hat, wie sie zu den Bielefelder Vereinbarungen steht, läßt der Chef der Reichswehr keinen Zweifel: er lehnt die Vereinbarungen ab. — Der Arbeiterrat Bochum antwortet mit Telegrammen an v. Seeckt und an das „Berliner Tageblatt“, in denen er feststellt:

„ . . . Der Bezirk Westliches Westfalen steht voll und ganz auf dem Boden der Bielefelder Vereinbarungen, und diese werden auch von den Arbeiterwehren gehalten. Leider haben Reichswehrtruppen die Vereinbarungen durchbrochen, anscheinend weil dieselben vom 6. Wehrkreiskommando nicht unterrichtet waren. Im Ruhrrevier gibt es keine von langer Hand vorbereitete Aktion der Kommunisten, vielmehr haben die Arbeiter nur zur Abwehr des Kapp-Putsches die Waffen ergriffen.“¹³⁹

27. März

Hagen. In einem Artikel des USP-Blatts wendet sich Ernst gegen die Müllheimer Extremisten, die er — den von Pieck auf der Hagener Konferenz geprägten Begriff aufgreifend — „Ladendorffer von links“ nennt. Er bezeichnet sie als Leute, „die politisch durchaus unklare Köpfe haben oder ganz im Fahrwasser von Syndikalisten und Anarchisten schwimmen.“* Man müsse den Mut haben, trotz des Gefahrens dieser radikalen Maulhelden die Wahrheit auszusprechen, daß gegenwärtig die Errichtung einer Räteherrschaft unmöglich sei und daß, würde man es mit Gewaltmaßnahmen dennoch versuchen, dies „der Reaktion und dem weißen Schrecken in den Sattel zu helfen“ drohe. Ernst schreibt weiter:

„Sollen politische Kindsköpfe nur deshalb, weil sie mit der Knarre umgehen können, entscheidenden Einfluß haben? . . . Heute haben wir [die USP] die Verpflichtung, selbst auf die Gefahr hin, von einem Teil des Proletariats nicht verstanden zu werden, uns gegen einen Strom zu stemmen, der unweigerlich zum Chaos führt. Bei richtiger Durchführung der Bielefelder Beschlüsse ist das Proletariat einen gewaltigen Schritt weiter auf dem Wege zu seiner Befreiung. Allerdings muß eine Voraussetzung vorhanden sein: Die Regierung muß die reaktionären Truppen unter keinen Umständen ins Ruhrgebiet marschieren lassen . . .“

* Dies schreibt Ernst, obwohl er soeben auf der Hagener Konferenz erlebt hat, wie ein Syndikalist sich als Delegierter für die Verhandlungen mit den westlichen Kampfleitern anbietet, um einen mäßigen Einfluß auf diese auszuüben.

Geschichte es doch, dann allerdings kann und darf auch die USP den Strom nicht mehr aufhalten. Dann Kampf bis zum letzten Mann; bis das Chaos vollendet oder die Entente einmarschiert ist.“¹⁴⁰

Eine Syndikalistengruppe (in einer nicht zu ermittelnden Stadt des westlichen Ruhrgebietes) protestiert gegen die Zuordnung der Mülheimer Extremisten zu den Syndikalisten und Anarchisten. Ernst müsse wissen, daß diese „die Diktatur des Proletariats mittels Ausübung der Machtmittel der Staatsinstitution grundsätzlich verwerfen“; daraus gehe hervor, daß die Gewaltpolitik der Mülheimer Extremisten, so wie Ernst sie beschreibe, den anarchoyndikalistischen Grundprinzipien gerade zuwiderlaufe. Man sei zwar nicht mit allen Punkten des Bielefelder Abkommens einverstanden, stelle dies jedoch zurück, „um zunächst einmal das Allernotwendigste für die Gesamtheit herauszuholen“.¹⁴¹

Essen. Das USP-Organ erklärt sich für das Bielefelder Abkommen und ermahnt zu dessen geschlossener Durchführung. Unter der Überschrift „Zwischen den Schlachten“ schreibt es:

„Die Arbeiterschaft hat ihr Ziel in diesem Kampfe nicht erreicht . . . Was in Bielefeld verhandelt wurde, ist nur eine Abschlagszahlung auf die Forderungen der Arbeiterschaft. Wir sind aber der Meinung, daß die Bielefelder Richtlinien bei kluger Anwendung durch die Arbeiterschaft einen Erfolg bedeuten. Mögen unsere Genossen dafür sorgen, daß der Eintritt in die neu zu errichtenden Wehren überall von den revolutionären Arbeitern vollzogen wird. Dann wird auch die bitterste Bestimmung des Abkommens, die Waffenabgabe, erträglicher . . .

. . . Laßt es nicht dazu kommen, daß beim Abbruch die Arbeiterschaft zerrissen wird, daß ein Teil die Waffe niederlegt und verbittert heimkehrt, während der andere nutzlos weiterkämpfend den Untergang findet . . .

Nichts wäre falscher und grundloser, als mutlos und enttäuscht jetzt die Flinte ins Korn zu werfen. Das Abkommen ist ein vorläufiges und nichts bindert die Arbeiterschaft, zu günstigerer Stunde und unter aussichtsreicheren Umständen den Kampf wieder aufzunehmen. Frieden zwischen dem Kapitalismus und den Klassenkämpfern, Frieden zwischen einer Koalitionsregierung und den revolutionären Arbeitern kann und wird es nicht geben. Betrachten wir in diesem Sinne die kommende Zeit als eine Kampfpause . . . Setzen wir in der Zwischenzeit den Kampf . . . mit anderen Mitteln, die weniger Opfer und Entbehrungen von der Arbeiterschaft verlangen, die darum aber nicht minder wertvoll und notwendig sind, fort.“¹⁴²

Dortmund. Nach dreitägigem Verbot erscheint das SPD-Blatt wieder und setzt seine alte Linie unbeirrt fort. Unter der Überschrift „Demokratie oder Diktatur“ befaßt es sich mit der Begründung, die der Vollzugsrat dem Verbot gegeben hatte (die Schreibweise des Blattes wirke „schädigend auf die Freiheitsbewegungen der revolutionären Arbeiter“) und schreibt: „Diese ‚Freiheitsbewegung‘ ist in Wirklichkeit ein schlimmes Attentat auf die freiheitlichen Volksrechte. Wer Volksfreiheiten will, der muß Demokratie wollen. Auf dem Boden der Diktatur kann die Freiheit nicht wachsen“. Von dem Grundsatz, über die Demokratie den Sozialismus anzustreben, habe die SPD sich früher nicht „durch die Regierung des Klassenstaates“ abbringen lassen; jetzt werde dies ebensowenig den „Dortmunder

Linksdiktatoren“ gelingen. Pflicht der Sozialdemokraten sei es, „entschieden Front gegen die linksdiktatorischen Bestrebungen (zu) machen“.¹⁴³ — Ein neues Verbot wird vom Vollzugsrat auf diesen Artikel hin nicht ausgesprochen. Ein Nachdruck des Artikels durch das örtliche Zentrumsblatt wird jedoch vom Zensor gestrichen (was die Zeitung ihren Lesern mitteilen darf).¹⁴⁴

Duisburg. In den Zeitungen erscheint der Aufruf des neuen Exekutivkomitees (oben Seite 117-118). Oberbürgermeister Jarres protestiert dagegen, daß darin seine Amtsenthebung und die Entlassung der Polizei ausgesprochen ist. Diesem Protest schließen sich die Gemeindebeamten an und verlangen bis 15 Uhr die Zusage „voller Arbeits- und Bewegungsfreiheit“, andernfalls würden sie zu Beginn der neuen Woche — es ist Samstag — in den Streik treten.¹⁴⁵ Das Exekutivkomitee bemüht sich, die in seinem Aufruf festgesetzten Lohnungsgelder zusammenzubringen. Koch und Wild lassen sich in der Reichsbank die Bücher vorlegen und ersehen daraus, daß der Barbestand 6,24 Millionen Mark beträgt. Sie verlangen die Auszahlung von 3 Millionen. Der Bankvorstand weigert sich; die hinzugezogenen Leiter der Privatbanken, die der Reichsbank Sicherheit geben sollen, bemerken, für solche Summen könnten sie keine Unterschrift leisten. Nun fordern Koch und Wild das Guthaben der Stadt (736.000 Mark). Der Reichsbankvorstand verlangt die Vorlage eines Schecks der Stadtkasse. Koch und Wild fahren zum Rathaus. In Verhandlungen mit der Stadtverwaltung fordern sie die Auszahlung von rund 1/2 Million Mark pro Tag. Die Stadtverwaltung bleibt unnachgiebig. Koch und ein anderes Mitglied des Exekutivkomitees namens Müller gehen jetzt mit äußerstem Druck gegen die Reichsbank vor, die inzwischen von Bewaffneten besetzt ist; sie erklären den Bankbeamten, sie würden notfalls den Tresor durch Bergleute sprengen lassen. Die Bankbeamten bieten die Zahlung einer halben Million an; Koch und Müller können das auf eine ganze Million hinaufdrücken, müssen aber auf der Rückseite der Quittung bescheinigen, sie hätten das Geld erst erhalten, „nachdem wir die Vorstandsbeamten der Reichsbankstelle Duisburg und deren Kassierer unter Handanlegung an dieselben mit Anwendung der äußersten Gewalt bedroht haben“. 1 Million — das sind, wie Koch und Müller vor den Beamten bemerken, für die 5.000 Duisburger Kämpfer in der Roten Armee nur 200 Mark pro Kopf. Beide bezeichnen den Betrag als Abschlagszahlung und kündigen an, sie würden den restlichen Barbestand von rund 5 Millionen am Montag holen. (Dazu wird es jedoch nicht kommen: am Montag verausgabt die Reichsbank ihren Barbestand bis auf einen kleinen Rest an die Betriebe und Behörden.)¹⁴⁶ — Inzwischen haben Stadtverwaltung und Beamtenausschuß nach ergebnisloser Verhandlung mit dem Exekutivkomitee das Rathaus ohne Bewachung verlassen können. Oberbürgermeister Jarres begibt sich in das von den Belgiern besetzte Ruhrort.¹⁴⁷

Die Beschlagnahme der Bankguthaben, die das Exekutivkomitee in seinem Aufruf bekanntgegeben hat,¹⁴⁸ läßt sich nicht aufrechterhalten: die Folgen, u.a. für die Auszahlung der Löhne, drohen chaotisch zu werden.¹⁴⁹ Die Maßnahme wird noch am selben Tag widerrufen.¹⁵⁰ Jedoch erscheint eine neue Bekanntmachung, nach der ab Beginn der neuen Woche „Lebensmittel nur noch an solche Einzelpersonen

sonen und Familienvorstände ausgegeben werden, welche nachweisen, daß sie eine Produktivität ausüben.¹⁵¹

Nach den Erfahrungen des ersten Tages wendet sich das Exekutivkomitee mit folgendem Schreiben an alle Vollzugsräte des Aufstandsgebiets:

„Werte Genossen! Welche Entwicklung die Dinge in Duisburg genommen haben, ersehen Sie aus beiliegendem Aufruf [in dem der Umsturz bekanntgegeben wird, s. oben Seite 117-118]. Wir waren gezwungen, die stärksten Maßnahmen zu ergreifen, sollte die Lohnauszahlung an die Arbeiterschaft und die Truppen sichergestellt sein. Die Banken sind fast ohne Bargeld; die hiesige Reichsbank hat nur einen Barbestand von 6 Millionen Mark. Wir werden gezwungen sein, auf dem Wege der Sozialisierung weiterzuschreiten. Es gibt nur ein Mittel: Liegt die Kohlenproduktion in den Händen der Arbeiterschaft, dann lassen sich Lebensmittel beschaffen, sonst nicht mehr. Wir bedürfen dringend Eurer Hilfe... Die sofortige Einsetzung einer Sozialisierungskommission für den Bergbau ist eine dringende Notwendigkeit. Wir bitten um sofortige Mitteilung, ob Ihr bereit seid, diese Frage auf einer Konferenz zu behandeln und was Ihr sonst noch für Vorschläge zu machen habt.“¹⁵²

Herne. Wie am Vortag in Recklinghausen und Buer kommt es hier zu einem Vorstoß von Arbeitern, die den bewaffneten Kampf unbedingt fortführen wollen, gegen das örtliche Exekutivorgan. Empört darüber, daß der Arbeiterrat seit Tagen keine Arbeiter mehr an die Front schickt, besetzen sie unter Mitwirkung von Gleichgesinnten aus Dortmund in der Nacht das Rathaus und erklären ein SPD-Mitglied des Arbeiterrats, das besonders aktiv für die Durchführung des Bielefelder Abkommens gesorgt hat, für abgesetzt. Bis zum Morgen kann der Konflikt durch Verhandlungen beigelegt werden; der Arbeiterrat nimmt wieder Besitz vom Rathaus und bekräftigt seine Stellungnahme für das Bielefelder Abkommen.¹⁵³

Mülheim. Militante Gruppen legen die Thyssenschen Betriebe (die bedeutendsten der Stadt) still. Der Streik solle sich, erklären sie, gegen die Beschlüsse der Hagener Konferenz vom Vortag richten (Einstellung der Kampfhandlungen für die Dauer der neuen Verhandlungen mit der Regierung) und die Forderung nach Entwaffnung der gesamten Reichswehr unterstreichen; die Arbeiter werden aufgefordert, an die Front zu gehen. Der Streik soll vorläufig zwei Tage dauern.¹⁵⁴

Gelsenkirchen/Dorsten. Die Situation nutzend, die durch den offenen Konflikt zwischen Zentralrat und westlichen Kampfleitern entstanden ist, erläßt Karuseit, der Reichswehragent in den Reihen der Roten Armee, folgende Verordnung:

„Orts-Unterkunft, 27. März 1920.

Befehl!

Auf Grund der mir übertragenen Gewalt durch die Zentralleitung befehle ich hiermit folgendes:*

* Gemeint ist das von der Zentralleitung Marz erlassene Dienstreglement für die Rote Armee (II, Seite 78).

1. Sämtliche sich auf Grund des verräterischen Waffenstillstandsbeschlusses der in dieser Sache nicht kompetenten Bielefelder Konferenz von den Formationen der Roten Armee entfernt kompetenten Mannschaften werden aufgefordert, sich innerhalb sechs Stunden nach Herausgabe dieses Befehls zu ihrer Dienststelle zu begeben und ihre Dienste in der Roten Armee wieder aufzunehmen.

2. Wer aus Gründen der Gesundheit oder anderen zwingenden Gründen den Verteidigungskampf nicht wieder aufnehmen kann, hat die ihm ausgehändigte Waffe samt Munition an der Ausgabestelle, von der er selbige erhalten, ebenfalls innerhalb sechs Stunden nach Erlaß dieser Verfügung zurückzugeben. Auf Nichterfüllung dieses Befehls setze ich die Todesstrafe.

Gegeben Gelsenkirchen, den 27. März 1920.

Der Oberkommandierende des Abschnittes West der Roten Armee:
Gottfried Karuseit.¹⁵⁵

lissen. Der Zentralrat bildet sich endgültig¹⁵⁶ und tagt von nun an in Permanenz. Er regelt seine Zusammensetzung in der Weise, daß seine Mitglieder von Vollzugsräten delegiert sein müssen. Die Zusammenfassung der Aufstandsbewegung gelingt jedoch nur unvollkommen: einerseits arbeiten die Hagener nicht mit (sie haben zwar auf der Konferenz am Vortag den Zentralrat als politische Führungsinstanz anerkannt, empfinden jedoch sehr deutlich, daß der Zentralrat nicht zuletzt mit dem Ziel ihrer Entmachtung gebildet worden ist), andererseits entsendet das neue Exekutivkomitee von Duisburg keine Vertreter. Parteipolitisch aufgeschlüsselt besteht der Zentralrat in seiner endgültigen Zusammensetzung aus 10 Mitgliedern der USP, 7 der KPD, einem der SPD.¹⁵⁷ Ein Antrag des Aktionsausschusses Elberfeld, den Zentralrat paritätisch zusammenzusetzen,¹⁵⁸ wird nicht aufgegriffen; eine solche Zusammensetzung wäre auch gar nicht möglich gewesen, weil die SPD bereits in zu vielen Städten ausgeschaltet ist bzw. freiwillig absteht. Außer den Vollzugsräten ist ständig die Zentrale der KPD durch Pieck vertreten; an einzelnen Sitzungen nehmen Vertreter der Berliner Führungsgremien der USP und der Freien Gewerkschaften teil.¹⁵⁹ — Sitz des Zentralrates ist das Hotel „Kaiserhof“ gegenüber dem Essener Hauptbahnhof. Für ihren Unterhalt müssen die Mitglieder selbst aufkommen, da nur einige hundert Mark zur Verfügung stehen, die dem Zentralrat geliehen worden sind (von welcher Seite, ist nicht zu ermitteln).¹⁶⁰

Der Zentralrat bezieht in zwei Erklärungen Position gegenüber den Kampfleitern der Weseler Front einerseits, gegenüber der Regierung andererseits. Zu den bisherigen Stellungnahmen der Kampfleiter erklärt er:

„Der Zentralrat wendet sich gegen jede Art von Abenteuerpolitik. Er trifft seine Maßnahmen ausschließlich nach politischen Erwägungen. Die militärische Aktion hat sich den politischen Entscheidungen des Zentralrats anzupassen. Das Proletariat führt einen politischen Kampf mit politischen Zielen.

Die Gefahren des Militarismus sind noch nicht überwunden. Die Militaristen stehen auf dem Sprunge, durch einen zweiten Putsch die Gewalt an sich zu reißen. In vielen Teilen des Reiches herrscht bereits der weiße Terror. Die Errichtung der Militärdiktatur würde das Eingreifen der Entente hervorrufen. Die Gefahr eines neuen Krieges steigt unheilverkündend heran.“

*Dieser Gefahr kann nur vorgebeugt werden, wenn das Proletariat Deutschlands, wenn alle ohne Unterschied der Partei in den Kampf gegen den gemeingefährlichen Militarismus eingreifen.*¹⁶¹

Zum Aufbruch der Reichsregierung vom Vortag, die Kämpfe einzustellen, die Waffen abzugeben und zur Arbeit zurückzukehren, stellt der Zentralrat fest:

*„Die sogenannten Bielefelder Abmachungen hängen in der Luft. Die Regierung hat dazu offiziell keine Erklärung abgegeben. Sie gab auch keinerlei Garantie dafür, daß die in den Abmachungen enthaltenen Zugeständnisse durchgeführt werden. Der Zentralrat hält daher neue Verhandlungen für erforderlich.“*¹⁶²

Voraussetzung für diese Verhandlungen ist nach Meinung des Zentralrats ein Waffenstillstand (der Zentralrat will also genau so vorgehen, wie die Teilnehmer der Bielefelder Konferenz es getan hatten). Diesem Konzept steht die Erklärung der westlichen Kampfleiter vom Vortag entgegen, daß sie weiterkämpfen wollen und daß „nur die Waffen entscheiden werden“. Im Laufe des Tages werden die Kampfleiter jedoch kompromißbereiter: vor Wesel unternimmt die Reichswehr auf der ganzen Front einen überaus erfolgreichen Angriff; der Zusammenbruch der Roten Armee beginnt sich abzuzeichnen.

Front bei Wesel. Bei Tagesanbruch besetzen Reichswehr- und Sipo-Einheiten Krudenburg und vertreiben die letzten Rotgardisten aus dem Ort. MG-Schützen postieren sich unangreifbar hinter dem Erdwall auf dem nördlichen Lippeufer und nehmen, unterstützt von Dauerfeuer der Artillerie, das südliche Flußufer unter Beschuß. Hier haben die Rotgardisten Schützengräben angelegt, aus denen sie jetzt, da das südliche Ufer flach ist und keinerlei Deckung bietet, nicht mehr herauskommen. Da sie auch den Fluß nicht mehr kontrollieren können, setzen bald Stoßtruppeneinheiten der Reichswehr mit der Fähre und mit Känen über; mit Handgranaten und Bajonetten stürmen sie die Schützengräben. Man zählt 63 tote Rotgardisten, die am nächsten Tag an derselben Stelle ein Massengrab erhalten; die Reichswehr hat vier Tote.¹⁶³ 29 Rotgardisten kann die Polizei später identifizieren. Danach war der jüngste 17, der älteste 35 Jahre alt; das Durchschnittsalter lag bei 22,3 Jahren. 24 waren ledig, fünf verheiratet. 11 kamen aus der nahegelegenen Zechenkolonie Lohberg, weitere 10 aus den aneinander angrenzenden Orten Gladbeck, Karnap und Horst-Emscher, was den lokalen Zusammenhalt innerhalb der Roten Armee beleuchtet.¹⁶⁴ — Die Reichswehr baut die eroberte Stellung zu einem Brückenkopf aus. Die Geschütze, die vorläufig noch auf dem nördlichen Flußufer verbleiben, nehmen Hünxe unter Dauerfeuer; der Kirchturm, auf dem ein roter Beobachtungsposten vermutet wird, erhält fünf Volltreffer.¹⁶⁵ Auf der Bucholtswelmen gegenüberliegenden Seite der Lippe entdeckt am Morgen eine Patrouille des Freikorps Schulz, daß die Gegend südlich der Industriebrücke von der Roten Armee geräumt ist. Major Schulz überschreitet sofort mit einer Kompanie die Lippe und besetzt kampflös Bucholtswelmen (einzelne Nadzügler der Roten Armee werden erschossen);¹⁶⁶ dann meldet er an General Kabisch die in der Front des Gegners klaffende Lücke und schlägt vor, hier mit seinem Freikorps zum Angriff anzutreten. Kabisch ruft die Kommandeure von Reichswehr und Sipo zusammen und vereinbart mit ihnen für 14 Uhr einen gleichzeitigen Angriff an drei Punkten, nämlich von der Doppelbrücke südlich Wesel und von den

beiden Brückenköpfen bei Bucholtswelmen und bei Hünxe aus. Geplant ist ein Zangenangriff in der Weise, daß das Freikorps Schulz in südwestlicher Richtung besonders rasch vorstoßen soll, um der Roten Armee den Rückzug abzuschneiden; im Rheinbogen westlich von Friedrichsfeld und Voerde sollen die Eingekesselten dann vernichtet werden. Die Durchführung dieses Plans gelingt nicht, weil das Regiment 62, das die Doppelbrücke südlich von Wesel überschreitet, wesentlich schneller vorwärtskommt als das Freikorps Schulz; trotzdem ist der Erfolg des vorgetragenen Angriffs beträchtlich: bis zum Abend sind Friedrichsfeld und Voerde erobert.¹⁶⁷ Reichswehr und Sipo gehen mit äußerster Brutalität vor. Bei Görsticker versuchen etwa 18 fliehende Rotgardisten, sich mit einem am Rheinufer liegenden Kahn zu retten. Für alle ist in ihm kein Platz; etwa 7 Rotgardisten gehen ins Wasser und halten sich am Rande fest. Da jedoch keine Ruder vorhanden sind, treibt der Kahn in der Nähe des Ufers. Ein Reichwehrtrupp erscheint und feuert mit MGs auf die Hilflosen, bis sich nichts mehr regt. Die meisten gehen unter, 5 bleiben tot, 3 verwundet im Kahn liegen (die letzteren werden in die Schule von Mehrum gebracht und später von dort abtransportiert — nach Ansicht der Bevölkerung zur Exekution); nur einer kann sich trotz Verwundungen ans Land retten und in einem Kohlschuppen verstecken. Später dort von der Reichswehr entdeckt, wird er ans Rheinufer geführt und dort so erschossen, daß der Körper in den Strom fällt.¹⁶⁸ — An einer anderen Stelle ist es die Sipo, die gefangengenommene Rotgardisten hinter der Front in Empfang nimmt und „erledigt“: sie reißt sie von den Transportautos herunter und schlägt ihnen die Köpfe ein. Um unliebsames Aufsehen in der Bevölkerung zu vermeiden, ziehen die Sipo den Toten dann die Röcke aus und binden sie über den zerschmetterten Köpfen zusammen.¹⁶⁹

Die nördlich von Hünxe stehenden Reichwehrtruppen mißachten den Angriffsbefehl von General Kabisch und begnügen sich damit, weiterhin das Dorf unter Feuer zu nehmen. Rotgardisten versuchen in mehreren Gegenangriffen aus dem Dorf heraus den Gegner auf das nördliche Lippeufer zurückzutreiben, sind dazu jedoch zu schwach. Kampfleiter Kuhn verlegt seinen Stab nach Bruckhausen (ein unmittelbar vor Lohberg gelegenes Dorf), und in der folgenden Nacht wird Hünxe von den Rotgardisten geräumt.¹⁷⁰

Die Verluste der Roten Armee sind auch nicht annähernd zu schätzen. An Material verliert sie: drei Kanonen verschiedenen Kalibers, mehrere leichte Minenwerfer, zahlreiche Maschinengewehre und große Munitionsbestände.¹⁷¹

Die ländliche Bevölkerung begrüßt die Reichswehr überall als Befreier.¹⁷² Ein Schüler der Volksschule von Bucholtswelmen schreibt in sein Aufsatzheft: „So lagen sie alle (die Spartakisten) im Feld und sagten nichts mehr. Dann wurde ein Mistwagen angespannt. Damit wurden sie geladen. Meine Tante ist mitgewesen. Mit Misthaken wurden sie ins Loch gezogen. Keiner hat ihnen eine Träne nachgeweint.“¹⁷³ Hier wird schlaglichtartig die Feindseligkeit des bäuerlichen Milieus deutlich, in dem sich die Rote Armee seit ihrem Hinausstoßen über die Grenzen der Industriestädte bewegt hat.

In Dinslaken kommt es durch die Katastrophe an der Front zu einer Panik. Die Kampfleitung erwägt, ihren Sitz weiter rückwärts zu verlegen, da taucht Müller (Dudo) auf und versucht, die Lage wieder zu stabilisieren. Das gelingt ihm, da

die Reichswehr ihren Vormarsch nicht mehr fortsetzt.¹⁷⁴ — Im Buschgelände nördlich von Eppinghoven und entlang dem nördlichen Stadtrand von Dinslaken wird eine neue Front aufgebaut.¹⁷⁵

Mit der Beschießung Wesels durch die Rote Armee ist es vorbei;¹⁷⁶ insgesamt drei Menschen sind in der Stadt von Artilleriegeschossen getötet worden.¹⁷⁷ Dafür belegt von jetzt an die Reichswehr Dinslaken mit Artilleriefeuer, vor allem nachts.¹⁷⁸ — Der weite Vorstoß der Reichswehr südlich der Lippe, der einen klaren Bruch des Bielefelder Waffenstillstands bedeutet, wird am nächsten Tag vom Wehrkreiskommando Münster damit gerechtfertigt, daß die Einwohnerschaft von Wesel „vor einer weiteren Beschießung durch die bolschewistische Artillerie“ habe geschützt werden müssen.¹⁷⁹

Übrige Nordfront; Ostfront. Ostlich von Wesel besetzt die Marinebrigade Loewenfeld Erle und nimmt mit den Weseler Truppen Fühlung, d.h. die Reichswehrfront nördlich der Lippe beginnt sich zu schließen.¹⁸⁰ Am Abend stößt eine Patrouille bis Schermbeck vor, wo sie Rotgardisten ein Gefecht liefert.¹⁸¹ Der gepanzerte Zug der Marinebrigade fährt bis zur gesprengten Eisenbahnbrücke vor Hervest-Dorsten; eine in seinem Schutz vorgehende Einheit erobert den Bahnhof des Ortes.¹⁸²

Im Osten des Ruhrgebiets besetzen die Bayern Beckum,¹⁸³ und stoßen bis kurz vor Ahlen vor, wobei sie auch Flugzeuge einsetzen.¹⁸⁴ Die Ahlener Arbeiterwehr setzt sich nach Heessen ab, so daß die Patrouillen der Bayern nur Nachzügler beschießen können; der örtliche Arbeiterrat löst sich auf Initiative der christlichen Gewerkschaften hin auf.¹⁸⁵ Die südlich von Münster stehenden Reichswehrtruppen gehen so weit vor, daß nur noch eine kleine Lücke zwischen ihnen und den Bayern bleibt.¹⁸⁶ In Münster rückt die Akademische Wehr aus, um sich in die Front südlich der Stadt einzureihen.¹⁸⁷

Essen. Die Mühlheimer Kampfleitung berichtet dem Zentralrat zwar keineswegs von der Katastrophe an der Weseler Front,¹⁸⁸ sie gibt aber zu erkennen, daß sie gegen die Konzeption des Zentralrats, die Kämpfe nur noch defensiv weiterzuführen, um zu neuen Verhandlungen mit der Regierung zu kommen, nichts mehr einzuwenden hat.¹⁸⁹ Der Zentralrat kann daher folgendes Waffenstillstandsangebot an die Regierung formulieren, das um 21.45 Uhr telefonisch der Reichskanzlei übermittelt wird:

„Der Zentralrat der Vollzugsräte und die Kampfleitung der Arbeitertruppen sind bereit und ermächtigt, im Industriegebiet unter beiderseitiger Kontrolle der Einhaltung sofort einen Waffenstillstand eintreten zu lassen, wenn die Regierung bereit ist, die Reichswehr zu gleichem zu verpflichten. Nachdem die vorläufige Waffenruhe eingetreten ist, haben sofort Verhandlungen mit Vertretern der Reichsregierung stattzufinden, die, mit allen Vollmachten versehen, mit dem Zentralrat eine Grundlage zu schaffen haben, auf der die dauernde Einstellung des militärischen Kampfes möglich ist.“¹⁹⁰

Gelsenkirchen/Münster/Haltern/Bochum. Auf Bitten von Neysters vom Aktionsausschuß Gelsenkirchen wendet sich Oberbürgermeister v. Wedelstaedt erneut ver-

mittellnd nach Münster, kann jedoch Severing nicht erreichen; das Wehrkreiskommando erklärt, Vermittlungsversuche neutraler Personen seien zwecklos.¹⁹¹ Daraufhin bittet Neysters einen Oberfliegerleutnant namens Bongartz, im Krieg mit dem pour le mérite dekoriert, direkt bei der Reichswehr an der Front zu vermitteln. In Begleitung eines Rotgardisten überschreitet Bongartz bei Haltern die Front. Von der Reichswehr wird er zu einem Leutnant geführt, der ihm erklärt, von einem Waffenstillstand nichts zu wissen; er habe vielmehr aus Münster Befehl, das verschärfte Kriegsrecht anzuwenden. Auf Drängen von Bongartz fragt der Leutnant beim Wehrkreiskommando nach; dieses bestätigt die erteilte Auskunft.¹⁹² — Der Arbeiterrat Bochum, der durch den Kampfleiter der Roten Armee in Haltern von dem Vorgang erfährt, wendet sich am folgenden Tag mit einem Protesttelegramm an Severing.¹⁹³ Dessen Stellvertreter Mehlich antwortet, die Reichswehr sei von den Bielefelder Abmachungen „genau unterrichtet“, dagegen würden diese „von der Gegenseite so gut wie gar nicht gehalten.“¹⁹⁴

Mülheim. Der Vollzugsrat unterstellt sich dem Essener Zentralrat und widerruft bei dieser Gelegenheit die Ausrufung der Räterepublik vor einer Woche.¹⁹⁵ In einer Bekanntmachung fordert er die Bevölkerung auf, sich „in allen Angelegenheiten an die bisherigen Verwaltungsstellen zu wenden“, der Vollzugsrat sei „nur Kontroll- und Überwachungsinstanz.“¹⁹⁶

Essen. Der Zentralrat beschließt eine Verordnung, die das Verhältnis zwischen Front, Etappe und Hinterland regeln soll.¹⁹⁷ Ferner beruft er für den folgenden Tag eine weitere Konferenz der Vollzugsräte ein.¹⁹⁸ In der Einladung an die Vollzugsräte, die bis zu drei Vertreter entsenden sollen, heißt es: Die Delegierten „sollen hier insbesondere Auskunft geben über die Zusammensetzung des dortigen Vollzugsrates oder Ausschusses, Zahl der Mitglieder, Parteistellung.“¹⁹⁹

28. März

Hagen. Am Morgen versammeln sich, zusammengerufen von Ernst, die Kampfleiter der Bezirke Hagen-Schwelm, Altena-Lüdenscheid, Iserlohn-Schwerte-Unna, Witten, Remscheid und Lennep. In einer einstimmig angenommenen Resolution lehnen sie die Mühlheimer Zentrale als Oberleitung der Roten Armee ab und erklären, gegen sie falls mit der Waffe in der Hand vorgehen zu wollen. Damit können sie allerdings nicht für alle Arbeiter in ihrem Bezirk sprechen: soeben mußten Rotgardisten, die gegen den Willen ihrer Führer zur Teilnahme am weiteren Kampf nach Mülheim ziehen wollten, entwaffnet werden.²⁰⁰ — Ernst teilt in einem Telegramm an Severing den Beschluß der Konferenz mit und fügt hinzu, daß die Führer der Arbeitertruppen von Elberfeld, Barmen und Düsseldorf, die auf demselben Standpunkt ständen, sich sicherlich dem Beschluß anschließen würden. Ernst bittet Severing, sich nun seinerseits dafür einzusetzen, daß in die Bezirke, die auf dem Boden dieses Beschlusses ständen, keine Reichswehr einmarschiere.²⁰¹

Essen. Nachdem der Zentralrat die ganze Nacht hindurch vergeblich auf eine Antwort aus Berlin auf das Waffenstillstandsangebot gewartet hat, kann er um 10 Uhr eine telefonische Verbindung mit Reichswehrminister Geßler bekommen. Dieser antwortet inhaltend, das Waffenstillstandsangebot sei dem Reichskanzler vorgelegt worden.²⁰²

Um 10 Uhr beginnt in Gegenwart der in- und ausländischen Presse (vier Amerikaner, ein Engländer von der „Daily Mail“) die zweite Essener Konferenz der Vollzugsräte; Tagungsort ist wieder das Hotel „Vereinshaus“.²⁰³ Von den 110 Delegierten der Vollzugsräte sind 48 Mitglieder der USP, 40 der KPD, 21 der SPD, einer der DDP;²⁰⁴ von der Kampfleitung Mühlheim, die sich jetzt Oberleitung der Roten Armee nennt, ist Leidner persönlich erschienen.²⁰⁵ Die KPD-Zentrale ist diesmal außer durch Pieck noch durch den Rechtsanwalt Paul Levi vertreten,²⁰⁶ der erst vor wenigen Tagen in Berlin aus der „Schutzhaft“ entlassen worden ist.²⁰⁷ Den Tätigkeitsbericht des Zentralrats erstattet Brenner (KPD). Er sieht den Beginn der jetzigen Schwierigkeiten darin, daß die Unterhändler von Bielefeld ohne Verbindung mit den Vollzugsräten gehandelt hätten und daß die Hagener Kampfleitung ihre Arbeitertruppen aus der Front herausgezogen habe. Die Oberleitung der Roten Armee habe nach anfänglichem Widerstreben den Zentralrat als politische Führungsinanz anerkannt, so daß ein Waffenstillstandsangebot nach Berlin gerichtet werden konnte; eine Antwort sei bisher nicht eingetroffen. Brenner betont, daß es „heller Wahnsinn“ wäre, den Kampf auf einem Teil der Front fortzusetzen, auf einem anderen einzustellen, und schließt mit der Versicherung, daß der Zentralrat „einzig und allein auf der Grundlage der augenblicklichen Gefechtslage“ verhandeln werde, daß er nichts preisgeben, sondern das Erreichte halten und verteidigen wolle. — Danach spricht Levi über die allgemeine politische Lage in Deutschland. Was er im einzelnen an Fakten schildert, deckt sich im großen und ganzen mit dem, was dem Leser aus dem 2. und 3. Kapitel des 2. Bandes bekannt ist. Levis Fazit: „Der Militarismus steht heute genau so fest wie am 12. März [dem Tag vor dem Kapp-Putsch], bis zu diesem Zeitpunkt mit Noske, heute ohne Noske“. Die Aufstandsbewegung müsse diese Lage illusionslos ins Auge fassen. Die Konsequenz könne nur die sein, daß das Proletariat des Ruhrgebiets seine Position halte und nicht weiter vorwärtsstürme. Das erfordere die strengste Unterordnung der militärischen Leitung unter die politische. Würden die bewaffneten Kämpfe fortgesetzt, dann sei das „nicht was das Proletariat, sondern was die Bourgeoisie braucht — eine Gelegenheit zum Blutvergießen . . . Es gibt kein sichereres Mittel, eine Bewegung so vollkommen niederzuschlagen, wie ein Blutbad, das haben wir aus den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre gelernt. Noch heute ist es nicht möglich, in München [nach der blutigen Zerschlagung der Räterepublik] zu größeren Aktionen zu kommen. In diesen Tagen hat eine Horde bewaffneter Studenten das Ministerium in München stürzen können . . . Nicht das macht den Revolutionär aus, zu kämpfen, weil er gerade ein Gewehr in der Hand hat, sondern sich von politischen Gesichtspunkten leiten zu lassen“. Aber natürlich lasse sich die im Ruhrgebiet errungene Position nur halten, wenn die Arbeiterschaft der anderen Regionen in den Generalstreik trete, sobald ein Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet drohe. Allerdings könne man einen Generalstreik nicht „auf Befehl machen“; es müsse jedoch möglich sein, unter der

Parole: Verteidigung des Ruhrproletariats einen neuen Generalstreik zustandezubringen. Levi schließt:

„Es kann niemand sagen, wie die Bewegung weitergehen wird. Die Revolution des Proletariats ist nicht der kühne Anlauf, der in einer geraden Linie zum Ziele hinaufführt, es ist ein Vorgehen und ein scheinbares Zurückgehen, ein Stillestehen, ein neuer Anlauf und so weiter. Diese Erfahrungen haben wir bisher auch in Deutschland gemacht. Keiner von Ihnen wird aber verkennen, wieviel weiter das Proletariat gekommen ist seit November 1918, wieviel erfahrener, ernster, entschlossener, reifer und seines Weges bewußter geworden. Und das, obgleich es bis jetzt keinen Sieg zu verzeichnen hatte, nur Niederlagen auf Niederlagen . . . Aber es sind nur scheinbare Niederlagen und plötzlich wächst die Revolution wieder empor zu einer ungeheuren Tat . . . Das deutsche Proletariat hat in dieser Bewegung eine Kraft und eine Geschlossenheit gezeigt, und eine Einheitlichkeit in seinem Weg, daß ich im Zweifel bin, ob das russische Proletariat damals, als es den Sieg errang, den Grad der Reife hatte, wie jetzt das deutsche. Wenn es der russischen Bewegung damals gelang, ans Ziel zu kommen, und der deutschen noch nicht, so liegt es nicht daran, daß das russische Proletariat weiter vorgeschritten war als das deutsche, sondern der Unterschied war auf Seiten der Bourgeoisie. Die deutsche Bourgeoisie ist der russischen an Kraft, an Organisation, an Disziplin unendlich weit überlegen . . . Ihr, Genossen, habt den größten Feind vor Euch, der so zäh ist, wie nirgends in der Welt. Ihr habt den schwersten Kampf zu führen und müßt die denkbar größten Kräfte entwickeln in diesem Kampf“.

Nach diesem mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Referat nimmt die Konferenz ohne Aussprache eine vom Zentralrat vorgelegte Erklärung an und drückt in einer kurzen Resolution ihre Zustimmung aus:

„Der Zentralrat erklärt für die Arbeiterschaft des Industriegebiets in Rheinland und Westfalen:

Das Ziel des revolutionären Kampfes in seinem gegenwärtigen Stadium ist: Niederwerfung des Militarismus, weil nur dadurch eine Sicherung der revolutionären Bewegung vor gegenrevolutionären Überfällen und eine Sicherung der von der Arbeiterschaft erkämpften Machtstellung gegeben ist. Diese Sicherungen sind:

1. Entwaffnung und Auflösung aller Truppen;
2. Bildung von Arbeiterwehren;
3. Verwahrung sämtlicher Waffen unter ständiger Kontrolle der Arbeiterräte.

Der Umfang, in dem dieses Ziel erreicht wird, hängt ab von dem Willen und der Entschlossenheit der gesamten proletarischen Klasse im Reiche. In Anbetracht der Tatsache, daß schon jetzt der Militarismus wieder in alter Stärke und Anmaßung zurückkehrt und die Regierung noch nicht eine einzige ihrer Versprechungen durchgeführt hat, ist der Zentralrat der Meinung, daß es eines erneuten Kampfes des deutschen Proletariats bedarf, um auch nur diese beschränkten Ziele zu erreichen. Der Zentralrat ist weiter der Meinung, daß die Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ihre bisherigen Errungenschaften unter allen Umständen aufrechterhalten muß. Die Aufrechterhaltung dieser Rechte, die durch das Handeln der gesamten Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets errungen sind, hängt aber nicht ab von dem Mut und dem Eifer eines Teiles der Klasse, sondern von der Entschlossenheit der Gesamtheit der Arbeiterschaft des rheinisch-

wesfälischen Industriegebiets. Der Zentralrat wird jeden Angriff auf diese Rechte, insbesondere jeden Truppenangriff auf Rheinland und Westfalen, mit dem Appell an das gesamte Proletariat des Industriegebiets, d.h. mit der Aufforderung zum Generalstreik beantworten“.

Zusatzresolution der Konferenz:

„Die Vollversammlung der Vollzugsräte des Industriegebiets Rheinland-Westfalen schließt sich dieser Erklärung des Zentralrats an und wird den Generalstreik, falls er notwendig werden sollte, mit aller Kraft durchführen“.

So einmütig die Konferenz bisher verlaufen ist, so erregt wird sie, als Leidner nun über die militärische Lage vor Wesel berichtet. Ihm ist die verstierte Rhetorik Levis offensichtlich auf die Nerven gegangen. Spitz entgegnet er auf dessen Referat: „Im gegenwärtigen Stadium des Kampfes ist ein Gewehr mehr wert als zehntausend Schmauzen“. Die militärische Leitung habe mit Munitions- und Verpflegungsschwierigkeiten zu kämpfen, rechne aber damit, ihrer Herr werden zu können. Insgesamt jedenfalls stehe die Front „so gut, daß sie dem Gegner unter allen Umständen gewachsen sei“. Zum Schluß erklärt Leidner, „die militärische Leitung sei bereit, mit der politischen zusammenzuarbeiten“. Sofort antwortet Levi: Diese Erklärung „genügt uns in keiner Weise. Die militärische Leitung hat sich der politischen unbedingt zu unterwerfen. Die politische Leitung ist der Kopf, die militärische der Arm. Wir haben keine Lust, uns durch Militaristen noch weiter ans Kreuz schlagen zu lassen“. Mehrere Vertreter der USP und der SPD schließen sich im Namen ihrer Partei dem Standpunkt Levis an. Daraufhin erklärt Leidner, „daß er nicht daran gedacht habe, als militärischer Diktator aufzutreten“. Die von Levi entwickelten Grundsätze erkenne auch er „grundsätzlich“ an. „Ein einmütiges Arbeiten erscheine ihm für die Zukunft gesichert“. Mit dieser noch immer nicht völlig eindeutigen Erklärung begnügt sich die Versammlung.

Als die Konferenz um 13 Uhr beendet wird, liegt noch immer keine Antwort der Regierung auf das Waffenstillstandsangebot vor.²⁰⁸

Um 15.20 Uhr übermittelt der Zentralrat der Regierung telegrafisch die von der Konferenz angenommene Erklärung — in vollem Wortlaut, also auch mit der Wendung an die Arbeiterschaft im übrigen Deutschland und mit der Ankündigung eines neuen Generalstreiks im Ruhrgebiet.²⁰⁹ Diese Passagen bedeuten gegenüber der Regierung eine Herausforderung; der Zentralrat muß eigentlich wissen, daß dies seinem Bestreben, zu neuen Verhandlungen zu kommen, geradezu zuwiderläuft. Bei der Anwesenheit bürgerlicher Pressevertreter ist allerdings ein anderes Verhalten unmöglich, wenn der Vorwurf der Doppelbödigkeit vermieden werden soll.

Hagen. Teilnehmer der Essener Konferenz berichten Ernst von den dort gefaßten Beschlüssen. Daraufhin telegraphiert Ernst an Severing, daß nunmehr die „Ansichten der Mülheimer vollständig isoliert“ seien. „Jede militärische Aktion ist dadurch unnötig geworden. Selbst wenn Mülheimer sich nicht fügen, werden selbige in den nächsten Tagen in sich selbst zusammenbrechen, sodaß jede militärische Aktion nur Wasser auf die Mühlen der Reaktion wäre.“²¹⁰ Damit zeichnet Ernst seine vor zwei Tagen geäußerte Ansicht, im Notfall müßten ausge-

suchte Reichswehrtruppen gegen die Mülheimer eingesetzt werden, als gegenstandslos.

Essen/Duisburg. Beunruhigt über das Vorgehen des neuen Exekutivkomitees in Duisburg, verordnet der Zentralrat, daß Beschlagnahmen und Eingriffe in das Wirtschaftsleben nur im Einvernehmen mit ihm erfolgen dürfen.²¹¹ Wild versucht, vor dem Zentralrat die in Duisburg ergriffenen Maßnahmen zu rechtfertigen. Levi und Pieck bezeichnen jedoch die in Duisburg eingetretenen Zustände als ein an Anarchie grenzendes Chaos und titulieren Wild schroff als „Verbrecher an der KPD“ und „gemeinen Phantasten“; im Vogtland (wo Max Hoelz gerade seinen revolutionären Bandenkrieg begonnen hat) gehe es nicht so her wie in Duisburg. Wild bezeichnet daraufhin die beiden als Verräter und erklärt, der Zentralrat habe immer noch nichts gelernt und sei somit ohne Existenzberechtigung; in Zukunft werde man in Duisburg ohne Rücksicht auf ihn vorgehen.²¹²

Duisburg. Am Vortrag hat Wild dem SPD-Blatt ein Verbot angedroht, falls es sich nicht der Zensur unterwerfe, er hat diese Drohung jedoch nicht ausgeführt.²¹³ So erscheint die Zeitung mit einem Leitartikel, in dem das Proletariat vor der kommunistischen Theorie gewarnt wird, die, wie der Zusammenbruch der Räterepublik Ungarn beweise, aus Illusionen bestehe. „Die Verwirklichung der kommunistischen Ideale, wie sie hier in Duisburg in Angriff genommen ist, bedeutet bei der heutigen Weltverfassung die Fortsetzung des Weltkrieges“. Dieser werde zwar nicht mehr für das Vaterland geführt, sondern für den Rätegedanken, aber die Folgen habe wie 1914-18 das Proletariat zu tragen.²¹⁴

Oberbürgermeister Jarres gibt bekannt, daß der Geschäftssitz der Duisburger Stadtverwaltung ins belgisch besetzte Ruhrort verlegt ist.²¹⁵ Um 16 Uhr tagt im Ruhrorter Rathaus das Duisburger Stadtparlament. Es billigt einstimmig, d.h. einschließlich der SPD-Fraktion die Maßnahme von Jarres und beschließt die Einstellung der Arbeit in allen städtischen Büros und Betrieben.²¹⁶ — In den folgenden Tagen begeben sich zahlreiche Duisburger SPD- und USP-Führer nach Ruhrort.²¹⁷ Jarres trifft sich im Gebäude der Firma Haniel wiederholt mit den Direktoren der Gutehoffnungshütte Oberhausen, Reusch und Woltmann, und dem Geschäftsführer der Ruhrorter Industrie- und Handelskammer, Dr. Most, um mögliche Gegenmaßnahmen gegen die Aufstandsbewegung, speziell in Duisburg, zu erörtern.²¹⁸

Essen. In einer öffentlichen Versammlung am Vormittag im Zirkus Hagenbeck, die von der KPD einberufen worden ist, äußern die Sprecher in großer Erregung Zorn und Erbitterung darüber, daß die Lage jetzt so verfahren sei und die großen Erfolge der Roten Armee anscheinend umsonst gewesen seien. Die Schuld daran liege bei den Unterhändlern von Bielefeld, die „den Kämpfern in den Rücken gefallen“ seien; ohne die Bielefelder Vereinbarungen „gehöre Wesel heute der Roten Armee“. Außerdem habe sich der Ostflügel der Front defensiv verhalten und der Weseler Front „alle Arbeit . . . überlassen“. Die Kämpfe müßten unbedingt fortgesetzt werden; die in Hagen formulierten Forderungen an die Regierung hätten ohnehin wenig Aussicht, angenommen zu werden. Scharf werden auch die bis-

herigen Maßnahmen des Essener Vollzugsrats kritisiert, die insgesamt viel zu schlapp gewesen seien. Die Mitglieder des Vollzugsrats führen nur im Auto herum und „machen sich gesund“; Spinnraths (vom Vollzugsrat mit der Beaufsichtigung des Polizeipräsidioms beauftragt) habe sogar die Lohnungsgelder für die bewaffneten Arbeiter unterschlagen.²¹⁹ — Am Abend folgen den Worten die Taten: Aktivistengruppen nehmen König (KPD), ein gemäßigtes Mitglied des Vollzugsrats, fest und sperren ihn im Gerichtsgefängnis ein; Spinnraths, den sie am meisten hassen, drohen sie zu besetigen (die Fahndung nach ihm ist jedoch erfolglos). Die von den Arbeitern errichtete Ordnung ist für einen Augenblick in Gefahr. Es kommt zu Plünderungen. Eine 40 Mann starke bewaffnete Gruppe stürmt das Gerichtsgefängnis und befreit die Strafgefangenen, die am 19. März, bei der Eröberung der Stadt durch die bewaffneten Arbeiter, freigekommen und inzwischen wieder eingefangen worden waren.* (Die Gerichtsbeamten treten daraufhin in einen zweitägigen Streik.)²²⁰ — Am folgenden Tag ist der Vollzugsrat wieder Herr der Lage, König befindet sich wieder auf freiem Fuß.²²¹ Das KPD-Organ wendet sich scharf gegen diese Vorgänge und ähnliche in anderen Städten; es schreibt:

*„Soll die Bewegung im Ruhrrevier in eine wilde Anarchie, in ein Chaos ausmünden? Soll sie unläuterer Elementen ein Freibrief werden für jede Art von Ausschreitung? ... Was in einzelnen Orten ... heute geschieht, das ist keine politische Revolution, das ist Anarchie, Auflösung, Zersetzung ... Duldet nicht, daß die Bewegung in Anarchie ausläuft. Was dann unabwendbar käme, das wäre der weiße Schrecken, eine furchtbare Niederlage des Proletariats. Das politisch denkende Proletariat fordert, daß die Parolen und Entschliessungen der politischen Leitung unweigerlich beachtet werden. Wer ihnen entgegenhandelt, ist bewußt oder unbewußt ein Feind der Revolution.“*²²²

Buer. In einer großen öffentlichen Versammlung, zu der sich wenige Arbeiter, dafür umso mehr Neugierige eingefunden haben, fordern die KPD-Führer zur Fortsetzung des Kampfes an der Front auf. Außerdem nehmen sie Stellung zu der vor allem unter den Geschäftsleuten der Stadt herrschenden Erregung, die durch die Requisition teurer Bedarfsartikel durch die Essener Rotgardisten (oben Seite 116) entstanden ist. Felden bemerkt, „das Eigentum der Spießbürger könne nicht mehr geschützt werden.“²²³ — Die SPD erklärt ihren Austritt aus dem Vollzugsrat. Die USP ersetzt zwei ihrer Vertreter (die gemäßigten) durch radikalere.²²⁴

Düsseldorf. In einer Funktionärskonferenz der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften teilt Berten (USP) mit, daß der Vollzugsrat sich auf den Boden des Bielefelder Abkommens und der Beschlüsse der Hagener Konferenz gestellt und am gestrigen Tage Vertreter an die Front vor Wesel entsandt habe, um auch dort zur Einstellung der Kampfhandlungen aufzufordern. In der Diskussion sind die Meinungen geteilt; einige Redner bezeichnen das Bielefelder Abkommen als „nicht weitgehend genug“ und als zum Teil mehrdeutig, was der Gegenseite die Möglichkeit zu „Hinterhältigkeiten“ gebe. So sei „größtes Mißtrauen am Platze“, zumal

* Vgl. II, Seite 36 f.

die Gegenseite schon wiederholt die „Gutgläubigkeit der Arbeiter ... schwer mißbraucht“ habe. Auch die Möglichkeit eines erneuten Generalstreiks in ganz Deutschland wird erörtert. Der Verlauf der Konferenz ändert jedoch nichts an der vom Vollzugsrat bezogenen Position.²²⁵

Hamborn. Eine von der KPD einberufene Versammlung in der Stadthalle erklärt sich einstimmig für die Durchführung des Bielefelder Abkommens und der Hagener Beschlüsse.²²⁶ Eine abweichende Meinung vertritt Frau Schaumann aus Magdeburg, eine ehemalige KPD-Agitatorin, die seit drei Tagen in der Stadt weilt, inzwischen die Lage an der Front in Augenschein genommen hat und überzeugt ist, daß der Aufstand militärisch verloren ist. Sie ist gegen das Anstreben neuer Verhandlungen mit der Regierung, da dabei das Proletariat doch nur betrogen werde, und spricht für verhandlungslosen Rückzug der bewaffneten Arbeiter.²²⁷ — Nach der Versammlung wird die Bildung einer Ortswehr sofort in Angriff genommen.²²⁸

Nord- und Ostfront. Südlich von Wesel geht die Reichswehr nicht über die am Vortag eroberte Linie hinaus; lediglich Hünxe, das in der Nacht von den Rotgardisten geräumt ist, wird neu besetzt. Von jetzt ab beschießt die Reichswehr nicht nur Bruckhausen, wo der Kampfleiter Kuhn sein neues Quartier aufgeschlagen hat, sondern auch die Zechenkolonie Lohberg mit Artillerie.²²⁹ Vorstöße der Roten Armee gegen Voerde scheitern; zurückzuwerfen ist die Reichswehr nicht mehr.²³⁰ Nachmittags erscheint General v. Watter in einem gepanzerten Zug in Wesel; in Friedrichsfeld nimmt er eine Truppenparade ab, auf diese Weise den großen Erfolg des Vortags unterstreichend.²³¹ Die Sipo wird von General Kabisch aus den vordersten Linien herausgezogen und erhält für die weiteren Operationen Aufgaben hinter der Front: Übernahme der Gefangenen, Haussuchungen nach Waffen usw.²³²

Mittags besetzt die Marinebrigade Loewenfeld Schermbeck. Eine Rotgardisten-Einheit, die östlich des Ortes gerade Rast macht, wird überrascht und verliert im Feuerüberfall der Loewenfelder 14 Mann.²³³ Im Ort werden die beiden Personen verhaftet, die sich nach dem Einzug der Roten Armee hatten in den Vollzugsrat wählen lassen (II, S. 94); einer der beiden, der Arbeiter Hoppius, wird erschossen.²³⁴ Freikorpsführer v. Loewenfeld befiehlt seiner Truppe, über Schermbeck hinaus auf das südliche Lippeufer vorzustoßen. Das ist ein bewußter Bruch des Bielefelder Waffenstillstands, in dem die Lippe als nördliche Operationsgrenze der Roten Armee bestimmt worden ist.²³⁵ Nach dem Bau eines Laufstegs, der später durch eine Kolonnenbrücke ersetzt wird, kann bis zum Abend Gahlen besetzt und anschließend Dorsten in einer Zangenbewegung einzuschließen und zu erobern.²³⁶

In Dorsten breitet sich unter den Rotgardisten allgemeine Niedergeschlagenheit über die sich abzeichnende Niederlage aus. Am Nachmittag erschießt sich im Quartier der Kampfleitung (Hotel Eschershaus) ein Rotgardistenführer, dem man den Vorwurf der „Feigheit und fehlerhaften Truppenführung“ gemacht hat.²³⁷ Ein einmaliger Vorfall in der Geschichte des Ruhraufstands: es sieht ganz danach

aus, als sei Karussell es gewesen, der die wachsende Nervosität in die Suche nach Schuldigen umgemünzt und den Rotgardistenführer zur Verzweiflung getrieben habe.

Nach einem Gefecht bei Haus Sythen, in dem die Arbeiter fünf Tote haben,²³⁸ stoßen Reichwehrpatrouillen bis zum Nordausgang von Haltern vor.²³⁹ Der Kampfleiter der Roten Armee in Haltern rechnet stündlich mit einem Großangriff der Reichswehr in diesem Abschnitt.²⁴⁰ In derselben Erwartung handelt der Vollzugrat von Bork (nördlich von Lünen), als er am Morgen auf der Zeche „Herzogmann“ den Kassenbestand von 4.700 Mark zu Löhnungszwecken beschlagnahmt — „gemäß einer Verfügung der Zentrale in Hagen“, erklärt er auf der schriftlichen Quittung.²⁴¹

Im Osten des Ruhrgebiets besetzen die Bayern kampfflos Ahlen.²⁴² Für die Waffenabgabe, zu der sie die Bevölkerung auffordern, setzen sie eine Frist von nur einigen Stunden (üblich waren mindestens 24 Stunden).²⁴³ Haussuchungen und Verhaftungen in den von den Bayern besetzten Orten verlaufen außerordentlich brutal²⁴⁴ (der Landrat von Beckum wertet das freilich anders: er beschneigt den Bayern „schneidiges Auftreten“).²⁴⁵ In Heessen, wohin sich die Ahlener Arbeiterwehr am Vortag zurückgezogen hat, beschließt eine Volksversammlung, die Waffen freiwillig abzugeben; auf diese Weise hofft man den Haussuchungen und anderen Repressalien der Reichswehr zu entgehen. Die 190 Gewehre, die abgegeben werden, werden von einem Kommando der Bayern abgeholt.²⁴⁶

Essen. Um dem zunehmenden Munitionsmangel der Roten Armee abzuwehren, fordert der Zentralrat die Vollzugsräte auf, ihm sofort zu melden, ob in ihrem Bereich „Munition lagert oder die Möglichkeit der Munitionsherstellung gegeben ist“.²⁴⁷

Dortmund/Essen. Eine dreiköpfige Delegation aus Berlin, die der ADGB-Vorstand und die Parlamentsfraktionen der SPD und der USP zu Informationszwecken entsandt haben (Graßmann, Osterroth, Braß),²⁴⁸ trifft im Ruhrgebiet ein. Die Delegierten verhandeln u.a. in Dortmund mit Meinberg und Behrs vom Vollzugsrat²⁴⁹ und in Essen mit dem Zentralrat.²⁵⁰ Am Ende der Beratungen erlassen sie gemeinsam mit dem Zentralrat einen Aufruf an die Arbeiter des Ruhrgebiets, in dem sie das Bielefelder Abkommen als die einzige Lösung des Konflikts bezeichnen und dringend dazu auffordern, das Abkommen einzuhalten und die Waffen sofort niederzulegen; ihrerseits werde die Delegation sich „mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die den Arbeitern . . . zugesicherten Garantien auch von der anderen Seite eingehalten“ würden. Diesem Aufruf schließen sich die Bezirksleitungen Niederrhein und Westliches Westfalen von SPD und USP an.²⁵¹ Inhaltlich widerspricht der Aufruf der Erklärung des Zentralrats und der Essener Konferenz der Vollzugsräte vom Vormittag, in der viel weitergehende Ziele (Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr usw.) formuliert worden sind; indem der Zentralrat den Aufruf mitunterzeichnet, zeigt er sich also in beträchtlichem Maße schwankend.

*

Halten wir die wichtigsten Beobachtungen in verallgemeinerter Form fest und ziehen wir einige Schlußfolgerungen.

Bei der Auseinandersetzung um Annahme oder Ablehnung der Bielefelder Vereinbarungen zeichnen sich dieselben Grundlinien und Zentren ab, die wir bei der Diskussion um die Ziele der Aufstandsbewegung beobachtet haben (oben Seite 14-25). Lediglich an einer Stelle verschiebt sich das Bild: in Essen vermag Pieck, der von Berlin her einen guten Überblick über die Gesamtlage im Reich hat, einen Teil der KPD-Führung vom Standpunkt des Alles oder Nichts abzubringen. So beginnen sich jetzt die Essener von den Mülheimern abzuheben. Da gleichzeitig Ellberfeld und Barmen an Gewicht verlieren, bildet sich ein neues Dreieck von Zentren heraus: Hagen-Essen-Mülheim.

Bei den Hagenen Arbeiterführern ist überaus aufschlußreich, wie sie an die Durchführung des Bielefelder Abkommens herangehen: sie repräsentieren den klassischen Typ des alten sozialdemokratischen Funktionärs, der die Massen, um mit Rosa Luxemburg zu sprechen, wie mit dem „Dirigentenstöckchen“ führt.²⁵² Dabei fällt nachträglich auch noch ein Licht auf ihre Verhandlungsführung in Bielefeld (wo sie eine entscheidende Rolle spielten): die knappen Fristen, die sie insbesondere bei den Vereinbarungen über den Waffenstillstand und über die Amnestie akzeptiert haben, lassen erkennen, daß sie geglaubt haben, den bewaffneten Kampf sozusagen im Handumdrehen abbrechen zu können. Dieses autoritäre Verhältnis zu den Arbeitern steht nur in scheinbarem Gegensatz zu der Befürchtung, daß die Arbeiter, falls der Kampf nicht beendet werden kann und die Reichswehr schließlich einmarschiert, alles in die Luft sprengen werden: diese Untergangsvisionen, von denen die Hagenen Arbeiterführer immer wieder überfallen werden, entspringen der Angst, ihre Autorität gegenüber den Massen sei nicht absolut unerschütterlich. Sie sind überzeugt, die Massen würden ohne ihre Führer sofort „wahnsinnig“ (dies der wörtliche Ausdruck von Ernst in seinem Telegramm an Severing), d.h. sie würden lauter verrückte Aktionen machen.

Eine solche Haltung hat einschneidende Folgen, als sich herausstellt, daß sich der schnelle Abbruch des Kampfes nicht durchsetzen läßt. Einmal begreifen die Hagenen Arbeiterführer das Problem ebenfalls nur autoritär: daß der Kampf bei Wesel fortgesetzt wird, ist nach ihrer Ansicht allein die Entscheidung der westlichen Kampfleiter, nicht auch die der Rotgardisten. Dem entspricht zum andern die ins Auge gefaßte Lösung des Problems. Der Zeitdruck, der durch die knappen Fristen der Bielefelder Vereinbarungen in dem Moment entsteht, als sich ein sofortiger Abbruch des Kampfes als unmöglich erweist, bringt keinen der Hagenen Arbeiterführer auf den Gedanken, daß dann der Irrtum gegenüber der Regierung eingestanden und versucht werden müsse, eine Verlängerung der Fristen zu erreichen. Stattdessen verfällt Ernst nach einem einmaligen Gesprächsversuch mit den Mülheimern, in dem er mit seinen Argumenten nicht durchgedrungen ist, zunächst auf den Gedanken eines Einsatzes bestimmter Reichwehrtruppen, den er dann durch das Konzept eines Einsatzes organisierter Arbeiter korrigiert. Der Gegenatz soll also nicht politisch diskutiert, sondern die Gegner der Bielefelder Vereinbarungen sollen mit Waffengewalt zum Schwefeln gebracht werden. Daß sich dabei die Waffen nicht nur gegen die Kampfleiter, sondern vor allem gegen die vor Wesel liegenden Arbeiter richten werden, wird verdrängt.

Von dieser Haltung der Hagener Arbeiterführer hebt sich positiv der Grundgedanke Piecks ab, daß die Aufstandsbewegung mit politischen Argumenten geführt werden und daß dies seinen organisatorischen Ausdruck finden muß: in der Zusammenfassung durch Delegiertenkonferenzen der Vollzugsräte und durch die Bildung einer politischen Zentrale. Weil dieser Grundgedanke einfach die Realität für sich hat, ergibt sich schon von daher im Zentralrat eine sehr starke Position der Kommunisten, die über die rein zahlenmäßige Stärke der KPD weit hinausgeht. Das wird verstärkt durch den Vorteil der geographischen Lage, den Essen gegenüber dem an der Peripherie liegenden Hagen bietet. — Allerdings geht die Politik des Essener Zentralrats nicht über den Rahmen der Gremienpolitik hinaus; zu keinem Zeitpunkt denkt man daran, mit den westlichen Kampfleitern eine öffentliche Diskussion vor den Rotgardisten zu führen, etwa mit dem Ziel, die Kampfleiter abzusetzen.

Noch in einem zweiten Punkt ist Pieck den Hagener Arbeiterführern überlegen: in der realistischen Würdigung des Bielefelder Abkommens. Während die Hagener Arbeiterführer großes Vertrauen in die Zugeständnisse der Regierungsvertreter setzen, die das Abkommen enthält, weiß Pieck von Berlin her, was das 8-Punkte-Abkommen zwischen Regierungsparteien und Gewerkschaften, die Grundlage des Bielefelder Abkommens, wert ist: fast nichts. Jedoch auch Piecks Konzeption hat offensichtliche Schwächen, die für das Schicksal der Aufstandsbewegung mindestens ebenso bedeutungsvoll sind wie die bürokratische Manier der Hagener und ihr zu großes Vertrauen in das Bielefelder Abkommen. Nicht nur, daß er nur einen Teil der KPD-Führer von ihrem Standpunkt des Alles oder Nichts abzubringen vermag, sondern vor allem zieht er aus seiner Einsicht in die Isolierung der Aufstandsbewegung nicht genügend radikale Konsequenzen. Das Ruhrgebiet — das ist es, was Pieck nicht sieht oder nicht sehen will — hat im Verhältnis zum gesamten übrigen Deutschland nicht genug Gewicht, als daß man von der hier errungenen Position aus Vorteile auf nationaler Ebene erringen könnte; es genügt also nicht, wenn die Aufstandsbewegung in der erkämpften Stellung stehenbleibt, sondern man muß ihr *die Notwendigkeit eines Rückzugs* klarmachen. Stattdessen hält Pieck für möglich, der Regierung mit der Bewaffnung der Ruhrarbeiter als Druckmittel die Auflösung der gesamten Reichswehr abzurufen. Als ob die Regierung drei oder vier Tage *nach* Bielefeld noch zugestehen würde, was ihre Vertreter sich dort nicht hatten abhandeln lassen! Daß Pieck das Kräfteverhältnis falsch einschätzte, wird übrigens in der KPD- und SED-Literatur verdunkelt; diese behauptet entgegen dem klaren Befund der Quellen, Pieck und der Zentralrat hätten ihre Bemühungen einzig und allein darauf gerichtet, seitens der Regierung Garantien für das Bielefelder Abkommen zu erhalten.²⁵³ Vor allem die von der zweiten Essener Konferenz am 28. März angenommene Erklärung des Zentralrats (Seite 133) beweist eindeutig das Gegenteil. Von daher gewinnt nun das Verhältnis der Hagener und der Essener zu den Mülheimern bzw. den westlichen Kampfleitern ein anderes Aussehen als in der KPD-Literatur. Düwell betont, daß die bürokratische Manier der Hagener die Tendenz der Mülheimer, sich jeder politischen Führung zu entziehen, verstärkt habe.²⁵⁴ Das ist richtig, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Richtig ist ebenso, daß der Zentralrat durch seine unrealistische Einschätzung der Lage die Mülheimer in ihrer Posi-

tion bestärkte. Der Zentralrat verfolgte dasselbe Ziel wie die Mülheimer, die Auflösung der Reichswehr; die Auseinandersetzung zwischen beiden ging lediglich um die Frage, ob der Kampf an der Front offensiv oder nur noch defensiv weitergeführt werden solle. Dabei war der spezifische Gedanke des Zentralrats: die Front zu halten, um für die Verhandlungen mit der Regierung ein Druckmittel in der Hand zu haben, keineswegs so gut, wie die SED-Literatur es hinstellt:²⁵⁵ die Front war kein Moment der Stärke, sondern ein Moment der Schwäche für die Aufstandsbewegung. Und ebensowenig, wie die Politik des Zentralrats durch und durch klassenkämpferisch, war die Politik der Hagener schlicht kapitulantenhaft, was die KPD- und SED-Literatur meint.²⁵⁶ Das Konzept der Hagener: Abbau der Front, Rückzug in die Städte und Durchführung des Bielefelder Abkommens, um es der Regierung *politisch* unmöglich zu machen, das Militär einmarschieren zu lassen²⁵⁷ — dieses Konzept war zwar insofern unrealistisch, als es die Eigenständigkeit des Militärs gegenüber der Regierung nicht begriff, aber es hätte, wäre es durchgeführt worden, die Aufstandsbewegung von der enormen Belastung des Frontkampfes befreit, und zwar ohne daß die Reichswehr einfach die Städte hätte besetzen können: die Waffen sollten ja nach diesem Konzept keineswegs der Reichswehr übergeben werden, sondern unter der Kontrolle der Arbeiter in den Städten verbleiben. (Entscheidender Machtfaktor gegenüber der Regierung war nicht die Front, sondern die Bewaffnung der Arbeiter.)

Wenden wir uns nun den Mülheimern zu, so braucht nicht betont zu werden, welches Problem sie für die Aufstandsbewegung darstellten: nicht weil sie die Bielefelder Vereinbarungen ablehnten, sondern weil sie der Ansicht waren, daß der gegenwärtige Kampf ausschließlich mit den Waffen ausgetragen sei und daß er bis zum Ende, d.h. bis zur Entscheidung über Sieg oder Niederlage fortgesetzt werden müsse. Welchen Hintergrund hat diese Haltung? Die KPD- und SED-Literatur behauptet, in diesem Punkt einmal einig mit Ernst von der USP, die Ideologie der Mülheimer sei syndikalistischer Herkunft, wobei dieser Begriff — das gehört zur Tradition der alten Sozialdemokratie — im höchsten Grade abschätzig gemeint ist.²⁵⁸ Diese Behauptung hat insofern einen Schein der Berechtigung, als Mülheim vor dem Kriege die Hochburg der Syndikalisten im Ruhrgebiet war. Das muß jedoch relativ verstanden werden; bei der allgemeinen Schwäche der Syndikalisten in Deutschland bedeutete es, daß auch in Mülheim nur eine Minderheit der Arbeiter syndikalistische Überzeugungen hatte. Vor allem aber hatte sich das Bild in der Novemberrevolution verändert: seitdem war es Hamborn, wo sich die Arbeiter am stärksten syndikalistisch orientierten und organisierten (während und nach den Massenstreiks, durch die sie in Gegenwitz zu den Gewerkschaften genieten),²⁵⁹ und in diesem Zusammenhang ist es höchst bemerkenswert, daß während des Märzaufstands 1920 bei den Hambornern — sowohl bei den Arbeitermassen wie beim Vollzugsrat — nichts von der Ideologie der Mülheimer Kampfleiter zu finden ist. Der Gegenbeweis läßt sich noch präziser führen: die Ideologie der Mülheimer Kampfleiter — zusammengefaßt in dem Satz, daß „nur die Waffen entscheiden werden“ — paßt nicht zur syndikalistischen Grundanschauung vom Primat des ökonomischen Kampfes, wie sie in dem Artikel von Reuß (Seite 114 f.) zum Ausdruck kommt. Hier wird eine Zukunftsperspektive und eine Rückzugssposition entwickelt: wenn der Bürgerkrieg

verlorengeht, so bleibt doch der grundlegende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bestehen, der Klassenkampf geht also weiter; die Kampfleiter dagegen haben nur die Perspektive: Sieg oder Untergang.

Wenn die Kampfleiter also keine Syndikalisten waren — was waren sie dann? Wenn man von einigen, deren politischer Werdegang sich genauer ermitteln läßt, auf alle schließen darf, so lautet die Antwort: sie waren Linkskommunisten, d.h. sie gehörten zu jenem linken Flügel der KPD, der im Herbst 1919 aus der Partei ausgeschlossen wurde und im April 1920 die KAPD bildete.* Am faßbarsten ist das bei Ficks, der vor dem Aufstand einige Zeit KPD-Bezirkssekretär gewesen war und nach dem Aufstand in Düsseldorf führender Mann der KAPD wurde;²⁰⁰ Starck, während des Aufstands Mitglied der Dinslakener Kampfleitung unter Ficks, ging ebenfalls in Düsseldorf zur KAPD;²⁰¹ Bovensiepen kam nach dem Aufstand in den geschäftsführenden Ausschuß der KAPD in Berlin;²⁰² Müller (Dudo) war ein Jahr zuvor als KPD-Vertreter ins Mülheimer Stadtparlament eingezogen und hätte sich, falls er nicht in den Kämpfen vor Wesel gefallen wäre, vermutlich der KAPD angeschlossen. Ebenfalls als Linkskommunist ist Wild in Duisburg zu identifizieren;²⁰³ das von ihm geführte Duisburger Exekutivkomitee handelte nach dem Grundsatz, daß den Erfordernissen des bewaffneten Kampfes alle anderen Rücksichten bedingungslos unterzuordnen seien, und zweifellos war das die Praxis, die sich die Kampfleiter für die Etappenstädte allgemein wünschten. Für die übrigen westlichen Kampfleiter fehlt das Quellenmaterial. Wichtiger als die nachweisbare organisatorische Bindung ist jedoch die linkskommunistische Ideologie: das Vorantreiben der Revolution durch das entschlossene und kompromißlose Vorgehen bewaffneter Minderheiten. (Um ein Mißverständnis auszuscheiden: es soll nicht behauptet werden, jeder Draufgänger sei bereits ein Linkskommunist gewesen.)

Der hier aufgezeigte fundamentale Unterschied in der Denk- und Verhaltensweise der Syndikalisten und der Linkskommunisten ist Hans Manfred Bock in seiner großen Untersuchung** entgangen (die Konsequenz seines Untersuchungsansatzes, bei dem Organisationen als solche aus dem Geschehen herauspräpariert werden); er tritt nur dann zutage, wenn man beide Gruppen in einer Massenaktion beobachtet. Wo liegen die Wurzeln dieses Unterschieds? Auf diese Frage kann nur eine vorläufige Antwort gegeben werden. Betrachtet man den Verlauf der Novemberrevolution, so scheint es, als gebe es einen grundlegenden Unterschied in der Art und Weise, wie beide Gruppen radikalisiert wurden. Für die Bergarbeiter im westlichen Ruhrgebiet (in Hamborn, Oberhausen usw.) war die entscheidende Erfahrung die Arbeitsgemeinschafts-Politik der Gewerkschaften,²⁰⁴ für die Linkskommunisten war es der Militarismus der Noske-Ara.²⁰⁵ Von daher läßt sich die Blickrichtung der Syndikalisten auf das Geschehen in den Betrieben und die der linkskommunistischen Kampfleiter auf den bewaffneten Kampf be-greifen. Wichtig ist, daß bei einigen Kampfleitern auch die Politisierung über-

* Die starke Hamborner KPD-Ortsgruppe dagegen ging bei der Parteispaltung nicht mit der linken Opposition (vgl. I, Seite 62).

** Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim/Glan 1969 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Band 13).

haupt erst in dieser Zeit beginnt. Müller (Dudo) z.B. bezeichnete sich im April 1919, also ein knappes Jahr vor dem Aufstand, in einer Sitzung des Mülheimer Arbeiterrats als „politisches Kind“²⁰⁶ Soziologisch ist festzustellen, daß die westlichen Kampfleiter in der Regel nicht aus Belegschaften von Großbetrieben kamen, sondern in kleineren Betrieben beschäftigt waren (Müller z.B. bei der Mülheimer Straßenbahn) oder Handwerker waren (wie der Dekorationsmaler Leidner).

Colm hat die linkskommunistischen Kampfleiter im Anschluß an Max Weber den „demagogischen“ Führertyp innerhalb der Aufstandsbewegung genannt, wobei dieser — nicht abwertend, sondern neutral gemeinte — Begriff ausdrücken soll, daß diese Führer sich nur als Exponenten der Massenstimmung verstanden und verhielten.²⁰⁷ Das trifft etwas Richtiges — z.B. sahen wir, wie die bewaffneten Massen vor Wesel auf dem Höhepunkt ihrer Kampfstärke auf die Erstürmung der Festung drängten —, aber es ist nicht das Ganze; dieselben Massen erkannten in Kürze aufgrund ihrer Kriegserfahrung sehr gut, daß der Kampf an der Front verloren war, während die Kampfleiter mit der einzigen Perspektive: Sieg oder Untergang den Kampf noch fortsetzten. Es wäre also möglich gewesen, mit den bewaffneten Massen die Gesamtsituation politisch zu erörtern; die Kampfleiter dagegen bevorzugten die Kämpfer, indem sie ihnen sogar die Kenntnis des Bielefelder Abkommens vorenthielten²⁰⁸ — so wie sie auf der anderen Seite gegenüber Vollzugsräten und Zentralrat die militärische Lage vertuschten oder schön-liebten. Pieck, Levi und Ernst trafen ins Schwarze, wenn sie von linken Militari- sten sprachen.

Hier wird nun deutlich, welcher Fehler es war, daß die erfahrenen politischen Führer nur in einzelnen Fällen die Funktion eines Kampfleiters übernahmen (z.B. Meis in Lünen), sondern im allgemeinen dies jenen überließen, die militärische Kenntnisse und persönlichen Elan und Mut vorzuweisen hatten, jedoch so gut wie keine politische Erfahrung. So entwickelte sich der verhängnisvolle Dualismus zwischen Vollzugsräten und Zentralrat einerseits und westlichen Kampfleitern andererseits. Dieser Dualismus war umso schwerwiegender, als die westlichen Kampfleiter die große Mehrheit der bewaffneten Arbeiter führten, da diese sich an der Front vor Wesel konzentrierten (das hing mit dem Verlauf der Straßenkämpfe im Ruhrgebiet zusammen).

Auch die chinesischen Revolutionäre haben bitteres Lehrgeld zahlen müssen, als sie unter Anleitung der russischen Berater im ersten Stadium ihres Befreiungskampfes eine von der politischen Führung unabhängige militärische Führung sich entwickeln ließen und erst allmählich begriffen, daß die militärische Führung nicht nur der ersteren streng untergeordnet sein, sondern einen untrennbaren Bestandteil von ihr bilden muß. Befreiungsbewegungen können ja nur politisch geführt werden, und das bedeutet, daß auch das scheinbar Nur-Militärische nicht den nur militärisch Denkenden überlassen werden kann. So auch beim Ruhraufstand 1920: Bei jenem Vorstoß der um Wesel liegenden Reichswehr am 27. März, der auf sei-

* Die Literatur der KPD und SED betont, daß die Rotgardisten an der Weseler Front ein Abkommen gebrochen hätten, das sie gar nicht gekannt hätten, und unterschlägt dabei, daß ihnen das Bielefelder Abkommen von den Kampfleitern bewußt verschwiegen worden ist. Auf diese Weise kann dann ein weiterer Beweis für das heimtückische G.W. „verräterische“ Vorgehen der Unterhändler von Bielefeld konstruiert werden.

ten der Roten Armee fast zum Zusammenbruch der Front geführt hätte, mußte jeder nüchterne Beobachter zu dem Urteil gelangen, daß der Stellungskrieg militärisch verloren und daß die gemeinsame Rückkehr in die Städte dringend geboten war. Stattdessen stabilisierte derselbe Kampfführer Müller, der vier Tage zuvor den Ausschlag gegen die Erstürmung Wesels und für die Artilleriebeschließung der Stadt gegeben hatte (II, Seite 188), mit größten Anstrengungen noch einmal die Front. Er tat das aus der Grundansicht der Linkskommunisten, daß der gegenwärtige Bürgerkrieg ein bewaffneter Kampf sei und sonst nichts. Daß der Stellungskrieg in der Regel einen Vorteil für das Militär der Konterrevolution bedeutet, konnten die Kampfführer nicht von vornherein wissen; nach dem Reichswehrvorstoß am 27. März hätten sie jedoch Schlüsse in dieser Richtung ziehen können. So müssen die linkskommunistischen Kampfführer auch auf dem Felde ihrer Stärke, dem militärischen, kritisiert werden.

Daß die Linkskommunisten als Kampfführer eine so bedeutende Stellung erringen konnten, lag nun nicht nur an Versäumnissen der politischen Führer während des aktuellen Kampfes, sondern hatte weiter zurückliegende Ursachen. Während im östlichen (westfälischen) Teil des Ruhrgebiets und im Bergischen Land die traditionellen Partei- und Gewerkschaftsführer die Massen weitgehend in der Hand hatten (mit der Ausnahme etwa von Dortmund und Buer), entzogen diese sich ihnen im westlichen (rheinischen) Teil des Ruhrgebiets zum Teil schon vor dem Kriege, besonders aber seit der Novemberrevolution. Dieses Vakuum hatten die Syndikalisten nur zum Teil füllen können: wegen der ungeheuer scharfen Repression von Staatsapparat und Militär, wegen des enorm schnellen Wachstums ihrer Organisation seit der Revolution und wegen der Mängel ihrer Theorie, d.h. der ausschließlichen Ausrichtung auf den ökonomischen Kampf in den Betrieben. Damit waren die Bedingungen gegeben, unter denen sich die Linkskommunisten entfalten konnten — anders als im westfälischen Teil des Ruhrgebiets.

Zur Form der politischen Auseinandersetzung ist festzustellen, daß es jetzt — im Gegensatz zu den Tagen vor der Bielefelder Konferenz — zu einigen öffentlichen Versammlungen kommt. Aber noch immer sind es erschreckend wenige. Ein fühlbarer Fortschritt dagegen liegt darin, daß die Vollzugsräte in engere Beziehungen zueinander treten — über die Delegiertenkonferenzen (zweimal in Essen, einmal in Hagen) und über den Zentralrat, in dem sie sich eine politische Führungsspitze gegeben haben.

2. Regierung und Militär

„In zielbewußter harter Arbeit bast Du den Boden vorbereitet, auf dem das große Werk der neuen demokratischen Staatsordnung begonnen werden konnte. Daß dies in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, daß das Reich zusammenhielt und bald wieder zur Ordnung und Arbeit kam, das ist in erster Linie Dein großes Verdienst, das ist Deine Tat, die in der Geschichte unseres Vaterlandes nicht vergessen werden wird.“

Reichspräsident Ebert an Reichswehrminister Noske, nach Annahme von dessen Rücktrittsgesuch, 22. März 1920 (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 36. Jg., 1920, S. 71)

„Ich habe . . . gelernt, daß schnelles und energisches Zugreifen bei Aufständen immer noch die weniger blutige Form der Niederschlagung ist.“

Otto Geßler (der neue Reichswehrminister nach Noskes Sturz): Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958, S. 120.

Während der fünf Tage, deren Verlauf im Ruhrgebiet wir verfolgt haben, hüllten sich Regierung und Militär in Berlin gegenüber der Aufstandsbewegung in Schweigen, abgesehen von zwei Ausnahmen am 26. März: dem Aufruf der Reichsregierung an die Aufständischen mit der Aufforderung, die Waffen niederzulegen, und dem Interview des Generals v. Seeckt (oben Seite 121/122). Dieses Schweigen, das je länger je mehr auf der Aufstandsbewegung lastete, war freilich kaum bewußt angewandte Hinhaltenaktik, sondern in erster Linie die Folge der Schwierigkeiten, in denen sich die Regierung selbst befand.

Das 8-Punkte-Abkommen zwischen den Gewerkschaften und Vertretern der Regierungsparteien vom 20. März sagte den Gewerkschaften — vorbehaltlich der Zustimmung der Parlamentsfraktionen — zu, daß die Neubildung der Reichsregierung und der preußischen Regierung „nach Verständigung“ mit den Gewerkschaften erfolgen sollte. Diesen Einfluß mußten die Gewerkschaftsführer unbedingt wahrnehmen, wenn sie die Kontrolle über die Basis behalten wollten. Das erste Opfer war Reichswehrminister Noske, dessen Entlassung Legien am 22. März bei Ebert durchsetzte. Damit wurde die Frage der Regierungsumbildung akut, zumal der Posten des Reichsfinanzministers schon seit der Zeit vor dem Kapp-Putsch unbesetzt war. Am 23. März — dem Tag, an dem die Arbeiterorganisationen mit Ausnahme der KPD endgültig zum Abbruch des Generalstreiks aufriefen (II, Seite 130) — wurden die Verhandlungen aufgenommen. Legien* erklärte, ein

* Legien erschien zu diesen Verhandlungen in angetrunkenem Zustand. Was das bedeutete, wäre noch zu fragen; unwichtig ist das Faktum jedenfalls nicht, und es sei daher hier mitgeteilt.

Fortbestehen der Regierung Bauer sei vor den Arbeitern nicht zu vertreten — einer Regierung, „die Berlin verlassen hat, die die Reichswehr sich hat aus der Hand wunden lassen“ —, und forderte die Bildung einer Regierung „aus Arbeitnehmern aller Fraktionen“. Das stieß auf den schärfsten Widerstand, vor allem bei der DDP.¹ Reichskanzler Bauer richtete an die USP die Anfrage, ob sie zum Eintritt in die Regierung bereit sei (also bei Fortbestand der bisherigen Koalition, die damit nur nach links verbreitert worden wäre), die USP lehnte jedoch die Koalition mit bürgerlichen Parteien ab. (Hätte sie zugestimmt, so hätte die DDP die Zusammenarbeit verweigert, während das Zentrum nur unter der Bedingung dazu bereit gewesen wäre, daß auch die rechtsoppositionelle DVP in die Regierung aufgenommen würde.)² Damit konnte die Regierungsumbildung nur noch innerhalb der bisherigen Koalition ausgehandelt werden.

Das erwies sich als äußerst schwierig, weil die DDP-Fraktion die den Gewerkschaften gemachten Zugeständnisse — vor allem die Einflußnahme auf Regierungsbildung und Regierungsprogramm und die Einreihung von Arbeitern in die Sipo — ablehnte. Reichskanzler Bauer konnte die Fraktion vorläufig mit dem Kompromiß beschwichtigen, daß das 8-Punkte-Abkommen nur inhaltlich in das Regierungsprogramm aufgenommen werden solle, ohne daß die Verhandlungen mit den Gewerkschaften erwähnt würden, und daß die Regierung die Gewerkschaften nicht um Zustimmung zu der neuen Ministerliste ersuchen werde, sondern daß die letztere Sache der Parteien bleibe.³ So konnten die Verhandlungen um die freien Ministersitze aufgenommen werden. Die Frage, wer Noskes Nachfolger werden würde, war natürlich nach dem Militärputsch und angesichts des fortdauernden Bürgerkriegs in mehreren Teilen des Reiches besonders wichtig. Die SPD versuchte, den Posten in ihrer Hand zu behalten, und fragte bei ihrem Parteivorsitzenden Otto Wels an (dieser hatte sich seine militärischen Sporen Ende 1918 als Stadtkommandant von Berlin im Kampf gegen Spartakusbund und USP verdient); Wels lehnte jedoch ab. Dasselbe taten andere Kandidaten (so Otto Braun), wieder andere (so Grzesinski) wurden nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Schließlich verzichtete die SPD auf das Amt — starke Kräfte in Parteiführung und Fraktion wollten angesichts der Stimmung der Mitgliedschaft die Verantwortung für die Reichswehr lossein —, und das Reichswehrministerium fiel an die DDP. Deren Fraktion entschied sich für Otto Geßler, den bisherigen Minister für Wiederaufbau.⁴ Geßler war so ehrlich, gegenüber Reichspräsident Ebert seine Eignung zu bezweifeln — er sei „in den Gedanken des Bismarckschen Reiches aufgewachsen, monarchisch erzogen“ und gegenwärtig „höchstens Vernunftrepublikaner“ —, doch Ebert ließ diese Bedenken nicht gelten.⁵ In den acht Jahren, in denen Geßler Reichswehrminister war, sah er seine Hauptaufgabe darin, die Reichswehr im Parlament und anderswo gegen alle Angriffe zu decken — „Seeckt-Propfen“ wurde er einmal im Reichstag genannt.⁶ Das lag zwar noch im Schoß der Zukunft, aber soviel war jetzt schon klar: ein Mann, der der Reichswehrführung etwa kritischer gegenüber gestanden hätte als Noske, war Geßler nicht. Und General v. Watter konnte — das ist im Zusammenhang des Ruhraufstandes nicht unwichtig zu erwähnen — bei ihm sogar an gemeinsame Jugenderinnerungen in Württemberg anknüpfen.⁷ Nachdem die SPD im Austausch für das Wehrministerium das Wiederaufbau-

ministerium erhalten und das Zentrum für das Finanzministerium den Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm Cuno, benannt hatte, schien die Regierungsumbildung am 25. März geglückt zu sein; für den folgenden Tag wurde die Nationalversammlung einberufen.⁸ Doch nun verweigerten die Gewerkschaftsführer, ohnehin unzufrieden mit diesem Minimum an Um- und Neubesetzungen, ihre Zustimmung zu der neuen Ministerliste. Ihre Bedenken richteten sich gegen Geßler, Cuno und Arbeitsminister Schlicke (SPD), vor allem aber gegen Justizminister und Vizekanzler Schiffer (DDP), da dieser mit Kapp und Lüttwitz verhandelt und nach einer noch unbestätigten (zutreffenden) Meldung den Putschisten sogar die Einbringung einer Amnestievorlage zugesichert habe. Der Vorstoß war nicht so radikal, wie er aussah: die Gewerkschaftsführer erklärten sich in Verhandlungen bereit, Schiffer zu akzeptieren, wenn die DDP-Fraktion das 8-Punkte-Abkommen annehme. Die DDP-Fraktion bezeichnete jedoch einen solchen Handel als unmöglich; sie bestand stattdessen auf den Prinzipien des Parlamentarismus, d.h. sie bestritt den Gewerkschaften als außerparlamentarischer Organisation das Recht auf Mitsprache bei der Ministerernennung und faßte überdies einen grundsätzlichen Beschluß über die künftig zu treibende Politik, in dem sie das 8-Punkte-Abkommen indirekt ablehnte. Am Vormittag des 26. März erklärte Reichskanzler Bauer den Rücktritt des Kabinetts. Die Sitzung des Parlaments wurde in letzter Minute verschoben.⁹

Ebert bot Legien an, eine neue Regierung zu bilden — ein konsequenter Schachzug, nachdem Legien praktisch die Regierung Bauer gestürzt hatte. Ebenso konsequent war es von Legien, das Angebot abzulehnen: hätte er angenommen, so hätte sich unvermeidlich sein Radikalismus vor den Arbeitern als Papiertiger entpült. Die Gewerkschaftsführer mußten angesichts ihrer vielseitigen Verbindlichkeiten — gegenüber den Arbeitern, gegenüber den Unternehmern in der „Arbeitsgemeinschaft“, gegenüber der SPD — in einer Sitzung der Halbopposition verharren.¹⁰

Nunmehr beauftragte Ebert Hermann Müller (SPD), den bisherigen Außenminister, mit der Regierungsbildung. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen hatte Müller am 27. vormittags die neue Kabinetsliste fertig: außer den schon von Bauer vereinbarten Um- und Neubesetzungen (Geßler, Cuno) sollte der bisherige Kanzler Bauer Schatzminister, der DDP-Abgeordnete Blunck anstelle des kompromittierten Schiffer Justizminister werden; ein neuerrichtetes Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde vom Zentrum besetzt. Blunck, der für die Aufständischen im Ruhrgebiet bald von großer Bedeutung werden sollte, hatte sich vor dem Krieg im „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ hervorgetan. — Am Nachmittag entstand plötzlich neue Aufregung: im letzten Moment lehnte Cuno wegen der von den Gewerkschaften gegen ihn geäußerten Bedenken die Übernahme des Finanzministeriums ab. Schließlich wurde Joseph Wirth (Zentrum), bisher Finanzminister der badischen Landesregierung, als Ersatzmann gefunden.¹¹

Am Ende stand also kein neues Kabinett, sondern es sah so aus, als habe man das Spiel „Bäumen-verwechsel-dich“ gespielt: das Ganze wirkte, wie man sich auch selbst eingestand, wie ein bloßes Manöver, um den kompromittierten Schiffer loszuwerden.¹² Der Publizist Maximilian Harden nannte das Ganze eine

Farce und formulierte bissig: Noske seien „drei Unhaltbare nachgestoßen“ worden, „ein paar Spießler wechselten die Ministerstühle“. ¹³ Die Enttäuschung im Ruhrgebiet war groß. ¹⁴ Umsonst freilich war das Spiel nicht gewesen. Denn diesmal hatte man von Seiten des ADGB nichts zu befürchten: ein zweites Mal konnte sich Legien nicht erlauben, die Ministerliste zu Fall zu bringen, wenn er nicht bereit war, selbst die Regierung zu übernehmen. Gegenüber den Gewerkschaftsführern von der USP, die ihn auf die Verfechtung des 8-Punkte-Abkommens festlegen wollten, taktierte er ausweichend. ¹⁵

Am selben Tag kam auch die Umbildung der preußischen Regierung zustande. Hier hatten sich vor allem Ministerpräsident Hirsch (SPD) sowie Innenminister Heine und Finanzminister Südekum, beide ebenfalls Sozialdemokraten, kompromittiert, teils durch ihre arbeiterfeindliche Politik vor dem Kapp-Putsch, teils durch ihre Verhandlungen mit den Putschisten; außerdem wollten die Gewerkschaftsführer den Minister für öffentliche Arbeiten, Oeser (DDP), aus seinem Amt entfernen, vor allem weil unter seiner Amtsführung zahlreiche Eisenbahner nach dem Streik im Januar entlassen worden waren. Nachdem auch hier die Verbreiterung der Koalition nach links gescheitert war, da die USP nicht mit den bürgerlichen Parteien koalieren wollte, schlug die SPD-Fraktion zunächst ihren Fraktionsvorsitzenden Graf als Ministerpräsidenten und den Vorsitzenden der Berliner SPD, Krüger, als Innenminister vor. Beide wurden jedoch, da sie dem 8-Punkte-Abkommen mit den Gewerkschaften positiv gegenüberstanden, von den Fraktionen der DDP und des Zentrums abgelehnt. Daraufhin benannte die SPD-Fraktion Braun, den bisherigen Landwirtschaftsminister, als Ministerpräsidenten, Severing als Innenminister und Lüdemann als Finanzminister; alle drei galten in der SPD als „Rechte“, die eine fühlbare Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Regierungsgeschäfte ablehnten. Der ADGB-Vorstand begnügte sich „im Hinblick auf die schwierige politische Lage“ mit einer Protesterklärung. Da Oeser trotz der Ablehnung durch die Gewerkschaften im Amt blieb, war damit die neue preußische Regierung komplett. ¹⁶

„Die Gewerkschaftsvertretungen“, so führte Legien am 27. März vor dem Bundesausschuß des ADGB aus, „haben alles getan, um das Zustandekommen von Regierungen im Reich und in Preußen zu fördern . . ., die sich wirklich auf das Vertrauen der . . . Arbeitnehmerschaft stützen können. Sie wissen die großen Schwierigkeiten eines regierungslosen Zustandes gerade in der gegenwärtigen Zeit sehr wohl zu würdigen und haben mancherlei Bedenken zurückgestellt, um die Neubildung der Regierung nicht zu erschweren.“ ¹⁷

*

Der Poker um die Ministersitze war nicht so zeitraubend, als daß sich die Spitzenpolitiker nicht auch noch mit dem Aufstand im Ruhrgebiet hätten beschäftigen können. Und da man schließlich mit wenigen Neubesetzungen auskam, war auch die personelle Kontinuität gegeben, so daß die Konterstrategie ohne Unterbrechung erarbeitet werden konnte. Das erste, was erklärt wurde, war die Frage des Ausnahmerechts.

Erinnern wir uns, daß General v. Watter am 22. März einen Geheimerauß an seine Truppenführer richtete, in dem er einen bedingungslosen Schießbefehl er-

teilte und die möglichst physische Liquidierung gefangengenommener Aufständischer empfahl (I, S. 307 f.). Das genügte v. Watter jedoch noch nicht: er stieß sich an der von der Regierung erlassenen Bestimmung, daß Todesurteile, die von den Standgerichten gefällt wurden, von ihm als dem Militärbefehlshaber bestätigt werden mußten; er wünschte, daß dieses Bestätigungsrecht nach unten bis zum Regimentsführer erweitert werde. Das war ein sehr tiefgreifender Änderungswunsch (das exklusive Bestätigungsrecht des Militärbefehlshabers sollte verhindern, daß jemand aus der Erregung des Kampfes heraus zum Tode verurteilt und exekutiert wurde), und so zögerte die Regierung zunächst. v. Watter wurde ungeduldig. Am 22. März ließ er dem Reichswehrministerium übermitteln, er werde keine militärische Operation unternehmen, bevor die Frage des erweiterten Standrechts „einwandfrei geklärt“ sei. ¹⁸ Eine bemerkenswerte Drohung, gegen die die Regierung jedoch — was noch bemerkenswerter war — nicht protestierte; im Gegenteil: Reichswehrminister Noske erfüllte v. Watters Wunsch (das war eine seiner letzten Amtshandlungen). Am 24. März teilte v. Watter in einem Befehl an die Kommandeure seiner Truppen mit, der Reichswehrminister habe die Bildung von Standgerichten angeordnet, erläuterte deren Zusammensetzung und Verfahrensweise und fuhr dann fort:

„Das Urteil [das nur auf Todesstrafe lauten kann] unterliegt keinem Rechtsbehelf; es bedarf jedoch der Bestätigung. Dieses Bestätigungsrecht, das an sich mir zusteht, übertrage ich hiermit mit Genehmigung des Reichswehrministers den Generalen, in Generalstellungen befindlichen Offizieren und den Offizieren bis zum Regimentsführer einschließlich der am Kampf beteiligten Truppen.“

Die Urteile sind mit etwa vorhandenen Unterlagen durch einen Offizier sofort auf dem schnellsten Wege dem mit dem Bestätigungsrecht ausgestatteten Offizier . . . zuzustellen . . .

Es ist davon auszugehen, daß jeder, der mit der Waffe in der Hand ergriffen wird, vor das Standgericht zu stellen ist.

Ein Standgericht ist möglichst für jedes Bataillon zu bilden sowie auch für einzelne selbständig auftretende Kompagnien, Batterien oder Eskadrons, wenn das Standgericht zur schnellen Aburteilung zu weit entfernt ist.

Dieser Befehl ist den Truppen eingehend bekannt zu geben.“ ¹⁹

Am selben Tag, an dem dieser Befehl — das Dokument eines Schreibstüchters — in Münster ausgefertigt wurde, wurde in Bielefeld das Abkommen unterzeichnet, in dem es unter Ziffer 15 hieß: „Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden.“

Die Möglichkeit, das Doppelspiel der Regierung zu durchschauen, bestand durchaus. Zwar den Befehl v. Watters bekam kein Zivilist zu Gesicht. Aber am folgenden Tage (25. März) erließen Reichspräsident Ebert und der neue Reichswehrminister Geßler eine Verordnung, mit der das seit dem Kapp-Putsch von den Militärbefehlshabern verhängte Standrecht aufgehoben wurde, *ausgenommen* in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster sowie im Bezirk der Reichswehrbrigade 11 (Frankfurt/Main bis Westhüringen). Das war die — allerdings indirekte — Ablehnung eines wesentlichen Punktes des Bielefelder Abkommens. Niemand, weder im Ruhrgebiet noch in Berlin, wurde jedoch darauf aufmerksam. ²⁰ Ebenfalls am 25. März erstattete Reichspostminister Giesberts, aus Bielefeld nach

Berlin zurückkehrt, der Reichsregierung Bericht von der Bielefelder Konferenz; zu dieser Sitzung zugelassen war Oberbürgermeister Luther (Essen), der anscheinend eigens zur Unterstützung von Giesberts nochmals nach Berlin gefahren war. Bei der Bewegung im Ruhrgebiet, sagte Giesberts, sei zu unterscheiden zwischen denjenigen, die die Republik verteidigen wollten, und den Kommunisten, denen der Kapp-Putsch einen günstigen Vorwand zum Losschlagen geliefert habe. Das Bielefelder Abkommen sei geschlossen worden, um die ersten aus der Roten Armee herauszulösen und zur Rückkehr in ihre Heimatorte zu bewegen; er empfehle daher die Annahme des Abkommens, obwohl die Gegenseite Wesel weiterhin beschieße. Ein militärischer Einmarsch würde ein fürchtbares Blutvergießen zur Folge haben, auch Sabotage sei zu befürchten. Gegen diese Ausführungen nahm General v. Seeckt Stellung. Er warnte davor, die um das Ruhrgebiet herum stehende Reichswehr — 37.000 Mann zuverlässiger Truppen — „Gewehr bei Fuß stehen zu lassen“. Giesberts: Diese Truppenstärke reiche aus, um die Aufstandsbewegung in Schrecken zu versetzen, aber nicht, um sie niederzuwerfen. Oberbürgermeister Luther riet dringend zur gütlichen Verhandlungslösung, schon wegen der drohenden Hungersnot im Revier. Demgegenüber bezeichnete Reichspräsident Ebert das Bielefelder Abkommen als unannehmbar, insbesondere die Bestimmung, daß die Waffen an die Vollzugsräte und die Gemeindebehörden abgegeben werden sollten. In Bielefeld hätten SPD- und USP-Führer verhandelt, aber die Führung der Roten Armee liege in der Hand der Kommunisten, ein Waffenstillstand sei also zwecklos, und durch die Beschießung Wesels sei er ja auch schon gebrochen worden. Er schlage vor, auf Flugblättern den Bruch des Waffenstillstands festzustellen, die Haltung der Regierung darzulegen und die republikanische Gesinnung der Truppenführer zu verbürgen; im übrigen solle man weder Nahrungsmittel noch Papiergeld ins Aufstandsgebiet schicken. Giesberts: Wenn wegen Geldmangels nicht mehr gelöhnt werden kann, „ist in drei Tagen die ganze Bevölkerung auf der Straße“. Landtagsabgeordneter Schluchtmann (SPD) plädierte wiederum für die Strategie der Isolierung und der Aushungerung; ein Vormarsch des Militärs würde demgegenüber eine allgemeine Angst vor dem weißen Terror erzeugen und damit einen unerwünschten Solidarisierungseffekt hervorrufen. Die Reichswehr solle „sich angreifen lassen und (sich) dann verteidigen“. General v. Seeckt: Das müsse er aus militärischen Gründen ablehnen. Weißer Terror? Die kappistischen Truppenteile wie z.B. das Freikorps Lichtschlag seien „erledigt“, aber die übrigen dürften „nicht mit Mißtrauen behandelt werden“. Reichskanzler Bauer schloß sich dem Konzept Eberts an. Dazu fragte Reichswehrminister Geßler, ob also erklärt werden solle, daß das Bielefelder Abkommen für die Regierung unannehmbar sei? Innenminister Koch (DDP): Nein, die Stellung der Regierung zum Bielefelder Abkommen solle bewußt offengelassen werden. Es solle erstens festgestellt werden, daß die Gegenseite die Vereinbarungen gebrochen habe; zweitens solle man „anerkennen, daß die Leute zur Verteidigung der Republik auf die Straße gegangen“ seien; drittens solle erklärt werden, wer jetzt noch weiterkämpfe, sei Kommunist. Das fand die Zustimmung des Kabinetts; das Ergebnis war der Aufruf der Regierung, den wir an anderer Stelle wiedergegeben haben (Seite 121).²¹

Wenn in diesem Aufruf eine Stellungnahme zum Bielefelder Abkommen vermie-

den wurde, so hatte sich doch in der Sitzung bereits deutlich eine Ablehnung des Abkommens abgezeichnet. Entsprechend äußerte sich Reichskanzler Bauer gegenüber Oberpräsident Würmeling in Münster, der das Bielefelder Abkommen als unannehmbar bezeichnete, da es „zu einseitiger Arbeiterdiktatur unter Lahmlegung weiter regierungstreuer bürgerlicher Kreise führen“ werde;²² die Regierung werde, versicherte Bauer beruhigend, „nur einer Regelung zustimmen, bei der die Waffen nicht in Händen unzuverlässiger verfassungsgegerter Elemente bleiben“. ²³ Starker Druck in Richtung auf Ablehnung des Bielefelder Abkommens kam aus dem vom Zentrum beherrschten Teil Westfalens. Das Generalsekretariat des westfälischen Zentrums und die ihm nahestehende Presse, vor allem der „Westfälische Merkur“, die christlichen Gewerkschaften, die von Münster aus eine „Arbeitsgemeinschaft verfassungstreuer Ortskartelle“ organisierten, und der Westfälische Bauernverein entfalteten einen regelrechten Proteststurm; entrüstet wurde festgestellt — übrigens in Übereinstimmung mit der Propaganda des Militärs —, daß in Bielefeld mit den „Bolschewisten“ verhandelt worden sei, während die Regierung Verhandlungen mit den Verfassungsbrechern von rechts, den Kapp-Putschisten, strikt abgelehnt habe. Besonders aufgebracht war das westfälische Zentrum darüber, daß ausgerechnet ein Minister der eigenen Partei, Giesberts, in Bielefeld



„Was ferner auffällt, ist die Grundeinstellung: Kampf ‚bis zum Ende‘, ‚siegen oder sterben‘, ‚jetzt oder nie‘“ (II, Seite 80)
 Rotgardisten beim Rathaus in Dinslaken; die Kreideaufschrift auf dem Geschütz lautet: „für Tod und Leben“

verhandelt und das Abkommen unterzeichnet hatte. Die Haltung von Parteiführung und Fraktion in Berlin, so fand man, sei allzu nachgiebig gegenüber den Forderungen von links, insbesondere von seiten der freien Gewerkschaften. Das Berliner 8-Punkte-Abkommen bedeute „einen flagranten Verfassungsbruch“, „die erste Etappe auf dem Wege zur revolutionären Beseitigung der Verfassung überhaupt“, einen Stoß gegen Beamtentum, Wirtschaft und Reichswehr (die letzte Waffe, die „uns im Kampfe gegen die Unterwühlung aller Staatsgrundlagen und gegen die Zerstörung unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens noch geblieben war“) — kurz, hier werde „der Weg zur Räterepublik“ beschriftet.²⁴ Außerdem druckte der „Westfälische Merkur“ einen Artikel der Truppenzeitung für Nordwestdeutschland ab, in dem es hieß: „Die Truppe will eine energische Stellungnahme der Regierung gegen den spartakistischen und bolschewistischen Umsturz im Industriegebiet und verlangt Abbruch und Ablehnung aller Verhandlungen mit dieser menschenunwürdigen Gesellschaft“.²⁵

Unter starkem Druck von außen stand die Regierung auch bei der strategischen Grundsatze Frage, ob die Aufstandsbewegung ausgehört oder militärisch niedergeworfen werden solle. Am 26. März forderte das Reichswehrgruppenkommando Kassel die Genehmigung für den Vormarsch bis zum Mittag des nächsten Tages.²⁶ Die Reichsregierung beschloß zunächst, daß ein Vormarsch nur mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung erfolgen dürfe, mit Ausnahme der Front vor Wesel, wo die Reichswehr freie Hand habe.²⁷ Am Nachmittag des 27. März kam es dann im Kabinett zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Oberstleutnant Hasse vom Reichswehrministerium machte sich zu Beginn der Sitzung zum Sprachrohr General v. Watters: dieser fordere eine klare Stellungnahme der Regierung zum Bielefelder Abkommen, da der Zweifel über dessen Gültigkeit die Führung der Truppen sehr erschwere; von sich aus habe er schwere Bedenken gegen das Abkommen, insbesondere gegen die Aufhebung des verschärften Ausnahmezustands, gegen die Bestimmungen über die Waffenabgabe und die Bildung von Ortswehren sowie gegen die Amnestieusage; für friedliche Lösungsversuche sei nur noch kurze Zeit, andernfalls würden die Aufständischen, deren Agitation sich bereits an die Reichswehrtruppen wende, „militärische Vorteile erlangen“; er empfehle, Truppen bereitzustellen und dann ein Ultimatum an die Aufständischen zu richten. Diese Sprache hinterließ anscheinend einen etwas ungünstigen Eindruck, den General v. Seeckt anschließend zu verwischen suchte: Selbstverständlich bleibe der Befehl zum Einmarsch, sagte er, „der Regierung vorbehalten, nicht etwa dem General v. Watter“. Im übrigen sei ein schnelles militärisches Vorgehen die kostensparendste Lösung, da dann den Aufständischen keine Zeit zu großen Zerstörungen bleibe. Reichskanzler Bauer nahm einen anderen Standpunkt ein. Reichskommissar Seering, sagte er, der für das Bielefelder Abkommen eintrete, befürchte „schwere Erschütterungen bei voreiligem Einmarsch“. Man müsse vielmehr die Verhältnisse im Aufstandsgebiet sich noch weiter entwickeln lassen. „Je stärker der Terror der roten Truppen sei, desto lauter würde bei der Bevölkerung der Ruf nach dem Einmarsch werden“; er schlage daher vor, bis zum 29. März noch keine Entscheidung zu fällen. Nachdem Reichswehrminister Geßler ebenfalls etwas von General v. Watter abgerückt war (er bezeichnete die Amnestieusage des Bielefelder Abkommens als „durchaus vertretbar“), erklärte sich General v. Seeckt mit

Bauers Vorschlag, noch zwei Tage abzuwarten, einverstanden, und das Kabinett faßte einen entsprechenden Beschluß.²⁸

*

Für diese Entscheidung sprach ein gewichtiger Umstand, den Geßler während der Sitzung zur Sprache brachte: die Westmächte hatten noch immer nicht die Genehmigung für einen Einmarsch in die neutrale Zone erteilt. Wir müssen hier die Darstellung der internationalen Verhandlungen an der Stelle wiederaufnehmen, an der wir sie oben (Seite 52) abgebrochen hatten.

20 Bataillone Infanterie, 10 Eskadronen Kavallerie und 2 Batterien Artillerie durften in der gesamten neutralen Zone (von der holländischen bis zur schweizerischen Grenze) stehen. Zur Bekämpfung des Aufstands im Ruhrgebiet hatte die Reichswehrführung die Genehmigung für den Einmarsch zusätzlicher Truppen beantragt: zunächst von 6 Bataillonen, 2 Eskadronen und 3 Batterien, dann von 18 Bataillonen, 4 Eskadronen und 18 Batterien. Die Niederlagen von Essen und Renscheid am 19. März und der anschließende Verlust des gesamten westlichen Ruhrgebiets ließen die Militärs zu dem Schluß kommen, daß nunmehr außer den in Wesel stehenden 8 Bataillonen weitere 40 Bataillone, 17 Eskadronen und 40 Batterien benötigt würden. Außerdem beschloß die Reichswehrführung, nicht mehr über die zivilen Diplomaten mit den alliierten Regierungen, sondern wie während des Kapp-Putsches direkt mit den alliierten Militärs zu verhandeln. Der französische Ministerpräsident Millerand gab sein Einverständnis. Am 22. März reisten zwei deutsche Offiziere — Major Michels vom Reichswehrministerium und Major Kaupisch vom Generalstab des Reichswehrgruppenkommandos Kassel — über Köln nach Paris.²⁹ Beide waren — ebenso wie die deutsche Botschaft in Paris — darüber informiert, daß inzwischen Verhandlungsversuche zwischen Regierung und Aufständischen angebahnt worden waren.³⁰

Am 23. März verhandelten Michels und Kaupisch zusammen mit Ministerialdirektor Göppert mit General Weygand; Marschall Foch, der anscheinend die beiden Majore für zu sehr unter seinem Rang stehend hielt, nahm im Nebenzimmer Platz, um sich dort von General Weygand berichten zu lassen. Michels und Kaupisch gaben zunächst eine Übersicht über das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen Aufständischen und Militär in den verschiedenen Teilen des Reichs. Danach war die Lage noch ungünstig für die Reichswehr in Mecklenburg, Pommern, Westsachsen und den Arbeiterorten von Berlin. Dann kamen sie zur neutralen Zone. In Frankfurt/Main sei die Lage angespannt, berichteten sie; sie hätten daher, daß die dortigen Truppen um 2 Bataillone und 1 Batterie verstärkt werden dürften. Für das Ruhrgebiet beantragten sie die Genehmigung für zusätzliche Truppen in der schon genannten Stärke. Der Aufmarsch außerhalb der neutralen Zone habe schon begonnen, und zwar werde am nächsten Tag (24. März) eine Stärke von 24 Bataillonen, 8 Eskadronen und 26 Batterien erreicht werden (außer den 8 Bataillonen in Wesel). Im übrigen fänden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Regierung und den „Kommunisten“ statt; über deren Verlauf könnten sie nichts sagen. Göppert präziserte diesen Punkt: Es bestehe „ein Hoffnungsstimmer“, daß die deutsche Regierung die Auseinandersetzungen

ohne militärischen Einmarsch beilegen könne. Das bedeute jedoch nicht, daß damit die alliierte Genehmigung einer Truppenverstärkung weniger dringlich werde; jederzeit könne der Fall eintreten, daß die Regierung doch zum Mittel militärischer Unterdrückung greifen müsse, und außerdem würden die Aussichten auf „freiwillige Unterwerfung“ der Aufständischen erheblich vergrößert, wenn diese wüßten, daß die Regierung „Aktionsfreiheit“ habe.

Die neuen Zahlen, die die deutschen Offiziere genannt hatten, bedeuteten, daß nunmehr das Dreifache der bisherigen Truppenstärke der gesamten neutralen Zone beantragt wurde; dabei fiel, wie schon in den bisherigen Zahlen, der große Wert auf, der auf die Artillerie gelegt wurde (nunmehr das 20-fache der bisherigen Stärke), was auf die Art schließen ließ, in der die Reichswehr den Aufstand niederwerfen wollte. General Weygand stellte zwei Fragen. Erstens: Wie lange sollen die zusätzlichen Truppen in der neutralen Zone bleiben? Die Deutschen stimmten im Prinzip einer Fixierung des Zeitraums zu, nannten dann drei Wochen, zögerten aber, dies verbindlich zuzusagen, weil die Umstände es notwendig machen könnten, die Frist zu verlängern. Weygand dazu: Die „Festssetzung einer Frist, deren Verlängerung von vornherein ins Auge zu fassen sei“, sei unbefriedigend. Die zweite Frage des Generals: Welche Garantien werden gegeben, daß die Truppen wieder abziehen? Göppert: Im Prinzip sei es Sache der Alliierten, Garantien zu formulieren, jedoch schlage er vor, daß deutscherseits zweierlei versichert werde: daß die deutsche Regierung die Truppen, die ja ohnehin „anderswo“ gebraucht würden, „so bald wie möglich“ wieder zurückziehen werde, und daß es sich um Truppen handeln werde, die absolut zuverlässig den Befehlen der Regierung gehorchen würden. Weygand: Das sei gänzlich ungenügend! Darauf wiederholte Göppert den Vorschlag, den Geschäftsträger Mayer bereits gegenüber Unterstaatssekretär Paléologue gemacht hatte: alliierte Kontrolloffiziere könnten den Truppenstäben beigeordnet werden. Weygand lehnte auch das ab. Die öffentliche Meinung Frankreichs, sagte er, verlange für die Durchbrechung des Versailler Vertrages eine wirkliche Gegenleistung. Darauf Göppert: Ein deutscher Truppeneinmarsch im Ruhrgebiet widerspreche doch nicht dem „Geist“ des Friedensvertrages, „da es sich nicht um eine Bedrohung, sondern eher um [den] Schutz Frankreichs und seiner Alliierten handle“ (womit er unterstellte, daß die Aufstandsbewegung die Alliierten militärisch bedrohe); ökonomisch gesehen sei ein Einmarsch ebenso zu beurteilen, da er die Reparationslieferungen an die Alliierten wieder sicherstellen werde (dabei achteten die Aufständischen peinlich genau darauf, daß die Lieferung der Reparationskohle keine Unterbrechung erfuhr). Über die geforderte „Gegenleistung“ erklärten die Deutschen nicht verhandeln zu können, da sie ohnehin bis an die Grenze ihrer Vollmacht gegangen seien. Weygand berichtete im Nebenzimmer Marschall Foch und erklärte danach den Deutschen, „er habe keine weiteren Fragen zu stellen“.³¹ — Einen schriftlichen Bericht Weygands, den Ministerpräsident Millerand in der Botschafterkonferenz vortrug, kommentierte Foch, falls die Alliierten die außerordentlich großen Truppenverstärkungen genehmigten, könnte die Reichswehr mit Hilfe der paramilitärischen Organisationen (Einwohnerwehren usw.) im Ruhrgebiet eine Truppenkonzentration erreichen, die der englischen und belgischen Besatzungsarmee bei weitem überlegen sei.³²

Besonders energisch waren die Deutschen gegenüber General Weygand nicht aufgetreten. Das hing mit einer unmittelbar vor der Verhandlung eingegangenen Weisung der Reichsregierung an die deutsche Botschaft zusammen, nicht mehr so dringlich wie bisher zu verhandeln; „die Lage im Ruhrgebiet sei etwas ruhiger“ und man erwarte, daß die dortige Arbeiterschaft „unter dem Zwang der Verhältnisse“ (damit war möglicherweise die Hungerblockade gemeint) „bald zur Einsicht kommen werde“.³³ Am 25. März jedoch, d.h. zwei Tage später wurde diese Order widerrufen: Mit der Notwendigkeit eines militärischen Einmarsches, telegraphierte das Auswärtige Amt, müsse jederzeit gerechnet werden (ein bemerkenswerter Satz unmittelbar nach dem Abschluß des Bielefelder Abkommens); eine Verständigung mit den Alliierten sei „daher schon jetzt . . . dringend erwünscht“. Eine Besetzung deutschen Territoriums durch alliierte Truppen könne dabei nicht zugestanden werden.³⁴ Am 26. März hatte Geschäftsträger Mayer eine weitere Unterredung mit Unterstaatssekretär Paléologue. Die Truppenzahlen, die er als erforderlich bezeichnete, waren — fast ein Wunder — noch dieselben wie die von den beiden Majoren genannten, jedoch die Frist war nun länger: hatten die Majore vorsichtig von drei Wochen gesprochen, so sagte Mayer nun, es müsse mit „etwa zwei Monaten gerechnet werden“. Als deutsche Garantieleistung schlug er wiederum nur die Festlegung einer Frist überhaupt und die Beordnung von alliierten Kontrolloffizieren vor. Dagegen sei eine „auch nur vorübergehende Besetzung von Teilen der neutralen Zone durch alliierte Truppen“ deutscherseits unannehmbar; ein solches Zugeständnis „würde nicht nur seitens der Rechtsparteien, sondern auch großer Teile der Bevölkerung als Preisgabe deutschen Bodens betrachtet und gegen die Regierung ausgespielt werden“ und wäre „Wasser auf die Mühle der Militaristen“. Paléologue fand diese ablehnende Haltung bedauerlich und verwies Mayer im übrigen an Ministerpräsident Millerand. Auf eine Frage Mayers, ob an eine „vorübergehende Besetzung Frankfurts und südlich gelegener Landesteile“ gedacht sei, wich er aus. Er persönlich, erklärte Mayer zum Schluß noch, habe „äußersten Falles“ daran gedacht, den Zwischenraum zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Mainz, von den Militärs als „Flaschenhals“ bezeichnet, anzubieten, aber seine Regierung habe jede territoriale Konzession ausgeschlossen.³⁵

Doch inzwischen war etwas für die Reichsregierung und die deutschen Diplomaten ungeheuer Peinliches passiert.

Die Reichswehrführung war in den vergangenen Tagen fortgefahren, aus den ruhigen Teilen der neutralen Zone Truppen abzuziehen, wofür sie jedesmal die Genehmigung der Interalliierten Militärischen Kontrollkommission (IMKK) in Berlin erbat und erhielt: 2 Bataillone Infanterie aus Heidelberg und Karlsruhe und 2 Eskadronen Kavallerie aus Homburg und Lahr.³⁶ Die Absicht war weiterhin die, Spielraum für einen Truppenersatz im Ruhrgebiet zu gewinnen, da das Augustabkommen mit den Alliierten (oben Seite 38) nur die Truppenstärke für die gesamte neutrale Zone festlegte.³⁷ Rechtlich gesehen hätte sie ihr Ziel durch Verständigung mit der IMKK anstreben müssen, denn vertraglich stand fest, daß alle deutschen Truppenbewegungen in der neutralen Zone von der IMKK genehmigt werden mußten; und überdies mußte der Reichswehrführung schon

aus logischen Gründen klar sein, daß, wenn sie sich die Herausnahme von Truppen aus der neutralen Zone von der IMKK genehmigen ließ, sie dies erst recht beim Hineinwerfen von Truppen tun mußte. Aber eben das tat sie nicht, sondern versuchte, die verhafteten ausländischen „Spione“ zu hintergehen. Mehr noch: sie unterrichtete nicht einmal die eigene Regierung von ihrem Vorgehen — ein Indiz dafür, wie sehr sie sich unter General v. Seeckt bereits zur selbständigen Nebenexekutive entwickelt hatte. Am 25. März war es soweit: in Borken, tief in der neutralen Zone, wurden die ersten Einheiten der Marinebrigade Loewenfeld aus- geladen, am 26. folgten weitere.³⁸ Doch die Kontrolloffiziere der IMKK in Mün- ster und Wesel arbeiteten gut: schon am 27. März richtete General Nollat an Reichskanzler Müller eine Protestnote, in der er die Tatsache des Einmarsches feststellte, daran erinnerte, daß alle Truppenbewegungen von der IMKK geneh- migt werden müßten, und den „sofortigen Rückzug“ sämtlicher Truppen forderte, die über die erlaubte Stärke hinaus in die neutrale Zone eingerückt seien. Gleich- zeitig erstattete er Bericht nach Paris.³⁹

An diesem 27. März wurde Geschäftsträger Mayer in Paris von Millerand emp- fangen. Millerand lehnte die Besetzung des „Flaschenhalses“ zwischen Koblenz und Mainz ab, da dieser „ohne militärischen Wert“ sei. Auch könne seine Re- gierung sich nicht damit begnügen, von den Deutschen nur das förmliche Recht zum Einmarsch zu erhalten; die Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frank- reichs erfordere, daß alliierte Truppen gleichzeitig mit den deutschen einmarschier- ten. So blieb Mayer noch übrig, nochmals seine „größten Bedenken“ gegen die Besetzung Frankfurts und südlicher Teile der neutralen Zone anzumelden und außerdem zu fragen, welcher Teil der neutralen Zone denn nun von den Alli- ierten „in Aussicht genommen“ sei. Millerand versprach, darüber mit Marschall Foch zu sprechen und am nächsten Morgen Antwort zu geben. Übrigens, fügte er prüfend hinzu, habe er Nachrichten, „daß 1 Kavalleriestab, 1 Infanterie- Bataillon und wahrscheinlich andere Truppen bereits einmarschiert seien“, ob Mayer dazu etwas sagen könne? Daran sei kein wahres Wort, beteuerte Mayer, subjektiv ehrlich, worauf Millerand das Thema wechselte. Mit ungunsten Ahnungen verließ Mayer den französischen Ministerpräsidenten.⁴⁰

*

Nachdem die Reichsregierung am Nachmittag des 27. März beschlossen hatte, sich mit der endgültigen Entscheidung über das Ruhrgebiet noch zwei Tage Zeit zu lassen, erhielt General v. Watter am Abend Befehl, den weiteren Vormarsch ein- zustellen, d.h. auf der an diesem Tage erreichten Frontlinie vorläufig stehenzu- bleiben. v. Watter war aufs äußerste aufgebracht und richtete heftige Proteste nach Berlin.⁴¹ Am folgenden Tag (28. März), 12 Uhr, trat die Reichsregierung erneut zusammen.⁴² Von dieser Sitzung gibt es kein Protokoll; nur das Ergebnis ist bekannt. Es bestand in einem Kompromiß: einerseits hielt die Regierung an der zweitägigen Kampfpause fest, deren Ablauf nunmehr genau festgelegt wurde, nämlich auf den 30. März, 12 Uhr; andererseits griff sie den Vorschlag v. Watters auf, den Oberstleutnant Hasse in der letzten Kabinettsitzung vorgetragen hatte, ein Ultimatum an die Aufständischen zu richten. Die Veröffentlichung des Ulti-

matums sollte nicht direkt durch die Regierung, sondern durch das Wehrkreis- kommando Münster erfolgen; außerdem sollte v. Watter — ein äußerst wichtiger Punkt — es mit Ausführungsbestimmungen versehen.⁴³ Bei Nichtannahme des Ultimatus durch die Aufständischen sollte v. Watter — so jedenfalls behauptete dieser es später⁴⁴ — auch ohne Genehmigung der Westmächte in die neutrale Zone einrücken dürfen. Vermutlich hoffte die Regierung, bis zum 30. die Genehmigung erhalten zu können.

Der Text des Ultimatus, der um 19.20 Uhr telegrafisch nach Münster über- mittelt wurde, lautete:

„Die Regierung hat durch die ‚Bielefelder Verhandlungen‘ versucht, ohne An- wendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit der größten Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Ge- langungen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlimmert. Zahlreiche Not- schreie aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalt- tätigkeiten, die von den Roten Truppen⁴⁵ begangen werden. Das zwingt die Re- gierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhält- nisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises VI, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung fol- gender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
 2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Einreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind.
 3. Sofortige Auflösung der Roten Armee.
 4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung, einschließlich Einwohner- wehren, unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden.
 5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.
- Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von ei- nem Angriff absehen. Andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.⁴⁶ Etwas später antwortete das Reichswehrministerium auf das Waffenstillstands- angebot des Zentralrats vom Vorabend (oben Seite 130) mit folgendem Tele- gramm:

„Berlin, den 28. März 1920.

* Man beachte, daß die Regierung die Bezeichnung „Bielefelder Abkommen“ vermeidet, vielmehr von „Bielefelder Verhandlungen“ spricht und diese beiden Worte obendrein in Anführungszeichen setzt.

** Im ursprünglich formulierten Wortlaut standen hier noch die Worte: „unter Füh- rung landfremder Elemente“. Sie waren auf Ersuchen Eberts gestrichen worden.

An Zentralrat in Essen, Kaiserhof.
 Weitere Verhandlungen mit Rücksicht auf Bielefelder Besprechungen und Lage
 im Ruhrgebiet unmöglich. Erfüllung der von der Reichsregierung gestellten Be-
 dingungen sind einzige Lösung. Siehe neue Veröffentlichung des Wehrkreises VI
 mit Fristsetzung bis Dienstag [30. März] mittags.

Der Reichskanzler.

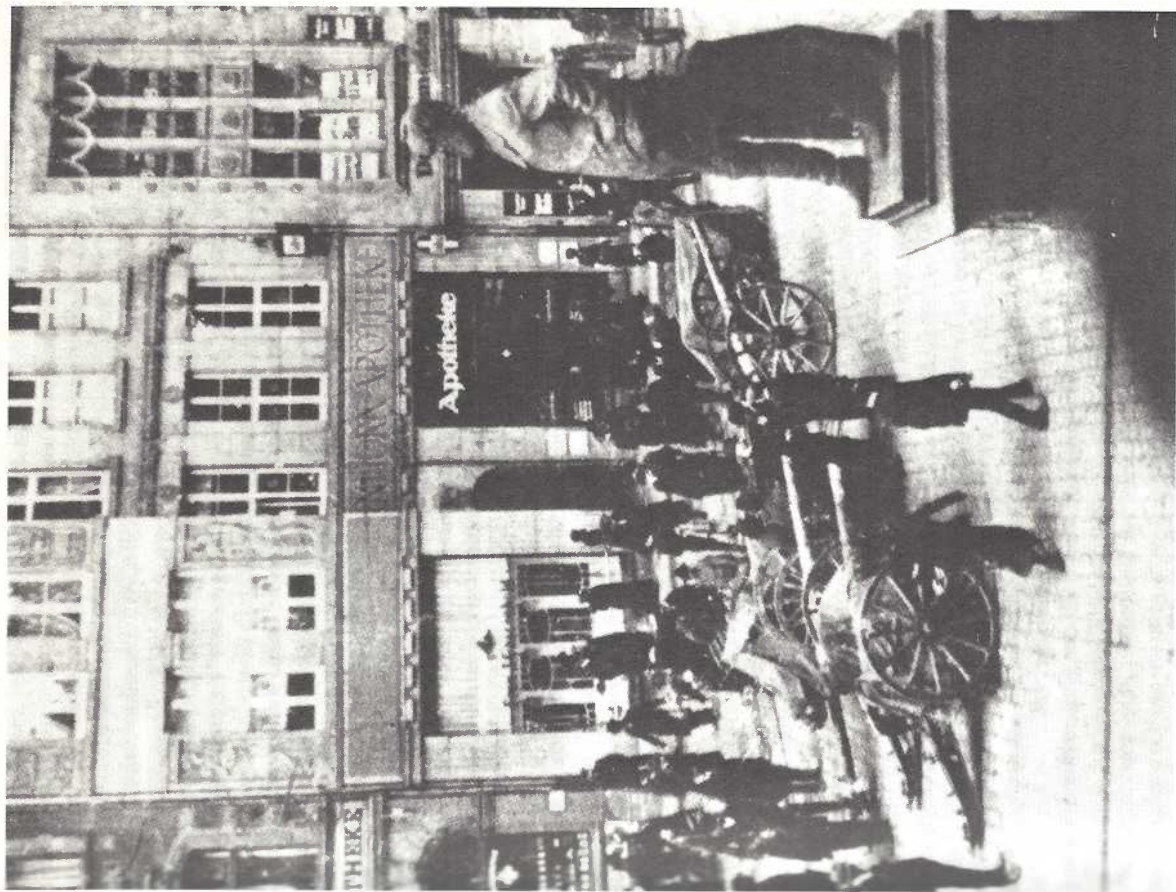
gez. Müller.⁴⁶

Das Telegramm verstieß gegen den Beschluß des Kabinetts, daß man nicht direkt,
 sondern nur über General v. Watter mit den Aufständischen in Verbindung treten
 wolle. Vor allem aber war es von der Reichswehrführung ohne Verständigung
 mit dem Reichskanzler formuliert und abgeschiedet worden, mit dessen Namen es
 unterzeichnet war; Major v. Schleicher war allerdings so gültig, dem Herrn Reichs-
 kanzler eine Abschrift zukommen zu lassen.⁴⁷

*

Die Berliner Arbeiterschaft beobachtete die Vorgänge auf der Regierungsebene
 aufmerksam, trat jedoch nicht in Aktion. Die Aktivitäten, die die Arbeiterorgani-
 sationen entfalteten, gingen deutlicher noch als zuvor in auseinanderstrebende
 Richtungen. Die Spitzen der freien Gewerkschaften (ADGB und AFA) versuchten,
 wie wir gezeigt haben, entsprechend dem 8-Punkte-Abkommen Einfluß auf die
 Neubildung der Reichsregierung und der preussischen Regierung zu nehmen, und
 erlebten dabei ein Fiasko; außer der Entfernung einiger Minister (Noske, Schiffer,
 bei der preussischen Regierung Hirsch, Heine, Südekum) konnten sie nichts er-
 reichen, insbesondere nicht die Formulierung eines neuen Regierungsprogramms.
 Umso mehr mußten sie darauf bedacht sein, keine Enttäuschung über das 8-
 Punkte-Abkommen in der Arbeiterschaft aufkommen zu lassen, mußten sie also
 bestrebt sein, die Kontrolle über die Basis zu behalten und nach links keinen Bo-
 den zu verlieren. Die Berliner „Gewerkschaftskommission“ — d.h. die örtlichen
 Berliner Gewerkschaftsvorstände (überwiegend rechter Flügel der USP) — ver-
 suchte, die von Reichskanzler Bauer gemachte Zusage zu realisieren, daß zwischen
 Regierung und Gewerkschaften über die Einreihung von Arbeitern in die Sipo
 verhandelt werden solle. Was sie dabei nicht wußte, war, daß Bauers Zusage im
 Kabinett abgelehnt worden war. Von der Reichsregierung wurde sie an die
 preussische Regierung verwiesen, da die Sipo eine preussische Einrichtung sei. Da
 konnte die Frage zunächst nicht weiterverfolgt werden, und die Gewerkschafts-
 kommission beschränkte sich vorläufig darauf, Listen auszulegen, in die sich Ar-
 beiter, die in die Sipo eintreten wollten, einzeichnen konnten.⁴⁸ Die Berliner USP
 wiederum veranstaltete am 28. März, einen Tag nach der Bildung der neuen
 Reichsregierung, 29 Massenkundgebungen, in der die Redner gegen die Neuauf-
 lage der alten Koalition aus SPD und bürgerlicher Mitte protestierten (die
 „schlecht verschleierte Klassenregierung der Besitzenden“) und eine sozialistische
 Regierung mit starker Vertretung der USP forderten.⁴⁹

* Der Staatssekretär der Reichskanzlei, Brecht, kommentierte die Unerhörtheit des Vor-
 gangs mit einer verzweifelten Randnotiz: „Woher stammt dies Telegramm? Aus dem
 Reichswehrministerium mit Unterschrift des Reichskanzlers? Das geht nicht!“



Um 9 Uhr begannen die Arbeiter den Angriff gegen den Eckpfeiler der Verteidigung
 von Essen, den städtischen Schlacht- und Viehhof. Gegen 12.30 Uhr besetzten sie
 das Rathaus und nahmen die Besatzung gefangen (I, Seite 287/289)
 Gönshütze der Roten Armee auf dem Markt in Essen, vorn das Krupp-Denkmal

Bei all diesen Aktivitäten wurde hinreichend klar, daß das unaufhörliche Erstarren der restaurativen Kräfte, vor allem des Militärs, nur aufzuhalten sein würde, wenn die Arbeiterschaft noch einmal in den Generalstreik trat oder zumindest — und zwar glaubwürdig — damit drohen würde. Die fünf Instanzen, die in der Nacht zum 23. März den Abbruch des Generalstreiks verkündet hatten — ADGB, AfA, Berliner Gewerkschaftskommission, ZK der USP, Parteivorstand der SPD —, hatten dies getan mit der Versicherung, für den Fall, daß das 8-Punkte-Abkommen nicht erfüllt und die Zusagen von Reichskanzler Bauer gebrochen würden, „von neuem zusammenzutreten und über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden“. Aber wer stellte fest, wann das 8-Punkte-Abkommen und Bauers Zusagen gebrochen waren? Der ADGB z.B. war, wie wir sahen, bestrebt, seine kümmerliche Einflußnahme auf die Regierungsbildung als Erfolg des 8-Punkte-Abkommens hinzustellen. Kritischer war die Berliner Gewerkschaftskommission, aber da sie immer wieder die Verständigung mit dem ADGB suchte, konnte sie leicht von diesem ins Schlepptau genommen werden. Wirklich ernsthafte Anstrengungen, einen neuen Generalstreik zustande zu bringen, konnten nur von der „Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte“ (s. II, Seite 130) erwartet werden. Diese hatte, als sie am 23. März ebenfalls den Abbruch des Generalstreiks beschloß (II, Seite 131), gleichzeitig festgelegt, daß sie, „solange die politische Spannung anhalte“, täglich zusammenzutreten wolle. In den Stunden dazwischen sollte ein „Aktionsausschuß“ die erforderlichen Schritte unternehmen.⁵⁰ Am 26. März wurde diese Festlegung aktuell. An diesem Tag veröffentlichte die Regierung ihren ersten Aufruf an die Aufständischen im Ruhrgebiet (oben Seite 121); vermutlich daraufhin kam der Aktionsausschuß zu dem Ergebnis, daß die Regierung nunmehr eindeutig ihre Zusagen gebrochen habe. Eine Deputation begab sich zum ADGB-Vorstand und forderte die Proklamation eines erneuten Generalstreiks für ganz Deutschland. Der ADGB-Vorstand entgegnete jedoch, er könne einen Bruch der von der Regierung gemachten Zusagen nirgendwo feststellen. Nur die Berliner Gewerkschaftskommission stimmte der Forderung nach einem erneuten Generalstreik zu. Anschließend verhandelte die Deputation mit Reichspräsident Ebert und legte ultimativ drei Forderungen vor: Rückzug aller Truppen aus Berlin in ihre Garnisonen, Verzicht auf einen militärischen Einmarsch ins Ruhrgebiet und Verzicht auf Entwaffnung der bewaffneten Arbeiter (das betraf vor allem die Arbeiter im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland). Eine andere Deputation verlangte von der preussischen Regierung die Bildung von Arbeiterwehren innerhalb von zwei bis drei Tagen und die Durchsetzung der Sipo mit Arbeitern.⁵¹ Über diese Aktivitäten berichtete Däumig am Abend in der Generalversammlung der Betriebsräte. Diese beauftragte den Aktionsausschuß einstimmig, „sofort alle Maßnahmen für einen neuen Generalstreik zu treffen.“⁵² Das war angesichts der organisatorischen Stärke und des ideologischen Einflusses der Gewerkschaften in Berlin⁵³ leichter gesagt als getan, und bis zur nächsten Generalversammlung 24 Stunden später war der Aktionsausschuß kaum weitergekommen. Inzwischen hatte dagegen der ADGB-Bundesausschuß getagt und den ADGB-Vorstand aufgefordert, Schritte zu unternehmen, um das Blutvergießen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland durch eine Verhandlungslösung zu beenden; die neue Reichs-

regierung Müller wurde bezeichnenderweise gebeten, sie „möge sofort durch eine Politik des Entgegenkommens die Arbeiterschaft beruhigen“⁵⁴ Eine solche Sprache war ihrerseits höchst beunruhigend, und so waren die Betriebsräte, als sie am 27. März erneut zusammentraten, merklich ungeduldig. Auf Antrag der KPD-Fraktion beschlossen sie, den ADGB aufzufordern, bis zum nächsten Tag 12 Uhr zu erklären, welche Garantien er für die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter geschaffen habe, und zwar „insbesondere [für] die Entwaffnung der meuternden [d.h. in den Kapp-Putsch verwickelten] Truppen, die Auflösung der Reichswehr oder sonstiger konterrevolutionärer Formationen, die Bewaffnung des Proletariats, das Aufheben des weißen Schreckens in Mitteldeutschland, die Unterlassung feindseliger Handlungen gegen das Ruhrrevier und die sofortige Entlassung der für die Sache des Proletariats in Zuchthäusern und Schutzhaft befindlichen Personen“. Können der ADGB bis zum genannten Termin keine befriedigende Antwort geben, werde man am Nachmittag „über die Wiederaufnahme des Generalstreiks beschließen“⁵⁵ Dieses Ultimatum sollte gleichfalls an die anderen Instanzen gerichtet werden, die beim Abbruch des Generalstreiks versichert hatten, sie würden gegebenenfalls die Notwendigkeit eines erneuten Generalstreiks prüfen (AfA, Berliner Gewerkschaftskommission, USP, SPD).⁵⁶ Der Auftrag der Betriebsräte wurde vom Aktionsausschuß auf höchst unbefriedigende Weise ausgeführt. Nach Schluß der Generalversammlung waren die Gewerkschafts- und Parteinstanzen nicht mehr zu erreichen, und der Aktionsausschuß mußte ihnen das Ultimatum durch die Post übermitteln. Nach der Zustimmung am folgenden Tag (28. März) erhielt er zur Antwort, eine gemeinsame Sitzung könne erst am 29. März, 12 Uhr, zustandekommen. Lediglich mit dem neuen preussischen Innenminister Severing konnte der Aktionsausschuß fristgerecht eine Besprechung führen, die jedoch nichts Greifbares erbrachte; in der Hauptfrage, der Bewaffnung von Arbeitern, machte Severing nur leere Versprechungen. Bezüglich des Ruhrgebiets kündigte er an, er werde sich für die Einhaltung des Bielefelder Abkommens einsetzen. Dies und das unbefriedigende Ergebnis des Ultimatus an die Gewerkschafts- und Parteinstanzen wurde am Nachmittag den Betriebsräten berichtet. Darauf erklärte Walther als Sprecher der KPD-Fraktion: „Der weitere verstrichene Tag ist ausgenützt worden von der Konterrevolution. Wenn morgen . . . die Soldateska zum Angriff auf unsere Brüder [im Ruhrgebiet] übergeht, so wird die Berliner Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen ohne Beschluß und ohne Parole. Jede feindselige Handlung gegen das Ruhrrevier muß mit dem Streik beantwortet werden . . . Jetzt gilt es, uns loszureißen von der Bevormundung der Gewerkschaftsbürokratie“.⁵⁷ Etwa zur selben Zeit, als diese Worte fielen, übermittelte die Reichsregierung dem Wehrkreiskommando Münster den Text ihres Ultimatus an die Aufständischen im Ruhrrevier. Jetzt mußte sich zeigen, ob Walther den Mund zu voll genommen hatte.

3. Kapitel

Aufständische und Militär nach dem Ultimatum der Regierung

„Es zeigte sich aber, daß Reichswehr und Regierung die Kräfteverhältnisse falsch eingeschätzt hatten. Als Antwort auf die unvershämte Herausforderung [durch Ultimatum und Zusatzbestimmungen] rief der Zentralrat erneut den Generalstreik aus . . . Der Erfolg des Aufrufs entsprach der Empörung der Arbeiter. In beispielhafter Geschlossenheit trat das Rubriproletariat wie am 15. März in den Ausstand . . . Den Bemühungen des Zentralrats war es gelungen, die Aktionseinheit noch einmal herzustellen.“

Otto Hennicke: Die Rote Ruhrarmee, Berlin/DDR 1956, S. 79

Am 28. März, 21.40 Uhr abends, wurde dem Zentralrat in Essen telefonisch das Telegramm des Reichswehrministeriums (oben Seite 158) übermittelt. Der darin enthaltene geheimnisvolle Hinweis auf die „neue Veröffentlichung“ des Wehrkreiskommandos veranlaßte den Zentralrat, sich telefonisch nach Münster zu wenden. Das Wehrkreiskommando teilte ihm das Ultimatum der Regierung mit.¹ Die Kampfansage der Regierung lag auf dem Tisch. War damit die Erklärung der Vollzugsräte-Konferenz vom Nachmittag als hohle Geste und Großsprechererei entlarvt? Der Zentralrat berief die Mülheimer Kampfleitung für den folgenden Tag zu einer Konferenz nach Essen.

Die Ansichten, die hier geäußert wurden, waren gegensätzlich. Die Kampfleitung empfahl Ablehnung des Ultimatums und Fortsetzung des bewaffneten Kampfes. Einige Mitglieder des Zentralrats schlossen sich diesem Standpunkt an. Andere, die die Erfolgsaussichten weiteren Widerstandes skeptischer beurteilten, forderten die Zerstörung von Industrieanlagen (Sabotage) und ein Ersuchen an die Entente um militärischen Einmarsch. Jedoch die große Mehrheit des Zentralrats widersprach diesen Vorschlägen. Als mitgeteilt wurde, die englische Regierung habe unverbindlich eine Vermittlung zwischen Reichsregierung und Aufständischen angeboten (eine unzutreffende Nachricht), wurde beschlossen, den Engländern gegenüber zu erklären, „daß der Zentralrat mit der englischen Regierung nicht in Verbindung

treten könne“, andererseits sich einer Vermittlung auch nicht entgegensetze.* Schließlich wurde das Ultimatum mit 13 gegen 2 Stimmen angenommen und folgende telegrafische Antwort an die Regierung beschlossen:

„Der Zentralrat der Vollzugsräte des Industriegebiets Rheinland-Westfalen erklärt, daß er die in Bielefeld am 24. März getroffenen Vereinbarungen anerkennt, wenn auch von der jetzigen Regierung erklärt wird, daß sie diese Vereinbarungen als für sich bindend anerkennt.“

*In diesem Falle nimmt der Zentralrat die von der Regierung gestellten . . ., unter den Ziffern 1, 2, 3 und 5 aufgeführten Bedingungen an. Sind die unter Ziffer 4 aufgestellten Bedingungen so zu verstehen, daß sie den Ziffern 9 und 12 der Bielefelder Vereinbarungen** entsprechen, so erkennt der Zentralrat auch die unter Ziffer 4 aufgestellten Bedingungen an.*

Die Kampfleitung der Roten Armee hat dem Zentralrat erklärt, daß sie sich dem Beschluß des Zentralrats unterwerfe.

Der Zentralrat ersucht die Regierung um sofortige Antwort an Zentralrat Essen, Kaiserhof.“²

Diese Antwort an die Regierung teilte der Zentralrat telegrafisch auch der USP und KPD in Berlin mit und fügte die Bitte hinzu, „sofort Schritte zur Verständigung zu unternehmen, um den Einmarsch Dienstag Mittag zu verhindern, der ungeheuerliche Folgen nach sich zöge“.³ Gleichzeitig forderte er alle Vollzugsräte des Ruhrgebiets auf, für den Fall eines Truppeneinmarsches sofort den Generalstreik zu proklamieren.⁴

Deutlich anders nahmen die Aktionsausschüsse des Stadt- und Landkreises Hagen zum Ultimatum Stellung. Noch in der Nacht vom 28. zum 29. März beschloss die folgende Erklärung, der sich am folgenden Tag die drei Arbeiterparteien von Schweim, Altrena, Iserlohn, Witten, Lennep und Remscheid anschlossen:

„Die Aktionsausschüsse erklären die Berechtigung der in dem Ultimatum . . . angekündigten militärischen Maßnahmen an und sind bereit, diese Maßnahmen, soweit sie sich gegen Bezirke wenden, die das Bielefelder Abkommen nicht durchführen wollen, nicht zu hindern und unter Umständen zu unterstützen. Mit einer

* Die KPD tat sich später viel darauf zugute (und von den SED-Historikern wird es heute immer wieder betont), daß der von der KPD geistig beherrschte Zentralrat sich jederzeit der Parole „Lieber die Entente als die Reichswehr!“ widersetzt habe; besonders seitdem sich die KPD als die „wahrhaft nationale Partei“ gebärdete (1923 und dann wieder ab 1930), wurde dies ein gern gebrauchtes Argument. Wenn jedoch dabei behauptet wurde (und wird), die USP-Führer, die diese Parole ausgaben (vor allem in Hagen und im Bergischen Land), hätten dabei vollständig den Imperialismus der Entente verkannt, so ist dies durchaus nicht der Fall, wie sich belegen läßt (man vergleiche etwa die Erinnerungsschrift von Josef Ernst). Vielmehr gingen diese USP-Führer davon aus, daß zwischen Aufständischen und Entente in diesem einen Punkt eine Übereinstimmung der Interessen bestand: beide wünschten keinen Einmarsch der Reichswehr im Ruhrgebiet. Eine ähnliche Erwägung ist z.B. von der vietnamesischen Befreiungsbewegung im Zweiten Weltkrieg angestellt worden, als sie im Kampf gegen die japanischen Invasoren Hilfe vom imperialistischen Frankreich akzeptierte. Auch der Essener Zentralrat machte, wie sich sogleich zeigen wird, seinen oben zitierten Beschluß wenige Stunden später wieder rückgängig (was von den KPD- und SED-Historikern verschwiegen wird).

** Deren Wortlaut siehe oben Seite 80.

Durchleitung der Truppen durch unser Gebiet sind wir einverstanden, sofern sie zum Durchführen der militärischen Maßnahmen unbedingt notwendig ist und so fern sich die evtl. durchziehenden Truppen jeder militärischen Aktion gegen die Bevölkerung unseres Gebiets enthalten. Die Bevölkerung ist aufgefordert, jede Provokation evtl. durchziehender Truppen zu vermeiden.

Die Aktionsausschüsse erklären als genügende Sicherung die ebrenwörtliche schriftliche Versicherung des Generals Watter und des Reichskommissars Severing.⁵ Mit dieser Stellungnahme erreicht der Zerfallsprozeß, in dem sich die Aufstandsbewegung befindet, einen vorläufigen Höhepunkt — ein weiterer Grund für die gemäßigte Mehrheit des Essener Zentralrats, ein Ende des bewaffneten Kampfes herbeizuführen.⁶

Als praktische Konsequenz ihrer Stellungnahme lösten die Hagener Arbeiterführer den örtlichen Aktionsausschuß auf und bildeten einen „Ordnungsausschuß“, wie er im Bielefelder Abkommen vorgesehen war: zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen und der Regierungsparteien SPD, DDP und Zentrum. Ausgeschlossen waren die beiden bürgerlichen Rechtsparteien DVP und DNVP einerseits, USP und KPD andererseits; die USP-



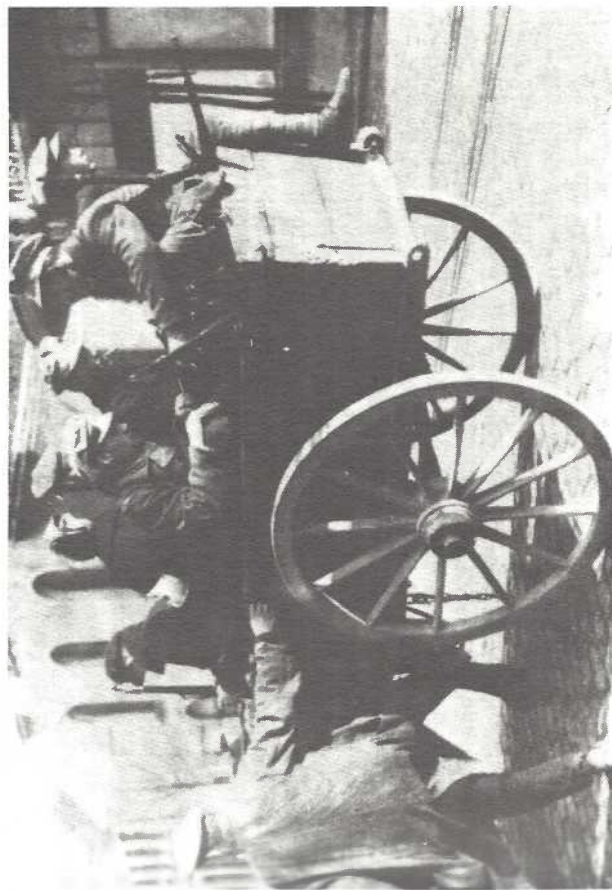
„Das Bedürfnis der Roten Armee nach Transportmitteln aller Art . . . ist evident . . . Beschlägnahmen erfolgten auf schriftliche Anweisung der Vollzugsräte bzw. deren Verkehrsausschüsse“ (II, Seite 85, 86)

links: Rotgardisten und Arbeiter-Samariter mit requiriertem Kleinlastwagen in Dinslaken, Ecke Kaiserstraße (heute: Friedrich-Ebert-Straße) / Neustraße
rechts: Rotgardisten auf einem Bauernkarren in Dinslaken; das Haus mit den drei Bogenfenstern ist die jüdische Synagoge

führer Ernst und Ludwig gehörten dem Ordnungsausschuß als Vertreter der freien Gewerkschaften an.⁷

Oberbürgermeister Cuno richtete an den Reichskanzler und an Severing die telegraphische Anfrage, wie die Punkte 2 und 4 des Regierungsumlatus zu verstanden seien: ob mit den wieder einzusetzenden Sicherheitsorganen nur die städtische Polizei oder auch die grüne Sipo gemeint sei, und ob unter die zu entlassenden Einwohnerwehren auch die im Bielefelder Abkommen vorgesehenen Ortswehren fielen? (Offenbar wollte er andeuten, daß in beiden Fällen die Annahme des Ultimatus nicht zu erreichen sei.) Ferner machte er einen Vorschlag für den Fall, daß annahmehereite Gebiete bei der militärischen Niederwerfung der weiterkämpfenden Gebiete durchgezogen werden müßten: „Die Truppenführer handeln in Fühlung mit den Kreis- und Ortsbehörden — auch gebildeten Ordnungsausschüssen. Die im Bielefelder Abkommen gegebenen Zusicherungen der Straffreiheit werden aufrechterhalten (keine Verhaftungen). Die nach dem Bielefelder Abkommen gebildete Ortswehr bleibt zur Unterstützung der Ortspolizei unter Waffen. Bei Regelung der Waffenabgabe wird zur Beruhigung der Arbeiter den Ortsbehörden und Ordnungsausschüssen zunächst überlassen, Waffenabgabe binnen kurzer Frist zu fordern, ehe Truppen eingreifen.“⁸ Dieses Konzept unterbreitete Cuno telefonisch auch dem Wehrkreiskommando Münster und präziserte dabei den letzten Punkt so: „Die Truppen . . . geben den Ortsbehörden 24 Stunden Frist zur Einsammlung der Waffen, ehe sie selbst die Waffen sammeln.“⁹

Bei alledem war sich Cuno darüber im klaren, daß die Hagener Arbeiter nur einen Durchmarsch der Reichswehr durch ihr Gebiet und nicht eine endgültige Be-



setzung hinnehmen würden. Das Ultimatum habe, so teilte er der Regierung mit, „eine sehr tiefgehende Erregung in der gesamten Arbeiterschaft ausgelöst“. Es müsse „darauf gesehen werden, den Konflikt zu lokalisieren“. Gelingen dies nicht, d.h. marschiere die Reichswehr in das gesamte Ruhrgebiet ein, so seien die Arbeiter — und zwar ausnahmslos, einschließlich der nichtsozialistisch organisierten — „zum äußersten entschlossen“: zur Sprengung von Brücken und Eisenbahnen und zur Zerstörung industrieller Werke.¹⁰ Die besorgte Frage, ob den Hagener Arbeiterführern überhaupt der Spielraum für ihre Politik des Entgegenkommens bleibe, stand auch hinter den folgenden Ausführungen des Hagener USP-Blatts: Vor allem die kurze Frist des Ultimatus, schrieb es, erregte „schwere Bedenken“ und erweckte den Eindruck, „als ob die militärischen Einpeitscher des Ultimatus es nicht abwarten können, über das Ruhrgebiet herzufallen. Selbst aber, wenn alle maßgebenden Instanzen [im Ruhrgebiet] entschlossen sind, die Bedingungen der Regierung anzunehmen, wer bürgt dafür, daß nicht nach Scheinwänden gesucht wird, um ein militärisches Vorgehen zu rechtfertigen? Solche Scheinwände sind schnell gefunden. Eine einzige von militärischer oder Spitzelzelseite erfundene Lügenmeldung genügt nach hundertfältig gemachter Erfahrung, um die Truppen vorzuwerfen . . . Die Regierung muß Rücksicht auf die Psychologie der Massen nehmen, sie muß wissen, daß die Masse heute nicht verantwortlich gemacht werden kann für etwaige Unbesonnenheiten einiger Schreier . . . Gibt die Regierung dem Militär absolute Vollmacht und Freiheit des Handelns, dann trägt sie die Verantwortung für unabsehbare Folgen!“¹¹

Den Beschluß, das Ultimatum anzunehmen, faßten auch die Arbeiterführer in Bochum, Gelsenkirchen und Düsseldorf. Der Arbeiterrat Bochum, der sich über die Aussichtslosigkeit eines weiteren Kampfes einig war, beschloß auf Antrag der SPD-Vertreter, man „stelle sich ohne jeden Vorbehalt auf den Boden des Bielefelder Abkommens und ordne in Ausführung desselben an, daß die Bochumer Arbeitertruppen sofort von der Front zurückzuziehen sind“; das wurde im ersten Teil einstimmig, im zweiten von den SPD- und Gewerkschaftsvertretern bei Stimmenthaltung der USP- und KPD-Vertreter angenommen.¹² In Gelsenkirchen teilte der Aktionsausschuß der Stadtverwaltung mit, er habe sich entsprechend dem Ultimatum aufgelöst.¹³ Im Vollzugsrat Düsseldorf fiel die Entscheidung für Annahme des Ultimatus nach stundenlangen Beratungen; danach wurden zwei Vollzugsrats-Mitglieder nach Essen entsandt, die dort in gleichem Sinne auf den Zentralrat einwirken sollten (dessen annahmehereite Stellungnahme war anscheinend in Düsseldorf noch nicht bekannt).¹⁴ Das Ultimatum, so schrieb das Düsseldorfer USP-Blatt, beleuchte den „Ernst der Stunde“: „entsetzlich“ seien die Zustände, die heraufbeschworen würden, wenn weiterhin ein Teil der Arbeiter entgegen dem Bielefelder Abkommen den Kampf fortsetze. „Die Verbitterung bei den Kämpfen ist begreiflich. Zu brutal hat die Reaktion gehaust . . . Man glaubt den Versicherungen [der Regierung] nicht. Und in der Tat, begründete Ursachen dazu sind überreichlich vorhanden. Trotzdem, die Vertreter des Proletariats haben das Für und Wider reiflich erwogen, und wenn sie jetzt den einheitlichen Abbruch des Kampfes empfehlen, so sind es die Verhältnisse, die sie dazu zwingen.“¹⁵

Völlig anders als diese Stellungnahmen, einschließlich der des Zentralrats, war

die Reaktion der Wuppertaler linken SPD. In Elberfeld beschloß der Aktionsausschuß zunächst, den Zeitungen den Abdruck des Ultimatus zu verbieten.¹⁶ Am 29. März, 19.45 Uhr, stellten die vier SPD-Sekretäre Winkelhock, Kolaß, Ullendamm und Dröner der Regierung telefonisch eine Art Gegenultimatum:

„Die SPD Elberfeld erkennt das Ultimatum der Reichsregierung . . . nicht an. Gründe: Die in dem Ultimatum vorgesehene Frist von 24 Stunden ist zu kurz. Sie verlangt eine Verlängerung von drei Tagen. Der Kampf bei Wesel konnte lokalisiert bleiben und wäre heute, längstens morgen beendet gewesen, weil nur noch die linksstehenden KPD-Anhänger mit der Waffe weiterkämpfen. SPD und USP sowie ein Teil der KPD und der Zentralrat . . . in Essen stehen hinter den Bielefelder Beschlüssen. Der Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet verpflichtet uns, gemeinsam mit der USP und KPD den Generalstreik auszurufen und alle Waffen mobil zu machen, um die Reichswehr niederzuschlagen. Zugleich werden wir unsere Genossen in den übrigen Bezirken des Reiches zur Solidarität für den Generalstreik und zur bewaffneten Abwehr aufrufen. Die gesamte Reichswehr ist eine Gefahr für die Republik und den Sozialismus. Nur die geforderte Arbeiterwehr mit Offizieren als Führern, aus dem Republikanischen Führerbund entnommen, und nur den von der organisierten Arbeiterschaft vorgeschlagenen Führern bietet (auch für die Regierung Müller) die einzige Sicherheit, daß ähnliche Vorkommnisse wie Kapp und Lüttwitz sich nicht wiederholen.“

Die Abberufung des Generals Watter . . . fordert die SPD unbedingt. Wie dem Reichskommissar Severing bekannt, ist Watter ein unzuverlässiger Charakter. Das Ultimatum der Reichsregierung spricht von Greueln der Roten Armee. Wir halten es für notwendig, daß die Regierung, ehe sie solche Schweltnachrichten in die Weltgeschichte schleudert, sich durch amtliche Vertreter an Ort und Stelle informiert. Wir haben in Rheinland und Westfalen auch noch eine Sozialdemokratische Partei, bei der man sich hätte Informationen einholen können. Dem Punkt 4 des . . . Ultimatus der Reichsregierung, der von der völligen Entwaffnung der Bevölkerung unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe handelt, können wir nicht stattgeben, solange die rechtmäßigen staatlichen Organe aus dem alten reaktionären Beamtenapparat bestehen und die Inhaber der vollziehenden Gewalt, diese unzuverlässigen Generale und Offiziere, nach Arbeit blut lechzen — aber keinen Finger rühren, wenn es sich um Baltikumer und Lüttwitzer handelt.

Bis zum letzten Mann werden wir diese Militärmannschaft und jede Regierung, die nicht durch die Tat beweist, daß sie in der Lage ist, diese Militärmannschaft sowie die reaktionären Beamten in Reich, Staat und Kommune zu beseitigen, mit dem Generalstreik und nötigenfalls mit Waffengewalt bekämpfen.

Wir ersuchen deshalb dringend, sofort zu veranlassen, daß die an der Grenze des rheinisch-westfälischen Industriegebiets zusammengezogenen Reichswehrtruppen sofort in ihre Standorte beordert werden, woselbst die Reorganisation der Reichswehr nach den oben bezeichneten Gesichtspunkten sofort zu erfolgen hat.¹⁷ Dieses Gegenultimatum paßte genau zu der in Elberfeld praktizierten Bündnispolitik (Übernahme der USP- und KPD-Parolen durch die SPD und Anpassung an die radikale Stimmung der Massen). Nicht zu beantworten ist dabei die Frage, wieweit die vier SPD-Sekretäre voll hinter dem Text standen, den sie nach Berlin

übermitteln (und letztlich ist diese Frage auch müßig). Immerhin sprach Kolaß auch nach dem Aufstand noch von dem „serbischen“ Ultimatum der Reichsregierung,¹⁸ in Anspielung auf das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien 1914, das mit seinen unannehmbaren Forderungen nur den Vorwand zum Krieg hatte schaffen sollen.

*

Das Ultimatum der Regierung forderte die Aufständischen auf, General v. Watter bis zum 30. März, 12 Uhr, „eine ausreichende Sicherheit . . . für die Annahme und Durchführung“ der fünf Einzelforderungen zu geben, und unter Punkt 4 kündigte es an: „Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt [Watter] näher bestimmt werden.“ — Gleichzeitig mit der Übermittlung des Ultimatus von Berlin nach Münster hatte das Reichswehrministerium Watter mitgeteilt, er habe zu entscheiden, ob er die bis zur genannten Frist erhaltenen „Bürgschaften“ der Aufständischen für die „Erfüllung der Bedingungen der Regierung als ausreichend“ betrachte.¹⁹ Mit anderen Worten: Watter bekam in doppelter Hinsicht freie Hand — zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen zum Ultimatum und zur anschließenden Entscheidung, ob ihn deren Ausführung durch die Aufständischen befriedige oder nicht.

Watter bestimmte:

„1. Waffen und Munition sind an die Polizeiverwaltungen abzugeben und von diesen per Bahn dem Wehrkreiskommando nach Münster zuzuführen. Die Polizeiverwaltungen haben bis 30. März, 11 Uhr vormittags, dem Wehrkreiskommando die Zahl und Art der zur Abgabe gelangten Waffen und Munition zu melden. Sind bis 30. März, 12 Uhr mittags, nicht schon vier schwere, 10 leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 16 Minenwerfer und 20.000 Gewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 300 Schuß Minenwerfermunition und 100.000 Schuß Infanteriemunition abgeliefert, so gilt die Bedingung der Waffenabgabe nicht als erfüllt. Werden die geforderten Mengen abgeliefert, so wird weitere Bestimmung über die restliche Waffenabgabe erfolgen.“

2. Die Regierungspräsidenten werden bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, um Meldung ersucht, ob noch in ihren Bezirken Vollzugsräte bestehen oder die ordentlichen Behörden wieder restlos in ihre Rechte eingesetzt sind. Bestehen noch Vollzugsräte am 30. März, 11 Uhr vormittags, so gilt die Bedingung der Anerkennung der Staatsautorität nicht als erfüllt.

3. Stehen am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch Teile der roten Armee oder sonstiger Wehren unter den Waffen, so gilt die Bedingung der Auflösung der

roten Armee nicht als erfüllt. Die gegnerische Kampfleitung wird zur Angabe hierüber bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, aufgefordert.

4. Befindet sich am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch ein gefangener Reichswehrosoldat, Sicherheitspolizist, Angehöriger der Einwohnerwehr oder der Essener und Dortmunder Sicherheitswehr als Gefangener in den Händen der Aufrührer, sind ferner bis 30. März, 11 Uhr vormittags, nicht alle Geiseln freigelassen, so gilt die Bedingung der Freilassung der Gefangenen nicht als erfüllt.

Gefangene und Geiseln müssen bis 30. März, 12 Uhr mittags, beim Wehrkreiskommando in Münster eingetroffen sein. Wird Gefangenen und Geiseln auch nur ein Haar gekrümmt, so gilt die Bedingung ebenfalls nicht als erfüllt.²⁰

Inhalt und Sprachstil dieser Zusatzbestimmungen sprechen für sich. Am 29. März druckte das Wehrkreiskommando Flugblätter mit dem Ultimatum der Regierung auf der Vorder-, den Zusatzbestimmungen auf der Rückseite. Die letzteren waren unterzeichnet: „Fhrr. v. Watter, Generalleutnant“. Ein Teil der Auflage war schon gedruckt, als dem Wehrkreiskommando aufging, daß dies einen ungünstigen Eindruck machen würde: bei solchen Erlassen war die Mitunterzeichnung durch Severing üblich. Da dieser sich wegen der Neubildung der preußischen Regierung und seiner Ernennung zum Innenminister in Berlin befand, ließ man für die restliche Auflage Hauptmann Lorenz, den Verbindungsmann Severings zum Wehrkreiskommando, „i. A.“ („im Auftrag“) Severings neben Watter unterzeichnen.²¹

— Diese Flugblätter wurden am späten Nachmittag von Flugzeugen über dem östlichen Ruhrgebiet und dem Wuppertal abgeworfen.²²

Zweiterlei ist hier bemerkenswert. Einmal: erst mit dem Abwurf dieser Flugblätter veröffentlichte das Wehrkreiskommando systematisch das Ultimatum der Regierung; die meisten Vollzugsräte bekamen es erst zusammen mit Watters Zusatzbestimmungen zu Gesicht. Hier zeigt sich die Konsequenz der Entscheidung der Regierung, das Ultimatum nicht direkt, sondern auf dem Wege über das Militär an die Aufständischen zu richten: als die Flugblätter in deren Hände gelangten, waren es bis zum Ablauf der im Ultimatum gesetzten Frist nur noch rund 30 Stunden. Zweitens: warum wurden die Flugblätter nicht über dem gesamten Aufstandsgebiet abgeworfen? Darin lag offenbar System: das mittlere und westliche Ruhrgebiet war ohnehin bereits als vertragsbrüchig abgestempelt; jetzt kam es nur noch darauf an, auch die Teile der Aufstandsbewegung, die sich von Anfang an auf den Boden des Bielefelder Abkommens gestellt hatten, als Gegner der von der Regierung geforderten Unterwerfung hinzustellen. Zu dieser Taktik paßte es allerdings nicht, daß der Regierungspräsident von Düsseldorf, begeistert über die harte Sprache von Regierung und Militär,²³ die Zusatzbestimmungen Watters telegrafisch den Stadtverwaltungen seines Regierungsbezirks mitteilte, mit der Aufforderung, sie „sofort weitgehend bekannt zu geben“ und ihm bis zum nächsten Vormittag, 10 Uhr, über die Ausführung von Punkt 2 (Weiterbestehen oder Auflösung der Vollzugsräte und Wiedereinsetzung der ordentlichen Behörden) zu berichten. (Der Fernsprechverkehr funktionierte freilich bereits so schlecht, daß die Telegramme des Regierungspräsidenten zum Teil erst kurz vor, zum Teil sogar erst Stunden nach diesem Termin bei den Stadtverwaltungen eingingen.)²⁴ So mußten sich die Vollzugsräte überhaupt erst einmal untereinander informieren. Auch der Zentralrat in Essen erhielt nur auf indirektem Wege Kennt-

* In der Literatur steht hier meist „31. März“. Das ist aus dem Flugblatt übernommen, mit dem das Wehrkreiskommando die Zusatzbestimmungen v. Watters im Aufstandsgebiet verbreitete. Nach dem Gesamttext ist das jedoch mit Sicherheit ein Druckfehler; in den Berliner Zeitungen, die den Text auf drahtlichem Wege aus Münster bekamen, ist denn auch „30. März“ zu lesen. Damit fällt der Versuch Spethmanns, Watters Zusatzbestimmungen als eine Abmilderung des Ultimatus der Regierung hinzustellen, in sich zusammen.

nis von den Zusatzbestimmungen (aus Dortmund, wo die rote Zensur ein Funktelegramm des Militärs abgefangen hatte).²⁵ Überall, wo die Zusatzbestimmungen bekannt werden, wirken sie, wie Josef Ernst formuliert, „wie ein Peitschenhieb“.²⁶ Eine typische Spontanreaktion: „Lieber unter der Herrschaft der Entente als unter der Reichswehr! Kampf mit allen Mitteln, selbst bis zur Sabotage der industriellen Anlagen!“ schreibt das Remscheider USP-Blatt.²⁷ Die Stimmung schlägt vollständig um: vorbei die Unsicherheit der letzten Tage — morgen beginnen die „Noskes“ ihren Generalangriff — verzweifelte Kampfbereitschaft breitet sich aus.

Der Zentralrat Essen trat sofort erneut mit der Mülheimer Kampfleitung zusammen. Ein Kampfleiter empfahl die Proklamation des bewaffneten Widerstandes, die Mehrheit des Zentralrats hielt jedoch nach wie vor die erfolgreiche Fortsetzung des bewaffneten Kampfes für unmöglich. Stattdessen wurde folgende Resolution angenommen und durch WTB verbreitet:

„Der Zentralrat erblickt in den Ausführungsbestimmungen [Watters] den Versuch, unter allen Umständen einen Vorwand zu finden, um in das Ruhrrevier einmarschieren zu können. Jeder Mensch muß erkennen, daß die Erfüllung der hier gestellten Bedingungen technisch unmöglich ist. Hinzu kommt, daß dem Zentralrat diese Ausführungsbestimmungen nicht einmal bekannt gemacht worden sind, er sie vielmehr nur durch einen Zufall zur Kenntnis nehmen konnte. In der Abwehr des ungeheuerlichen Planes ruft der Zentralrat zum sofortigen Generalstreik auf.“²⁸

Der Aufruf zum Generalstreik lautete:

„Arbeiter! Beamte! Angestellte!

Wir haben gekämpft für unsere Freiheit. Wir haben die Regierung Kapp . . . hinweggefegt. Die Gefahr ist nicht beseitigt. Der weiße Schrecken, der in Sachsen und anderen Landesteilen wüthet, zeigt, wohin das Ziel der reaktionären Offiziere geht . . .

Kurz vor dem Sieg droht eine Gefahr. General von Watter, dessen Truppen sich den Tefjel an die Bielefelder Abmachungen, an den Waffenstillstand kehrten, stellt ein Ultimatum.

Bis zum 30. März, vormittags 11 Uhr, sollen alle Waffen abgegeben und alle Vollzugsräte aufgelöst sein.

Proletariat! Dieses Ultimatum ist in dieser kurzen Zeit praktisch undurchführbar. Das weiß von Watter. Tausende Reichswehrsoldaten, Noskegardisten stehen bereit, uns zu vernichten . . .

Das Industriegebiet droht eine Hölle zu werden.

Arbeiter! Die Offizierskaste will Blut . . .

Der weiße Schrecken Sachsens soll im Industriegebiet nicht seinen Einzug halten.

Wir können das Herz Deutschlands zum Stillstand bringen. Wir haben ein Mittel: Generalstreik!

Der Zentralrat der Vollzugsräte beschloß, dieses Mittel anzuwenden . . .

Ab 30. März darf sich kein Rad drehen . . .

Harret aus, bis die Reaktion an dem Granitblock unserer Geschlossenheit zerbricht.²⁹

Gleichzeitig wandte sich der Zentralrat mit einem Telegramm an die Regierung.

Darin stellte er ebenfalls fest, daß General v. Watter nur einen Vorwand für den militärischen Einmarsch schaffen wolle, und fuhr dann fort — mit der Bitte um „sofortige Antwort“ —, er erwarte „von der Regierung Vermittlung, daß die Ausführungsbestimmungen so geändert werden, daß ihre Erfüllung möglich ist.“³⁰ Ferner wurden Pieck (KPD) und Eckardt (Remscheid, USP) nach Berlin entsandt, die dort im Verein mit den verschiedenen Arbeiterorganisationen die Regierung zum Nachgeben bringen oder, falls sie bei ihrer Haltung bleibe, zur Wiederaufnahme des Generalstreiks auffordern sollten.³¹ Schließlich entsandte der Zentralrat Stern (Essen, USP) und Leutner (Dortmund, KPD) zur englischen Besatzungsbehörde nach Köln, „die die unerfüllbaren Bedingungen von Watter und den drohenden Einmarsch der Reichswehr der Entente mitteilen sollten, damit sie interveniere.“³² Um 23 Uhr erschienen die beiden, begleitet von einem Berichterstatter des „New York Herald“ als Dolmetscher, bei Oberstleutnant Ryan in Köln, dem Stabschef des britischen Militärgouverneurs. Was sie vorbringen, gewährt einen ungewöhnlich tiefen Einblick in die Überlegungen des Zentralrats, ungewöhnlich deshalb, weil dessen interne Verhandlungsprotokolle nicht mehr existieren. Die Arbeiter des Ruhrgebiets, führten Stern und Leutner aus, sähen die Aussichtslosigkeit eines weiteren Kampfes und seien daher an sich bereit, den Kampf abzubrechen, aber sie zögerten dies zu tun aus Angst vor einem weißen Terrorssystem der einmarschierenden Reichswehr. Angesichts der verzweifelten Stimmung der Arbeiter befand sich der Zentralrat in einem furchtbaren Dilemma. Bisher hatten die Führer einen durchaus mächtigen Einfluß auf die Arbeiter ausgeübt; jedoch wenn der Zentralrat sich jetzt der Gegenseite unterwerfe, würden die extremen Elemente die Oberhand gewinnen, und die Folge würde Chaos und Sabotage sein. Das sei nur zu vermeiden, wenn die Regierung in folgender Weise entgegenkomme: 1. Die Reichswehr marschier im Moment nicht ins Ruhrgebiet ein. 2. Die Arbeiter geben ihre Waffen bei den Zivilbehörden ab, falls nötig unter Aufsicht von Beauftragten Watters; Zahl und Art der Waffen werden dem Wehrkreiskommando Münster gemeldet. 3. Eine Anzahl von Arbeitern verschiedener Parteien werden in die Reichswehr eingereiht, und zwar in ganz Deutschland. Falls die Regierung so verfare, würden die Arbeiter, in der Einsicht, daß die Zeit für die Regierung arbeite, nach Hause und an die Arbeit zurückkehren, und nach drei oder vier Tagen würde es keinen nennenswerten Widerstand gegen den Einmarsch einer Reichswehr geben, von der man wisse, daß sie reorganisiert sei und auf seiten der Regierung stehe. Diese Ausführungen stehen in einem bemerkenswerten Gegensatz zu den Kampfaussichten, die der Aufruf des Zentralrats zum Generalstreik an die Wand malt. — Ryan erwiderte seinen Gesprächspartnern, die auf ihn einen niedergeschlagenen, ja verzweifelten Eindruck machten, sie seien bei ihm an der falschen Adresse und müßten sofort mit dem Wehrkreiskommando Münster Fühlung nehmen; er selbst könne nicht mehr tun, als ihre Ausführungen seinen Vorgesetzten mitzuteilen, die sie dann, mit einer eigenen Stellungnahme, an die deutschen Stellen weiterleiten könnten.³³

Wie reagierten die Vollzugsräte auf Watters Zusatzbestimmungen? Zunächst generell: die Pressezensur wurde scharf gehandhabt bzw. dort, wo auf sie nach dem

³⁰ Vgl. die Anmerkung auf Seite 163.

Bielefelder Abkommen verzichtet worden war (so vor allem in Hagen),³⁴ wieder praktiziert. Besonders häufig gestrichen oder gekürzt wurden das Ultimatum und Kommentare dazu sowie Berichte über die sich in Duisburg entwickelnden Zustände.³⁵ Hier wird die negative Seite der Pressezensur deutlich: die Bevormundung der Arbeiter. Schäfer ging der Vollzugsrat von Bottrop vor, indem er das Erscheinen des (einzigigen) Lokalblatts für einen Tag verbot. In Oberhausen ließ das örtliche Zentrumblatt die Streichungen des Zensors unbeachtet und brachte die Nummer vom 30. März unverändert heraus. Darin stand u.a. in fetten Schlagzeilen: „Dem Ende entgegen! Annahme eines heute mittag 12 Uhr ablaufenden Ultimatus der Reichsregierung. Der Zentralrat Essen und die Gefechtsleitung der roten Armee auf dem Boden des Bielefelder Abkommens. Sofortige Auflösung der roten Armee“. Daraufhin wurde das Blatt vom Vollzugsrat verboten; es unterließ dieses Verbot jedoch, indem es am folgenden Tag sein Sterkrader Kopfblatt in Oberhausen vertrieb.³⁶ Für den 1. April verbot der Vollzugsrat dann alle drei Oberhausener Lokalblätter und setzte dieses Verbot auch durch. In den Wuppertal verbot die Gewerkschaft der Buchdrucker das Erscheinen der bürgerlichen Lokalblätter (die Morgenausgaben vom 30. März waren allerdings bereits expediert); am 31. März erschienen auf Wunsch der Gewerkschaft dann auch das SPD- und das USP-Blatt nicht, sondern stattdessen wie schon vor zwei Wochen ein „Mittelungsblatt des Aktionsausschusses der vereinigten sozialistischen Parteien des Wuppertals“ (vgl. oben Seite 14).³⁷

Nun zu den wichtigsten Städten im einzelnen. In Elberfeld schloß sich die SPD-Bezirksleitung Niederrhein in Konsequenz des eben formulierten Gegenultimatus der vier Parteisekretäre sofort dem Aufruf des Zentralrats zum Generalstreik an und forderte den Reichskanzler telefonisch auf, bis 22 Uhr dem Zentralrat die Zustimmung zu geben, „daß in den nächsten Tagen keinerlei Reichswehr in das Industriegebiet einmarschiert“; außerdem verlangte sie, daß die Regierung bevollmächtigte Vertreter zu Verhandlungen über die Verlängerung der Waffenstillstandsfrist entsende.³⁸ Das örtliche SPD-Blatt kam in einer scharfsichtigen Analyse der Zusatzbestimmungen Watters zu dem Ergebnis, daß für das Militär das Bielefelder Abkommen offenbar nicht existiere.³⁹ In einer großen Konferenz der Aktionsausschüsse von Elberfeld und Barmen, die am nächsten Morgen im Elberfelder Rathaus stattfand und an der auch zahlreiche Vertreter der Aktionsausschüsse der Nachbarorte teilnahmen, gaben die SPD-Funktionäre den Ton an. Dröner erstarrte den Lagebericht, in dem er Watters Zusatzbestimmungen „geradezu wahnsinnig“ nannte und den Generalstreik als einzige Möglichkeit bezeichnete, um zu neuen Verhandlungen zu kommen, Winkelhock berichtete über die telefonischen Verhandlungen mit der Regierung, und Dröner formulierte nach der Aussprache dann auch den Text der Schlußresolution. Darin hieß es unter 1.: „sofortige Durchführung der Bielefelder Beschlüsse durch den Aktionsausschuß“; unter 2.: „Der Kampf bei Wesel muß lokalisiert bleiben. Die Arbeiterschaft verhält sich bei diesem Kampfe passiv, weil die Kampfleitung bei Wesel sich den Beschlüssen von Bielefeld bisher nicht untergeordnet hat“; unter 7.: „Ziel des Kampfes sind die Hagener Beschlüsse, die die Dinge soweit treiben wollen, daß die Arbeiter bei allen Angelegenheiten größeren Einfluß gewinnen“ (sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, Entfernung der reaktionären Beamten, Re-

organisation der Reichswehr). Gegen diese drei Punkte wurden Gegenstimmen abgegeben; Stendebach (KPD) hatte in der Diskussion erklärt, die ganze Verhandlungstaktik seit Bielefeld habe die Arbeiter in die jetzige verfahrenere Lage gebracht. Hier kündigte sich die Spaltung der KPD an (der rechte Flügel praktizierte seit dem Kapp-Putsch das Elberfelder Bündnismodell). Dagegen stimmten die Linkskommunisten für Punkt 4 der Schlußresolution, in dem die Aktionsausschüsse ausdrücklich erklärten, „lieber die Besetzung durch die Entente zu sehen als durch die Reichswehr“.⁴⁰ — Die Ausführung der ersten beiden Punkte wurde sofort in die Wege geleitet. Am folgenden Tage meldete der Regierungspräsident von Düsseldorf nach Berlin, alle Arbeiter aus dem Wuppertal seien von der Front zurückgekehrt und in Elberfeld und Barmen seien etwa 1000 Gewehre abgegeben worden.⁴¹

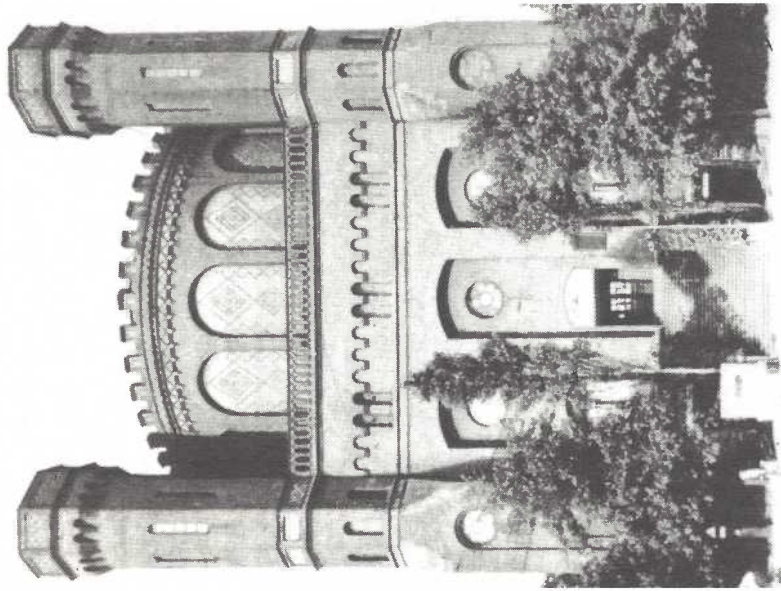
In Hagen trat sofort nach dem Bekanntwerden der Zusatzbestimmungen Watters der eben erst aufgelöste Aktionsausschuß der drei Arbeiterparteien wieder zusammen, unterstellte sich dem Zentralrat Essen und proklamierte den Generalstreik.⁴² Die Arbeiterführer interpretierten die Unterzeichnung der Zusatzbestimmungen durch Hauptmann Lorenz anstelle von Severing so, daß Severing als Kontrolleur des Militärs ausgeschaltet sei.⁴³ Die Durchführung der Bestimmungen, so stellten sie fest, sei auch beim besten Willen unmöglich, schon technisch wegen der kurzen Frist, aber auch sonst: zu den von Watter geforderten Mengen abzu-



„Ihr Mut und ihre Aufopferung verdienen rückhaltlose Bewunderung“, schrieb ein bürgerlicher Journalist über die Arbeiter-Samariterinnen an der Front vor Wesel (II, Seite 81)

Arbeiter-Samariter auf der Kaiserstraße (heute: Friedrich-Ebert-Straße) in Dinslaken

gebender Waffen erklärten sie, daß diese überhaupt nicht in der Hand der Arbeiter seien (die Arbeiter hätten nur sovielle Waffen, wie sie von Reichswehr, Sipo, Einwohnerwehren usw. erbeutet hätten),⁴⁴ und zu den übrigen Punkten schrieb das örtliche USP-Blatt: „Die Behörden sollen darüber berichten, ob sie [die Aktionsausschüsse] aufgelöst sind. Wenn nun eine böswillige Behörde falsch berichtet, was dann? Dann will der General die Truppen zum Blutbad vorwerfen! Auch die Bedingung der Gefangenensfreigabe läßt sich nicht erfüllen. Wie läßt sich feststellen, ob wirklich alle Gefangenen nach Münster abgegangen sind? Würde einer böswillig nicht auf die Minute sich bei Watter einfinden, dann ist dem Ultimatum des Generals nicht Genüge geleistet. Dann sollen Tausende dafür ab-



„Gegen 17 Uhr steckte die Parterrebesatzung aus einem Fenster eine weiße Fahne. Die Besatzung im Obergeschoß war teils dagegen, teils war sie überhaupt nicht informiert. Die belagernden Arbeiter winkten mit weißen Tüchern. Dann kamen sie langsam ... heran, vorweg eine Rote-Kreuz-Fahne. Die ersten Reihen der Arbeiter stiegen die Freitreppe hinauf, die ersten gingen schon durch die offene Tür — da flogen aus dem Obergeschoß Handgranaten ...“ (1, Seite 292)

Wasserturm im Essener Ostpark

geschlachtet werden! Die Regierung, die diesem Gewaltmenschen und verknocherten Militär Freiheit zum Handeln gibt, handelt nicht nur leichtfertig, sondern direkt verbrecherisch.“⁴⁵ Und Ludwig schrieb im USP-Blatt, das Militär wolle für seine Niederlagen „Rache nehmen, und diese Rache wird entscheidend sein.“⁴⁶ Ernst faßte in einem Telegramm an das Wehrkreiskommando alle Einwände zusammen und schloß: „Bleiben die Bedingungen in dieser undurchführbaren Weise bestehen, müssen Sie [die] Verantwortung für alles Kommende tragen.“⁴⁷ Das war keine leere Drohung: im Hagener Bezirk (wie auch anderswo) wurden alle möglichen Sprengmittel und -geräte in den Betrieben beschlagnahmt und an die Front geschafft; man sei, schrieb Ernst später, bei Bestehenbleiben der Bedingungen „zum letzten entschlossen“ gewesen.⁴⁸ — An den Reichskanzler kabelte Ernst: „Wenn Sie . . . ein zweites Nordfrankreich [Verwüstungen weiter Landstriche im Weltkrieg] vermeiden wollen, sorgen Sie für vernünftige Bedingungen der Waffenabgabe und für längere Frist, damit [die] Abgabe überhaupt ermöglicht wird. Nach Vorkommnissen in Halle kann kein verantwortlicher Arbeiterführer zur bedingungslosen Unterwerfung auffordern, wenn keine Garantie für vernünftiges Verhalten der Reichswehr gegeben wird.“⁴⁹

Oberbürgermeister Cuno fuhr auf dringende Bitten des Aktionsausschusses mit Vertretern der Arbeiterparteien und der bürgerlichen Mittelparteien nach Münster.⁵⁰ Dort war bereits die dreiköpfige Berliner Delegation von SPD, USP und freien Gewerkschaften (s. oben Seite 138) eingetroffen. Sie hatte am Vormittag in Dortmund die Nachricht erhalten, Watter werde Zusatzbestimmungen zum Ultimatum der Regierung erlassen, und war daraufhin sofort nach Münster geeilt. Die Vorahnungen von Braß: das würden wie bei den bewaffneten Kämpfen vor einem Jahr Bedingungen mit dem Zweck, den Vorwand für ein militärisches Eingreifen zu erhalten, wurden in Münster voll bestätigt, als Severings Stellvertreter Mehlich den Text vorlegte. Wenn ein militärischer Fachmann, rief Braß aus, solche Bedingungen erläßt, dann kann das nur heißen, daß er unter allen Umständen den Kampf will! Sobald diese Bedingungen veröffentlicht sind, ist der zweite Generalstreik (nach dem gegen Kapp) im Ruhrgebiet da! In diesem Sinne telegraphierte Braß an Severing in Berlin. Osterroth, der Delegierte der SPD, begab sich sofort nach Berlin, um die Regierung über den totalen Stimmungsumschwung zu unterrichten und sie zu einer nachgiebigen Haltung zu bewegen.⁵¹ — Oberbürgermeister Cuno an der Spitze der Hagener Delegierten, die in Münster eintrafen, hoffte zweierlei zu erreichen: eine Abschwächung des Eindrucks, den die Zusatzbestimmungen Watters gemacht hatten, und einen Verzicht des Militärs auf eine Besetzung des Hagener Bezirks, da dieser das Bielefelder Abkommen

* Vor seiner Abfahrt bat Osterroth Braß, ihm das beim Freikorps Lützow gefundene Material mitzugeben, aus dem die Verwicklung v. Watters in die Staatsreidpläne der Kapp-Putschisten hervorging (vgl. I, S. 75 f.). Braß tat das aus irgendeinem Grunde nicht. Nach dem Aufstand griff Osterroth ihn deshalb in der SPD-Presse heftig an: Reichspräsident Ebert habe sich bereiterklärt, Watter „sofort abzuberufen, wenn ihm das Aktenmaterial unterbreitet würde“. Braß habe das Material jedoch trotz zahlreicher dringender Bitten nicht übersandt, und so hätten es die Arbeiter ihm zu verdanken, daß Watter auf seinem Posten geblieben sei. Das war eine erhebliche Fehleinschätzung überb durch Osterroth — ob ehrlich gemeint oder ob eine gewollte Irreführung der Arbeiter, bleibe dahingestellt.

eingehalten habe. Beides erreichte er nicht, im Gegenteil: die Militärs erklärten, von den Zusatzbestimmungen könne nichts zurückgenommen werden — sie seien ja auch nichts anderes als eine Ausfüllung des Ultimatums der Regierung —, und das Bielefelder Abkommen sei von der Gegenseite nicht eingehalten worden, mithin sei es hinfällig. Was die Militärs sonst noch sagten, waren unverbindliche Redensarten: Falls eine Besetzung Hagens notwendig werden sollte, würde sie mit der größten Schonung durchgeführt werden; Bezirke, die sich den Forderungen der Regierung unterwerfen würden, hätten absolut nichts zu befürchten; die Herren möchten helfen, das Mißtrauen gegen die Reichswehr abzubauen, die doch nichts anderes sei als das Instrument der Regierung usw. Das alles konnte die Arbeitervertreter innerhalb der Hagerer Delegation in ihrer Kampfrückschlusshaltung nur bestärken.⁵² —

In Dortmund traten am Abend des 29. März erstmals die in den Betrieben gewählten Arbeiterräte zu einer Vollversammlung zusammen (vgl. II, Seite 45). Sie stellten sich einstimmig auf den Boden des Bielefelder Abkommens und lehnten das Ultimatum der Regierung und die Zusatzbestimmungen Watters ab, insbesondere die geforderte Waffenabgabe; gleichzeitig erklärten sie sich zu Verhandlungen mit der Regierung bereit. Für den nächsten Morgen wurde der Generalstreik beschlossen.⁵³ In einem Aufruf an die Arbeiter (dessen Text sich der Zentralrat Essen dann in einem eigenen Flugblatt zu eigen machte) hieß es, die Unterwerfung unter Watters Forderungen würde „einem direkten Selbstmord“ gleichkommen: „In unserer Nachbarschaft Ahlen und Hamm hat man unsere Leute entwaffnet und eingesperrt, in anderen Städten sind unsere Genossen einfach an die Wand gestellt worden.“⁵⁴ — In Bochum machte der Arbeiterrat in einer mehrstündigen Nachtsitzung, zum Teil unter dem Druck bewaffneter Arbeiter, seinen Beschluß, den Kampf abzubrechen (oben Seite 166), rückgängig und proklamierte den Generalstreik. Daraufhin traten die Vertreter der christlichen Gewerkschaften aus dem Arbeiterrat aus. Ein Antrag des KPD-Vertreters Kämpfner, die Entente telegrafisch um militärischen Einmarsch zu bitten, wurde dagegen abgelehnt.⁵⁵ Bewaffnete Arbeiter besetzten Bahnhöfe und Zeitungsdruckereien, die letzteren vor allem mit dem Ziel, die Veröffentlichung des überholten Arbeiterrats-Beschlusses zu verhindern.⁵⁶ Die turbulenten Vorgänge führten zur Bildung von Gerüchten, der Arbeiterrat sei verhaftet; das wurde vom Arbeiterrat mit einem Flugblatt demontiert.⁵⁷ — In Düsseldorf dagegen machte der Vollzugsrat seinen Beschluß, den Kampf abzubrechen, nicht rückgängig und schloß sich auch der Generalstreikparole des Zentralrats nicht an.⁵⁸ In der folgenden Nacht kam es zu einer Konfrontation zwischen Vollzugsrat und Rotgardisten, deren Ursachen seit längerem angelegt waren; sie soll etwas später geschildert werden.

In Mülheim, Oberhausen und im westlichen Frontabschnitt hatten die Vollzugsräte und Kampfleiter die Nachricht, daß der Zentralrat sich dem Ultimatum der Regierung unterwerfen wolle, mit gemischten Gefühlen aufgenommen; das Duisburger Exekutivkomitee dürfte sogar hell empört gewesen sein (die entsprechende Meldung in den Zeitungen wurde von der Zensur gestrichen).⁵⁹ Ganz an die Seite des Zentralrats rückten sie dagegen wieder — wenigstens sah es nach außen so aus —, als dieser Watters Zusatzbestimmungen mit der Proklamation des Generalstreiks beantwortete.⁶⁰ In Mülheim rief Nickel, der Vorsitzende des Vollzugs-

rats, in einer mehrtausendköpfigen Kundgebung am 30. März auf dem Rathausmarkt aus: „Hier vom Industriegebiet aus [wird] die feuerrote Revolutionswoge über die ganze Welt sich ergießen! Es ist ausgeschlossen, daß wir untergehen; unsere Bewegung ist wie eine unaufhaltsame Riesenwelle, die alles hinwegschwemmt“. Sollte die Reichswehr aber doch stark genug sein, um ins Ruhrgebiet einzumarschieren, dann „nur über unsere Leichen und über die Trümmer der Industrie!“ Müller (Dudo), der seine Kampfführung in Walsum zur Teilnahme an dieser Kundgebung verlassen hatte, überbrachte die Grüße „der an der Front kämpfenden Brüder“ und forderte zur Fortsetzung des Kampfes auf.⁶¹ In Duisburg verbreitete das Exekutivkomitee folgendes Flugblatt:

„Kampfgenossein!

Ein neues, brutales Säbelregiment, das sich Regierung nennt, wagt es, Euch zur bedingungslosen Unterwerfung aufzufordern . . . Die Bedingungen, die Euch gestellt werden, sind so frech und schamlos, daß sie Eure Kampfeswut aufs äußerste steigern müssen . . .

Ein bestialisch Massenmorden, der weiße Schrecken in seiner furchtbarsten Gestalt soll über Euch kommen . . .

Genossen! Heldenhafte Rotgardisten! Jetzt rafft Euch auf! Zeigt Euren ganzen Haß dem Feinde! Stemmt Euch wie eine feste Mauer gegen seinen Ansturm! An der Kraft des Proletariats soll die Brutalität des Militärs zerschellen! Der Geist des Spartakus muß siegen! Werft Euch mit Ingrim auf die Bestien! Denkt an die Grenel, die an Euren Brüdern und Schwestern verübt wurden. Rächt sie! Ihr führt den Kampf um eine heilige Sache. Ihr kämpft für die Befreiung des Proletariats . . .

Die Etappe schafft für Euch Brot, Kleidung und Munition und unterstützt Euch kräftig im Kampfe.

Der Zentralrat hat in ganz Rheinland-Westfalen den verschärften Generalstreik proklamiert.

Der Kampf gegen das Kapital, gegen Reaktion und Militärherrschaft hat das gesamte Proletariat des Ruhrgebietes auf die Beine gebracht . . . Das Wort 'Sein oder Nichtsein' ist keine Phrase mehr. Eure gebleichen Schädel liegen am Boden und durch Eure Bluströme wädet die Reaktion, wenn Ihr den Kampf verliert. Nur eines gilt es: Siegen oder elend sterben.* Ihr aber wollt den Sieg! Jetzt oder nie!⁶²

Dieser Aufruf und die Rede von Nickel in Mülheim widersprachen fundamental dem Beschluß des Zentralrats, den Generalstreik, nicht aber die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes zu proklamieren. Dieser Widerspruch fiel freilich in der erregten Atmosphäre des Generalstreiks kaum jemandem auf. —

Von den Zeitungsverboten in Bottrop und den Wupperstädten war bereits die Rede. Die rechtsextreme „Bergisch-Märkische Zeitung“ in Elberfeld hatte in ihrer vorletzten Ausgabe vor dem Verbot gemeldet (angeblich als brandfrische Agenturmeldung aus Prag): „Ein Moskauer Funkspruch meldet, daß der Zentralvolks-

* „Sieg oder Untergang!“ war auch die Parole, die Hugo Delmes, der gefeuerte Zensor des Bochumer Arbeiterrats (oben Seite 115 f.), in einer öffentlichen Versammlung am 30. März ausgab. „Aktion“ statt Verhandlungen, und Verhaftung der „reaktionären Führer aller Schattierungen“ lauteten weitere Punkte seiner Rede.

ausschluß in Moskau mit allen gegen 7 Stimmen 48 Millionen Rubel zur finanziellen Unterstützung der deutschen Sowjetbewegung bewilligt habe.⁶³ Aber auch angesichts einer solchen Ente blieb ein generelles Zeitungsverbot eine zweischneidige Maßnahme.

Die USP-Blätter von Düsseldorf und Hagen gaben dem Willen zum Widerstand gegen den militärischen Einmarsch weitere Nahrung, indem sie Watters Schieß-erlaß vom Juli 1919 (I, Seite 68) sowie einen beim Freikorps Lützow gefundenen Brief aus der Zeit vor dem Kapp-Putsch veröffentlichten, in dem Watter von den Putschisten als „durchaus zuverlässig und ganz im Bilde“ bezeichnet worden war (I, Seite 76).⁶⁴ Im Hagener USP-Blatt konnten die Arbeiter außerdem den Text einer abgefangenen Postkarte lesen:

„Breslau, 26. März 1920.

*Lieber Bruder und Schwägerin!
Ich teile Euch mit, daß wir heute verladen werden, nach Westfalen. Hoffentlich kommen wir nach Beyenburg. Da werde ich mal Luft machen, denn wo die dritte Marine-Brigade [Loewenfeld] hinhaut, da wächst kein Gras mehr. Wir kämpfen nur fürs Deutschland.*

Gruß Euer Karl.⁶⁵

*

Die Stellungnahme der SPD-Betriebsleitung Niederrhein in Ellberfeld war nicht typisch für die SPD im Aufstandsgebiet insgesamt. Die Bezirksleitung Westliches Westfalen in Dortmund stellte sich gegen die Generalstreikparole des Zentralrats und erklärte: „Für die organisierte Arbeiterschaft darf nur maßgebend sein, was von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bestimmt wird. Der Essener Zentralrat hat nicht die Legitimation, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen“. Die Betriebsleitung erinnerte an ihren Aufruf an die Arbeiter (oben Seite 29), „nur an Aktionen teilzunehmen, zu denen die Partei auffordert“.⁶⁶ Diese Erklärung war praktisch zugleich die Antwort auf einen letzten Versuch, die SPD doch noch für die Mitarbeit im Dortmunder Vollzugsrat zu gewinnen: am Abend des 29. März entschieden die in den Betrieben gewählten Arbeiterräte über die endgültige Zusammensetzung des Vollzugsrats (vgl. II, Seite 45) und wählten u.a. in Abwesenheit den Vorsitzenden der freien Gewerkschaften, den Sozialdemokraten Schneider;⁶⁷ dieser lehnte die Annahme der Wahl ab.⁶⁸ — Die Essener SPD-Funktionäre erklärten sich ebenfalls gegen den Generalstreik, mit der Begründung, sie ständen auf dem Boden des Bielefelder Abkommens.⁶⁹ Am 31. März erschien das Dortmunder SPD-Blatt mit einem Leitartikel, in dem es hieß: „Wir wünschen kein Militär, aber wir sagen nicht, es darf auf keinen Fall kommen. Worauf es ankommt, das ist, daß so schnell wie möglich die Ordnung geschaffen wird, ohne die eine gedeihliche wirtschaftspolitische Betätigung . . . nicht möglich ist, und diese Ordnung ist nur gegeben . . . durch Anerkennung von Gesetz und Verfassung“.⁷⁰ In Bottrop traten die beiden SPD-Vertreter aus dem Vollzugsrat aus.⁷¹ In Bochum und Düsseldorf dagegen blieb die SPD im Vollzugsrat, allerdings nicht ohne Bedenken. In Bochum faßten ihre Vertreter den Beschluß zum Generalstreik mit — es sei, sagte später ein Funktionär entsuldli-

gend, unmöglich gewesen, sich dem Druck der bewaffneten Arbeiter zu widersetzen.⁷² Leichter hatte es die SPD in Düsseldorf, wo der Vollzugsrat sich der Generalstreikparole des Zentralrats nicht anschloß, aber das SPD-Blatt beklagte bereits die „Gefahr eines neuen Generalstreiks“, die Watter mit seinen Zusatzbestimmungen heraufbeschworen habe — eine Gefahr, die im Fall eines militärischen Einmarsches nicht mehr zu vermeiden sein werde: „Wir haben uns in den letzten Tagen bemüht, nach links hin Vernunft zu predigen; Herr v. Watter vernichtet alles wieder. Wahrscheinlich, sie brauchen sich einander, die Bolschewisten von rechts und die von links“.⁷³ — In Mülheim und Recklinghausen, wo die SPD nicht bzw. nicht mehr im Vollzugsrat vertreten war, verbreitete sie Flugblätter (in Mülheim gemeinsam mit der USP),* die eine Art Generalabrechnung mit den Führern der Aufstandsbewegung waren. Der Text des in Recklinghausen verteilten Flugblatts ist nicht mehr erhalten (nur noch die Überschrift: „Die Totengräber“), wohl aber der des Mülheimers. In ihm hieß es:

„Der Kampf gegen die Rechtsputschisten, der in so heroischer Weise von der Arbeiterschaft des Industriegebiets geführt worden ist, hat in seiner weiteren Entwicklung zu geradezu schrecklichen Zuständen geführt . . .

Verantwortungslose Elemente, die Kommunisten sein wollen, haben, gestützt auf bewaffnete Horden, die Herrschaft an sich gerissen und üben in ihren Vollzugsräten und Exekutivkomitees einen Terrorismus aus, der schlimmer ist als der weiße Schrecken. Plünderungen und Requirierungen, die unter Bedrohungen vorgenommen werden, sind die Mittel, mit der [sic] diese ‘Revolutions-Helden’ ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten suchen. Lebensmittel aller Art werden unter räuberischer Taktik in den Lebensmitteldepots und an den Bahnhöfen beschlagnahmt und an die hinter der Front sich herumtreibenden Marodeure und deren Anhänger verteilt.

Ein Beispiel: In Duisburg sind die Eier, die für Kranke und Kinder bestimmt waren, von diesen ‘Freibekämpfern’ weggenommen und für sich verbraucht worden. Um die geldlichen Ansprüche ihrer ‘Schutzgarde’ zu befriedigen, haben sie in der Duisburger Reichsbank große Summen erpreßt.

In einer Anzahl anderer Orte des Industriegebietes liegen die Verhältnisse ähnlich. Wir bringen mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck, daß die vernünftigen denkende Arbeiterschaft, ob freie Gewerkschaftler, ob Unabhängiger oder Mehrheitssozialist, mit diesem Treiben nichts gemein hat . . .

Wir stellen mit aller Deutlichkeit fest, daß für uns die Bielefelder und Hagener Abkommen als gute Grundlage für die Wiederherstellung der Ruhe im Industriebezirk . . . maßgebend sind. Diese Abkommen bieten die Garantie dafür, daß das von der Arbeiterschaft im harten, ehrlichen Kampfe Errungene von der Regierung gehalten und zur Durchführung gebracht wird.

Wer trotz der Beschlüsse von Bielefeld und Hagen noch weiter kämpft, der beugt vor der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands ein Verbrechen . . .

* Die Unterzeichnung durch die USP war das Werk weniger Funktionäre; die Mitglieder waren nicht gefragt worden.

Arbeiter! Klassengenossen! Weist jede Gemeinschaft mit diesen Saboteuren und Schändern der Freiheit von Euch!

*Halbt rein das [sic] Schild des Sozialismus.*⁷⁴

Dieses Flugblatt, das etwas später auch in Duisburg verteilt wurde,⁷⁵ bedeutete einen bisher noch nicht erreichten Gipfelpunkt an Verleumdung der Arbeiter durch die SPD. Das Schlimme war, daß die Zustände in Duisburg (auf die wir noch zurückkommen müssen) ihm einen Anschein von Berechtigung gaben. Aber diese Zustände anzugreifen, war eine Sache, sie als schlimmer als den weißen Terror zu bezeichnen, eine andere — das letztere konnte in der Konsequenz ja nichts anderes heißen, als die Reichswehr herbeizuwünschen.

Die Reaktion der Vollzugsräte von Mülheim und Recklinghausen ist bezeichnend: sie beschlagnahmten die Flugblätter, soweit sie ihrer noch habhaft werden konnten; in Recklinghausen wurde außerdem der Geschäftsführer der SPD-Druckerei verhaftet und verhört.⁷⁶ So verständlich dies in der aufs äußerste angespannten Atmosphäre dieser Stunden sein mochte, so war es doch deutlich eine Bevormundung der Arbeiter, die überdies selbst vom Standpunkt der Vollzugsräte völlig unnötig war: die Arbeiter empfanden durchaus den verleumderten



„Im Drange der Kämpfe wurden Fahrräder, Pferde, Motorräder usw. in der Regel ihren Besitzern kurzerhand weggenommen. Kaum waren die Kämpfe beendet, versuchten die Vollzugsräte, geordnetere Verhältnisse herbeizuführen ...“ (II, Seite 86)
Rotgardisten vor der Gaststätte Bafeld in Dinslaken, Duisburger Straße (später „Hotel zum Rathaus“, im Zweiten Weltkrieg ausgebombt, heute Modeatelier)

Charakter der Flugblätter.⁷⁷ In derselben Richtung lag es, wenn die Zensoren des Essener Vollzugsrats die Meldung des örtlichen SPD-Blatts, die Funktionäre der Partei lehnten den Generalstreik ab, wegstrichen.⁷⁸ In Dortmund konnte das SPD-Blatt vom 30. März den zitierten Aufruf der Bezirksleitung unzensuriert veröffentlicht. Die Äußerung des Blattes am folgenden Tag jedoch, man sei nicht unter allen Umständen gegen den militärischen Einmarsch, wurde dem Vollzugsrat zuviel: als ein Teil der Auflage erschienen war, wurde der Rest beschlagnahmt.⁷⁹

Widerstand gegen den Generalstreik gab es nicht nur seitens der SPD, sondern erst recht von katholischer Seite. In Essen riefen die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften am Ende des ersten Streiktags zum Abbruch des Generalstreiks auf. (Die Veröffentlichung des Aufrufs wurde vom Zentralrat verboten.)⁸⁰ In Wattenscheid zog das Zentrum seine Vertreter aus dem Arbeiterrat — dem letzten großen örtlichen Vollzugsrat, in dem die Partei noch vertreten war — zurück.⁸¹ Der Grund für den Widerstand von Teilen der SPD, von christlichen Gewerkschaften und Zentrum liegt auf der Hand: der Generalstreik richtete sich gegen die parlamentarische Regierung und gegen das Militär, das seine Beteiligung am Kapp-Putsch schlankweg ableugnete und sich als bloßes Ausführungsorgan der Regierung ausgab. Dabei muß man bedenken, daß die christlichen Gewerkschaften sich schon am Generalstreik gegen Kapp nur unter dem Druck der Basis beteiligt hatten und daß die Dortmunder SPD-Führung ihn möglichst schnell wieder hatte beenden wollen (I, Seite 121, 249, 267 f., vgl. Seite 119 f.).

*

Der Generalstreik, der am 30. März mit Ausnahme von wenigen Städten* einsetzte,⁸² zeigte eins sehr deutlich: es war nur ein Teil der Arbeiterschaft, der die Forderung Watters nach bedingungsloser Kapitulation mit neuem Willen zum Widerstand beantwortete. Alle großen Kundgebungen unter freiem Himmel und alle markigen Worte, die dort fielen, konnten dies nicht verschleiern.

Generalstreik wie vor zwei Wochen nach dem Staatsstreich der Kapp-Putschisten — und doch war nichts mehr wie damals. Schon die zahlenmäßig faßbare Streikbeteiligung war nicht mehr so groß: damals waren im Bergbau rund 82% der Schichten ausgefallen — jetzt waren es nur noch rund 74%.⁸³ Aber auch diese Zahlen täuschen noch: ganz im Gegensatz zum Generalstreik gegen Kapp wurde jetzt aus nicht wenigen Orten gemeldet, daß der Streik nur durch mehr oder minder starken Druck zustandegekommen sei. Teils waren es die streikwilligen Teile der Belegschaften, die diesen Druck ausübten, teils aber auch Mitglieder der Ar-

* Außer Düsseldorf, das schon besprochen wurde, vor allem Hamburg und Herne. In Hamburg waren die führenden Leute derart von Etappenproblemen der Roten Armee absorbiert (vor allem Transportfragen), daß sie die Generalstreikparole des Zentralrats erst im Laufe des 30. März genügend bekanntmachen konnten und der Streik erst am folgenden Morgen voll einsetzte. Der Arbeiterrat Herne sprach sich in einem Aufruf ausdrücklich gegen den Generalstreik aus, mit der Begründung, er sei „aussichtslos“ und werde „neues namenloses Unglück und Elend . . . bringen“. Eine am Abend vorgenommene Urabstimmung auf den Zechen erbrachte eine Mehrheit gegen eine Beteiligung am Streik.

beiterwehren oder der Roten Armee, die sich vor den Fabrik- und Zecheneingängen aufstellten und mit der Waffe in der Hand die Arbeitsaufnahme der Arbeitswilligen verhinderten.⁸⁴ Und damit nicht genug: auf mindestens drei Zechen stellten sich bewaffnete Zechenwehren diesem Druck entgegen. Auf „Glückaufsegen“ in Wallinghofen (Landkreis Hörde) und auf „Gneisenau“ in Derne (Landkreis Dortmund) beschlossen die Belegschaften ausdrücklich, sich nicht am Generalstreik zu beteiligen, und Zechenwehren übernahmen den Schutz der Schachtanlagen gegen bewaffnete Gruppen, die von außerhalb erwartet wurden. In der Tat erschienen auf „Glückaufsegen“ 80 Mitglieder der Arbeiterwehr Hörde und verhinderten die Anfahrt der Mittagsschicht, wobei sie die Zechenwehr entwaffnen konnten.⁸⁵ Auf „Gneisenau“ fuhr die Mittagsschicht des folgenden Tages nicht mehr an, als der Betriebsrat keinen ausreichenden Schutz gegen bewaffnete Eindringlinge garantieren konnte; am Nachmittag wurde die Zeche von Bewaffneten gegen den Widerstand der Zechenwehr regelrecht erstürmt und anschließend über 24 Stunden besetzt gehalten.⁸⁶ Am schlimmsten kam es auf „Ewald“ in Herten. Hier trat die Belegschaft zunächst in Streik, fuhr dann aber am folgenden Tag wieder an, nachdem sie zu ihrem Schutz eine Zechenwehr gebildet hatte. Am Nachmittag erschienen 20 bis 25 Rotgardisten und versuchten, die Zeche stillzulegen; es kam zu einer Schießerei mit der Zechenwehr, bei der die Rotgardisten zwei Tote hatten (ein dritter starb nach einigen Tagen an seinen Verwundungen); die Rotgardisten holten Verstärkung, stürmten die Zeche und holten die Belegschaft heraus.⁸⁷ — Die Vorgänge auf diesen drei Zechen waren ein alarmierendes Zeichen für den inneren Zustand der Aufstandsbewegung: erstmals hatten Arbeiter ihre Waffen gegeneinander gerichtet. Das Verhältnis zwischen den Gruppen, die das Schwergewicht stark oder fast ausschließlich auf dem bewaffneten Kampf legten, und der Masse der Arbeiter mußte sich nach dem unvermeidlichen Zerfall der Einheitsfront, die für einen Augenblick bei der Abwehr des Kapp-Putsches bestanden hatte, rapide verschlechtern haben.

Versuchen wir, das genauer zu fassen. Auf der einen Seite stehen die Arbeiter, die sich gegen die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation aufbäumen: sie sorgen dafür, daß die Betriebe stillgelegt werden, nach allem, was sie eingesetzt haben, erbittert über diejenigen, die jetzt beiseitestehen; sie beschlagnahmen auf zahlreichen Schachtanlagen und Betrieben Dynamit — „erfüllt von verzweifelter Entschlossenheit, die Industrie mit sich zu begraben“, wie Oberbürgermeister Cuno nach Berlin telegrafiert⁸⁸ —; und vor allem: sie eilen jetzt erstmals an die Front, wo sie die gelichteten Reihen der Roten Armee auffüllen. Zutreffend hat Colm festgestellt, daß sich in diesen Tagen eine „Umschichtung“ der Roten Armee vollzieht.⁸⁹ Durch die Etappenstadt Buer z. B. ziehen am 29. März zahlreiche Rotgardisten, die — einzeln oder in Gruppen — von der Front ins Industriegebiet zurückkehren,⁹⁰ am 30. März erscheint dagegen eine größere Abteilung bewaffneter Arbeiter aus Velbert auf dem Wege zur Front.⁹¹ Energisch widersprechen muß man Colm jedoch, wenn er behauptet, die zur Roten Armee neu Hinzustößenden seien „Elemente“ gewesen, die überwiegend auf Raub und Plün-

* Für den zweiten Streiktag erließ der Zentralrat eine ausdrückliche Verfügung für das Essener Revier, ab 8 Uhr seien „die Zugänge zu den Fabrikeingängen frei“.

derung aus gewesen seien.⁹² Man muß sich die Situation vorstellen: die Reichswehr hatte den Rand des Industriegebiets erreicht und die Front bis zum angekündigten Einmarsch lief ab — wer jetzt an die Front ging, tat es offenkundig nicht zum Zweck der billigen und gefahrlosen Bereicherung, sondern handelte vermutlich aus einem starken Klassenbewußtsein heraus. Dabei kann man feststellen, daß es überwiegend junge Arbeiter (im Alter etwa zwischen 17 und 25 Jahren) waren, die zur Front gingen.⁹³ Ältere mit längerer Kriegserfahrung beurteilten offenbar die militärische Lage als hoffnungslos,⁹⁴ und die Begeisterung der Anfangskämpfe, in denen auch sie ohne Rücksicht auf Leben, Gesundheit und Familie und ohne Abwägung der Erfolgsaussichten mitgekämpft hatten, war längst verfliegen.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen Arbeiter, die die Fortführung des bewaffneten Kampfes oder sogar den Streik und überhaupt jeden weiteren Widerstand ablehnen. Die Motive für dieses Verhalten sind nicht einheitlich. Einmal wächst — besonders bei den Älteren — die Überzeugung, daß eine Fortsetzung des Kampfes aussichtslos ist. Zum andern gibt es viele, die sich zwar am Kampf gegen die Kapp-Putschisten beteiligt haben, die aber wie SPD und christliche Gewerkschaften den Kampf gegen die parlamentarische Regierung aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Hierauf hinzuweisen ist wichtig: die Standardthese der KPD- und SED-Literatur, die an sich vorhandene Einheit der Arbeiterklasse werde durch die rechten SPD-Führer gespalten (vgl. oben Seite 89), ist auch deshalb abzulehnen, weil sie die Arbeiter, die sich an der SPD orientieren, als bloße Opfer erscheinen läßt und ihnen eine eigenständige Überzeugung abspricht. Um auf diejenigen zurückzukommen, die noch immer bzw. jetzt erst recht zum Kampf entschlossen sind: besonders viele meldeten sich in Dortmund/Witten und in Mülheim zu den Waffen.⁹⁵ Bei den Wittenern läßt sich genauer sagen, daß es vor allem junge Metallarbeiter waren, die sich meldeten.⁹⁶ Die Arbeiter, die in Dortmund auszogen, kopierten in merkwürdiger Weise ihren Gegner, das Militär: sie hatten auf ihre roten Fahnen Totenköpfe gemalt.⁹⁷ Auf dem Transport zur Front (überwiegend mit der Straßenbahn) verwandelten sie im Laufe des 30. März das benachbarte Kamen in ein Heerlager. Zum Teil waren sie geradezu siegestrunken; „die feindliche Artillerie [ist] vollständig zusammengeschoßen“, behauptete einer gegenüber einem Journalisten, „in den nächsten Tagen“, so ein anderer, „sind wir in Münster und damit ist das Schicksal der Regierungstruppen besiegelt“. Am Abend und im Laufe der Nacht rückten sie ab in Richtung Hamm, der bayrischen Brigade Epp entgegen.⁹⁸ Wie solche Unkenntnis der militärischen Lage von den Kampfleitern, die es besser wußten, behandelt wurde: diese Frage wird gleich zu stellen sein.

*

Die fortschreitende Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft hatte unterschiedliche Auswirkungen. Zunächst wurde mancher durch die bei einem Teil der Arbeiter neu aufflammende Kampfbegeisterung zu unbegründeten Hoffnungen verleitet. Die pathetischen Worte Nickels bei der Kundgebung auf dem Mülheimer Rathausmarkt wurden bereits zitiert. Die Vollversammlung der Essener Arbeiter-

räte stellte sich am Abend des 30. März in einer Resolution „eimmütig auf den Standpunkt, daß die Revolution mit allen zu Gebote stehenden Mitteln weiterzuführen ist. Kleinliche Bedenken von Führern sind zurückzustellen“⁹⁹ (der schon bekannte hilflose Affekt gegen die Funktionäre). Der Vorsitzende des Vollzugsrats Bottrop, Rhone, rief auf einer Kundgebung am 31. März aus: „Wir verlangen nach wie vor Auflösung der Reichswehr, Errichtung einer reinen Arbeiterwehr, die von Offizieren des Republikanischen Führerbundes befehligt wird, und Absetzung aller Reichswehroffiziere, die dem Deutschen Offiziersbunde [reaktionäre Standesorganisation] angehören“. Die Arbeiterschaft werde erst dann die Waffen aus der Hand legen, wenn die Reichswehr entworfen sei.¹⁰⁰ So illusionärerartige Worte waren — illusionär nicht nur wegen der Isolierung der Aufstandsbeziehung gegenüber dem übrigen Deutschland, sondern auch wegen der erloschenen Kampfbereitschaft vieler Arbeiter im Ruhrgebiet selbst —, so bedenklich wurden sie, wenn sich mit ihnen eine falsche Darstellung der militärischen Lage verband. So wurde während einer Kundgebung auf dem Essener Gerlingsplatz am 31. März vormittags von mehreren Rednern behauptet, „die Lage an der Front . . . sei noch immer günstig“,¹⁰¹ und der Arbeiterrat Bodum beruhigte nach dem Abwurf von gegnerischen Flugblättern über der Stadt mit den Worten, die dort ausgesprochenen Drohungen seien „nicht ernst zu nehmen“ — man sei „in der Lage, jeden Schlag der Reichswehr zu parieren“.¹⁰² In diesen beiden Fällen darf man annehmen, daß Unkenntnis der wirklichen Lage vorlag. Anders in einem dritten Fall: am 31. März dementierte die Kampfleitung Mülheim in der Presse eine Meldung vom Vortag, wonach die Rote Armee 4 Geschütze verloren habe, und behauptete: „Die Front ist an keiner Stelle nennenswert durchbrochen oder nennenswert zurückgedrängt gewesen . . . Die Rote Armee steht nicht nur, sie hat die Truppen Watters zurückgedrängt“.¹⁰³ Diese Erklärung — die nur wider besseres Wissen gemacht worden sein kann — bedeutete nichts anderes, als daß hier die Unkenntnis der militärischen Lage bei vielen neu sich meldenden Arbeitern ausgenutzt wurde, statt ihr mit Information zu begegnen.

In anderer Richtung gingen die Auswirkungen, die der Rückstrom vieler Arbeiter von der Front hatte. In welcher Verfassung sich die ins Industriegebiet zurückkehrenden Kämpfer befanden, kann man sich leicht vorstellen: abgerissen, erschöpft, an den Aussichten des weiteren Kampfes verzweifelt und angesichts der einmarschbereiten Reichswehr ein baldiges Ende der Aufstandsbeziehung erwartend. In den größeren Städten oder ihren Heimatorten angelangt, forderten sie die rückständige Löhnung (oft im Verein mit der örtlichen Arbeiterwehr). Ihre Sprecher erschienen bei den Vollzugsräten, erregt stießen sie die Drohung aus, bei Nichtbeschaffung der Gelder könne es zu Plünderungen kommen. Die Vollzugsräte, ohnehin in diesen aufgeregten Stunden mit Aufgaben überlastet, nervös und angespannt, wandten sich meist an die Stadtverwaltungen, seltener direkt an die Banken. Nach erregtem Hin und Her wurden gezahlt: in Dortmund von der Reichsbank 750.000 Mark (ohne Scheck, nachdem drei Mitglieder des Magistrats sowie der Oberbuchhalter der Stadt die Unterschrift verweigert hatten);¹⁰⁴ in Iserlohn 68.000, in Witten 65.000, in Lennep 25.000 Mark, in allen drei Fällen von der Stadtverwaltung;¹⁰⁵ in Recklinghausen 10.000 Mark ebenfalls von der Stadtverwaltung (nachdem der Vollzugsausschuß den Stadtrentmeister und vier

weitere städtische Beamte verhaftet hatte),¹⁰⁶ außerdem von der Dresdner Bank und der Essener Creditanstalt je 20.000 Mark an eine Abordnung der Kampfleitung Marl, die einen Bürgerschaftsschein der Gemeinde Marl über 96.000 Mark, unterzeichnet vom Amtmann und dem stellvertretenden Gemeindevorsteher, vorlegte.¹⁰⁷ In Witten beschlagnahmte der Vollzugsausschuß weitere 320.000 Mark bei dem Versuch der Reichsbank, das Geld in eine Nachbargemeinde zu schaffen; davon verbrauchte er 123.480 Mark zu Lohnungszwecken, den Rest überwies er der Reichsbank zurück.¹⁰⁸ Unklar ist, woher der Vollzugsrat Essen am 30. März 70.000 Mark beschaffte, nachdem er in der Nacht zuvor von bewaffneten Arbeitern festgesetzt worden war.¹⁰⁹ Ein am selben Tag unternommener Versuch des Vollzugsrats, bei der Reichsbank 200.000 Mark zu erhalten, scheiterte.¹¹⁰ In Bottrop kamen auf Initiative eines Kaufmanns 16.000 Mark durch freiwillige Spenden zusammen,¹¹¹ während der Vollzugsrat Derne bei der Amtsverwaltung die Auszahlung von 9.000 und auf der Zeche „Preußen II“ von weiteren 8.000 Mark erzwang.¹¹² Das, was die Rotgardisten mit diesen Geldern erhielten, war weit weniger, als was sie zu beanspruchen hatten; in Recklinghausen z. B. erhielt jeder der 200 heimgekehrten Rotgardisten, nachdem die Stadtkasse 10.000 Mark gezahlt hatte, nur 50 Mark, während sie Anspruch auf das Zehnfache hatten.¹¹³ Das war ein Betrag, der gerade für das Nötigste ausreichte, oft vermutlich nicht einmal dies. Noch schlechter erging es den Rotgardisten dort, wo die Vollzugsräte sich vertrösten ließen, so z. B. in Wattenscheid, wo der Bürgermeister ohne Zustimmung des Stadtparlaments nicht zahlen wollte und eine Sitzung für den 2. April einberief.¹¹⁴ — Am 31. März forderte der Zentralrat den Bergbau-Verein auf, alle Zechen anzuweisen, Belegschaftsmitgliedern, die jetzt unter Waffen ständen, weiterhin Lohn zu zahlen; andernfalls müßten die Vollzugsräte „Zwangmaßnahmen“ gegen die nichtzahlenden Zechen ergreifen.¹¹⁵

Die Einsicht in die verzweifte Lage der Aufstandsbeziehung, die die heimkehrenden Rotgardisten besaßen, konnte aber auch eine ganz andere, weit gefährlichere Dynamik entfalten: dann nämlich, wenn die Rotgardisten dem angeblich „schlappen“ Verhalten der Vollzugsräte die Schuld an dieser Lage gaben.¹¹⁶ So war in Remscheid ein Rotgardistenführer namens Schüller empört darüber, daß die Kriminalbeamten mit Zustimmung des Vollzugsausschusses weiterhin ihren Dienst versahen, und vertrieb sie mit seinen Leuten aus ihren Diensträumen im Rathaus.¹¹⁷ In Lünen erschienen am 31. März etwa 100 Rotgardisten aus Mengede und erklärten den Vollzugsrat, der in Ausführung des Bielefelder Abkommens die Waffenabgabe in die Wege geleitet hatte, für abgesetzt; sie nahmen die Waffen an sich, beschlagnahmten in verschiedenen Läden einiges und verschwanden wieder.¹¹⁸ Am nächsten Tag wiederholten die Mengeder die Aktion in Castrop,* wobei sie von Bergarbeitern der Castroper Zechen unterstützt wurden.¹¹⁹ Solche politisch motivierten Aggressionen und Ansprüche materieller Art kamen in Düsseldorf zusammen, und so ergab sich hier die härteste Konfrontation.

Der Düsseldorf Vollzugsrat war der politisch gemäßigteste im westlichen Ruhrgebiet (der jüngste Fall: er schloß sich der Generalstreikparole des Zentralrats * Sie legten dabei folgende Bescheinigung des Mengeder Ortskommandanten der Roten Armee namens Floh vor: „Manschaften haben daß Recht wenn keine Leute aufzutreiben (gemeint: Leute, die zur Front gehen) die Waffen zu beschlagnahmen“.

nicht an). Von daher erklärten sich Gerüchte, die an der Front vor Wesel erzählt wurden: Düsseldorf verrate die Arbeiter an der Front, es sei die einzige Stadt im Revier, die weder Geld noch Naturalien schicke usw. So unzutreffend diese Gerüchte waren, so enthüllten sie doch, wie sehr es an politischer Information und Diskussion sowohl an der Front als auch zwischen Front und Hinterland mangelte. In der Nacht zum 30. März nun erschienen etwa 250 Rotgardisten aus Richtung Duisburg, darunter etwa 200 Düsseldorfer, angeführt u.a. von dem Düsseldorfer Linkskommunisten Ficks, der seinen Posten als Stadtkommandant von Dinslaken verlassen hatte, um die Verhältnisse in Düsseldorf zu ändern; sie besetzten das Ständehaus, das Rathaus und ein Polizeigebäude, verhafteten drei Mitglieder des Vollzugsrats und den Leiter der Arbeiterwehr und erklärten den Vollzugsrat für abgesetzt. Die angeblich mangelhafte Fürsorge des Vollzugsrats für die Front suchten sie nachträglich dadurch auszugleichen, daß sie Requisitionsscheine für Kleider, Schuhe usw. ausstellten. Nachdem sie am nächsten Morgen Rathaus und Polizeigebäude wieder freigegeben hatten, kam es im Laufe des Vormittags beim Ständehaus zu Verhandlungen, in denen die Rotgardisten zunächst über die Unhaltbarkeit der an der Front verbreiteten Gerüchte aufgeklärt wurden; schließlich wurde Räumung des Ständehauses, Freilassung der Verhafteten und Wiedereinsetzung des Vollzugsrats einerseits, baldige Neuwahl des Vollzugsrats andererseits vereinbart. Die Rotgardisten rückten zur Kaserne in der Tannenstraße ab, wo sie später teils freiwillig, teils von der Arbeiterwehr gezwungen ihre Waffen abgaben. Der Vollzugsrat zahlte ihnen die Löhngelder aus und nahm die Düsseldorfer in Erwerbslosenfürsorge, die von auswärts stammenden schob er ab. So glatt demnach die materiellen Fragen gelöst wurden, so hilflos stand der Vollzugsrat vor der politischen Seite des Konflikts: in einer nächtlichen Überraschungsjagd ließ er Ficks und weitere Anführer verhaften, zahlte also die von diesen vorgenommenen Verhaftungen einfach in gleicher Münze heim.¹²⁰

Nicht lange danach erschien eine weitere Rotgardisten-Abteilung, die wiederum das Ständehaus besetzen wollte; die inzwischen mobilisierte Düsseldorfer Arbeiterwehr konnte das Vorhaben jedoch vereiteln.¹²¹ Das macht auf einen wichtigen Aspekt aufmerksam: auf die Frage, ob die bewaffnete Macht, auf die sich die Vollzugsräte stützten, zuverlässig war. Wenn etwa die örtliche Arbeiterwehr mit den heimkehrenden Rotgardisten gemeinsame Sache machte oder aus sonstigen Gründen sich verselbständigte, war die Herrschaft des Vollzugsrats unmittelbar infrage gestellt. Der letztere Fall — Verselbständigung der Arbeiterwehr — war in Essen gegeben, wo nicht wenige Leute Eingang in die Wehr gefunden hatten, die vor allem auf ihren persönlichen Vorteil bedacht waren. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ schrieb: „Trotz des Verbotes der Lebensmittelrequisitionen durch den Vollzugsrat erscheinen noch immer in den privaten Haushaltungen Trupps von Bewaffneten, mit vorgehaltener Pistole, die die Abgabe von Vorräten erzwingen. In den Geschäften werden Schuhe, Kleider, Mäntel, Decken, Zigarren und Zigaretten kurzerhand 'beschlagahmt'. Hotels und Restaurants bekommen die Auflage, für so und soviel Mann das Essen bereitzustellen.“¹²² Die Erbitterung der Bevölkerung über diese Verhältnisse war groß, und der Vollzugsrat machte die größten Anstrengungen, organisierte Arbeiter für die Sicherheits-

weh zu gewinnen.¹²³

Von daher wird nun deutlich, welcher Sonderfall Duisburg innerhalb der Aufstandsbewegung war: hier verhielt sich die Stadtwehr ähnlich, aber das linkskommunistische Exekutivkomitee stellte sich nicht nur hinter sie, sondern organisierte selbst Beschlagahmungen größten Stils, gleichgültig welche Zustände dadurch hervorgerufen wurden; in gewisser Weise kann man sogar sagen, das Exekutivkomitee habe durch sein Versprechen extrem hoher Lohnsätze bestimmte Elemente angezogen. Beschlagahmt wurde praktisch überall: in den Geschäften, in den staatlichen Lebensmitteldepots, auf der Bahn und im Hafen (gleichgültig, ob die Waren für andere Städte des Ruhrgebiets bestimmt waren), und zwar vor allem Lebensmittel, Rauchwaren, Textilien und Schuhe. Besondere Aufmerksamkeit erregte, daß auch Delikatessen, Pralinen usw. beschlagahmt wurden (die protzigen Spezialitäten- und Delikatessenläden in der Duisburger City forderten allerdings dazu geradezu heraus), vor allem aber große Mengen von Alkohol, trotz des offiziell bestehenden Alkoholverbots.¹²⁴ Am 30. März erließ die „Beschlagahmungskommission“ des Exekutivkomitees folgende Bekanntmachung: „Es haben alle Geschäfte, mit Ausnahme der Konsumvereine und Lebensmittel-Detailgeschäfte, ihre Bestände bis heute 15 Uhr an die Beschlagahmungskommission . . . anzumelden.“

Wer versucht, etwas zu verschweigen oder unrichtige Listen einreicht, wird bestraft.

Es haben keinerlei Verkäufe stattzufinden, außer der Ware, welche von der Beschlagahmungskommission freigegeben ist.“¹²⁵

Das war der vergebliche Versuch, System in eine chaotische Praxis zu bringen. Chaotisch waren nicht nur die Beschlagahmungen, chaotisch war auch, was anschließend geschah. Die meisten Waren waren offiziell für die Rote Armee an der Front bestimmt, aber die Gerüchte wollten nicht verstummen, daß vieles auf dem Wege dorthin verschwinde und verschoben werde.¹²⁶ Einen kleineren Teil der Waren (Kartoffeln, Mehl, Erbsen und Eier) verkaufte man zu niedrigen Preisen an die produktiv tätige Bevölkerung.¹²⁷ Ein großer Teil aber (Alkohol, Delikatessen, aber auch Butter) blieb überhaupt in den Wachstuben der Stadtwehr liegen, soweit er nicht dort konsumiert wurde.¹²⁸

Diese unüberlegten Eingriffe in die Warenzirkulation hatten für die Bevölkerung, auch und gerade für die Arbeiter, in kürzester Zeit katastrophale Folgen. Die Kathäuser, so berichtete ein Journalist, sind „voll von jammernden Frauen und ungeduldig wartenden Männern, denn die so verheißungsvoll eingerichteten Lebensmittel-, Verkehrs-, Finanz- und Personalabteilungen des Vollzugsrats versagen vollständig.“¹²⁹ Die Verhältnisse wuchsen augenscheinlich dem Exekutivkomitee selbst über den Kopf.

So war es unvermeidlich, daß das Exekutivkomitee auch ein erheblichen Teil der Duisburger Arbeiterschaft gegen sich aufbrachte.¹³⁰ Und dies wiederum ermutigte andere zum Widerstand: die SPD und die USP einerseits, die Beamten andererseits.

Das örtliche SPD-Blatt weigerte sich seit der Madtergreifung des Exekutivkomitees, sich dessen Vorzensur zu unterwerfen, obwohl ihm zweimal eine Aufgabe vorübergehend beschlagahmt und schließlich ein unbefristetes Verbot an-

gedroht wurde.¹³¹ In diesem Verhalten konnte die Redaktion durch den Inhalt der bürgerlichen Lokalzeitungen, gegen die das Exekutivkomitee unnachgiebiger vorgeht, nur bestärkt werden: die Zensoren strichen einfach alles, was irgendwie dem offiziellen Optimismus über die Erfolgsaussichten und über den inneren Zustand der Aufstandsbewegung widersprach (z.B. die Annahme des Regierungskultimatums durch den Zentralrat), so daß jede auch nur halbwegs normale Berichterstattung unmöglich wurde.¹³² Am 29. März erschien das SPD-Blatt — wiederum unzensuriert — mit einem Leitartikel „Die *Gewaltherrschaft in Duisburg*“, in dem es über das Exekutivkomitee unter Führung von Wild und Koch u.a. hieß:

„Nicht Führer sollten sich diese Menschen nennen, sondern als *Verführer* werden [sie] . . . gebrandmarkt werden, wenn in diesen Tagen ein durch sie verschuldeter und bis aufs äusserste verseuchter Apparat zusammenbricht. Zwischen jenen Menschen und allen bewußten, klaren Bannerträgern des Sozialismus liegt ein Unterschied wie Tag und Nacht . . . Trotz aller Mahnungen zur Vernunft . . . verachten jene vorübergehenden Diktatoren die Verhältnisse der Gegegnung . . . übergeben . . . die mit Mehrheit gefassten Beschlüsse des Duisburger Vollzugsrats [der durch das Exekutivkomitee abgesetzt worden war]. Dieses können sie um so mehr, weil eine bewaffnete Horde hinter ihnen steht, die . . . für 40 Mark Tagelöhner rückstichlos vorgeht . . . Die Macht der Maschinengewehre und Kanonen . . . vermag es hier in Duisburg, jedes vernunftgemäße Handeln zu verhindern und Gewalt dem Organismus entgegenzusetzen. Es ist kein Kunststück, von einer bewaffneten Horde . . . gedeckt, kategorische Befehle herauszugeben, Banken zu plündern, unbeliebte, wahrheitsgetreue Personen in Schutzhaft zu nehmen.“¹³³

Das war in der Aussage weitgehend identisch mit dem SPD-Flugblatt in Mülheim (Seite 179 f.), und wie der Vollzugsrat Mülheim reagierte das Exekutivkomitee mit sofortiger Beschlagnahme. Aber anders als in Mülheim war das Verhalten des Publikums: die Nachfrage nach der Zeitung war ungeheuer, und die schon verkauften Exemplare gelangten, immer wieder weitergegeben und weiterverkauft (teilweise zu Preisen von 5 Mark und mehr), bis in den letzten Winkel.¹³⁴

Das Exekutivkomitee verhängte gegen die SPD-Zeitung ein unbefristetes Verbot und ließ Redaktion und Druckerei besetzen, ohne allerdings noch einen Redakteur verhaften zu können.¹³⁵ Nun stellten auch die bürgerlichen Zeitungen ihr Erscheinen ein; am nächsten Morgen erschienen die letzten Nummern. Die rechtsbürgerliche „Rhein- und Ruhrzeitung“ versetzte dem Exekutivkomitee noch einen Hieb, indem sie an der Spitze der letzten Ausgabe mitteilte: „da unser technisches Personal den Satz der Bekanntmachungen [des Exekutivkomitees] verweigert“, müsse deren Veröffentlichung unterbleiben,¹³⁶ und das Zentrumsblatt drückte kaum verhüllt die Hoffnung auf ein baldiges Ende der Aufstandsbe-
wegung aus: „Die neuesten Ereignisse“, so erklärte — ebenfalls an der Spitze der letzten Ausgabe — die Redaktion, „haben eine so unsichere Lage geschaffen, daß die in Duisburg erscheinenden Zeitungen genötigt sind, die Herausgabe von morgen ab auf hoffentlich nur ganz kurze Zeit einzustellen.“¹³⁷

Die SPD-Funktionäre entkamen ins belgisch besetzte Ruhrort, wo sich bereits Oberbürgermeister Jarres und die Führer der bürgerlichen Parteien befanden. Von hier aus organisierten sie ihre weitere Propaganda (Flugblätter wurden mit Mo-

torbooten in die am Rhein liegenden Betriebe gebracht), von hier aus hielten sie die Verbindung mit Severings Amtsstelle und der „Reichszentrale für Heimatdienst“ in Münster aufrecht,¹³⁸ und von hier aus ging am 31. März folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin ab:

„Die Lage in Duisburg hat sich so zugespitzt, daß die Ordnung nur durch un-
verzügliches Eingreifen der Reichswehr wiederhergestellt werden kann. Rück-
flutende bewaffnete Massen haben die Ausgänge der Stadt besetzt und zwingen
mit Gewalt die Werke zum Stillstand. In der Stadt selbst herrscht nach wie vor
Willkür einiger linkskommunistischer Elemente. Die Hoffnung, in der Stadt
beim Zusammenbrüche der roten Front mit Polizei und Ortswehr Ordnung selbst
wiederherzustellen, muß aufgegeben werden.“

Oberbürgermeister, Zentrumspartei, Sozialdemokratische Partei, Deutsche Demo-
kratische Partei der Stadt Duisburg.“¹³⁹

Was sich in dem Mülheimer SPD-Flugblatt als Möglichkeit angedeutet hatte, hier
wurde es Wirklichkeit: die SPD rief nach dem Einmarsch der Reichswehr.

Das Exekutivkomitee seinerseits hatte — entsprechend seinem politischen An-
satz — nur das Mittel der Einschüchterung: es stellte Haftbefehle gegen die
„Bonzen“ (die SPD- und USP-Funktionäre) aus, die jedoch nicht vollstreckt wer-
den konnten.¹⁴⁰ Immerhin wurden zwei sozialdemokratische Mitglieder des Voll-
zugsrats Walsum auf der Fahrt durch Duisburg festgenommen und mehrere Tage
lang gefangengehalten.¹⁴¹ Nur einmal kam es zu Ansätzen einer Auseinander-
setzung: in einer Versammlung auf dem Königsplatz am 31. März, nach Beginn des
Generalstreiks.¹⁴² Hier berichtete ein Arbeiter, die Belegschaften hätten zum gro-
ßen Teil nur unter der Drohung mit Waffengewalt die Arbeit niedergelegt (in die-
sem Punkt sagte das zitierte Telegramm aus Ruhrort also durchaus die Wahrheit),
ein anderer Arbeiter rief aus, „das Herz müsse einem im Leibe bluten, wenn man
sähe, was unter der Herrschaft der Roten Armee in Duisburg geschehe“, und
harte Worte fielen gegen die „Phrasenhelden“ vom Exekutivkomitee. Koch stellte
sich immerhin der Menge und versuchte in einer demagogischen Rede, das Exe-
kutivkomitee zu verteidigen; die planlosen Beschlagnahmen stellte er als
harmlos hin, und rundweg bestritt er die Existenz von Haftbefehlen. Aber er
vermochte nicht zu überzeugen: als ein Arbeiter (Mitglied der USP) die soeben
vom Exekutivkomitee festgesetzte Polizeistunde angriff (ab 20 Uhr Schließung
der Lokale, ab 21 Uhr Ausgehverbot), als er Presse-, Rede- und Versammlungs-
freiheit verlangte und schließlich eine Resolution einbrachte, die den sofortigen
Rücktritt von Koch und Wild forderte, wurde das von der Versammlung ange-
nommen. Und nun geschah etwas, was die katastrophalen Verhältnisse in Duis-
burg grell beleuchtete: Bewaffnete nahmen den Redner fest, und unter em-
pornten Rufen der Menge „Ist das eure Freiheit?“ führten sie ihn ab.¹⁴³

SPD und USP antworteten am nächsten Tag mit einem Flugblatt, das von „Bru-
talität und Willkürherrschaft einer zusammengelaufenen Verbrecher- und Zu-
hälterbande“ sprach; die arbeitswillige Arbeiterschaft sei „mit niederträchtiger
Waffengewalt von der Arbeit abgehalten“ worden, „was nach dem Schlagwörter-
Lexikon Wild-Koch mit ‚Generalstreik‘ bezeichnet“ werde. Am Schluß des Flug-
blatts standen ominöse Sätze: „Die Schuld für einen eventuellen Einmarsch der
Truppen fällt somit nur auf jenes Verbrechergesindel zurück . . . Sollte der Ein-

marsch, trotz aller Versuche auf friedlichem Wege wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen, dennoch erfolgen, so erhoffen wir von der gesamten Bürger- und Arbeiterschaft, daß sie ihrer Beschäftigung beruhigt nachgehen werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß bei allen militärischen Maßnahmen die Vertreter der Arbeiterschaft mitbestimmend herangezogen werden".¹⁴⁴

Widerstand kam aber nicht nur von seiten der SPD und der USP. Am Morgen des 29. März traten die städtischen Beamten in den schon angedrohten Streik, am Nachmittag folgten die Lehrer und Staatsbeamten diesem Beispiel; Post, Telefon und Eisenbahn wurden stillgelegt, und als am 30. auch die Zeitungen ihr Erscheinen einstellten, war die Stadt, wie ein Düsseldorf Blatt schrieb, wie eine einsame, von jedem Verkehr abgeschnittene Insel.¹⁴⁵ Die Beamten besaßen zwar kein Streikrecht, aber für einen gegen links gerichteten Sabotagestreik hatten sie natürlich von seiten ihrer Vorgesetzten nichts zu befürchten. Nur dies hielten sie für nötig zu betonen, daß der Streik keine »politischen Gründe irgendwelcher Art« habe. Er richte sich vielmehr, so verlautete, gegen die »bei fast allen Behörden vorgekommenen widerrechtlichen Eingriffe in den Betrieb und in die Verwaltung« und gegen die »in großer Zahl erfolgten Entlassungen und Maßregelungen einzelner Beamten«. ¹⁴⁶ In einem Aufruf an die Bevölkerung versicherten die Beamten: »Zur Beunruhigung liegt keine Veranlassung vor, weil wir die Verabfolgung der rationierten Lebensmittel, solange wir nicht gewaltsam daran gehindert sind, als Notstandsarbeit durchsetzen werden.«¹⁴⁷

Das Exekutivkomitee hatte den Beamtenstreik durch sein rigoroses Vorgehen gegen Oberbürgermeister Jarres und seine engeren Mitarbeiter bewußt in Kauf genommen (s. oben S. 118, 125). Ob es dabei eine Ahnung von den zu erwartenden Verwaltungsaufgaben gehabt hatte, ist fraglich; jedenfalls wurde es mit ihnen in keiner Weise fertig, und der Beamtenstreik vergrößerte das Chaos in Verwaltung, Versorgung und Zirkulation. Hilflös war auch die einzige Antwort, die das Exekutivkomitee auf die Kampfmaßnahme der Beamten gab: als beschlagnahmte Lebensmittel im Hafen an die Bevölkerung verkauft wurden (s. oben), wurden die streikenden Beamten aus dem Kreis der Käufer ausdrücklich ausgeschlossen.¹⁴⁸ Für die Vollzugsräte des gesamten Aufstandsgebiets wurden die hier sich entwickelnden Verhältnisse immer unangenehmer. Das zeigen die zahlreichen Streichungen von Nachrichten über Duisburg, die die Zensoren in den bürgerlichen Lokalzeitungen vornahmen.¹⁴⁹ Im Zentralrat Essen, aber vermutlich auch an anderen Stellen wuchs die Überzeugung, daß das Militär durch die Duisburger Verhältnisse ein zugkräftiges Argument für den Einmarsch erhalte.¹⁵⁰

*

Es war ein Alarmzeichen ersten Ranges für die Aufstandsbewegung, daß der Sabotagestreik der Beamten in Duisburg keine Einzelercheinung blieb. Am Morgen des 30. März legten in Recklinghausen die städtischen Beamten die Arbeit nieder; zur Begründung gaben sie am folgenden Tage eine ähnliche Erklärung ab wie ihre Duisburger Kollegen.¹⁵¹ Ein weit härterer Schlag war ein Sabotagestreik in Dortmund, nicht nur wegen der größeren Bedeutung der Stadt, sondern vor allem weil der Streik alle Beamtenkategorien erfaßte.

Offenkundig handelte es sich hier um ein vorbereitetes Unternehmen. Schon am 25. März hatte der Bezirksausschuß Dortmund der Postbeamten an die Reichsregierung telegraphiert: »Die großen Gewerkschaften beabsichtigen, unter Umständen gegen die in hiesiger Gegend bestehende Rätediktatur vorzugehen, und werden zu diesem Zweck nötigenfalls Generalstreik proklamieren. Die Beamten-schaft ist aufgefodert, sich dieser Bewegung anzuschließen. Im Interesse der Einheitlichkeit des Vorgehens ist Anweisung der Regierung erforderlich. Wir bitten, selbige herbeizuführen.«¹⁵² Bei den nicht näher gekennzeichneten »großen Gewerkschaften« handelte es sich um die christlichen und die wirtschaftsfriedlichen («gelben») Gewerkschaften, dieselben, die den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch zu verhindern versucht hatten (für die Eisenbahn siehe I, S. 110 f.). Die Regierung hatte die in dem Telegramm ausgesprochene Bitte nicht erfüllt, weil das den Bruch aller beamtenrechtlichen Prinzipien bedeutete hätte, aber die Vorbereitungen zum Streik, die in größter Heimlichkeit betrieben wurden, waren trotzdem gut vorangekommen. Dabei fühlten sich die Initiatoren sicherlich durch den harten Widerstand ermutigt, den die SPD-Bezirksleitung der Aufstandsbewegung entgegengesetzte. Der psychologisch günstige Moment für die Auflösung des Streiks kam, als die Arbeiter deutlich gespalten auf die Generalstreikparole des Zentralrats und der Vollzugsräte zum Kampf gegen Watters Zusatzbestimmungen reagierten. Am Vormittag des 30. März schlossen die Postämter, um 14 Uhr legten die Eisenbahnbeamten die Arbeit nieder, um 15 Uhr folgten die städtischen Beamten, und am Abend beschloß der Beamtenausschuß die Ausdehnung des Streiks auf die Reichs- und Staatsbehörden. Bei Post und Stadtverwaltung wurden die untersten Angestelltenkategorien, die gegen den Streik waren (Postaus Hilfskräfte und nichtständige Angestellte der Stadt), bei der Schließung der Ämter vor eine vollendete Tatsache gestellt.¹⁵³ Für das Publikum kam vor allem der Eisenbahnstreik vollkommend überraschend; Fahrschüler, Angestellte und Reisende sammelten sich auf dem Bahnhofsvorplatz.¹⁵⁴ Das Ausbleiben aller auswärtigen Zeitungen und die Unterbindung des Telefon- und Telegrammverkehrs bedeutete die Abschneuerung von allen zuverlässigen Informationen über die Verhältnisse außerhalb der Stadt.¹⁵⁵ Als Grund für den Streik wurde dasselbe angegeben wie in Duisburg und Recklinghausen (Eingriffe in die Verwaltung usw.); darüber hinaus aber bezeichneten die Beamten-gewerkschaften als Ziel die Herbeiführung »geordneter verfassungsmäßiger Zustände«, und angesichts dessen hatten es die beteiligten Arbeitergewerkschaften sehr schwer, den nicht-politischen Charakter des Streiks zu behaupten.¹⁵⁶ Wer die bestehende »Rätediktatur« letztlich beseitigen sollte, ließ sich ein Streikführer in einer erregten Auseinandersetzung entschließen: die Reichswehr.¹⁵⁷ Einem Aufruf der Beamten an die Bürgerschaft, sich dem Streik anzuschließen, leisteten am 1. April die Ärzte Folge; nur dringende Fälle wollten sie noch behandeln.¹⁵⁸

Der Vollzugsrat forderte in einer Bekanntmachung die Eisenbahner zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf; andernfalls werde er »mit den schärfsten Mitteln« gegen den Streik vorgehen, da dieser eine »gegen die ganze Bevölkerung gerichtete »Sabotage« sei. Der sozialdemokratisch orientierte Deutsche Eisenbahnerverband erklärte dazu, er stehe dem Streik fern und fordere seine Mitglieder zur Arbeitsaufnahme auf.¹⁵⁹ Auch weite Teile der Öffentlichkeit verurteilten den

Streik; besonders empört war man darüber, daß bei der Eisenbahn nur Kohlenzüge zur Versorgung des Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerks als Notstandsarbeit anerkannt wurden.* Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte die Streikleitung dies am zweiten Streiktag dahin korrigieren, daß auch Lebensmitteltransporte zugelassen wurden.¹⁶⁰ Bei der Stadtverwaltung erzwang die Arbeiterwehr in Zusammenarbeit mit Vertretern der Kriegsbeschädigten, daß die Beamten des Fürsorgeamts für Kriegsbeschädigte ihren Dienst wieder aufnehmen.¹⁶¹ Streikende Ärzte, die die Behandlung verwundeter Rotgardisten verweigerten, wurden vom Vollzugsrat mit Verhaftung bedroht und fanden sich daraufhin zur Ausübung ihrer Berufspflichten bereit.¹⁶² Für den 1. April ließ die Streikleitung die Arbeitsaufnahme in der Reichsbank zu, damit die Betriebe löhnen konnten.¹⁶³ Eine weitere Reduzierung oder gar die Beendigung des Streiks konnten die Arbeiter jedoch nicht erreichen, obwohl verschiedene Vertreter des Vollzugsrats die vorgekommenen Eingriffe in Eisenbahnbetrieb und Verwaltung bedauerten und Abhilfe versprachen; bei allen Verhandlungen und Auseinandersetzungen wurde deutlich, daß es den Streikführern der Beamten nicht um Einzelheiten ging, sondern um die Beseitigung der „Rätediktatur“ insgesamt.¹⁶⁴ Da ab dem 30. März auch die Eisenbahnbeamten in Essen die Annahme von Zügen verweigerten,¹⁶⁵ waren drei zentrale Bahnhöfe des Ruhrgebiets (Duisburg, Essen, Dortmund) stillgelegt, mit der Folge, daß der Personenverkehr zu einem erheblichen Teil zum Erliegen kam (die Revierstädte seien jetzt „wie Oasen in der Wüste“, schrieb eine Mülheimer Zeitung).¹⁶⁶ Die Straßenbahnen konnten nur kümmerlichen Ersatz bieten, zumal aktivistische Arbeiter zu Beginn ihres Generalstreiks in völliger Verkennung der Erfordernisse eine Reihe von Linien gewaltsam stilllegten.¹⁶⁷ Bedenkt man, daß die Reichswehr keine Züge in oder aus Richtung Ruhrgebiet mehr passieren ließ, so kann man ermessen, was der Eisenbahnerstreik zusätzlich anrichtete. Aus Dortmund ergoß sich eine Flut von Menschen nach Unna, teils mit der Straßenbahn, teils zu Fuß — Einzelpersonen, aber auch ganze Familien, mit Koffern, Reisekörben, Kisten, Säcken, Paketen —, die vor den erwarteten Straßenkämpfen in ruhigere Gegenden fliehen wollten. In Unna erfuhren sie zu ihrer großen Enttäuschung, daß jeder Zugverkehr nach Hamm und Soest gesperrt sei (in beiden Städten stand bereits die Reichswehr). Bis zum 1. April sammelte sich auf dem Unnaer Bahnhof eine ungeheure Masse von Flüchtlingen, die auf die Wiederaufnahme des Zugverkehrs warteten; schließlich konnten sie durch Einsatz eines Sonderzuges über Fröndenberg nach Arnsberg weiterbefördert werden (bis in diese Richtung reichte der Einschließungsring der Reichswehr nicht).¹⁶⁸ Lastwagen, die von Unna Rotgardisten zur Front transportierten, nahmen auf der Rückfahrt Milchkannen mit, die wegen Sperrung der Eisenbahn durch die Reichswehr stehengeblieben waren.¹⁶⁹ In Düsseldorf war am 31. März keine Milch mehr zu haben.¹⁷⁰ In Wanne sammelte sich seit dem 30. März eine große Menge auf dem Bahnhofsvorplatz; da hier auch die Straßenbahn nicht mehr verkehrte, blieb nur der Versuch, zu Fuß weiterzukommen — für diejenigen, die nicht viel Gepäck

* Bei den Behörden wurden als Notstandsarbeiten zugelassen: 1. Stadtverwaltung: Krankenanstalten, Feuerwehr, Gas, Elektrizität, Wasser; Lebensmittelkartenausgabe nur von 9 bis 11 Uhr; 2. Post: Auszahlung der Renten- und Invalidengelder und der Gehälter, Bewachung der Wertsachen; 3. Justiz: die gesamte Gefängnisverwaltung.

hatten. Die übrigen, meist arme Leute, die mit Säcken usw. vom Hamstern kamen, blieben liegen.¹⁷¹ In Wattenscheid wurden am 31. März zwei Sonderzüge ausdrücklich zu dem Zweck abgelassen, die Hamsterer aufzusammeln, die irgendwo liegengelieben waren.¹⁷²

Das alles wirkt wie ein ironischer Kommentar zum Generalstreikaufruf des Zentralrats: „Wir können das Herz Deutschlands zum Stillstand bringen!“ Nicht die revolutionären Arbeiter, sondern deren erbitterte Gegner waren es, die das besorgten. Freilich hatten die Aufständischen keine Wahl gehabt; nach Watters Zusatzbestimmungen hatte nur noch der Einsatz des schärfsten Mittels einige Chancen dafür geboten, daß sich die Regierung zum Einlenken bewegen ließ. Zugleich erblickt man jetzt die Vollzugsräte in einer ganz neuen Position: sie versuchen ausgleichend zu wirken, und zwar gegenüber den aktivistischen Arbeitergruppen einerseits, gegenüber den Sabotage übenden Kräften andererseits (eine Ausnahme ist das Exekutivkomitee von Duisburg). Oder anders gesagt: die Vollzugsräte verteidigen die Ordnungsstruktur, die nach den siegreichen Straßenschlachten aufgebaut worden ist. Für einen wesentlichen Aspekt dieser Ordnungsstruktur, den der Verwaltung, wurde dies in Lünen direkt ausgesprochen. Nach der geschilderten Aktion von Rotgardisten aus Menede (Beschlagnahme von Waffen, Requisitionen) erklärte sich der Lünener Vollzugsrat für aufgelöst. Die Ortsvorsitzenden der KPD und der USP teilten dies im Lokalblatt mit, erklärten aber gleichzeitig: „Einzelne Mitglieder des bisherigen Vollzugsrates können es jedoch nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, die Stadt Lünen ohne Sicherheit fremden Truppenkörpern zu überlassen und führen aus diesem Grunde im Interesse der Allgemeinheit provisorisch die Geschäfte weiter“.¹⁷³ Hier wird vieles auf einmal deutlich: das Verhalten von Funktionären, ideologische Vorstellungen von Allgemeinheit und nicht zuletzt Lokalpatriotismus.

*

Obwohl die Reichsregierung bis zum Ablauf des Ultimatums eine Kampfpause vorgesehen hatte, setzte die Reichswehr am 29. und 30. März auf der ganzen Front (die nunmehr eine geschlossene Linie zu bilden begann) ihren Vormarsch fort; lediglich im Westabschnitt zwischen dem Rhein und Hünxe begnügte sie sich damit, vereinzelte Gegenangriffe der Arbeiter abzuwehren (so am 29. einen Vorstoß mit einem MG-bestückten Eisenbahnzug aus Dinslaken heraus).¹⁷⁴ Diese Mißachtung der Regierung sicherte General v. Watter mit folgender Verfügung nachdrücklich ab:

„Die Lebensmittelnot im gesamten Aufstandsgebiet und vor allem von der roten Armee hat zur Folge, daß Plünderungen und Erpressungen . . . hauptsächlich vor unserer eigenen Linie . . . in unerhörter Weise überhandnehmen. Auch die Hamsterer, welche von den Aktionsausschüssen des Industriegebiets offiziell freigegeben ist, hat unerträgliche Formen angenommen . . .“

(Die Regierungsbehörden werden ersucht, Polizei und Gendarmerie anzuweisen, mit aller Kraft . . . gegen jede Hamsterei vorzugehen. Falls die örtlichen Kräfte nicht ausreichen, ist es denselben anheim gestellt, sich Hilfsmannschaften von der

am Ort oder in der Nähe liegenden Truppe zur Verstärkung zu erbitten“.¹⁷⁵ Der erste Schwerpunkt im Vormarsch der Reichswehr war der Raum Dorsten. Die Marinebrigade Loewenfeld verstärkte im Morgenrauen des 29. März ihren Brückenkopf Gahlen und brachte auch die Batterie Schlageter über die Lippe; bei einem Gegenangriff der Arbeiter hatte sie einen Toten.¹⁷⁶ Der linke Flügel der Marinebrigade, der östlich von Dorsten vorging, brauchte bis zum 30. März, um bei Lippramsdorf den Übergang über die Lippe zu erzwingen; in einem Schützen-graben auf dem südlichen Ufer wurden sieben Rotgardisten niedergemacht.¹⁷⁷ Am 29. setzte ein Bataillon der Marinebrigade zum Angriff auf Dorsten selbst an. Zunächst eroberte es den Bahnhof Hervest-Dorsten.¹⁷⁸ Um 15 Uhr begann in Dorsten, nachdem das Ultimatum der Reichsregierung bekannt wurde, der Rückzug der Roten Armee, und unter dem Eindruck des unaufhaltsamen Herannahens der Reichswehr kam es teilweise zu panikartigen Zuständen. Rotgardisten ver-suchten, die Eisenbahn- und die Straßenbrücke über die Lippe zu sprengen, konn-ten sie jedoch nur beschädigen (die erstere schwer, die letztere leicht). Um 20 Uhr war die Stadt geräumt, und zwei Stunden später rückte die erste Reichswehr-patrouille ein (die eigentliche Besetzung erfolgte am Nachmittag des folgenden Tages).¹⁷⁹ Die Kampfleitung Marl machte verzweifelte Anstrengungen, eine neue Widerstandslinie aufzubauen.¹⁸⁰ Sie verfügte rigorose Beschlagnahmungen (vor allem von Fahrrädern und Lebensmitteln) und befahl die Landwirte zu einer all-gemeinen Pferdemonsterung, um möglichst viele Gespanne zur Verfügung zu haben.¹⁸¹

Ein zweiter Schwerpunkt des Reichswehrovormarsches war Haltern, das am frühen Morgen des 29. März von Goslarer Jägern kampfflos besetzt wurde. An der Lippe-brücke am Südausgang des Ortes kam es zu einem heftigen Feuergefecht mit bei-derseitigem Einsatz von Artillerie, bei dem zahlreiche Rotgardisten auf der einen, drei Soldaten auf der anderen Seite getötet wurden. Anschließend zog die Truppe wieder ab, wobei sie die inzwischen verhafteten Mitglieder des Halterner Aktions-ausschusses mitnahm.¹⁸² Die rote Kampfleitung südlich der Lippe beantwortete dies damit, daß sie am nächsten Tag in einem kurzen Vorstoß nach Haltern neun Bürger als Geiseln festnehmen ließ.¹⁸³ — Olfen (ostsüdöstlich von Haltern) wurde ebenfalls zunächst nur vorübergehend von der Reichswehr besetzt.¹⁸⁴ Das dritte Angriffsziel der Reichswehr war erwartungsgemäß Hamm. Hier er-zwangen die letzten Rotgardisten auf dem Rückzug vor der bayrischen Schützen-brigade Epp am 29. März von der Stadtverwaltung die Auszahlung von mehreren tausend Mark.¹⁸⁵ Am 30. waren keine bewaffneten Arbeiter in der Stadt mehr zu sehen. Der Vollzugsrat löste sich auf, und an seiner Stelle bildete sich ein Ord-nungsausschuß.¹⁸⁶ Die Bayern besetzten zunächst Heessen,¹⁸⁷ dessen Arbeiter-schaft bereits freiwillig die Waffen abgegeben hatte (s. oben Seite 138), und rückten dann am Nachmittag, also nach Ablauf des Regierungsumlatus, im Ostteil von Hamm ein.¹⁸⁸ Doch darüber später noch genauer.

Die in und um Soest stehenden württembergischen Truppen unter General Haas erhielten erhebliche Verstärkung: am 29. und 30. März 3 Bataillone, 6 Batterien und eine Pionierkompanie aus Ostpreußen, am 30. und 31. März rund 700 Stu-denten aus Tübingen und Stuttgart mit zahlreichen Pferden, Maschinengewehren und je zwei Feldhaubitzen und Minenwerfern.¹⁸⁹ Am Vormittag des 30. beschloß

ein Reichswehrflugzeug östlich von Unna eine LKW-Kolonne mit Rotgardisten und konnte dabei drei Fahrzeuge zerstören.¹⁹⁰ Am Abend zog die Reichswehr kampfflos in Werl ein.¹⁹¹

*

Bis zum 30. März hatte die Reichswehr also überall den Rand des Industriegebiets erreicht. In Horst hatte das bereits eine regelrechte Panik zur Folge: auf die Nachricht, Dorsten sei gefallen, kam es zu großen Ansammlungen, die von der Arbeiterwehr durch Schreckschüsse auseinandergetrieben wurden.¹⁹² — ein Vor-geschmack für die Ordnungsprobleme, die sich bald in zahlreichen anderen Orten stellen sollten. Vor allem aber wurde in Orten, die in unmittelbarer Nähe der Front lagen, die drohende Gefahr besonders scharf empfunden und dadurch die Spaltung zwischen den kampffenschlossenen Rotgardisten und den Arbeitern, die weiteren Widerstand für sinnlos hielten, vertieft. In Kamen, das infolge des Vor-marsches der Bayern zur Etappenstadt wurde, sprach sich ein Teil der Arbeiter-schaft am 29. März für den Abbruch des Kampfes auf dem Boden des Bielefelder Abkommens aus, während die örtliche Arbeiterwehr die Waffenabgabe in einem ausdrücklichen Beschluß ablehnte.¹⁹³ In Buer, das nach dem Fall von Dorsten in Reichweite der Reichswehr lag, kam es am 31. März in einer öffentlichen Ver-sammlung, die der Vollzugsrat einberufen hatte, zu harten Auseinandersetzungen zwischen den Arbeiterführern. Hammer (USP) befürwortete die Annahme des Bielefelder Abkommens bei Beibehaltung der örtlichen Arbeiterwehr, die nach einem Beschluß des Vollzugsrats um 100 Mann verstärkt werden sollte; Anke (KPD) dagegen forderte die Fortsetzung des Kampfes bis zu dem Punkt, an dem man „die Garantie“ habe, „daß das Proletariat voll und ganz die Herrschaft in Deutschland innehat“ (Hammer fragte zurück, wie die Arbeiter dies denn rein materialmäßig durchhalten sollten). Hinter diesen Worten steckte freilich bereits die Verzweiflung: „Uns kann nur die Anarchie retten!“ rief Anke weiter aus.¹⁹⁴ Immerhin: eine solche öffentliche Auseinandersetzung war ein Lichtblick gegen-über der pathetischen Einstimmigkeit, die bei den Rednern der Kundgebungen in Mülheim und anderswo herrschte. In Datteln, das ebenfalls in Frontnähe gerückt war, veröffentlichten Vollzugsrat und Ortsvorstand der USP folgenden Aufruf:

„Nach Lage der Sache ist ein weiterer Kampf zwecklos . . . Der Kampf muß sofort abgebrochen werden. Das können die Arbeiter umso eher und freudiger, als sie bisher auf der Höhe des Kampfes stehen und Zusicherungen erhalten haben . . . Würde die Regierung nicht Wort halten, so hätten die Arbeiter die Macht, durch einen Generalstreik sich ihre Erfolge zu erzwingen . . . Durch die vorhandene Leidenschaft, welche die Arbeiter besetzt, wird dieser Aufruf vielen Arbeitern nicht gefallen, aber bedenkt, daß der Zorn ein schlechter Berater des Menschen ist . . . Die Dattelner Kameraden werden ersucht, sich sofort von der Front zu-rückzuziehen“.¹⁹⁵

Was die Kampfleiter an der Front betrifft, so ist schwer zu sagen, wieweit sie die Lage realistisch sahen und entsprechend nur noch hinhaltenden Widerstand für möglich hielten. Mit Sicherheit dürfte dies bei Stemmer der Fall gewesen sein,

der nach der Rückkehr aus Frankfurt (Main) seinen Platz in der Kampfleitung Unna einnahm.¹⁹⁶ Das Gegenteil wird man bei der Kampfleitung Marl annehmen müssen. Am 29. März fand nämlich in Marl ein Verfahren gegen sechs Mitglieder der „II. Kompanie Bottrop“ (fünf Mann aus Bottrop, einer aus dem Ledigenheim in Buer-Scholven) statt, die sich wegen „Flucht vor dem Feind“ in der vergangenen Nacht verantworten mußten (sie konnten sich rechtfertigen).¹⁹⁷ Das Dienstreglement, das die Marler Kampfleiter erlassen hatten (II, Seite 78), war also durchaus ernstgemeint gewesen.

Hinter einem solchen Verfahren steckte natürlich wiederum nichts als Verzweiflung, und um sich greifende Verzweiflung war auch der psychologische Boden, auf dem Karuseit als Stadtkommandant von Dorsten seine nun zu schildernde Spitzenleistung vollbringen konnte. Am Abend des 28. März — der Einschließung der Marinebrigade Loewenfeld um Dorsten wurde immer enger, die Stunden der roten Herrschaft waren gezählt — verhaftete die Arbeiterwehr in Hervest-Dorsten zwei junge Männer in der Wohnung ihrer Eltern. Der eine namens Sametz war Freiwilliger bei den Loewenfeldern. Er hatte bei Ankunft seiner Kompanie in einem Dorf etwa 10 km nördlich von Hervest-Dorsten um Urlaub gebeten und war in Zivil zu seiner Mutter und seinem Stiefvater, einem Bergmann, geeilt, vermutlich den Kopf vollgestopft mit der militärischen Greuelpropaganda über die Roten; er war erkannt worden und daraufhin in den Verdacht geraten, für die Loewenfelder Spionage treiben zu wollen. Der andere namens Böttcher war früher beim Freikorps Lichtschlag gewesen, das vor einem Jahr in Hervest-Dorsten seine Blutspur durchs Ruhrgebiet zu ziehen begonnen hatte, und deshalb wie überhaupt wegen seiner politischen Einstellung in der Zedekolonie sehr beliebt. Eine Äußerung von ihm auf der Straße war von zwei Arbeiterfrauen so aufgefaßt worden, daß er offenbar großes Interesse für die Vorbereitung der Sprengung der Lippebrücke durch die Arbeiter nehme. Auch er war also der Spionage verdächtig und daraufhin zusammen mit Sametz zunächst ins Dorstener Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Zu später Stunde ließ Karuseit beide im Hotel Eschershaus, dem Sitz der Kampfleitung und Stadtkommandantur, vorführen. In stark angetrunkenem Zustand bildete er zusammen mit vier anderen ein Standgericht. Beide Angeklagten wurden der Spionage für schuldig befunden und — inzwischen war Mitternacht vorbei — zum Tod durch Erschießen verurteilt. Wieder fällt die typische Übertonalität des Spitzels auf, gemischt aus der Absicht zur Provokation und aus dem Versuch, den Verdacht zu zerstreuen, den er ständig auf sich ruhen fühlt. Der Bürgermeister der Stadt machte noch einen Bestechungsversuch, auf den Karuseit zunächst einging; dann warf er jedoch das Geld wieder hin mit den Worten, „es sei nichts mehr zu machen“. Nach 2 Uhr führte man die Verurteilten ab. Beim Spritzenhaus wurde Sametz erschossen. Böttcher wurde im letzten Moment vor demselben Schicksal bewahrt: ein Bote kam mit dem Befehl, ihn sofort ins Hotel Eschershaus zurückzubringen. Dort hatte inzwischen irgendjemand, sei es von der Roten Armee, sei es von der örtlichen Arbeiterwehr, eine echte Untersuchung, d.h. die Vernehmung der beiden Zeuginnen für Böttchers Äußerung durchgesetzt. Bei der Beweisaufnahme erwies sich der Spionageverdacht als nicht haltbar, und Böttcher wurde freigelassen.¹⁹⁸ Das nächtliche Standgericht unter dem Vorsitz von Karuseit und die Voll-

streckung des Todesurteils war ein völlig einmaliger Vorgang in der Geschichte des Ruhraufstands. Gerade in dieser Einmaligkeit zeigt er mit größter Deutlichkeit, wie sehr Karuseit die Verhaltensmuster seiner militärischen Auftraggeber übernommen hatte. Mit einem einzigen bezeichnenden Unterschied: beim Militär übte die Exekution unmittelbar auf das Todesurteil zu folgen — hier lag zwischen beidem mehr als eine Stunde, die Zeit, die Karuseit für die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Bestechungssumme benötigte. Ob Karuseit während des Aufstands noch in direktem bezahltem Auftrag der Reichswehr stand oder nicht (diese Frage spielte im späteren gegen ihn geführten Mordprozeß eine Rolle),¹⁹⁹ ist relativ gleichgültig; in jedem Fall arbeitete er in klassischer Weise der militärischen Propaganda in die Hand. Was diese aus dem Fall machte, ist ebenfalls sehr aufschlußreich. Zwei Tage später schilderte das Nachrichtenblatt der Marinebrigade Loewenfeld die Erschießung von Sametz so: „10 Schuß, Handgranate angebunden; Hals aufgeschnitten.“²⁰⁰ Wiederum einige Tage später behauptete die Truppe in einer Pressemitteilung: „Nachdem man ihm einige Schüsse in den Bauch gefeuert hatte, band man ihm eine Handgranate an den Hals, die zur Entzündung gebracht wurde, und jagte ihm dann . . . noch einige Kugeln aus nächster Nähe in den Kopf.“²⁰¹

*

Im Wehrkreiskommando Münster schaute man ungeduldig auf die Uhr: am 30. März, 12 Uhr, lief das Ultimatum ab. 50 Bataillone, 18 Eskadronen und 54 Batterien, insgesamt rund 45.000 Mann standen zum Vormarsch bereit.²⁰² Endlich war es soweit. Man wahrte noch eine Anstandsfrist, dann teilte das Wehrkreiskommando um 13.30 Uhr der Presse mit: „Dem Ultimatum der Regierung ist keine Folge geleistet worden. Die Bedingungen sind auf der gegnerischen Seite also nicht erfüllt worden. Nur in Gelsenkirchen scheint man ihnen entsprochen zu haben.“²⁰³ Vorher war bereits das „Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos“ an die Truppenteile verschickt worden (für die Mannschaften in der Regel das einzige Informationsmittel, das sie erhielten), in dem es hieß:

„Das am 30. 3. 12 Uhr mittags ablaufende Ultimatum der Regierung an die Auführer im Industriegebiet findet im Großen und Ganzen keine Beachtung.

Gegner hat vor der Nordfront Angriffe bis 29. 3. einschließlich fortgesetzt und nicht weitere Verstärkungen heran, vor der Ostfront unterwirft sich Gegner äußerlich dem Ultimatum, hielt jedoch Bedingungen auch hier nicht ein(!).

Gefangene und Geiseln sind noch immer nicht restlos ausgeliefert, Waffenabgabe ist nicht erfolgt, Aktionsausschüsse noch in den meisten Orten in Tätigkeit, rote Armee besteht noch und verstärkt sich.

Aus dem Gebiet kommen fortgesetzt dringende Hilferufe, bestialische Grausamkeiten des Gegners, Raub von Bankdepots und Sparkasseneinlagen, Plünderungen und Brandschatzungen sind an der Tagesordnung.

Zahlreiche beim Wehrkreiskommando eingehende Zeugenberichte und protokollarische Vernehmungen über die Greuelthaten der Spartakisten geben ein solch fürchterliches Bild von der tierischen Robbeit und Gemeinheit dieser Bestien in